

Atomwaffendebatte der 60er Jahre S. 26

Arbeiterkampf

Jg. 16, Nr. 266, 13. 1. 86 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 4 DM Förderpreis DM 5,- C 21734 E

Freundschaft statt Feindschaft

15.000 in Hamburg gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit



(Foto: H.W./AK)

15.000 Demonstranten, darunter rund 5.000 Türken, protestierten am 11. Januar in Hamburg gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit. Anlaß war die Ermordung eines türkischen Mitbürgers durch eine Bande jugendlicher Skinheads. Trauer um den Toten und die Forderungen nach einer Änderung der staatlichen Ausländerpolitik und dem Verbot ausländerfeindlicher und neonazistischer Organisationen bestimmten das Bild und die Inhalte der Demonstration. Mit dieser seit langem größten Demonstration in Hamburg wurde klargestellt, daß der Versuch der amtlichen Stellen, diesen bestialischen Mord als „Einzeltat ohne politischen Hintergrund" abzutun, nicht hingenommen wird. Alle Redner der Abschlußkundgebung, türkische Sozialdemokraten, religiöse Vertreter und Günther Wallraff (dessen Rede wegen seines gesundheitlichen Zustands verlesen werden mußte) widersprachen dieser Auffassung ausdrücklich und hoben hervor, daß das herrschende gesellschaftliche Klima, die Schürung des Ausländerhasses und die staatliche Ausländerpolitik aller bürgerlichen Parteien für den Mord verantwortlich sind.

Fortsetzung auf S. 4

Weiter zu diesem Thema in dieser Ausgabe:
— Dokumentation einiger Reden auf der Demonstration
— Interview mit türkischen Jugendlichen
— Über den neofaschistischen Hintergrund der Skinheads
— Über die Politik des Hamburger Senats

Wer Abu Nidal erfinden würde, wenn es ihn nicht schon gäbe ...

Verblüffende Szenen-Wechsel nach den Terroraktionen auf den Flughäfen von Wien und Rom am 27. Dezember. Erste Reaktion, 28. Dezember: Israels Regierung kündigt an, sie werde ihren *„gnadenlosen Krieg gegen den Terrorismus überall auf der Welt fortsetzen."* Es werde eine „Vergeltung" für die blutigen Überfälle geben, die wie selbstverständlich wieder der PLO angelastet werden. Länder, die der PLO „Unterschlupf gewähren", würden im eigenen Interesse aufgefordert, die PLO-Leute sofort auszuweisen. Gerätselt wird nur noch, ob Israels zweifellos gerechte und maßvolle Antwort nach dem Motto „Für einen toten Israeli sollen 20 Araber sterben!" sich gegen die jordanische Hauptstadt Amman richten wird, wo angeblich die PLO ihr Hauptquartier hat, oder gegen Syrien, dessen Regime allerdings ein Todfeind der PLO ist.

Gegenreaktion, 29. Dezember: Die US-Regierung läßt per gezielter Indiskretion in der Presse melden, Reagan habe Israel zur *„Mäßigung bei eventuellen Vergeltungsschlägen"* aufgerufen. Eine Reaktion wie im Oktober, als Israel Kampfflugzeuge gegen Tunis schickte und über 70 Menschen töten ließ, um den Mord an drei Israelis auf Zypern zu rächen, sei nach Ansicht der USA diesmal „nicht angebracht". Die US-Regierung habe sich sogar an befreundete Staaten gewendet, um gemeinsam „Druck auf Israel" auszuüben und israelische *„Reaktionen zu verhindern, die eine Eskalation der Spannungen in Nahost einleiten könnten."*

Verwandlung der Szene, immer noch 29. Dezember: Statt der pauschalen Anschuldigungen gegen die PLO klagen israelische Vertreter nun, in Übereinstimmung mit den bekanntwerdenden Aussagen der überlebenden Attentäter, die legendäre Abu Nidal-Gruppe als Verantwortliche der Massaker von Rom und Wien an. Die Haupttätigkeit dieser Gruppe besteht bekanntermaßen darin, „gemäßigte" palästinensische Politiker zu ermorden und die diplomatischen Bemühungen der PLO zunichte zu machen. Erstmals wird Libyen als Unterstützerin der Überfälle und „Weltzentrum des Terrors" (Ministerpräsident Peres) ins Spiel gebracht. Zuvor hatte ein Kommentar der libyschen Nachrichtenagentur Jana die beiden Terroraktionen als „heroische Taten" verherrlicht.

1. Januar des neuen Jahres. Große Überraschung: Die US-Regierung, die angeblich gerade eben noch Israel zur „Mäßigung" drängen wollte, bringt nun selbst äußerst aggressive Töne in die Sache. *„Terroristen müssen wissen, daß wir die Option haben, direkt auf ihre barbarischen Akte zu antworten"*, verkündet Larry Speakes, Sprecher des Außenministeriums. Die US-Regierung behalte sich vor, *„auf die Attentate von Rom und Wien mit militärischen Gegenschlägen zu antworten"*. Sollte indessen „ein anderes Land" (wer außer Israel käme da wohl noch in Frage?!) die Urheber der beiden Attentate „identifizieren und auslöschen", so wären die USA damit „vollkommen einverstanden". Zur Unterstreichung der verbalen Drohungen wird ein Flottenverband mit einem Flugzeugträger und sechs Kriegsschiffen von Neapel aus in Marsch gesetzt. Ein zweiter, in den USA stationierter Flottenverband soll Befehl erhalten haben, die Verlegung ins Mittelmeer vorzubereiten. Sechs „Patrouillenflugzeuge" werden aus den USA nach Sizilien verlegt.

Gegendrohung, 2. Januar: Gaddafi warnt, daß ein Angriff der USA oder Israels auf Libyen zu einem „Krieg ohne Ende", wahrscheinlich sogar zu einem Weltkrieg, führen werde.

Anhaltende Spannung, 3. Januar: Mit Indiskreditionen weiterhin gut versorgte US-Medien teilen mit, daß sowohl Bombenangriffe der USA gegen Libyen als auch eine Mitwirkung an einem von Israel durchgeführten Angriff „denkbar" seien. Das US-Verteidigungsministerium lehnt jede Stellungnahme zu den Berichten ab und heizt so die Spekulationen gezielt weiter an. Zugleich bringt die US-Regierung erstmals die Forderung nach Wirtschaftssanktionen gegen Libyen ins Spiel.

Nächster Szenen-Wechsel, 4. und 5. Januar. Reagan antwortet mit dem ihm eigenen Biedersinn auf Fragen nach militärischen Vorbereitungern und Absichten im Mittelmeer: *„Ich wüßte nicht, daß wir Ungewöhnliches unternähmen."* Auf den bekannten Kanälen gelangt die Information an die Medien, im US-Verteidigungsministerium beurteile man die Aussichten einer Militäraktion gegen Libyen skeptisch.

Fortsetzung auf S. 8

In dieser Ausgabe zum Thema:
— Wer ist Abu Nidal?
— Kein Frieden in Nahost
— Die Fraktionen der PLO
— Der „Sicherheitsstaat" und die Logik des Schreckens

Kalter Notstand:

Verweigern ist Trumpf

Bonner Regierungskoalition und „Sicherheitsbürokratie" versuchen, Vollgas für eine neue Runde der „Inneren Sicherheit" zu geben: Noch in dieser Legislaturperiode, d.h. angesichts der bevorstehenden Wahltermine '86 und '87 in den nächsten Monaten, soll ein in Geheimverfahren ausgehandeltes Paket von neuen „Sicherheitsgesetzen" durch Bundestag und Bundesrat gepeitscht werden. Der 25.5.87 ist als Termin für einen neuen Anlauf zur Volkszählung bereits festgelegt worden. Im Zuge der in dem Paket jetzt ebenfalls beabsichtigten Novellierung von Paß- und Personalausweisgesetz soll der maschinenlesbare Plastikausweis ab '87 endgültig eingeführt werden.

Das neue „Sicherheitspaket" ist die Antwort der Staatsbürokratie auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung von 1983, mit dem die seit den 60er Jahren entwickelten Überwachungspotentiale und -praktiken der „Sicherheitsorgane", statt sie einzuschränken, nunmehr legalisiert und weiter legitimiert werden sollen.

Die Datenschützer vergleichen die neuen „Sicherheitsgesetze" mit den Notstandsgesetzen. Radikaldemokratische Gruppen wie die „Humanistische Union", die polizeikritische Zeitschrift „Cilip", und dadurch angestoßen auch die GRÜNEN, sowie Reste der ehemaligen Volkszählungs-Boykott (VoBo)-Bewegung und andere Linke rüsten und rufen zum erneuten Widerstand. Die Debatte um Widerstandsmöglichkeiten kommt allerdings trotz diverser Aufrufe nach der langen Pause seit 1983 nur zäh in Gang. Die folgenden Thesen, erstmalig mündlich vorgetragen auf einer Veranstaltung der Initiative gegen den Mikrozensus in Hamburg Ende 1985, sollen als Anstoß für Aktivitäten unter unseren Lesern und Leserinnen dienen.

Fortsetzung auf S. 18

Das Almosen und die 'Humanität' des Kapitals

Aus „humanitären Gründen" hat die an die Deutsche Bank verkaufte Flick-Gruppe Feldmühle Nobel AG nachgegeben. Fünf Millionen DM wurden an die „Conference of jewish material claims against Germany" überwiesen.

Das Geld soll etwa 1300 noch lebenden ehemaligen KZ-Gefangenen zukommen, die im Rahmen des nationalsozialistischen Programms Vernichtung durch Arbeit Zwangsarbeit bei Dynamit Nobel hatten leisten müssen. Die armselige Höhe der Summe — etwa 4000 DM pro Empfänger für ein Ausmaß an Leid, das sich gar nicht „wiedergutmachen" läßt — hält dem Vergleich mit früheren „Mietkosten" stand: Für eine/n Zwangsarbeiter/in zahlten die Unternehmen am Tag zwischen 1,20 und 4 DM „Miete" an die Lagerverwaltungen der SS.

Der Entscheidung der Deutschen Bank war eine kurze, aber heftige Auseinandersetzung vorausgegangen, die den in der BRD latent vorhandenen Antisemitismus deutlich aufflackern ließ — ein Phänomen, das keineswegs zum erstenmal, aber gegenwärtig in immer kürzeren Zeitabständen auftritt. Der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Hermann Fellner (35), äußerte öffentlich seinen „Eindruck", angesichts des Flick-Verkaufs würden *„die Juden sich schnell zu Wort melden, wenn irgendwo in deutschen Kassen Geld klimpert"*. Angesichts heftiger Kritik seitens der jüdischen Gemeinde, der Bonner Opposition, aber auch der Bildzeitung, setzte der Strauß-Schüler noch drauf: *„Irgendwann müssen wir Ruhe haben"*, und verlangte von den Juden *„mehr Sensibilität für die Deutschen"*. Weil der Flick-Konzern *„angeschlagen"* wäre, sei es *„nahezu unmoralisch"*, zu diesem Zeitpunkt, *„wo der Rubel rollt"*, *„günstig zuzulangen"*.

Das polternde „Volksempfinden" des Abgeordneten mußte sich schnell belehren lassen, daß die Forderung nach Entschädigung der bei Flick ausgebeuteten jüdischen Zwangsarbeiter seit 1947 wiederholt vergeblich erhoben worden war. Damals wurden Flick, Krupp und die IG Farben u.a. deshalb vom internationalen Gerichtshof in Nürnberg verurteilt. Während andere Unternehmen nach langen Auseinandersetzungen mit der Claims Conference zu Zahlungen bereit waren, weigerte sich der ansonsten so spendenfreudige Konzern bis heute. Deshalb hatte der frühere US-Hauptankläger von Nürnberg im Dezember an den Vorstandssprecher der Deutschen Bank appelliert, nun endlich eine Entschädigung zu leisten.

Fortsetzung auf S. 37

8 Jahre Knast für Claudia Wannersdorfer

Claudia wird vorgeworfen am 20.1.85 zusammen mit Johannes Thimme in Stuttgart-Vaihingen einen Sprengstoffanschlag auf ein Gebäude der ,,Rechenzentrum Bau GmbH' verübt zu haben. Im Prozeß, der in Stammheim stattfand, wurde sie angeklagt wegen ,,Unterstützung einer terroristischen Vereinigung'' (mehrere politische Gefangene waren zum Zeitpunkt des Sprengstoffanschlages im Hungerstreik) und versuchten Mord in mehreren Fällen (es sollen sich zur Tatzeit ein Hausmeister mit seinen beiden Kindern im Gebäude aufgehalten haben — zufällig stellt sich später heraus, daß dieser Hausmeister hauptberuflich Kriminalassistent ist).

Claudia, die nach der Explosion schwer verletzt in der Nähe des Gebäudes gefunden wurde, wurde sofort ins Haftkrankenhaus Hohenasperg gebracht und danach den gleichen Haftbedingungen ausgesetzt, die Ursache für den Hungerstreik der Gefangenen waren.

Der Prozeß war dann auch so, wie ihn alle erwartet haben - nichts anderes als eine Farce. Der Prozeß wurde auf acht Tage terminiert und dauerte nicht mal einen Monat. Das ist offensichtlich jetzt die neue Praxis der Bundesanwaltschaft ,,kurzen Prozeß machen''.

Der Verteidiger Armin Zielinski wies schon während des Prozesse daraufhin, daß mit der Anklage auf ,,Unterstützung'' der Kampf für menschliche Haftbedingungen kriminalisiert werden soll und über die Mordanklage das ganze als Verbrechen gegen Unschuldige hingestellt werden soll. Tatsächlich ist bei dem Anschlag aber als einziger Johannes Thimme umgekommen.

Juristisch ist die Unterstützung eines Hungerstreiks nicht strafbar, weil schließlich keine Straftat vorliegt, die unterstützt wird. Zumindest gibt es bis jetzt noch kein Gesetz, daß Hungerstreik unter Strafe stellt.

Die Bundesanwaltschaft geht in ihrer Begründung davon aus, daß ein gemeinsamer Hungerstreik die ,,Fortsetzung des terroristischen Kampfes mit anderen Mitteln'' ist und deshalb sei die Aktion auch keine Unterstützung der Hungerstreik*forderungen* sondern eine *direkte Unterstützung der RAF*. An der ,,RAF im Knast'' wird ja schon seit längerem gebastelt.

Wie fast alle Bweisanträge, wurde auch dieser abgelehnt: in den Zeugenstand sollten Ronald Reagan, sein Verteidigungs- und Außenminister, sowie Bundeskanzler Kohl, Bundesinnenminister Zimmermann, Engelhardt und Genscher, etliche Sachbearbeiter des BKA und der Kriminalämter. Mit deren Befragungen sollte bewiesen werden, daß die Vereinigten Staaten zusammen mit der BRD terroristische Anschläge gegen eigenständige Staaten und Einzelpersonen durchführen, während die RAF und die Kräfte aus dem antiimperialistischen Widerstand niemals ,,Anschläge gegen das Volk'' durchgeführt haben. Grund für diesen Beweisantrag war der Vorwurf des mehrfachen Mordversuches. Claudia selber hat in ihrem Schlußwort dazu nochmal gesagt, daß man keine Menschenleben gefährden wollte, in der Urteilsbegründung wurde ihr das zynisch als ,,Rettungsanker'' untergeschoben.

Verurteilt worden ist sie wegen ,,Herbeiführen einer Sprengstoffexplosion in einem besonders schweren Fall und wegen ,,Unterstützung einer terroristischen Vereinigung'' zu acht Jahren Knast. Fallengelassen ist der Mordversuch in mehreren Fällen. In der Urteilsbegründung wird dazu behauptet, daß politische Gefangene, die verteilt in der BRD in den Knästen sitzen durch einen gemeinsamen Hungerstreik per se eine ,,Terroristische Vereinigung'' bilden. Außerdem ist die Verurteilung wegen eines ,,besonders schweren Fall der Sprengstoffexplosion'' nur möglich, wenn durch die Tat leichtfertig der Tod eines Menschen verursacht worden *ist*. Beide Urteilsbegründungen sind durch die Anträge der Verteidigung und das Schlußwort von Claudia widerlegt worden.

Die Forderungen der Gefangenen nach Zusammenlegung und Aufhebung der Einzelisolation sind nach wie vor nicht erfüllt, die Gefangenen werden, wenn sie überleben wollen weiter darum kämpfen müssen und dafür brauchen sie draußen gerade die Menschen, die nicht bereit sind, sich mit den herrschenden Bedingungen abzufinden.

ga., hamburg

Die Stationierung der Cruise Missiles beginnt

Friedensbündnis beschließt Großaktion

Die ersten von 96 für die BRD vorgesehenen Cruise Missiles seien in Rheinland-Pfalz auf dem Flughafen Hahn eingetroffen, berichtete vor wenigen Tagen die ,,Tagesschau''. Inzwischen behaupten die Grünen in Rheinland-Pfalz, daß sich bereits alle 96 Raketen und auch dazugehörige Spezialfahrzeuge (die bei M.A.N. gebaut werden) auf dem Flughafen Hahn befänden. In den letzten vier Wochen seien ,,jeden Tag mehrere Großraumflugzeuge'' gelandet, schrieb jetzt die taz (am 10.1.86). Die Bundesregierung erkärte, daß die Stationierung im März beginnen soll, aber das vorherige Eintreffen bestimmter Teile nicht ausgeschlossen werden könne.

Sprecher der Grünen, der SPD etc. witterten in der ganzen Angelegenheit einen Schachzug der Bundesregierung, um sich dieses lästigen Themas für den bevorstehenden Wahlkampf 1987 vorzeitig zu entledigen.

1983 hatte es vor Beginn der Stationierung der Pershing-Raketen überall in der BRD große Protestaktionen gegeben, inwzischen rührt sich dazu noch kaum etwas. So muß es schon eher als ein kleines Wunder gelten, daß sich inzwischen der Bonner Koordinationsausschuß der Friedensbewegung (KA) nach heftigen Streit (wir berichteten im letzten AK) an diesem Wochenende schließlich fast einhellig auf eine bundesweite Großdemonstration im Herbst dieses Jahres geeinigt hat. Ziel soll der Cruise-Stationierungsort Hasselbach sein, wo derzeit noch gebaut werden muß.

Der Beschluß des KA vom 10.1.86 lautet:

1. *Die gemeinsame Großaktion der Friedensbewegung im Herbst 1986 findet als Großaktion am 11.10.1986 (Vorschlag) am Stationierungsort der Cruise Missiles (Hasselbach) im Raum Katellaun/Hunsrück statt.*
2. *Im inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Großdemonstration finden Aktionen des Zivilen Ungehorsams statt; die Entscheidung betreffs Ort und Zeit liegt bei den vorbereitenden Gruppen in Zusammenarbeit mit den örtlichen Friedensinitiativen. Die organisatorische Verknüpfung der Großdemonstration mit den Aktionen des Zivilen Ungehorsams und das Verfahren dazu sollen möglichst bis zum 1.Februar 86 geklärt sein.*
3. *Inhaltlich orientiert sich die Großdemonstration an den ,,fünf Kölner Punkten''; keine Rednerinnen und Redner von und für Parteien, keine Funktions- und Mandatsträger, keine Kandidaten oberhalb der Ortsebene; Parteimitglieder nur mit der Quorumsmehrheit im KA (Mehrheit dafür, nicht mehr als 15% dagegen).* Mit den fünf Kölner Punkten ist die Kritik am gesamten Aufrüstungskurs (von der Interventionspolitik bis hin zu den Atomwaffen) gemeint — bekanntlich gibt es die Forderung nach einer ,,Schwerpunkteingrenzung'' (z.B. gegen SDI)
4. *Die Verantwortung für die Vorbereitung und Durchführung der Großdemonstration liegt beim KA und bei den örtlichen Friedensinitiativen im Hunsrück (Friedensinitiative Rhein-Hunsrück/Mosel/Nahe). Diese erhält für die Zeit der Aktion von der Vorbereitung bis zum Ende der Abwicklung Sitz und Stimme im KA und in der vom KA zu bildenden Geschäftsführung.*

Die Aktion und weitere Punkte sollen auf der geplanten bundesweiten ,,Aktionskonferenz'' Anfang Februar beraten und beschlossen werden.

Aktionskonferenz der Friedensbewegung
Beginn: 1.2.86, 14 Uhr
Ende: 2.2.86, 14 Uhr
Ort: Gesamtschule Bonn-Beul

HH

Auch das noch:

Beddermann startet Comeback

Deutsche Vereinsmeierei tobt sich mitunter auch auf dem Gebiet der Politik aus. Der Typus des ,,notorischen Parteigründers'' und die von ihm gegründeten, umbenannten, fraktionierten und fusionierten Klein- und Kleinstparteien sind mit Recht in einer seriösen Zeitung wie dem AK nie besonders gewürdigt worden. Das soll auch so bleiben, wenngleich wir mal eine Ausnahme machen. Nicht nur witzig ist die im Herbst von ,,32 Damen und Herren ... in einem Hinterzimmer im hanno-

dikaldemokratischen Experimente'' der ,,links-unterwanderten'' GLU nicht mehr mitmachen wollte. Gescheitert sah er sich dennoch nicht. Den Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl kommentierte er vor laufenden Fernsehkameras als großen persönlichen Erfolg, nicht wegen der sehr achtbaren 3,9 % für die GLU ,,aus dem Stand'', sondern wegen des Scheiterns der FDP, das Albrecht die absolute Mehrheit brachte.
Weitere Hintergründe für Beddermanns Rücktritt enthüllte Dr. Rudolf

ne Mission wieder aufzunehmen. Seine gegenüber dem ,,Spiegel'' an die Adresse der Grünen gerichteten Vorwürfe sind die gleichen, mit denen er sich 1978 aus der GLU verabschiedet hat: ,,das reine Öko-Anliegen (sei) reichlich verschüttet'', stattdessen seien ,,Schwule und Lesben in den Mittelpunkt'' gerückt worden; die Grünen hätten sich zu einer ,,linkssozialistischen Partei''gewandelt.
Ob das Grundsatzprogramm der ,,Weißen'' für mehr als ein oder zwei Promille der Wähler attraktiv ist, muß

nach heftigen Streit (wir berichteten im letzten AK) an diesem Wochenende schließlich fast einhellig auf eine bundesweite Großdemonstration im Herbst dieses Jahres geeinigt hat. Ziel soll der Cruise-Stationierungsort Hasselbach sein, wo derzeit noch gebaut werden muß.
Der Beschluß des KA vom 10.1.86 lautet:
1. Die gemeinsame Großaktion der Friedensbewegung im Herbst 1986 findet als Großaktion am 11.10.1986 (Vorschlag) am Stationierungsort der Cruise Missiles (Hasselbach) im Raum Katellaun/Hunsrück statt.
2. Im inhaltlichen und zeitlichen Zusammenhang mit der Großdemon-
bei den örtlichen Friedensinitiativen im Hunsrück (Friedensinitiative Rhein-Hunsrück/Mosel/Nahe). Diese erhält für die Zeit der Aktion von der Vorbereitung bis zum Ende der Abwicklung Sitz und Stimme im KA und in der vom KA zu bildenden Geschäftsführung.
Die Aktion und weitere Punkte sollen auf der geplanten bundesweiten ,,Aktionskonferenz'' Anfang Februar beraten und beschlossen werden.
Aktionskonferenz der Friedensbewegung
Beginn: 1.2.86, 14 Uhr
Ende: 2.2.86, 14 Uhr
Ort: Gesamtschule Bonn-Beul
HH

Auch das noch:

Beddermann startet Comeback

Deutsche Vereinsmeierei tobt sich mitunter auch auf dem Gebiet der Politik aus. Der Typus des ,,notorischen Parteigründers'' und die von ihm gegründeten, umbenannten, fraktionierten und fusionierten Klein- und Kleinstparteien sind mit Recht in einer seriösen Zeitung wie dem AK nie besonders gewürdigt worden. Das soll auch so bleiben, wenngleich wir mal eine Ausnahme machen. Nicht nur witzig ist die im Herbst von ,,32 Damen und Herren ... in einem Hinterzimmer im hannoverschen ,Hotel am Rathaus' '' vollzogene Gründung der Partei ,,die Weißen'' (Spiegel, 6.1.86).

Der Name weckt Assoziationen besonderer Art: ,,die Weißen'' gegen die Schwarzen (Südafrika), ,,die Weißen'' gegen die Roten (Ausrottung der Indianer; russischer Bürgerkrieg und jetzt ,,die Weißen'' gegen die Grünen? Oder auch — es muß ja nicht alles ins Politische gezogen werden — Produktwerbung : ebenso mieser Inhalt in weniger aufwendiger Verpackung.

Parteivorsitzender Beddermann denkt bei ,,weiß'' eher an ein ,,unbeschriebenes Blatt'' (Spiegel), was ausgerechnet aus seinem Munde ein ziemlich starkes Stück ist. Beddermann selbst ist alles andere als ein unbeschriebenes Blatt, sondern aus der Gründerzeit der Grünen noch in böser Erinnerung. Als Oberregierungsrat im CDU-geführten niedersächsischen Finanzministerium wurde er 1978 erster Landesvorsitzender der ,,Grüne Liste Umweltschutz'' (GLU). Nach der Landtagswahl im Juni 1978 trat er von diesem Posten zurück, weil er die ,,radikaldemokratischen Experimente'' der ,,links-unterwanderten'' GLU nicht mehr mitmachen wollte. Gescheitert sah er sich dennoch nicht. Den Ausgang der niedersächsischen Landtagswahl kommentierte er vor laufenden Fernsehkameras als großen persönlichen Erfolg, nicht wegen der sehr achtbaren 3,9 % für die GLU ,,aus dem Stand'', sondern wegen des Scheiterns der FDP, das Albrecht die absolute Mehrheit brachte.

Weitere Hintergründe für Beddermanns Rücktritt enthüllte Dr. Rudolf Eickhofff, ein enger Vertrauter Beddermanns, in der ,,Elbe-Jeetzel-Zeitung (zitiert in AK 136 vom 21.8.78). Nach Eickhoff habe sich Beddermann bei der Vorbereitung der Landtagswahl in Hessen (Oktober 1978) *,,darum bemüht, die GLU als verfassungstreue ökologische Reformpartei auf Bundesebene zu konsolidieren. Ein Erfolg schien greifbar nahe. Vermutlich hätte man auch Herbert Gruhl für die Mitarbeit in einer solchen Partei an der ihm gebührenden hervorragenden Stelle gewinnen können ... Folgerichtig versuchte Beddermann, ein Wahlbündnis zwischen der GLU-Hessen und der GLW* (Anm. AK: später GLH, ,,Grüne Liste Hessen'') *zu verhindern. Er ahnte, daß die GLW-Hessen von linksextremistischen Kräften beherrscht wird, die unter dem Vorwand der Ökologie zum Angriff auf die rechtsstaatlichen Institutionen unserer Demokratie angesetzt haben.''*

Für seinen rabiaten Abgrenzungskurs hatte Beddermann aber keine Mehrheit gefunden. Im September 1978 trat er in Gruhls GAZ ein und von der politischen Bühne ab.

Nach siebenjähriger Pause hat Beddermann allem Anschein nach keinerlei Schwierigkeiten, seine unterbrochene Mission wieder aufzunehmen. Seine gegenüber dem ,,Spiegel'' an die Adresse der Grünen gerichteten Vorwürfe sind die gleichen, mit denen er sich 1978 aus der GLU verabschiedet hat: *,,das reine Öko-Anliegen (sei) reichlich verschüttet''*, stattdessen seien *,,Schwule und Lesben in den Mittelpunkt''* gerückt worden; die Grünen hätten sich zu einer ,,linkssozialistischen Partei''gewandelt.

Ob das Grundsatzprogramm der ,,Weißen'' für mehr als ein oder zwei Promille der Wähler attraktiv ist, muß bezweifelt werden. Es bietet gegenüber den in Wahlkämpfen erprobten und als unbrauchbar erwiesenen Programmen von GAZ und ÖDP nichts Neues: ,,Lebensschutzpolitik'', ,,Betroffenheit, was aus unserer Sicherheitspolitik geworden ist'', ,,eine echte Solidargemeinschaft'' gegen die Arbeitslosigkeit, ,,elterliches Vorbild und familiäre Geborgenheit'' statt ,,schrankenlosem Individualismus'' (alle Zitate nach Spiegel).

Daß Beddermanns Comeback dennoch Folgen haben könnte, ist auch den ,,Spiegel''-Redakteuren aufgegangen: *,,Auch wenn der Neugründung nicht der Sprung ins Parlament gelingt, könnte sie doch den Grünen womöglich ein paar tausend entscheidende Stimmen abjagen und die Alternativen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern lassen.''* Ob solche Dienste von den politischen Nutznießern belohnt werden? Beddermann ist heute 43 Jahre alt und *,,heute nach einer, wie er sagt, 'kümmerlichen Karriere' Regierungsdirektor im Landwirtschaftsministerium.'' (Spiegel)* Vielleicht kommt er in den noch verbleibenden zwanzig Dienstjahren etwas schneller voran, 'Erfolg' vorausgesetzt.

js./Hamburg



Na, dann kann es ja losgehen!

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. ,,Zur-Habe-Nahme'' ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Wieder Tote bei Auseinandersetzungen zwischen türkischen Linken und der PKK

Am Tag vor Heiligabend wurde in Paris bei Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern verschiedener türkischer und kurdischer Organisationen mit Anhängern der kurdischen Arbeiterpartei, PKK, ein Mitglied der PKK durch Messerstiche tötlich verletzt. Zwei weitere PKK-Mitglieder wurden schwer verletzt. Am 27.12. wurde wurde ein bekannter türkischer Exillinker, ehemaliger Funktionär der Gewerkschaft Yeralti Maden-Is in Paris mit einem gezielten Schuß von hinten getötet.

Zehn türkische und kurdische Exilgruppen hatten in Paris vor Weihnachten eine gemeinsame Stellungnahme zu dem Tod des ehemaligen führenden Mitglied der PKK, Semir, verfaßt (vgl. Artikel im letzten AK), in der sie sich bezogen auf die konkreten Vorfälle um die PKK-Dissidenten von dem Mittel der Gewalt in der ideologischen Auseinandersetzung prinzipiell abgrenzen. Die Erklärung wurde am 23.Dezember im Pariser Stadtteil St.Denis, wo zahlreiche Türken und Kurden leben, von größeren Gruppen der am Bündnis beteiligten Organisationen verteilt. Offensichtlich hatte man mit Auseinandersetzungen mit PKK-Anhängern gerechnet, denn als diese die Verteilung stören wollten, kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen, bei denen der 24jährige Mustafer Aktas durch Messerstiche getötet, und zwei weitere PKK-Anhänger schwer verletzt wurden.

Die PKK reagierte unmittelbar. In einer Erklärung der Europavertretung des bewaffneten Arms der Partei, ERNK, vom 25.Dezember, heißt es zum Tod Mustafer Aktas': *,,Er ist infolge eines niederträchtigen Komplotts der sozialchauvinistischen türkischen und kollaborierenden kurdischen Gruppierungen, den Lakaien der kolonial-faschistischen Junta am 23.12.85 in Paris zum Märtyrer geworden.''* Das Pariser Aktionsbündnis sei eine *,,Mörderherde''*, die ein *,,größeres Massaker''* bezweckt hätte. Verantwortlich seien *,,die Chefs der TKP* (Türkische Kommunistische Partei) *und Devrimci Isci''*, die in Paris verfaßte Erklärung sei ein *,,Massakerflugblatt''*. Die Erklärung geht im weiteren auf die allgemeine Verschwörung gegen die PKK ein und schließt mit dem Aufruf an alle Anhänger und Sympathisanten: *,,Nun, das auch in Europa geflossene Blut unseres Genossen* ***hat eine neue Phase des roten Widerstandes eröffnet.*** *Unser wertvoller Genosse befiehlt uns, unsere in jedem Gebiet* ***geführten national-befreierischen Aktivitäten in jeder Hinsicht auf das Niveau des in Kurdistan geführten Widerstandes zu erheben.*** *Es gibt keinen erhabeneren auszuführenden Befehl als diesen''* (Hervorhebungen durch AK).

Am 27.Dezember wurde in unmittelbarer Nähe des Devrimci Isci-Vereins in Paris Mustafer Sahpaz, bekannter türkischer Exillinker und Gewerkschafter, durch einen gezielten Schuß von hinten erschossen. Kurz zuvor waren im Verein Leute aufgetaucht, die sich als PKK-Anhänger ausgaben. Am 30.Dezember starb ein Anhänger der türkischen Gruppe Kurtulus durch Schüsse in Lousanne. Eine weitere Ausweitung der gewaltsamen Auseinandersetzung steht zu befürchten, die weitreichende negative Folgen für alle Beteiligten Exillinken haben würde. In Paris wurde inzwischen von einer am Bündnis beteiligten Gruppe, Devrimci Isci, eine kritische Erklärung bekannt, in der angekündigt wird, sich mit Kräften dafür einzusetzen, daß derartige Auseinandersertzungen in Zukunft nicht wiederholbar sind. Weitere Stellungnahmen sind uns bisher nicht bekannt.

Anmerkung

Im AK 264 druckten wir auszugsweise eine Erklärung gegen die PKK, die von „Devrimci Isci, Hamburg" unterzeichnet war. Hierbei handelt es sich um eine Abspaltung der Auslandsorganisation der türkischen Gruppe „Devrimci Yol", die nicht identisch ist mit dem Herausgeberkreis der Zeitschrift „Devrimci Isci", die nach der Abspaltung der obigen Gruppe von der Mehrheitsströmung weiter herausgegeben wird. Bei der in Paris herausgegebenen kritischen Erklärung handelt es sich ebenfalls um die von der Mehrheit abgespaltene Strömung. Alles klar?

Keine Ruhe im Wackerland

Der Widerstand gegen die WAA im bayerischen Wackersdorf hat kaum erhoffte Ausmaße angenommen. Nach der Demonstration der 50.000 am 12. Oktober, nach der ersten Bauplatzbesetzung im Anschluß an einer Demonstration von 40.000 am 14. Dezember, ist über Weihnachten und Silvester bis ins neue Jahr hinein der Bauplatz zum zweitenmal besetzt worden. Zwar konnte die Besetzung gegen die geballte Staatsmacht natürlich nicht gehalten werden, doch eine Spekulation der CSU und Franz-Josef Strauß' ist nicht aufgegangen: Das Versprechen an die WAA-Betreiber, Bayern biete den geeigneten Rahmen, die Wiederaufbereitungsanlage störungsfrei zu errichten. Unruhe ist mittlerweile in die Oberpfalz eingekehrt und läßt sich nicht mehr nur als von Preußen importiert diffamieren.

Eine Woche nach der Räumung der ersten Platzbesetzung begann am 23.12. die zweite Besetzung, die am 24.12. mit einem Weihnachtsgottesdienst von Anti-WAA-Pfarrern sanktioniert wurde. Ein Bürgerfest am 30.12., eine stimmungsvolle Silvesterfeier und ein großes Kultur- und Kinderfest am 5.1. mobilisierten tausende Oberpfälzer nach Wackersdorf, bevor am 7. Januar erneut geräumt wurde. Der besetzte Platz mit seinen mittlerweile 150 Hütten und mehreren hundert Dauerbesetzern wurde zum Ausflugsort für viele Bürger, was dazu beitrug, Bedenken und Distanz zum illegalen Akt der Besetzung abzubauen.



Die Räumung vom 7. Januar

Erwartet worden war sie, da an diesem Tag die Rodungsarbeiten fortgesetzt werden sollten. Über 1000 Menschen verbrachten die Nacht im Hütterndorf. Mehr als 2000 waren es bei der Räumung, 500 verfolgten sie zusätzlich von außen. Um 7.30 Uhr früh wurden nahegelegene Schafställe, ıe ein Bauer als Quartier zur Verfügung gestellt hatte, von der Polizei ohne jede Rechtsgrundlage durchsucht. Unter dem Vorwand, Gegenstände, die für „strafbare Handlungen" verwendet werden könnten, sicherzustellen, wurden im Zuge dieser Aktion 29 Leute festgenommen wegen Verdachts der „gemeinschaftlichen Sachbeschädigung". In der Morgendämmerung wurde das Hüttendorf von bayerischer Bereitschaftspolizei, Bundesgrenzschutz-Einheiten aus Bayern und Niedersach-

Zuge dieser Aktion 29 Leute festgenommen wegen Verdachts der „gemeinschaftlichen Sachbeschädigung". In der Morgendämmerung wurde das Hüttendorf von bayerischer Bereitschaftspolizei, Bundesgrenzschutz-Einheiten aus Bayern und Niedersach-

sen sowie Sondereinsatzkommandos umstellt. Nach zehn Uhr begannen Abgreiftrupps Leute aus den Menschenketten, die die Besetzer um das Hüttendorf gelegt hatten, herauszureißen, teilweise unter Schlagstockeinsatz. Ab 13 Uhr begann die Militär-Show für den im Prominenten-Hubschrauber angereisten Innenminister Hillermeier: Über einem zehn Meter hohen Baumhaus flog im Tiefflug ein Hubschrauber an, auf den Kufen stehend SEKler, die sich an einem Seil auf das Dach des Baumhauses absetzten. Nach zwei Stunden wurden die Baumhausbesetzer abgeseilt.

762 offizielle Festnahmen wurden gemeldet, bei allen wurden die Personalien festgestellt. Daß es nicht mehr waren, lag einmal an den fehlenden Kapazitäten der Polizei, die teilweise völlig überfordert war, zum anderen an der Selektionspraxis. So weit es das polizeiliche Differenzierungsvermögen zuließ, wurden Oberpfälzer nicht festgenommen, um hinterher anhand der Personalien der Festgenommen die Propaganda abstützen zu können, daß es sich bei den Besetzern überwiegend um Ortsfremde handele.

Am Abend führten WAA-Gegner in Wackersdorf und Schwandorf spotane Protestdemonstrationen durch.

Nach der „sanften Tour" die Kriminalisierung

Bayerns Polizeieinsatzleitung hatte nach den harten Übergriffen von München und der heftigen Kritik daran die erste Besetzung angesichts der massenhaften Mobilisierung flexibel gekontert. Die Demonstranten wurden weitgehend ungehindert auf den Bauplatz gelassen. Auch die Ankündigung von Einsatzleiter Friker, den Bau von Hütten nicht zuzulassen, wurde nicht wahrgemacht. So wurde die Polizei erst dann aktiv und räumte, als die demokratische Massenmobilisierung abgeklungen war und sich auf den Kern von mehreren hundert Besetzern reduzierte. Die bürgerliche Presse registrierte denn auch lobend das „besonnene Verhalten" der Polizei. Ähnlich zurückhaltend wurde auch die zweite Besetzung begleitet.

Dennoch hat der letzliche Akt konsequenter und im einzelnen auch brutaler Räumung des Hüttendorfes nicht verhindert, daß bei vielen Oberpfälzer Bürgern und teilweise auch in der örtlichen Presse die erste nähere Bekanntschaft mit der Staatsmacht mit Definitionen wie „Poizei-" und „Unrechtsstaat" bedacht wird. Die wachsende Zahl WAA-gegner in der Oberpfalz versteht die Welt nicht mehr, wie wenig ihre Rechte bei dem WAA-Projekt berücksichtigt werden. Die Polizeiführung ist nach wie vor bemüht, den Imageverlust in Teilen der Bevölkerung zu mildern. Einsatzleiter Friker in einem „taz"-Interview: *„Wir werden künftig vor allen Dingen auf die Maschinenpistolen verzichten. Das ist unnötig, das macht sicherlich einen vermeidbaren Reizwert aus"* (9.1.86).

mildern. Einsatzleiter Friker in einem „taz"-Interview: „Wir werden künftig vor allen Dingen auf die Maschinenpistolen verzichten. Das ist unnötig, das macht sicherlich einen vermeidbaren Reizwert aus" (9.1.86).



Wer einigermaßen die Verhältnisse bei vergleichbaren Polizeieinsätzen in der BRD kennt, muß den Bayern relative Zurückhaltung konzedieren. Doch darf nicht übersehen werden, welche Arbeit bislang schon geleistet worden ist, den Anti-WAA-Widerstand zu kriminalisieren, sowohl in quantitativer Hinsicht, als auch in Bezug auf gezieltes Vorgehen gegen den radikaleren Teil der Atomstaatsgegner: Über 200 Verhaftete nach der Münchener Demonstration, 869 Festnahmen nach der ersten Platzbesetzung, 134 Festnahmen in Amberg, 762 Festnahmen nach der zweiten Besetzung sind eine Grundlage für die Kriminalisierungsvorhaben. Zwei Leute sitzen nach wie vor in U-Haft, sie waren verhaftet worden, weil sie die Parole „Tötet Strauß" gesprüht haben. Wären sie nicht gestört worden, so sollen sie bei der richterlichen Vernehmung gesagt haben, hätte die ganze Parole gelautet: „Tötet Strauß uns alle?" Sensationell aufgemacht wurde die Aktion mit der „versuchten Gefangenenbefreiung" in Amberg. Etwa 150 Hüttendorfbesetzer waren nach Amberg gefahren, um dort vor dem Gefängnis gegen die Verhaftung der beiden zu protestieren. Einigen gelang es auf die Gefängnismauern zu steigen, und dort am NATO-Draht ein Transparent zu befestigen. Auf der Rückfahrt nach Schwandorf stoppte die Polizei den Konvoi von 85 Fahrzeugen und nahm 134 Leute unter dem Vorwurf „versuchter Gefangenenbefreiung" und „Sachbeschädigung" fest (vor dem Knast war ein Spiegel zu Bruch gegangen). Diese Polizeiaktion gegen eine Besetzergruppe erinnert stark an das Vorgehen im Nürnberger „KOMM", wo die Polizei auch erst nach der Aktion einschritt und a l l e festnahm. Neben der bewährten Hetze gegen anreisende „Chaoten" und „Punker" ist zu erwarten, daß solche Versuche, einen Teil der Aktiven gezielt zu verfolgen, in der nächsten Zeit zunehmen werden, um über diesen Weg der Kriminalisierung des Widerstands die Bürger abzuschrecken.

Druck auf die SPD

Die bayerische SPD und der ihr politisch nahestehende Bund Naturschutz hatten sich nach der Münchener Demonstration im Oktober von den übrigen Trägern der Aktion distanziert und den Aufbau eines Kreises gegen die WAA ohne die Linken und die Grünen angekündigt. Dieses Vorhaben ist vom weiteren Gang der Ereignisse überrolt worden. Noch vor der Demonstration am Rodungsgelände vom 14. Dezember ging ihr Bemühen — nicht ohne Erfolg — dahin, illegale Aktionen zu verhindern. Die ostbayerische SPD hatte ausdrücklich öffentlich erklärt, *„Platzbesetzungen sind unsinnig"*. Die Besetzung des Rodungsgeländes gehörte daher auch nicht zum ausdrücklichen gemeinsamen Aktionsziel. Angesichts der massenhaften Mobilisierung der 40.000 und der guten Stimmung war allerdings vor Ort niemand in der Lage, die Leute von der Besetzung abzuhalten (außer der Polizei, die allerdings auf Flexibilität umgeschaltet hatte). Im Gegenteil, maßgebliche Mitglieder der ansässigen BIs, die vorher einer Platzbesetzung skeptisch gegenüberstanden, waren aktiv dabei und unterstützten danach auch die folgenden Aktionen. Derzeit sind daher die Spaltungsbemühungen der SPD nicht ganz einfach.

Andererseits sind im Herbst die Landtagswahlen und die SPD hofft vom Anti-WAA-Widerstand wahlpolitisch zu profitieren (in Konkurrenz mit den Grünen). Dies setzt aber „gemäßigte" Opposition voraus oder zumindest eine Isolierung des radikaleren Widerstands, zumal die Bundes-SPD gerade ihre Rau'sche Anstandskampagne gestartet hat. In der CSU hat man dieses SPD-Dilemma durchaus verstanden. Sie bemüht sich Druck auszuüben, daß die SPD sich von „rechtswidrigen Aktionen" distanziert. Insbesondere fordert sie *„Distanzierung von jenen, die die Polizei tätlich angreift"*. Mit Sicherheit ist zu erwarten, daß die SPD diesen Druck in die weiteren Diskussionen des Anti-WAA-Widerstands weitergeben wird. Die Nagelprobe darauf dürfte bei den anstehenden Diskussionen um eine Gegenkampagne gegen die Kriminalisierung zu erwarten sein.

Giftunfall in den USA

Nicht nur in Gore: Uranhexafluorid — eine tickende Zeitbombe

Giftunfall in den USA

Nicht nur in Gore: Uranhexafluorid — eine tickende Zeitbombe

Uranhexafluorid (UF 6) ist als Grundstoff der zivilen und militärischen Atomindustrie ebenso unverzichtbar wie giftig: Schon ein Zehntel Gramm auf einem Kubikmeter wirkt absolut tödlich.

Am 7.1.86 platzte in einer kleinen Uran-Konversionsfabrik bei Gore im US-Bundesstaat Oklahoma ein UF 6-Behälter und setzte 12 Tonnen UF 6 frei. Ein Arbeiter starb innerhalb weniger Stunden an der Verätzung seiner Lungen, über 100 Menschen (30 befanden sich im Werk) mußten trotz günstiger Windverhältnisse und einer menschenleeren Gegend ins Krankenhaus eingeliefert werden. Die Giftwolke kroch innerhalb von 2 Stunden 30 km weit.

Bundesregierung und Atomindustrie haben allen Grund, den Unfall kleinzuhalten und ein öffentliches Interesse, wie etwa beim Untergang der UF 6-Behälter in der Mont Louis, gar nicht erst aufkommen zu lassen. Denn:

1. Ein Atomunfall wie in Gore kann hierzulande täglich passieren. Der Gifttank in Gore ist explodiert, weil er statt der zulässigen 115 °C auf 120 °C erhitzt wurde und zudem — nach Betreiberangaben — mit ca. 800 kg überladen war. Der Punkt ist nun, daß ab einem bestimmten Erhitzungsgrad auch jeder normalgefüllte UF 6-Behälter in die Luft geht.

UF 6 wird als fester, salzförmiger Stoff transportiert, geht ab 56 °C in einen gasförmigen Zustand über und wird ab 64 °C bei einer gleichzeitigen Volumenausdehnung von 35% flüssig. Je höher die Hitze, desto höher die Ausdehnung und die Gefahr der Behälterexplosion. Von Bedeutung ist dies insbesondere für die unzähligen UF 6-Transporte quer durch die BRD:

„Die größte Gefahr beim Transport droht, wenn bei einem Unfall ein Feuer ausbricht. Wird ein intakter Behälter einem Brand bei einer Umgebungstemperatur von 800 °C (ein Benzinfeuer erzeugt Temperaturen von über 1000 °C) ausgesetzt, platzt der Behälter unter steigendem Druck nach maximal 1,7 Stunden explosionsartig. Schlagartig werden 80% des UF 6 230 m hochgeschleudert, wo es verdampft. Die restlichen 20% werden brockenweise in die nähere Umgebung geworfen und verdampfen innerhalb von 4 Stunden." (aus: Gruppe Ökologie, Sicherheit und Umweltauswirkungen eines Lagers für Uranhexafluorid und Urankonzentrat bei Leese, Juni 1983)

2. In der BRD lagern riesige Mengen an UF 6, zumeist unter freiem Himmel, dh. gegen Flugzeugabstürze etc. völlig ungeschützt. Allein in Hanau handelt es sich um über 5.000 Tonnen, die dort von den Firmen NUKEM, RBU und Transnuklear verarbeitet und gelagert werden, In Weisweiler bei Aachen liegen weitere 5.000 Tonnen. UF 6-Giftlager gibt es ebenfalls in Karlstein (Nordbayern), in Leese (Niedersachsen) und in Gronau.

3. Die Menge des zu transportierenden und zu lagernden Uranhexafluorid nimmt ständig zu. Mensch unterscheidet angereichertes, abgereichertes und Natururan-UF 6, die chemisch alle gleichermaßen giftig sind, wobei insbesondere das angereicherte UF 6 auch als radioaktiver Stoff gefährlich ist. Es ist noch nicht ermittelt, wieviel Natururan-UF 6 hierzulande lagert und ob die Uranvorräte der Bundesregierung, die für fünf Jahre (für den Fall von Liefersperren) reichen sollen, als Urankonzentrat (Yellow cake) oder als UF 6 gehortet werden. Angereichertes UF 6 wird in Hanau verarbeitet, in Gronau produziert und ebenfalls aus etlichen Ländern eingeführt. Das Hauptproblem ist jedoch das abgereicherte Uran 238. Um ein Atomkraftwerk à la Biblis ein Jahr zu betreiben, kommen 200 Tonnen UF 6 in eine Anreicherungsanlage, von denen wiederum 160 Tonnen als abgereichertes UF 6, praktisch als Abfall, zurückbleiben.

Die Bundesrepublik läßt ihr Uran neben Gronau in den USA, der UdSSR, den Niederlanden, Frankreich und Großbritannien anreichern. In allen Fällen mußte sie sich selbstverständlich verpflichten, die angefallenen abgereicherten UF 6-Abfälle wieder zurückzunehmen, um sie für Jahrzehnte (die Bundesregierung spricht von 50 Jahren) zu deponieren. Ein größeres UF 6-Unglück ist somit praktisch vorprogrammiert.

Insbesondere die SPD wird wenig Interesse haben, die hier angesprochenen Sachverhalte zu erörtern. Nicht allein, weil sich hier erneut der kriminelle Charakter des gesamten Atomprogramms auftut, sondern insbesondere wegen der Urananreicherungsanlage Gronau im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen. Der Grundstein für diese potentielle nationale Atombombenfabrik wurde von von Bülow gelegt, die NRW-Landesregierung nahm die Anlage noch kurz vor der NRW-Landtagswahl in Betrieb, kurz: ein typischer „Ausstieg" aus der Atomenergie à la Sozialdemokratie.

Noch Anfang 1986 wollen die Gronau-Betreiber den Antrag auf Ausbau der Anlage von derzeit 400 Tonnen auf 1.000 Tonnen Urantrennarbeit/Jahr bei der NRW-Landesregierung einreichen, die nicht nein sagen wird. Daß dahinter keine ökonomischen, sondern militärisch-strategische Interessen stehen, ist stark zu vermuten. Immerhin ist die weltweite Überkapazität auf dem Gebiet der Urananreicherung dergestalt, daß ein komplettes Werk in den USA unlängst die Pforten schloß und die französische Anlage sechs Monate im Jahr stillsteht.

Besonders unschön, besonders für die örtliche und regionale Bevölkerung, ist darüberhinaus das Uranhexafluorid: Nach Auskunft der Bundesregierung wird sich der jährlich (!) neu anfallende Berg abgereicherten UF 6 von derzeit 160 Tonnen auf 1.600 Tonnen in die Höhe schrauben und die UF 6-Sammelstelle in Gronau gigantisch vergrößern. Mit dem Ausbau der Anlage wird gleichzeitig die Zahl der UF 6-Transporte von oder nach Gronau von jetzt 22 auf 215 pro Jahr ansteigen.

Doch alles halb so wild. Nach Auskunft eines Joachim Pokar, Projektleiter des neuen Gronau-Genehmigungsverfahrens „ist in der Bundesrepublik ein Unfall wie in Gore nicht möglich" ...

ms, Bonn

Fortsetzung von Seite 1

Der großartige Mobilisierungserfolg geht im wesentlichen zurück auf das Zustandekommen eines bisher einmaligen Bündnisses von türkischen Organisationen, Vereinen und religiösen Vertretungen. Auf Einladung des bekannten Sozialdemokraten Hakki Keskin trafen sich am 28. Dezember ca. 40 Vertreter von türkischen Vereinen und Organisationen, Sportvereinen, deutsch-ausländischen Initiativen. Und erstmals waren auch Vertreter von islamischen Gemeinden anwesend. 24 der vertretenen Gruppierungen einigten sich auf eine gemeinsame Erklärung (siehe Abdruck) und den Aufruf zu einer Protestdemonstration. Die gleiche Erklärung war am Vortag schon auf einem vom Deutsch-Ausländischen Aktionsbündnis (DAAB) einberufenen Treffen von verschiedenen deutschen und türkischen Organisationen verabschiedet worden, wobei es sich zunächst um einen eher traditionell linken Kreis handelte. Der weitere Gang der Dinge wurde wesentlich durch das türkische Bündnis bestimmt. Erwartungsgemäß waren die Verhandlungen in diesem Kreis schwierig, denn unter normalen Umständen wären die politisch-ideologischen Gegensätze als unüberbrückbar angesehen worden. Dennoch gelang es, diesen Kreis zusammenzuhalten und sogar noch zu erweitern. Die eingeschlagenen politische Kompromißlinie, die es allen erlaubte, im Bündnis zu verbleiben, lag darin, sich auf die Frage des Rassismus und der Ausländergesetze der BRD zu beschränken und die gemeinsame Diskriminierung in den Vordergrund zu stellen. So gesehen konnte dieses Bündnis tatsächlich für einen großen Teil der in Hamburg lebenden Türken sprechen. Inhalt dieser Linie war denn auch, die Differenzen über die Beurteilung des türkischen Staates auszuschalten, da diese nichts mit der Ausländerdiskriminierung in der BRD zu tun haben.

Von diesem Bündnis ausgehend gelang es den türkischen Organisationen, einen relativ großen politischen Druck zu erzeugen, der bewirkte, daß auch im Lager der deutschen Organisationen und Initiativen eine seit langem nicht mehr vorhandene Bereitschaft enstand, sich aktiv an der Mobilisierung zu beteiligen. Aufgerufen hat schließlich die gesamte traditionelle Linke, die GAL, eine große Zahl von Initiativen, schließlich auch noch der DGB (obwohl für eine wirkliche Mobilisierung

lich die gesamte traditionelle Linke, die GAL, eine große Zahl von Initiativen, schließlich auch noch der DGB (obwohl für eine wirkliche Mobilisierung

zu spät).

Nicht aufgerufen hat die SPD. Sie folgte (bis auf einzelne Ausnahmen) der Senatslinie, daß dieser Mord eine „Einzeltat ohne politischen Hintergrund" sei, weshalb auch eine Mobilisierung gegen die Ausländerfeindlichkeit abgelehnt wurde. Alle Versuche des türkischen Bündnisses, hier noch eine Änderung in der Haltung herbeizuführen, scheiterten, wobei die SPD sich selbst um eine öffentliche Erklärung herumdrückte.

Das wesentlichste Ergebnis dieses Bündnisses ist neben dem konkreten Mobilisierungserfolg zur Demonstration der erreichte öffentliche Druck. Niemals zuvor hat es zu diesem Thema und bei einem solchen Anlaß ein so positives Echo der Medien gegeben. Zwar ist unverkennbar, daß auch hier die bequeme Einzeltattheorie aufrecht erhalten wird, aber erstmals wurde in Kommentaren in allen Zeitungen ein Klima der Ausländerfeindlichkeit zugegeben, selbst eine Zeitung wie Springers „Abendblatt" machte dieses Klima mit verantwortlich für den Mord.

Jedem muß klar sein, daß eine einmalige Demonstration anläßlich dieses Mordes nicht ausreicht. Weder ist damit innerhalb der Gesellschaft schon wirklich etwas an der Haltung gegenüber den ausländischen Mitbürgern geändert worden, noch hat sich etwas an der staatlichen Ausländerpolitik geändert. Aber es sind die Möglichkeiten sichtbar geworden, eine Politik zu entfalten, die mehr erreicht als daß bei einem Mord allein die radikale Linke auf die Straße geht. Es eröffnen sich damit Möglichkeiten, den Druck auf die SPD und die Gewerkschaften zu erhöhen und sie nicht aus der Verantwortung herauszulassen. Jedem muß klar sein, daß bei der Anzahl der hier lebenden Ausländer und dem Grad der nationalistischen und rassistischen Verhetzung großer Teile der westdeutschen Bevölkerung eine aktive Politik gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit von enormer Bedeutung ist.

Wir dokumentieren in diesem AK einige der Reden, die auf der Hamburger Demonstration gehalten wurden und in etwa das aufzeigen, was an inhaltlicher Grundlage heute zwischen sonst sehr divergierenden Kräften möglich ist.

»Zehntausende haben Angst, abends ihre Wohnungen zu verlassen«

Aus der Rede von Hakki Keskin auf der Demonstration am 11.1.86 in Hamburg

Meine Damen und Herren!
Liebe Freunde!

Eine türkische Zeitung von gestern, „Günaydin", berichtete über die Hinrichtung eines 37jährigen Türken durch Neo-Nazis. Sami Dilsizoglu, so heißt dieser Türke, wurde laut Angaben dieser Zeitung in der Nähe von München im Wald (Hohen Brunn) an einem Baum aufgehängt gefunden. Die Polizei soll zuerst diesen Fall aus der vorigen Woche als Selbstmord bezeichnet und geheim gehalten haben. Die Ermittlungen und Recherchen belegten jedoch nach Angaben von „Günaydin", daß auch dieser Türke von Neo-Nazis ermordet worden sei. Falls dieser Bericht zutreffen sollte, wurden seit Weihnachten zwei und in den letzten sechs Monaten drei Türken Opfer des Rassismus.

Bereits vor knapp zwei Jahren erzählte mir ein türkischer Arbeiter aus Hannover, daß er sich nach 20 Uhr nicht mehr traue, auf die Straße oder zum Telefonieren zu einer Telefonzelle zu gehen. Ein Freund von ihm, so berichtete dieser Landsmann, sei von Neo-Nazis durch Prügel schwer verletzt worden. Kurz danach kehrte er in die Türkei zurück. Wir haben immer wieder von ähnlichen Angriffen der rassistisch gesinnten Gruppen auf Türken und andere Ausländer gehört.

In jüngster Zeit haben wir aber mit einer neuen Dimension dieses Terrors zu tun: Die Skin-Heads machen bundesweit und vor allem in einigen Großstädten Jagd auf Ausländer, besonders auf Türken. Ramazan Avci und sechs Monate zuvor Mehmet K. wurden von dieser Gruppe hier in dieser Stadt bestialisch ermordet, nicht weil sie mit Skins zusammengestoßen waren, sondern weil sie Ausländer und Türken waren. In dieser, auch unserer, schönen Stadt Hamburg ist es so weit gekommen, daß nunmehr zehntausend Türken und andere Ausländer Angst haben, abends ihre Wohnung zu verlassen.

Diese Entwicklung der letzten Jahre

haben, abends ihre Wohnung zu verlassen.

Diese Entwicklung der letzten Jahre

und Monate ist nicht vom Himmel gefallen. Sie ist die durchaus logische Folge einer „Ausländer-Halbierungspolitik", die seit der Wende angekündigt wurde. Wer als Bundeskanzler, als Bundesminister für Inneres oder als Innensenator von Berlin von zuviel Ausländern und Türken redet und deren Halbierung zum politischen Programm macht;wer die ausländische Wohnbevölkerung zu Sündenböcken für Engpässe beispielsweise auf dem Arbeitsmarkt macht; wer mit weiteren restriktiven Maßnahmen die ohnehin geringen Rechte der ausländischen Wohnbevölkerung noch mehr beschneiden will; kurz: wer eine Politik gegen die Minderheiten in diesem Lande macht, der darf sich nicht mehr wundern, wenn rassistische Skins oder Neo-Nazis Jagd auf Ausländer und Türken machen und die Ausländer mit Gewalt vertreiben wollen.

Auf der anderen Seite können wir uns nicht recht vorstellen, weshalb die Angriffe und der Terror der Skins und Neo-Nazi-Gruppen von den zuständigen und verantwortlichen Organen nicht unterbunden werden können, wenn die richtige Einschätzung und der gute Wille da ist? Zumal wir sehr gut wissen, daß diese Sicherheitskräfte gerade in diesem Lande ihre Aufgaben perfekt wahrzunehmen in der Lage sind.

Ich möchte es hier unverschleiert sagen: Bei großen Teilen der ausländischen Bevölkerung verstärkt sich der Eindruck, daß sie nicht genügend geschützt werden. Mehr noch: Teile der Sicherheitskräfte und der Justiz würden ihre Aufgabe nicht unparteiisch wahrnehmen, wenn es um den Schutz von Ausländern geht. Es ist nicht meine Aufgabe, diese Auffassung vieler Ausländer zu belegen, es ist die Aufgabe der hier Angesprochenen in dieser Stadt, mit Taten und nicht mit Worten diese Auffassung zu widerlegen.

Meine Damen und Herren auch von den Medien!
Liebe Freunde!
Lesen Sie bitte die Forderungen, die wir, 24 zu einem Bündnis zusammengeschlossene türkische Vereine, Organisationen, Moscheen, Sportclubs und viele Einzelpersonen als Gewerkschafter und Betriebsräte, uns zu eigen gemacht haben. Diese zeigen, was wir mit unserem gemeinsamen Vorgehen wollen:

— Wir trauern um Ramazan Avci
— Schluß mit Ausländerfeindlichkeit und Rassismus
— Wir sind Einwanderer
— Gleichberechtigung
— Niederlassungsrecht
— Wahlrecht für Einwanderer
— Solidarisches Zusammenleben
— Doppel-Staatsangehörigkeit
— Freundschaft statt Feindschaft
— Verbot der HLA und FAP

Wir wollen als naheliegendstes Ziel: Mit allen demokratischen Mitteln gegen die rassistischen Angriffe und gegen die zunehmende Ausländerfeindlichkeit eine Front bilden und dem rassistischen Terror Einhalt gebieten! Aber wir wollen *auch* für die Festigung der Demokratie und des sozialen Friedens in der Bundesrepublik Deutschland eine völlige Neuorientierung in der bisherigen Ausländerpolitik maßgeblich beeinflussen.

Die bisherige Ausländerpolitik, und zwar aller Parteien, ist gescheitert. Sie stiftet keine Solidarität und Freundschaft zwischen Deutschen und ethnischen Minderheiten, vielmehr schürt sie Ausländerfeindlichkeit und rassistische Tendenzen. Sie macht die Einwanderer zu Sündenböcken für das Versagen vor allem bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der zunehmenden Armut in diesem Lande.

Diese Ausländerpolitik hat versagt, weil sie eine Million gebürtiger Bundesrepublikaner der ausländischen Bevölkerung weiterhin als Ausländer mit geringeren Rechten behandelt. Mehr als 60 % aller Ausländer leben nun länger als zehn Jahre in diesem Lande, fast alle mit ihren Familien. Ihre Kinder sprechen besser Deutsch als ihre Muttersprache. Die bisher verfolgte Ausländerpolitik und das geltende Ausländerrecht ignoriert diese Tatsachen und betrachtet und behandelt die hier verwurzelten Einwanderer nach wie vor als sogenannte Gastarbeiter. Wenn auch dieser Begriff heute selten zu hören ist, weil es lächerlich klingt für Menschen, die seit zehn und zwanzig Jahren in einem Land leben, so herrscht weiterhin

weil es lächerlich klingt für Menschen, die seit zehn und zwanzig Jahren in einem Land leben, so herrscht weiterhin

der „Gastarbeiter-Rechtsstatus" für diese Menschen.

Wir betonen immer wieder: Wir sind zwar türkischer, italienischer, griechischer, spanischer, jugoslawischer oder portugiesischer Herkunft, längst sind wir jedoch ein fester Bestandteil dieser Gesellschaft geworden. Wir haben uns hier niedergelassen. Wir bekennen uns zu diesem Lande und zu dieser Gesellschaft.

Deshalb wollen wir unsere *Gleichstellung*. Hierfür machen wir konkrete Vorschläge. Wir sagen: Für Einwanderer muß ein neuer Rechtsstatus geschaffen werden, der die Einwanderer weitestgehend den deutschen Staatsbürgern gleichstellt und alle Diskriminierungen in rechtlichen, sozialen, ökonomischen und politischen Bereichen beseitigt. Wir haben diesen neuen Rechtsstatus Niederlassungsrecht genannt. Die Fraktion der Grünen im Bundestag hat in Übereinstimmung mit uns einen diesbezüglichen Gesetzesantrag dem Bundestag vorgelegt. Dieses Niederlassungsrecht beinhaltet auch das Wahlrecht für Einwanderer.

Darüber hinaus schlagen wir vor, zumindest für eine Übergangsphase die Doppelstaatsangehörigkeit für die Einwanderer einzuführen. Ein weiterer Schritt wäre: All denjenigen Einwanderern, die beispielsweise seit acht oder zehn Jahren hier leben und arbeiten, einen Rechtsanspruch auf die Annahme der deutschen Staatsbürgerschaft zu gewähren. Es ist den Tatsachen widersprechend, wenn die höchsten Repräsentanten öffentlich kundtun, wer hier bleiben wolle, solle die deutsche Staatsangehörigkeit erwerben, obwohl dies rechtlich und in der Praxis nicht einmal für ein Prozent der Einwanderer möglich ist.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren!
Eine glaubwürdige und zukunftsorientierte Ausländerpolitik kann nicht mehr vom Verständnis ausgehen, wir, die Ausländer, seien hier provisorisch. Sie muß vielmehr uns, die Einwanderer, als festen Bestandteil dieser Gesellschaft akzeptieren. Sie muß den Einwanderern die Wege zur Gleichstellung, und zwar zur praktizierten Gleichstellung, in allen Bereichen freimachen.

Nur so wird es möglich sein: Freundschaft statt Feindschaft zu ernten.

Nur so wird es möglich sein: Deutsche und nationale Minderheiten — trotz unterschiedlicher Kulturen und Religionen — solidarisch, gutnachbarlich in der Bundesrepublik Deutschland zusammenleben zu lassen.

Nur so wird die deutsche Bevölkerung vielleicht sogar insgesamt die Einwanderer zu diesem Lande zugehörig sehen und auch akzeptieren.

Nur so wird es möglich sein, rassistisch-antiausländischen Tendenzen den Boden zu entziehen.

Ich appelliere vor allem an die Medien, an alle Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, uns auf diesem Wege zu einem solidarischen Zusammenleben hier auch in unserer Stadt und in der Bundesrepublik Deutschland tatkräftig zu unterstützen.

Zum Schluß möchte ich auch an die ausländischen und vor allem an die türkischen Jugendlichen und jungen Menschen appellieren: Laßt euch nicht provozieren von dieser rassistischen Terrorgruppe, laßt uns gemeinsam, aber gewaltfrei, ja, ich betone es: gewaltfrei dagegen vorgehen.

Seht, liebe junge Menschen:
Wir haben hier in Hamburg tausende aufrichtige und engagierte Demokraten, die fest auf unserer Seite stehen. Wir haben Medien, die aufrichtig versuchen, auf Versäumnisse der Verantwortlichen aufmerksam zu machen und öffentlichen Druck zu erzeugen, damit sie korrigiert werden.

Im Namen der türkischen Bevölkerung in Hamburg, und ich darf auch sagen, in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin-West, möchte ich allen unseren deutschen und anderen ausländischen Organisationen und Einzelpersonen danken, daß sie ihre Solidarität so machtvoll hier mit uns manifestieren.

Wer im Recht ist, wird mit Sicherheit das Recht erkämpfen!



Auszug aus der Rede von A. Dizman von der Merkez Moschee

Wertvolle und geehrte Brüder!
Kein Mensch steht von Geburt über anderen Menschen. Die Menschen stehen hoch, die andere Menschen gegenüber ein Verhältnis von hohen menschlichen Werten haben.

Dieses Verhältnis lehnt Grausamkeit, Unterdrückung, Erniedrigung und Betrachtung als minderwertig anderen Menschen gegenüber ab. Im Gegenteil, dieses Verhältnis bedeutet Liebe, Respekt, Vergebung und den Schutz der Rechte des anderen.

Als Ausländer haben wir begriffen, daß wir schon längst darüber hinausgegangen sind, hier nur Gäste zu sein: Wir sind Teil dieser Gesellschaft.

Selbst, wenn wir in der deutschen Gesellschaft nur Gäste wären, müßte man uns mit gegenseitiger Liebe, mit Respekt und Achtung begegnen. Wir können die Gesetze nur solange respektieren, solange ihr Ziel der gesellschaftliche Frieden ist und die Menschenrechte respektiert werden. Es ist unser natürliches und demokratisches Recht, uns gegen die Gesetze, die uns diskriminieren und schlecht behandeln, zur Wehr zu setzen. Das schaffen wir mit allen in der BRD lebenden Ausländern und allen, die die Menschrechte respektieren, zusammen.

Wir sind hierher gekommen, weil die deutsche Wirtschaft uns brauchte. Es ist unmenschlich, daß man uns jetzt, wo man unsere Arbeitskraft nicht mehr braucht, versucht, hier rauszuschmeißen. Man kann die Arbeitslosigkeit nicht dadurch verhindern, daß man das Verhältnis von Arbeitslosenzahlen und Ausländerzahlen ausrechnet. Dieses Verhältnis ist eine Prämie für Ausländerfeindlichkeit und führt dazu, daß wir bald noch mehr Ramazans zu beklagen haben.

Für den Tod von Ramazan sind in erster Linie die Politiker verantwortlich, die statt menschenwürdiger Politik eine ausländerfeindliche Politik betreiben.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

Ein Grundelement unseres Glaubens, des Islam, ist die Überzeugung, daß es im Glauben keinen Zwang geben darf. Das bedeutet das Respektieren der menschlichen Gedanken, der Menschenwürde und des menschlichen Sinns. Wir stehen gegen jegliche Gewalt gegen die Schwachen, Frauen, Minderheiten, Kinder, Arbeiter und auch gegen die Folterung von Tieren. Wir verurteilen die Praxis, Menschen an ungesunden Arbeitsplätzen für einen schlechten Lohn arbeiten zu lassen. Es gehört zu unserem Glauben, daß alle Schwachen und Hoffnungslosen und alle Arbeitslosen vom Staat einen vernünftigen Lebensunterhalt bekommen. Unser Glaube führt uns dazu, den Menschen, die uns brauchen, unsere Hand zu geben, die Menschen zu tolerieren und Liebe und Respekt zu zeigen.

Unsere heutige Demonstration hat das Ziel, hier Verhältnisse von Menschenwürde und gegenseitiger Achtung zu schaffen. Egal, von welcher Seite — wir sind gegen Unrecht und gegen Gewalt.

Wir glauben, daß auch ein großer Teil der deutschen Bevölkerung diesen Standpunkt mit uns teilt. Wir rufen alle Jugendlichen auf, sich gegenseitig zu lieben und zu akzeptieren. Diese Demo ist nicht dazu da aufzuhetzen, sondern ein Aufruf zum Frieden.

Die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen darf nicht mehr in unsere Zeit gehören, Bestrafung von Menschen und schlechte Behandlung wegen ihrer Gedanken ist die Geisteshaltung des Mittelalters. Wer die Menschen nach ihrer Hautfarbe, ihrer Rasse oder ihrem Glauben bewertet, hat ein Verhältnis zu anderen, welches dem Menschen nicht angemessen ist. In diesem Europa, das in der Wissenschaft und Technologie so weit fortgeschritten ist, das über Menschenwürde, Humanismus und Zusammenleben von Menschen hervorragende Gedanken entwickelt hat, muß zuerst mal der bestialische Terror gegen Menschen wirkungsvoll bekämpft werden.

Die Politiker müssen lernen, diese Sache mit Vernunft zu betrachten: Gegen jede ungerechte Lösung, die nicht von uns bestimmt wird, werden wir bis zum Ende kämpfen.

Ich grüße Euch mit tiefer Freundschaft.

Allah wird mit Euch sein!



»Was für eine Kälte muß über die Menschen gekommen sein ...«

Rede von Günther Wallraff auf der Hamburger Demonstration am 11.1.86

Ramazan Avci, unser 26-jähriger türkischer Kollege wurde das Opfer eines rassistischen Mordes. Er mußte sterben, weil die Herrschenden in diesem Land durch eine gegen die Ausländer gerichtete Ausländerpolitik seit Jahr und Tag den Boden für diese rassistischen Gewaltakte geschaffen haben. Ramazan Avci wurde ermordet; bestraft werden müßten nicht nur seine unmittelbaren Mörder, sondern auch diejenigen, die durch ihre jahrzehntelange rein profitorientierte Ausländerpolitik die ausländischen Kollegen und ihre Familien zu Menschen 2., 3., 4. Klasse und vor allem zu Sündenböcken der wirtschaftlichen und sozialen Misere abgestempelt haben. Sie reden von Überfremdung und Sättigung; sie setzen die Politik der Diskriminierung Überfremdung und Sättigung; sie setzen die Politik der Diskriminierung und Entrechtung fort. Ein Bundeskanzler tritt vor das Fernsehvolk und sagt, die Zahl der Türken in der Bundesrepublik müsse vermindert werden; ein anderer CDU-Politiker sagt: „Es ist höchste Zeit zum Handeln. Die Türken stehen nicht mehr vor Wien, sie sitzen bereits in Berlin, Stadt Allendorf oder Hamburg."

Das Handeln übernehmen dann die rassistischen, rechtsextremistischen Gruppierungen, wie wir das vor wenigen Tagen an dieser Stelle erleben mußten. Und wir, vor allem unsere ausländischen Kollegen, wissen, daß dies nur die Spitze eines Eisbergs ist. Die tagtäglichen Diskriminierungen am Arbeitsplatz, auf der Straße, im sozialen Umfeld; das unbeschreibliche Leid, das den türkischen Frauen Tag für Tag in der Straßenbahn, im Zug, auf der Straße zugefügt wird — die Verantwortlichen sitzen in den oberen Etagen in Bonn und in den Konzernpalästen, verstecken sich hinter Vereinen nebulösem Integrationsgefasel und erlassen Gesetze und Entscheidungen, die die ausländischen Kollegen zu Pariern dieser Gesellschaft degradieren.

Die Ausländerfeindlichkeit wird von reaktionären und rechtsextremistischen Kreisen vor allem mit dem Ziel propagiert, die Gewerkschafts- und Arbeiterbewegung zu spalten. Nicht von ungefähr arbeiten sie Hand in Hand mit den Rechtsextremisten anderer Länder, die aus ihrer feindlichen Haltung gegenüber den Gewerkschaften keinen Hehl machen.

Einheimische und deutsche Kollegen können und müssen der Hetze der Reaktion die Solidarität entgegensetzen, die im Laufe der Jahrzehnte durch gemeinsames Handeln erzielt werden konnte. Während der Zeit, als ich mit ihnen lebte und arbeitete, wurde mir klar: immer mehr ausländische Kollegen verstehen sich als ein Teil der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik, wenn auch als Teil mit weniger Rechten. Wo sie nur können, kämpfen sie mit ihren deutschen Kollegen, zunehmend als Vertrauensleute und Betriebs- mit ihren deutschen Kollegen, zunehmend als Vertrauensleute und Betriebs-räte, gegen Unternehmerwillkür und Profitgier, gegen die Ausbeutung und Diskriminierung, gegen die Aufrüstung auf Kosten der Arbeitsplätze. Sie legen die Grundsteine für den solidarischen Widerstand gegen Unterdrückung und Ausländerfeindlichkeit. Unsere Solidarität ist kein Wunschtraum — sie hat eine reale Grundlage. Wir brauchen nicht am Nullpunkt anzufangen. Heute können wir uns auf immer mehr Menschen stützen, die die Anerkennung der Ausländer als gleichberechtigte, mündige Bürger fordern und sich dafür einsetzen — in den Gewerkschaften, in den Initiativgruppen, in den Kirchen und zahlreichen Ausländervereinen.

Mit meinen ausländischen Kollegen sage ich: Uns reicht es. Die ausländischen Kollegen leben mit ihren Familien seit über zwanzig Jahren hier und werden noch viele Jahre hier leben. In allen Bereichen der Wirtschaft, vor allem ganz unten, haben sie durch ihre Arbeit einen entscheidenden Beitrag geleistet. Und sie werden immer noch als Menschen mit minderen Rechten behandelt. Das verfassungsrechtliche Gebot zum Schutz der Familie wird mißachtet, wenn es sich um die Frauen und Kinder ausländischer Arbeiter handelt. Die Regierung in Bonn will die ohnehin eingeschränkten Rechte der Ausländer weiter abbauen mit einem neuen Ausländergesetz, das in den nächsten Wochen dem Parlament zugeleitet wird. Die Angst vor der Ausweisung, nicht zu wissen, was morgen mit ihnen passieren wird, hat viele von ihnen krank gemacht. Sie werden entrechtet, verachtet, herabgewürdigt. In den Bus, in die Bahn steigen sie nur noch zögernd ein. Die Hetze der Neonazis, die weiterhin geduldet wird, die offen Ausländerfeindlichkeit und Haß propagieren, hat fast ein Dutzend Tote gefordert. Unser Bruder Ramazan klagt stellvertretend für alle die Verantwortlichen an.

Die Diskriminierung der Ausländer muß beendet, die Propagierung der Ausländerfeindlichkeit unterbunden muß beendet, die Propagierung der Ausländerfeindlichkeit unterbunden werden. Die Gesetze gegen Rassismus und Volksverhetzung müssen endlich angewandt werden. Die unverzichtbare Voraussetzung dafür ist die völlige Gleichberechtigung der in der Bundesrepublik lebenden Ausländer und ihrer Familien. Ramazan Avci und die Toten, die wir aufgrund rassistischer Gewalttaten zu beklagen haben — ihrem Andenken sind wir verpflichtet, alles zu tun, um diesem Ziel näherzukommen. Der Ausländersolidaritätsfonds, der aus dem Honorar meines Buches finanziert wird, wird den Opfern rassistischer Gewalttaten Rechtshilfe zukommen lassen. Unsere Solidarität gilt ihren Angehörigen und Freunden.

Leben einzeln und frei wie ein Baum
und brüderlich wie ein Wald.

So fühlte es euer großer Dichter Nazim Hikmet.

Darauf, Freunde, haben auch unsere ausländischen Kollegen einen Anspruch. Abschließen möchte ich mit den Zeilen eines anderen großen Antifaschisten, von Bertold Brecht:

Was für eine Kälte muß über die Menschen gekommen sein — wer schlägt da so auf sie ein, daß sie so ganz und gar erkalten —

So helft ihnen doch und tut es in Bälde, sonst passiert etwas — was ihr nicht für möglich haltet.



Ramazan Avci — ein Opfer der Vertreibungspolitik gegen Ausländer

Nach dem Tod des türkischen Arbeiters Ramazan Avci, der von 10 rechtsradikalen Skin-heads in Hamburg umgebracht worden ist, verbreiten die Hamburger Staatsorgane und staatstragenden Parteien wie üblich verharmlosende Kommentare zu dem anwachsenden neonazistischen Terror in Hamburg. Das Ziel ist deutlich: Der Senat versucht davon abzulenken, daß seine eigene ausländerfeindliche Haltung verantwortlich für die zahlreichen Überfälle und Anschläge auf Ausländer ist.

Auch in der überregionalen Presse wurde ausführlich über den Mord an Ramazan Avci berichtet:

Avci, sein Bruder und ein weiterer türkischer Freund wurden in der Nacht des 21.12.85, als sie an einer Bushaltestelle warteten, von ca. 30 Skin-heads angegriffen und verfolgt. Die Skinheads waren mit Ketten, Axtstielen, Baseballschlägern und Knüppeln bewaffnet und benutzten auch Schußwaffen (nach Zeugenaussagen mit scharfer Munition, während die Presse „nur" von Leuchtmunition und Tränengas spricht). Als die drei Türken zu fliehen versuchten, wurden sie von den Skin-heads in einem VW-Jetta verfolgt.

Ramazans Bruder und dem Freund gelang es, in einen Bus zu springen, dessen Fahrer sofort die Türen schloß, woraufhin einige Skins mit Schlagstöcken auf die Fensterscheiben des Busses einschlugen und einige zertrümmerten.

Ramazan Avci wurde währenddessen von einem Auto erfaßt und durch die Luft geschleudert. Während in ersten Zeugenaussagen berichtet wurde, daß dieses Auto von den Skin-heads gefahren wurde, sprechen Polizei und Presse von einem unbeteiligten Fahrer. Ramazan Avci sei in der Eile der Flucht vor das zufällig vorbeifahrende Auto gelaufen.

Als er wehrlos am Boden lag, fielen mehrere Skin-heads mit Axtstielen, Baseballschlägern und Stiefeltritten über ihn her. Ramazan Avci erlitt mehrere Bein- und Beckenbrüche sowie einen schweren Schädelbruch, an dessen Folgen er am 24.12.85 starb, ohne noch vorher zu Bewußtsein zu kommen. Er hinterließ eine Frau, die nur wenige Tage nach Avcis Tod ihr gemeinsames Kind zur Welt brachte.

In derselben Nacht nahm die Polizei fünf der Skin-heads fest, bei denen auch einige der erwähnten Waffen gefunden wurden. Die Täter wurden jedoch, nachdem sie teilweise geständig waren und sich auch gegenseitig belasteten, unverständlicherweise wieder auf freien Fuß gesetzt. Erst nach Ramazan Avcis Tod am 24.12.85 wurden sie erneut verhaftet. Zur Zeit sitzen in Untersuchungshaft:

Ralph Lach (21), der beschuldigt wird, mit einem Axtstiel auf Ramazan Avcis Kopf eingeschlagen zu haben, **Uwe P. (17), Volker K. (18), Rene Wulff (18),** sowie der Fahrer des VW-Jetta, **Norbert B. (23).**

Zunächst wurde gegen die ersten vier nur wegen Totschlags ermittelt, erst am 8.1.86, mehr als zwei Wochen nach Ramazan Avcis Tod, wurden die Haftbefehle auf Mord erweitert.

Für jeden Beobachter und erst recht für die ausländische Bevölkerung ist vollkommen offensichtlich, daß die Skin-heads — nicht nur in Hamburg — von Neofaschisten beeinflußt sind und sich in der Mehrzahl einen extremen Haß gegen Ausländer und gegen Linke angeeignet haben. Entsprechende Tatsachen und Verbindungen in die Neonaziszene können mühelos dokumentiert werden. (Siehe nebenstehenden Artikel.)

Senat: „Einzelfall ohne politischen Hintergrund"

Demgegenüber hat der Hamburger Senat und seine Polizei von Beginn an versucht, jeden politischen Hintergrund für den Mord an Ramazan Avci zu bestreiten und ihn als Einzelfall darzustellen.

Innensenator Lange behauptete gleich nach Weihnachten gegenüber der Presse: „*Die Türken brauchen in Hamburg* ***keine Angst*** *zu haben. Wir werden alles tun, um mit schnellen Ermittlungen diese Sorge unserer ausländischen Mitbürger zu zerstreuen.*" Er sei sich mit dem türkischen Generalkonsul „*darüber einig, daß dieser schreckliche Vorfall* ***bisher kein Bei-***

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

spiel hat und hoffentlich auch ein Einzelfall bleiben wird.''

Es sei aber bestimmt keine Aktion der Deutschen gegen die Türken gewesen. ,,*Wir müssen feststellen, ob der Türke zufällig Opfer der jugendlichen Gewalttäter wurde ...''* (1) Pech für Lange, daß selbst der erwähnte türkische Generalkonsul diese Behauptungen nicht mitträgt. Er erklärte: ,,*Unsere Landsleute fühlen sich als Ausländer unsicher und unwohl hier in Hamburg. Jeden Tag, in Bussen, S-Bahnen oder auf der Straße denken sie daran, daß auch ihnen etwas passieren könnte.''* (1)

Nur noch zynisch wirkt dagegen Langes Version vom angeblichen Einzelfall: Erst am 24.7.85 war in Hamburg der Türke Mehmet K. von Skinheads mit einer Gehwegplatte erschlagen worden. Und auch der Brandanschlag der Röder-Bande auf ein Ausländerwohnheim, bei dem 1980 in Hamburg ein Vietnamese ermordet wurde, sollte so schnell nicht vergessen sein. Darüberhinaus waren das Deutsch-Ausländische Aktionsbündnis und die GAL mühelos und ohne Anspruch auf Vollständigkeit in der Lage, 19 Beispiele von brutalen Überfällen und Anschlägen auf Ausländer in Hamburg von 1982 bis 85 zu dokumentieren.

Diese Widersprüche nahm die ,,Hamburger Rundschau'' zum Anlaß, den Sprecher der Innenbehörde, Eckhard Kelch, zu interviewen. Daraus ein Auszug:

Diese Widersprüche nahm die ,,Hamburger Rundschau'' zum Anlaß, den Sprecher der Innenbehörde, Eckhard Kelch, zu interviewen. Daraus ein Auszug:

,,Frage: Nun soll Herr Lange ja auch gesagt haben, die Aktion sei seiner Ansicht nach nicht gezielt gegen Ausländer gerichtet gewesen. Das müssen Sie mit bitte auch mal auf den zweiten Blick erklären.
Klech: Das ist unser Ermittlungsstand.
Heißt das, das Opfer hätte genausogut ein Deutscher sein können, und traf nur zufällig einen Ausländer?
Das ist unser Kenntnisstand nach der ersten Vernehmung. (...)
Und dann hat es ganz zufällig diese Türken getroffen.
Ja, die sind wirklich ganz zufällig vorbeigekommen, die haben sie sich dann gegriffen und verfolgt. (...)
Aber wie ist das dann zu verstehen, daß die Aktion nicht gezielt gegen Ausländer gerichtet war?
Wir haben einen guten Einblick in diese Gruppen, die Skin-heads sind ja nicht politisch einzuordnen. Es gab mal vor Jahren den Versuch von Kühnen, dort Nachwuchs zu rekrutieren. Das ist nicht gelungen, weil dieser Haufen nicht zu disziplinieren ist im Sinne des Kühnen. Es gab ja auch mal einen Skinhead, der Neo-nazi war. Aber es sind gewalttätige Jugendliche, die sich zusammenrotten.'' (2)

,,Ganz normale Jugendkriminalität ...''

Auch Dr. Rabels, Staatsrat in der Innenbehörde, leugnete gegenüber dem NDR jeden neonazistischen Hintergrund der Skins:
Frage: Bei diesem Totschlag sehen manche die Tat von Neonazis. Eine politische Tat einer rechtsradikalen Bande?
Rabels: Also lassen sie uns zunächstmal die Begriffe klarkriegen. Neonazis, Rechtsradikale, das sind Bezeichnungen für politische Gruppen mit politischen Programmen, mit politischen Überzeugungen, die ich nicht teile. Skin-heads sind überhaupt keine politische Gruppierung in diesem Sinne. (...)
Aber wir haben doch gerade in dem Film gesehen, daß sie ,,Ausländer Raus'' brüllten in dem Stadion. Das ist doch auch eine Art politischer Parole.
Für Skin-heads beginnt das Ausland bereits bei Werder Bremen. Die Ausländerfeindlichkeit haben viele, zu viele. Bei den Skin-heads ist das aber kein Zeichen einer politischen Gesinnung. (...)
Aber Herr Rabels, die benutzen ja ,,Heil Hitler'', die alten Nazi-Symbole. Das ist doch auch ein Zeichen von politischen Überzeugungen, oder nicht?
Also wir sehen die Skin-heads als eine jugendliche Gewaltgruppe, (...)

> Von antifaschistischen Gruppen wurde schon mehrfach auf Aktivitäten eindeutiger Neonazis bei den Skinheads hingewiesen:
> — **Thomas Wulff**, der ältere Bruder des wegen des Mordes an Avci verhafteten Rene Wulff, war früher ‚Gauleiter Nord' in Kühnens ANS.
> — **Andreas Wulff**, ein weiterer Bruder des verhafteten Rene, bekennt sich gegenüber dem Hamburger Abendblatt offen zu Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer, läßt sich in Nazi-Kleidung fotografieren und bekennt sich zur ANS-
> bekennt sich gegenüber dem Hamburger Abendblatt offen zu Ausländerfeindlichkeit und Gewalt gegen Ausländer, läßt sich in Nazi-Kleidung fotografieren und bekennt sich zur ANS-
> Nachfolgeorganisation FAP. Zu dem Interview erscheint er in Begleitung von **Christian Worch**, dem früheren Stellvertreter Kühnens bei der ANS und einem weiteren Neofaschisten, dessen Name nur als **Thomas S.** aus Bergedorf angegeben wird. (Hamburger Abendblatt, 2.1.86)
> — Zu den gemeinsamen Aktivitäten von ANS'-Nachfolgern und Skinheads werden auch Angriffe auf das Bergedorfer GAL-Büro, ein Brandanschlag auf eine GAL-Veranstaltung sowie Schüsse mit scharfer Munition auf das dortige DKP-Büro gezählt. (TAZ, 8.1.86)

Müssen nun die türkischen Gastarbeiter in Hamburg um ihr Leben fürchten?
Also im Vergleich zu manchen anderen unserer Nachbarländer, ich denke an London, wo ganze Straßenzüge brennen, muß man sagen, das Zusammenleben zwischen Türken und Deutschen ist gut hier in Hamburg.''

Für den Hamburger CDU-Fraktionsvorsitzenden Perschau war der mörderische Überfall der Skin-heads nur ein Anlaß, um auch gegen Punker und Hausbesetzer zu hetzen: ,,Skins unterscheiden sich nicht von Rockern, Punkern oder der Erst-Besetzung der St. Pauli Hafenstraße.'' Die Taten der Skins seien ,,*ganz normale Jugendbandenkriminalität''*, gegen die, und darin ist er sich mit dem SPD-Senat einig, auch ein Verbot nicht helfe. (3)

Verbotsforderungen ...

Die Forderung nach einem Verbot der Skin-heads hatte Axel Wernitz (SPD), Vorsitzender des Bundestags-Innenausschusses aufgestellt. Obwohl Wernitz immerhin von ,,brutalem Terror von rechts'' spricht und ihre Verbindungen zu rechtsextremistischen Parteien und Neonazis anspricht, benutzt er das Thema doch nur als Wahlkampfmunition gegen Innenminister Zimmermann, der die Skin-heads endlich verbieten solle, damit in Hamburg überhaupt etwas gegen sie getan werden könne. Davon, daß der Hamburger Senat die Skin-heads und ihre neofaschistischen Drahrzieher seit Jahren bewußt schont und gegenüber Protesten von Antifaschisten in Schutz nimmt, lenkt Wernitz im Grunde nur ab. Und so penetrant wie die verantwortlichen Politiker lügt auch die Hamburger Polizei: ,,Die Hintergründe der Tat, die Gründe für die Brutalität liegen noch im Dunkeln. Skinheads sind nach Ansicht der Kripo keine politischen Täter, sondern nur auf Krawall und Provokation aus. Daß sich ihre Aggression gegen Türken richtete, sei eher zufällig. **Die Opfer hätten auch Deutsch sein können**, meinte ein Polizeisprecher.'' (4)

Auf einer Pressekonferenz am 9.1.86 wiederholte Hamburgs Polizeipräsident diese Auffassungen. ,,*Bei den vier nach dem Mord Verhafteten hätte sich kein Ansatz ergeben, der die Hinzuziehung der Staatsschutzabteilung notwendig gemacht habe.''* (5) Die, obwohl auf derselben Pressekonferenz zugegeben werden mußte, daß die Verhafteten Beziehungen zu Mitgliedern von Kühnens früherer ANS-Bande haben! Der Verfassungsschutz

lung notwendig gemacht habe.'' (5) Die, obwohl auf derselben Pressekonferenz zugegeben werden mußte, daß die Verhafteten Beziehungen zu Mitgliedern von Kühnens früherer ANS-Bande haben! Der Verfassungsschutz

hat sich dennoch schon mit den Skinheads beschäftigt, er ordnet sie ebenfalls als ,,im Kern unpolitisch'' ein. (6)

Der Tenor der Verantwortlichen auf einen Nenner gebracht lautet also: Sie sehen aus wie Nazis, sie denken wie Nazis, sie handeln wie Nazis — und doch sind die Skinheads keine Nazis.

Warum müssen die regierenden Politiker in der BRD — egal ob Sozialdemokraten oder CDU/CSU — eigentlich diesen Nebel um neofaschistische Ausländerfeinde verbreiten? Seit dem Ende der sogenannten Integrationspolitik gegenüber den ausländischen Arbeiterfamilien und mit der Hetze gegen die ,,Asylantenflut'' ist offene Ausländerfeindlichkeit zum Bestandteil der Regierungspolitik in Bund und Ländern geworden. Und im selben Maße werden alte und neue Nazis ermutigt, mit rassistischen Parolen für eine entsprechende Stimmung zu sorgen.

Die einen geben Regierungserklärungen heraus, in denen sie die ,,zu hohe Zahl der Türken in diesem unseren Land'' zum Problem erklären und die anderen schmieren ,,Türken Raus'' an Häuserwände. Die einen vergeben betrügerische Rückkehrprämien, werden per neuem Gesetz die Ausländer noch mehr entrechten oder lassen Asylbewerber in unmenschlichen Sammellagern zusammenpferchen, und die anderen werden auch direkt gewalttätig.

Würden Lange, Dohnanyi und Perschau zugeben, daß die Skinheads rassistische Ziele haben, dann würde vielleicht auch auffallen, daß die politischen Ziele der Nazis in Bezug auf Ausländer sich nicht grundsätzlich von den bürgerlichen Parteien unterscheiden. Da ist es doch allemal einfacher, die Existenz von Ausländerfeindlichkeit in der BRD überhaupt zu leugnen und neonazistische Banden als krawallsüchtige Jugendliche zu verharmlosen.

Skins und Neonazis terrorisieren Ausländer

Schon seit Jahren ist bekannt, daß Skin-heads und ihre Neonazi-Hintermänner in Hamburg brutalen Terror gegen Ausländer ausüben.

— Am 24.7.85 wurde der Türke Mehmet K. im Hamburger Stadtteil Langenhorn von Skin-heads erschlagen (1).

— Besonders in den Hamburger Stadtteilen Bergedorf und Billstedt werden Ausländer von den Skins auf offener Straße gejagt und verprügelt. Häufig verfolgen die Skins Ausländer mit Autos, um sie plötzlich brutal zu überfallen und dann schnell weiterzufahren, wie sie es auch mit Ramazan Avci machten.

Die Täter waren der Polizei schon bekannt

Gegen diesen Terror wurden schon zahllose Anzeigen gestellt, die praktisch nie von der Polizei verfolgt wurden, auch die Autokennzeichen der Skinbande waren der Polizei bekannt. Gegen alle jetzt wegen des Mordes an Ramazan Avci Verhafteten (außer Rene Wulff) wurden schon Ermittlungsverfahren u.a. wegen Körperverletzung geführt. Gegen einen von ihnen wurden sogar schon mehr als 30 Anzeigen erstattet, in der Hauptsache wegen Vergewaltigung und Körperverletzung. Erst als sich die betroffenen ausländischen Jugendlichen gemeinsam mit deutschen Freunden in der deutsch-ausländischen Jugendgruppe ,,Bomber'' organisierten und sich gegen die andauernden ausländerfeindlichen Überfälle zur Wehr setzten, griff die Polizei ein: Eine Ermittlungsgruppe der Polizei wurde extra auf die ,,Bomber'' angesetzt. Gegen ihre Mitglieder wurden Ermittlungen eingeleitet, die Gruppe mit konspirativen Methoden beobachtet, während die Skins auf die Nachsicht der Polizei zählen konnten. Unter diesem Druck lockerte sich der Zusammenhalt der ,,Bomber'' auf. (7)

Der Vorwurf der betroffenen Jugendlichen, daß Ramazan Avci noch leben würde, wenn die Polizei ihre Anzeigen ernst genommen hätte und gegen die Skins vorgegangen wäre, ist nur zu berechtigt! Selbst die Hamburger Polizei mußte am 9.1.86 einräumen, daß die Skin-heads, die Avci erschlugen, im letzten Jahr mehrfach im Zusammenhang mit Straftaten der Skin-heads registriert wurden.

Der Mord an Ramazan Avci war nur einer von zahlreichen Überfällen der Skin-heads auf Ausländer in Hamburg in den letzten Wochen:

— Im schleswig-holsteinischen Vorort Ahrensburg gab es im Dezember drei Überfälle von neonazistisch beeinfluß-

Skin-heads auf Ausländer in Hamburg in den letzten Wochen:
— Im schleswig-holsteinischen Vorort Ahrensburg gab es im Dezember drei Überfälle von neonazistisch beeinfluß-

ten Jugendlichen auf ein Jugendzentrum, wo sie die Wände mit ausländerfeindlichen Sprüchen und Hakenkreuzen beschmierten und mehrere ausländische Gäste verprügelten. Erst bei dem dritten Überfall griff die Polizei ein.

— Am 28.12.85 und 4.1.86 überfielen wieder Trupps von bis zu 30 Skinheads, die größtenteils aus Hamburg kamen, ausländische Besucher einer Diskothek, diesmal im Vorort Kellinghusen. Bei dem zweiten Überfall gelang es allerdings türkischen Jugendlichen, ihre Angreifer unschädlich zu machen. Die Polizei ermittelt jetzt auch gegen die angegriffenen Ausländer. (9)

— Am 31.12.85 wurde ein Ghanaer von drei Skin-heads auf einem Hamburger S-Bahnhof zusammengeschlagen. Die Täter zerschlugen u.a. eine Flasche auf seinem Kopf, traten ihn mit Stiefeln, schmierten Hakenkreuze und ,,Nigger Raus — White Power'' auf den Bahnhof. Zwei der Täter wurden festgenommen. Einer von ihnen ist Carsten Wacker, der schon zahlreiche Schlägereien angezettelt hat und auch wegen des Todes des Fußballfans Adrian Maleyka vor Gericht stand. Er wurde damals wegen mangels an Beweisen freigesprochen. Wacker ist einer der wichtigsten Anführer der Skinheads in Hamburg.

— Am selben Tag wurde auch ein Türke von 20-30 Skin-heads am Hamburger Hauptbahnhof überfallen und mit einer Bierflasche niedergeschlagen. Die Polizei nahm nur einen der Skin-heads fest.

Diese ständigen Angriffe rechtsextremistischer Schlägertrupps auf Ausländer in Hamburg, die nun nach Ramazan Avcis Tod Eingang in die Spalten selbst der Springerpresse finden, können nur als Spitze des Eisbergs angesehen werden. Was wie eine neofaschistische Offensive aussieht, ist für die Ausländer in Hamburg längst Alltag.

Die lauen und verharmlosenden Sprüche der Politiker und der offenkundige Unwille der Polizei, die neonazistischen Banden aufzulösen, lassen befürchten, daß der Mord an Ramazan Avci jederzeit seine Nachahmung finden kann.

Umso notwendiger ist eine kämpferische Antwort der betroffenen Ausländer und aller antifaschistischen Kräfte.

AG Ausländer

Anmerkungen:

1. Hamburger Abendblatt, 27.12.85
2. Hamburger Rundschau, 2.1.86
3. Hamburger Abendblatt, 30.12.85
4. ebda., 28.12.85
5. Taz, 10.1.86
6. Welt am Sonntag, 29.12.85
7. Der Spiegel, 30.12.85, Taz, 4.,7.,8.1.86

2. Hamburger Rundschau, 2.1.86
3. Hamburger Abendblatt, 30.12.85
4. ebda., 28.12.85
5. Taz, 10.1.86
6. Welt am Sonntag, 29.12.85
7. Der Spiegel, 30.12.85, Taz, 4.,7.,8.1.86

8. Taz 11.1.86
9. Taz, 7.1.86





„... mit Ruhe und gewaltfrei ist da nichts zu ändern ...“

Interview mit türkischen Jugendlichen

In einem kleinen Zimmer, umlagert von bis zu zehn türkischen und deutschen Jugendlichen zwischen 15 und 18 Jahren, ist das folgende Gespräch entstanden.

Wir sprachen mit ihnen über ihre Erfahrungen mit den Skinheads, über ihre Meinung zu Polizei und Politikern und über ihre Gefühle nach dem Tod von Ramazan Avci. Mit großem Interesse lasen sie die mitgebrachten Flugblätter und die Zeitungsausschnitte, die wir gesammelt hatten. Der eine oder andere Schnipsel wechselte dabei — als Souvenir — den Besitzer.

Die Jugendlichen leben im Hamburger Stadtteil Bergedorf etwas am Rande in der trostlosen Neubausiedlung Bergedorf-West. Daran grenzen die Stadtteile Lohbrügge und Mümmelmannsberg. Hier vor allem leben die Skin-heads, von denen im Interview die Rede ist und die verantwortlich sind für den Tod von Ramazan Avci und für zahlreiche weitere Überfälle auf Ausländer. In Bergedorf war auch Michael Kühnen seinerzeit als Chef der Hansa-Bande und der rechtsradikalen ANS/NA aktiv.

Die Jugendlichen haben sehr konkrete Erfahrungen mit den Skin-heads gemacht, und damit begann auch unser Gespräch.

AG Ausländer des KB

,,Angefangen hat das bei mir in der Schule, das war vor etwa drei Jahren. Da kamen Peter Voss und noch einer. Andere Schüler sagten, die wären mal bei uns in die Schule gegangen und das seien Skins. Ich wußte gar, nicht was ein Skin ist. Peter Voss hat 32 Anzeigen; hier in Bergedorf kennt den jeder Polizist. Die Polizisten haben zu uns gesagt: wenn der mit der Lehre fertig ist, kommt der gleich in den Knast, da braucht ihr gar nicht noch extra eine Anzeige zu machen. Jetzt ist er mit der Lehre fertig und ist immer noch nicht im Knast. Wir haben uns vorgestellt, er ist im Knast und alles wird friedlich, aber daraus wurde nichts. Vielmehr wurde jetzt ein Türke erschlagen.

Die beiden Skins fuhren also mit einer 500er auf den Schulhof und stiegen ab.Sie hatten einen Baseballschläger und eine Latte dabei.Mit der Latte gingen sie auf mich los. Ich habe ihnen meine Schultasche entgegen geschmissen und bin weggerannt, in die Turnhalle, bis mir ein Lehrer entgegen kam.

Warum gingen sie auf dich los?

Weil es bei uns an der Schule keinen anderen Türken gab, nur noch zwei türkische Mädchen. Peter Voss hat an

Warum gingen sie auf dich los?

Weil es bei uns an der Schule keinen anderen Türken gab, nur noch zwei türkische Mädchen. Peter Voss hat an der Schule auch Freunde gehabt,er war früher selbst an der Schule. Er hatte das Kommando bei den Skins. Der Lehrer hat sie dann gestoppt und gesagt, wenn ihr euch prügeln wollt, geht raus. Ich habe gesagt: ich will mich gar nicht prügeln; das sind Leute, die ich gar nicht kenne. Der Lehrer hat sie dann rausgeschmissen. Ich hab gedacht, na ja, kann vorkommen, aber ich hatte Muffe. Ich hab mir draußen eine Latte hingelegt. Dann kamen sie wieder mit fünf Mann, sind aus dem Auto ausgestiegen, ich bin gleich wieder ins Lehrerzimmer gerannt. Die Lehrer kannten den Voss. Der Direktor hat gesagt, also hör mal zu, wenn du noch mal an diese Schule kommst, dann rufe ich die Polizei. Also er hätte die Polizei auch schon vorher rufen können. Er hat denen dann eine Kette abgenommen, einen Knüppel und einen Baseballschläger. Zwei, drei Wochen war es ruhig, dann kamen sie wieder.

Ich steige morgens um sieben vor der Schule aus dem Bus aus, da kommt ein Auto, voll gequietscht, hält an. Ich habe es schon gesehen — Glatzköpfe. Ich bin gleich weggelaufen, bis nach Hause runter und habe mit Vater und Mutter gesprochen. Mein Vater ist mit mir dann in die Schule. Der Schuldirektor hat gesagt, ich werde bei den Eltern anrufen und mit ihnen sprechen. Dann werden die sich nicht mehr blicken lassen. Das muß wohl auch gelaufen sein, und es war Ruhe.

Nach drei, vier Monaten kamen sie wieder auf den Schulhof. Sie wußten genau über mich Bescheid, daß ich einen Tischtenniskurs hatte. Sie kamen gegen fünf Uhr, ich kam gerade aus der Halle raus, da sind sie auf mich losgegangen. Sie haben mir einen Zahn weggehauen — hier sieht man noch immer die Lücke. Ich lag auf dem Boden, dann sind sie abgehauen.

Meine Eltern haben eine Anzeige gemacht. Die Polizisten haben gesagt: Beweise, sonst können wir nichts machen. Du sagst uns, daß sie es waren; sie sagen, daß sie es nicht waren. Da steht Aussage gegen Aussage. Also, wenn sie dich wieder zusammenschlagen, mußt du bei uns anrufen, dann kommen wir und sehen uns das an. Ich habe gesagt, wenn ich auf dem Friedhof liege, kann ich ihnen ja auch Blumen schicken.

Dann haben sie meinen Bruder erwischt. Sie haben ihm eine Flasche ins Gesicht geworfen (die Narbe geht über die ganze Wange) und haben ihn auf dem Bahnhof zusammengeschlagen. Wir haben auch eine Anzeige gemacht, bislang ist daraus nichts erfolgt.

Dann haben sie ihn noch einmal erwischt, drin im Bus, was besseres kann man sich gar nicht vorstellen (für eine Anzeige, Anm. AK). Sie sind in den Bus eingestiegen mit fünzehn Mann und haben auf ihn losgeschlagen. Der Busfahrer war da und andere Zeugen.

Haben die anderen Mitfahrer ihm geholfen?

Na ja, die haben sich nicht getraut, das waren ältere Damen und jüngere. Mit drei Mann sind sie auf den Busfahrer losgegangen, haben ihn festgehalten und haben gesagt, du hältst hier an. Dann haben sie meinen Bruder rausge-holt und haben ihn draußen weiter geschlagen, dann sind sie abgehauen. Der Busfahrer und noch ein paar Leute waren Zeugen. Ludwig und Rene Wulf, mein Bruder hat sie wiedererkannt, auch der Busfahrer, auf den Fotos bei

holt und haben ihn draußen weiter geschlagen, dann sind sie abgehauen. Der Busfahrer und noch ein paar Leute waren Zeugen. Ludwig und Rene Wulf, mein Bruder hat sie wiedererkannt, auch der Busfahrer, auf den Fotos bei der Polizei. Dann sollte es zur Gerichtsverhandlung kommen. Was dann passiert ist? Bislang gar nichts. — Das war zwei Wochen vor dem Tod von Ramazan Avci.

Haben deine Lehrer etwas gemacht?

Nein, gar nichts. Das ist das Dicke, es sollte zum Gerichtsprozeß kommen. Die Polizei ist zu den Lehrern gegangen und hat gefragt: ,,Stimmt das, was der Junge erzählt? Der Schulleiter hat gesagt: ,,Ich weiß von gar nichts'', so ganz cool, ,,die waren nie hier.

Der hat doch aber alles mitbekommen?

Ja, der hat das mitbekommen.

Gehst du noch in die Schule?

Nein, ich bin damals rausgeflogen, wegen dieser Sache. Ich war mit meinem Vater beim Schuldirektor. Mein Vater hat gesagt: ,,Aber ich habe doch mit Ihnen gesprochen, wie kommt es, daß Sie der Polizei sagen, daß nie etwas passiert ist.'' Der Schulleiter hat gesagt: ,,Ich bin der Hase, ich weiß von nichts!'' Mein Vater wurde sauer und es gab Streit; nach einem Monat wurde ich von der Schule entlassen. Auf einmal hatte ich drei Fünfen, und das reicht — raus war ich — aus der achten Klasse. Vorher hatte ich in den Fächern eine Zwei und zweimal eine Drei. Daraus wurde dann eine Fünf. — Da kann man nichts machen. Ich muß jetzt immer nach Wilhelmsburg in die Schule fahren.

Als dann klar war, daß der Schuldirektor die Aussage bei der Polizei nicht macht, habe ich gedacht, ich habe nur noch eine Möglichkeit — die Schüler, die das gesehen haben und mit dabei waren. Deren Namen habe ich dann auch der Polzei gegeben, und die Polizei hat sich dann erkundigt, und die haben dann erzählt, daß das alles stimmt. Ja, aber es ist trotzdem nichts passiert.

In der Presse steht es und die Politiker sagen es auch, daß die Skins nur so'n paar irregeleitete Jugendliche sind.

Nee, glaube ich nicht. Ich mein, kann sein, man trinkt dann mal einen und macht dann so'n Scheiß, dann kann man sagen, das stimmt, aber die machen das seit drei Jahren. Die haben in der Zeit bestimmt schon fünfzig Anzeigen gekriegt, der eine alleine hat ja schon 32 und läuft frei rum — gar nichts passiert mit denen. Die Schlägereien und zwei Vergewaltigungen, das stand auch in den Zeitungen. Und wenn das so leicht ist, wenn die gar nichts dafür kriegen, dann machen die auch weiter; jedes Wochenende fahren die hier mit dem Auto rum in Bergedorf-West, und wenn sie dann zufällig einen abends allein erwischen — auf ihn los. Die wissen hundertprozentig, was sie machen, das machen die mit Absicht.

Ist die Ausländerfeindlichkeit, die Sprüche und Anmache hier sehr stark?

Nein, gibt es nicht. Jeder Türke hier von uns hat Freunde unter den Deutschen. Wir leben hier ja zwischen den Deutschen und jeder versteht sich mit den anderen, jeder kennt den anderen, geht zusammen in Discos. Auch nicht in den Bussen oder so. Wenn da so Parolen stehen, 'Ausländer raus!' oder so, dann steht auch immer gleich z.B.

Deutschen und jeder versteht sich mit den anderen, jeder kennt den anderen, geht zusammen in Discos. Auch nicht in den Bussen oder so. Wenn da so Parolen stehen, 'Ausländer raus!' oder so, dann steht auch immer gleich z.B. 'ANS' daneben. Diese Parteien und Gruppen müssen verboten werden, damit andere Menschen nicht diese Meinung übernehmen.

Ihr seid eine Gruppe, sind da Türken und Deutsche drin?

Ja, in unserer Gruppe sind zwei Türken und 25 - 30 Deutsche, nur zwei Türken. Meistens ist das ja umgekehrt, aber hier in Bergedorf-West ist das ganz anders. Viele von uns haben Ärger mit den Skins. Unsere Gruppe gibt es schon seit zwei Jahren, seitdem versuchen wir gegen die Skins anzugehen. Wir ziehen aber immer den kürzeren. Der Vater von zwei Leuten von den Skins ist Polizist, und wenn wir dann 'ne Anzeige machen, dann kommen die Kollegen natürlich zu ihm und später heißt das dann: ,,Nee, laß man, da drücken wir dann noch mal ein Auge zu. Und zu uns sagen sie dann: ,,Ja, wißt ihr das denn auch ganz genau? Ihr seid doch auch so eine Gruppe, das ist doch so Gruppe gegen Gruppe und die eine ist immer gegen die andere, das geht so hin und her.''

Wir haben auch schon mal aufgehört und haben gar nichts mehr gemacht.

Davor kam der Polizei,,präsident'' (... !? — Anm. AK) von Bergedorf-West, der Herr Schulz zu uns, und hat mit uns geplaudert. Er hat zu uns gesagt: ,,Wenn ihr aufhört und macht gar nichts, dann werden die auch nichts mehr machen. Das hat er uns versprochen, oder so ähnlich wie versprochen. Wir haben das geglaubt, alles O.K., und haben die Gruppe dann aufgelöst.

Was hat eure Gruppe gemacht?

Wir haben uns getroffen und zusammengehalten. Wir haben uns gegenseitig gegen die Skins geholfen. Wenn einer Ärger hatte, sind wir zu denen hingegangen und haben denen mal gezeigt, daß wir auch was machen können. Aber einmal, bevor wir oben in Lohbrügge angekommen sind, haben uns die Bullen schon festgenommen, die wußten das schon, da haben wir dann drei Stunden im Knast gesessen.

Wie erklärt ihr euch, daß es solche Jugendliche wie die Skins gibt, die Ramazan Avci auf diese grausame Art und Weise umgebracht haben?

Ja, die werden von ihren Freunden bestochen, wie soll ich sagen, mitgezogen. Da sind auch ältere, so 25-30jährige dabei. Die Skins werden unterstützt von anderen, größeren, von Parteien, ich will nicht gleich sagen CDU, aber da stecken andere hinter. Da ist auf jeden Fall ein politischer Hintergrund. Und dann deren Eltern. Die haben ja auch Waffen, irgendwo müssen die die ja herbekommen. Wenn ihnen die Waffen abgenommen werden, dann haben sie am nächsten Tag gleich wieder neue. So ein Lehrling kann sich das doch gar nicht leisten. Die haben auch Übungsplätze und machen Schießübungen, oben in Wentorf, Neugraben. Das machen die mit den Neonazis zusammen. Die nennen sich auch nur anders, die haben die gleiche Meinung — die Skins sind Neonazis, weil die in einer Clique sind. Die Skins sind die Schläger für die Neonazis, die verteilen ja auch manchmal Flugblätter für die Neonazis. Das sind

sich auch nur anders, die haben die gleiche Meinung — die Skins sind Neonazis, weil die in einer Clique sind. Die Skins sind die Schläger für die Neonazis, die verteilen ja auch manchmal Flugblätter für die Neonazis. Das sind Jugendliche, die denken, die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg. Die werden von den Eltern aufgehetzt. Die Eltern erzählen denen, früher bei Hitler, da gab es noch Arbeit, und jetzt, wo die Ausländer hier sind, gibts keine mehr. Dabei stimmt das doch gar nicht — wer hat denn früher die Dreckarbeit gemacht — warum haben die das denn nicht selbst gemacht? Wir haben doch früher die ganze Dreckarbeit gehabt, und jetzt, wo alles sauber ist, sollen wir aufhören? Nimm mal an, wir hauen hier alle ab, wer soll das denn dann machen?

Sind das überwiegend arbeitslose Jugendliche bei den Skins?

Fast jeder von denen hat eine Lehrstelle, 'ne gute Lehrstelle. Die schmeißen ihren Job hin, drei Tage später haben die 'nen neuen Job. Peter Voss z.B. hat seinen Arbeitskollegen, einen Türken, zusammengeschlagen, drei Tage später hatte er einen neuen Job; konnte gleich anfangen. Wir müssen oft drei Jahre suchen, bis wir einen kriegen. Das Dumme ist, die werden von diesen Parteien mitgezogen. Das bringt ja vielleicht auch Spaß, prügeln, saufen und so weiter. Jetzt haben sie Ramazan Avci umgebracht, sie erzählen schon: ,,... das war der Erste, der Letzte war das nicht.'' Wie soll das weitergehen, was werden wir machen? — Gar nichts, es steht in den Zeitungen, aber dann ist es wieder einer weniger und dann wieder einer. Es passiert ja auch nichts, wenn die Randale machen. Angenommen, das macht ein Türke, dann bekommt der gleich eine dicke Anzeige. Es heißt: ,,Wenn du das nochmal tust, dann mußt du zurück in deine Heimat. Ich meine, da gibt es Ungerechtigkeiten.

Überlegt ihr euch, hier wegzugehen, zurück in die Türkei?

Das können wir gar nicht. Also ich nicht, aber die Älteren, die wollen schon gerne weg. Die haben Angst, sie bleiben wegen uns hier, sonst wären die schon längst weg. Ich kann gar nicht zurück, da bin ich auch nicht zu Hause. Ich bin ja fast hier geboren, mit zwei Jahren bin ich hierhergekommen. Wenn wir in die Türkei zurückkehren, haben wir auch Probleme, da zu leben, da sind wir praktisch auch Ausländer. Wir sind irgendwie in der Mitte, wir werden von denen auch nicht aufgenommen.

Geht ihr alle hier zur Schule?

Von uns gehen fast alle in die Schule, einige haben eine Lehrstelle. Ich kann in der Türkei nichts machen, ich kann da nicht zur Schule gehen, mein Türkisch ist schlecht. Ich kann da auch keine Ausbildung machen. Wenn ich mir das hier vorstelle — noch ein halbes Jahr, dann fange ich mit der Lehre an. Wenn ich die fertig habe, dann finde ich irgendeine Arbeit, Dreckarbeit oder so'n Scheiß; das fange ich dann an. Darauf warten meine Eltern — wenn ich das dann hab, dann wollen sie zurückgehen, aber sie haben auch Schiß, uns hierzulassen: Was mit dem Türken passiert ist, das kann genausogut meinem Sohn passieren.

Was meint ihr, müßte man verändern, damit sich was für euch verändert?

Die Politiker müßten da Druck machen, bis auf die niedrigsten Ebenen, damit bei der Polizei und den Behörden auch was ankommt. Die wissen doch, was hier gespielt wird, die müßten das machen. Dann merken die Bürger, daß damit nicht mehr zu spaßen ist, daß man uns nicht mehr behandeln kann wie die Juden. Sonst geht das wieder von vorne los, wie damals.

Ich meine, wir sind ja sowieso die Minderheit hier, wir müssen ja sowieso mehr geschützt werden, von der Regierung geschützt werden. Aber so, wie das jetzt ist, die machen ja das genaue Gegenteil. Heute war in einer türkischen Zeitung ein Bild von Franz Josef Strauß mit einem Schweizer Neonazi — die sind gute Freunde.

Der türkische Konsul hat ein Interview gemacht, hat gefordert, daß die Überführungskosten des Sarges übernommen werden sollen, ansonsten aber betont, daß es nur eine kleine Gruppe ist, und daß die Türken Interesse an einem guten Verhältnis zu den Hamburgern haben.

Uns reicht das nicht, daß nur bezahlt wird. Wir wollen hier in Sicherheit leben, wir wollen uns mit den Deutschen gut verstehen. Uns reicht es erst, wenn diese Nazis weg sind, wenn es solche Leute nicht mehr gibt.

Überlegt ihr euch manchmal, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen?

diese Nazis weg sind, wenn es solche Leute nicht mehr gibt.

Überlegt ihr euch manchmal, die deutsche Staatsbürgerschaft anzunehmen?

Nein, das nicht. Was nützt das, wenn wir die deutsche Staatsbürgerschaft haben und trotzdem am nächsten Tag was aufs Maul kriegen. Nicht nur darum, sondern auch, weil wir vielleicht doch mal zurückwollen. Ob auf den Papieren Deutscher steht oder nicht, ich werd sowieso nie als Deutscher angesehen werden. Außerdem hängt das ja auch immer davon ab, wie man sich hier benimmt, sonst kriegt man die gar nicht.

Ich wollte noch was zu den Politikern sagen. Die haben ja erst versucht, uns auf andere Art und Weise loszuwerden, z.B. Prämien. Als das nicht geklappt hat, haben sie es anders versucht. Die lassen diesen Gruppen (Skins,Neonazis,etc.) freie Hand, dann passieren solche Sachen. Wir sollen einen Schock bekommen und gehen. Es ist einfacher, solche Gruppen auf uns zu hetzen, da brauchen sie nur ein Auge zuzudrücken und so zu tun, als ob sie von nichts wüßten. Der Vater von einem Skin hat ihnen geraten, Anzeigen zu machen, weil man uns auf die Art los wird. Wenn wir 'ne Latte Anzeigen haben, kann uns das den Aufenthalt kosten.

Ihr habt jetzt oft darauf hingewiesen, daß von Seiten der Politiker Maßnahmen ergriffen werden müßten. Habt ihr euch schon mal überlegt, daß ihr selber politisch aktiv werden müßt?

Ja, nach diesem Mord an Ramazan Avci sagt jeder Türke, jetzt muß was gemacht werden. Mit Ruhe und gewaltfrei wird sich die Sache nicht mehr regeln lassen. Jetzt fange ich an, was zu machen, Jetzt müssen wir kämpfen, da wird auch jeder Türke mitmachen. Die laufen jetzt nicht mehr so rum und sagen: ,,Ja, das interessiert mich gar nicht.''

Danke für das Gespräch.

Abu Nidal: Gar nicht so mysteriös

,,Abu Nidal gilt als einer der gefährlichsten palästinensischen Terroristen, mit Sicherheit ist er der mysteriöseste. Da er so gut wie nie öffentlich auftrat, wurde er zur Legende..."(1) "Abu Nidal hat die geheimste Terrororganisation der Gegenwart aufgezogen."(2) Im November 1984 wurde sein Tod in einem irakischen Krankenhaus gemeldet; im Januar 1986 ist er immerhin *,,lebensgefährlich an Leberkrebs erkrankt"* und daher *,,nach Ansicht israelischer Geheimdienstler gesundheitlich nicht in der Lage"*, selbst noch Terroraktionen zu organisieren(3). Die PLO hingegen behauptet, Abu Nidal sei definitiv tot; sein Name werde jetzt von arabischen Geheimdiensten benutzt(4)

Es existiert nur ein einziges Foto von Abu Nidal, niemand kennt angeblich seinen Aufenthalt und seine Identität, aber die Journalisten des ,,Spiegel" empfing er im Oktober 1985 *,,in einem Regierungsbungalow mit Meeresblick, außerhalb von Tripolis"*(1), der Hauptstadt Libyens. Der Mann, der dort als Abu Nidal auftrat, gab im Gespräch mit dem ,,Spiegel" — angeblich eines von ganzen drei Interviews, die er überhaupt je gegeben hat — die Selbstdarstellung eines Superterroristen. Mit der IRA arbeite er zusammen, aber selbstverständlich auch mit der baskischen ETA, mit der RAF, mit der französischen Action directe und mit den belgischen CCC. Margaret Thatcher werde er demnächst umbringen lassen, Präsident Reagan stehe natürlich auch auf seiner Todesliste, den ägyptischen Präsidenten Mubarak werde er ermorden und Jordaniens König Hussein ,,liquidieren" lassen. Zwischen ihm und den USA gebe es **,,Krieg auf Leben und Tod"**. Den Franzosen werde er *,,innerhalb der nächsten zwei Monate eine Ohrfeige verabreichen, die ihr nie vergessen werdet"*.

Nichts, absolut nichts an dieser Selbstdarstellung entspricht den bekannten Tatsachen. Unter den zahlreichen Mordanschlägen und Überfällen, die der Gruppe um Abu Nidal zuzuschreiben sind, ist nicht ein einziger, der sich gegen die USA richtete. Und nicht mehr als ein Attentat richtete sich gegen einen Vertreter Israels: am 3.6.82 schossen Abu Nidal-Leute auf den israelischen Botschafter in London. Ausgerechnet das diente dann als direkter Vorwand für Israels Einmarsch in den Libanon.

Abu Nidal kämpft nicht gegen ,,Imperialismus und Zionismus", sondern ausschließlich gegen den Verhandlungsflügel der PLO. Viele ,,gemäßigte" PLO-Politiker wurden im Namen Abu Nidals ermordet: Said Hamani in London (1978), Kalak in Paris (1978), Abu Sharar in Rom (1981), Fadl el-Dani in Paris (1982), Ali Nasser Yassine in Kuweit, Naim Kader in Brüssel (1981) - alles örtliche PLO-Vertreter, deren Arbeit wesentlich zu den zeitweisen diplomatischen Erfolgen der PLO beigetragen hatte. Besonders schwerwiegend und spektakulär war die Ermordung Issam Sartawis in Lissabon 1983 (5). Sartawi war ein enger außenpolitischer Berater Arafats und der führende Diplomat der PLO gewesen. Er hatte u.a. ein Zusammentreffen Arafats mit Willy Brandt und Bruno Kreisky 1979 vermittelt, das Anlaß für heftige israelische Polemiken gewesen war. Außerdem war er zuständig für die höchst empfindlichen Gesprächskontakte zu einzelnen israelischen Oppositionellen.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß nach der Ermordung Sartawis Arafat selbst das Hauptziel Abu Nidals darstellt. Und es ist in diesem Zusammenhang schon sehr verräterisch, wenn ausgerechnet in der 'Bild' der Leitkommentator sich seiner Sache ganz sicher ist: **,,Der hundertfache Mörder Arafat wird den Rächern nicht entkommen"**(6).

Eine zweite Gruppe von Terroraktionen, die unter dem Namen Abu Nidals gelaufen sind, richtet sich gegen die Juden außerhalb Israels. Dazu gehören Überfälle auf Synagogen wie in Wien (1981) und Rom (1982), auf jüdische Restaurants wie in Berlin und Paris (1982), oder wie im Dezember auf den Flughäfen von Rom und Wien.

Wien und Rom stehen nicht zufällig im Zentrum solcher antijüdischer Massaker. Beide Regierungen nehmen gegenüber den arabischen Staaten im allgemeinen und gegenüber dem Arafat-Flügel der PLO im besonderen eine maßvolle und vergleichsweise ausgewogene Haltung ein, die schon oft Gegenstand heftiger Polemiken aus USA und Israel war. Indem ,,ausgerechnet" in Rom und Wien im Namen der Palästinenser scheinbar blindwütig auf Juden geschossen wird, soll der Eindruck provoziert werden, daß sich Gespräche mit der PLO nicht nur nicht lohnen, sondern im Gegenteil das Land erst recht zur Zielscheibe des Terrorismus machen. Das diplomatische Prestige, das sich die PLO in den 70er Jahren erworben hatte und das im Auftreten Arafats in der UNO (1974) gegipfelt hatte, soll zielgerichtet zerstört werden. Letztlich geht es überhaupt um die Vernichtung der PLO als eine Art Exilregierung und als gemeinsamer Bezugspunkt für die über viele Länder verstreuten Palästinenser.

Was im Namen Abu Nidals geschieht, muß daher eindeutig getrennt werden von der Praxis mancher extremer Gruppen innerhalb und außerhalb der PLO, oder auch schiitischer Organisationen, bei denen — wie verzerrt auch immer — die Absicht eindeutig ist, gegen ,,Imperialismus und Zionismus" zu kämpfen. Die also beispielsweise auch Aktionen gegen die USA und die israelische Armee im Libanon durchführen. Abu Nidals einzige Stoßrichtung geht mit tödlicher Eindeutigkeit gegen die PLO. Die mit dem Namen Abu Nidal verbundene Strategie deckt sich insofern vollständig mit dem zentralen Anliegen der israelischen Außenpolitik, jedes Gespräch mit der PLO zu verweigern und langfristig die PLO als potentiellen Verhandlungspartner endgültig auszuschalten.

Vielleicht liegt in dieser Interessenidentität der Hauptgrund dafür, daß den israelischen Militärs und Geheimdiensten bis zum heutigen Tag nicht der kleinste Erfolg gegen die Abu Nidal-Gruppe glücken mochte. Auch aus der zunächst noch vollmundig angekündigten Vergeltungsaktion gegen die ,,Drahtzieher" der Überfälle von Wien und Rom scheint aus gleichem Grund nichts mehr zu werden. Welches Interesse sollte man denn in Tel Aviv und Jerusalem auch daran haben, eine Kampftruppe zu dezimieren, von der man beispielsweise bei der Auslöschung führender PLO-Kader zukünftig noch einiges hoffen darf?

Freunde in Syrien und Libyen

Die Abu Nidal-Gruppe hat heute mit Sicherheit ein Hauptquartier in Libyen, vielleicht ein weiteres in Damaskus (Syrien). Zeitweise konnte sie auch von Bagdad (Irak) aus operieren. Der außenpolitische Schlingerkurs der arabischen Regimes erzwang gelegentlich Standortänderungen. So war beispielsweise Libyen 1977-78 noch eine denkbar schlechte Adresse für Terroristen. Damals machten sich Innenminister Baum und sein libyscher Kollege gerade gegenseitig Visiten, und bundesdeutsche Kader standen Pate bei der Modernisierung der libyschen Polizei.

Dafür genoß zur gleichen Zeit der Irak den Ruf einer Welt-Terror-Zentrale, was ihm nach seinem pro-westlichen Schwenk (etwa ab 1979) heute niemand mehr nachsagen möchte. Trotz eindeutiger Verhältnisse hat die PLO mit Rücksicht auf die ,,antiimperialistischen" arabischen Regimes lange gezögert, deren Komplizenschaft mit der Nidal-Gruppe anzuklagen und offenzulegen. Stattdessen wurde vage von einem ,,amerikanisch-israelischen Komplott' gesprochen — als würde Abu Nidal nicht in Damaskus sitzen, sondern in Jerusalem oder Washington.

Nach der Vertreibung Arafats zuerst aus Syrien und dann aus dem Libanon ist die früher auferlegte Selbstbeschränkung offenbar sinnlos geworden. So hat nun die PLO nach den Massakern von Rom und Wien direkt die Geheimdienste Syriens und Libyens als Auftraggeber und Ausführende angeklagt. Noch erstaunlicher war, daß die PLO diesmal sogar die Namen syrischer Funktionäre nannte, die sie für die Organisatoren solcher Aktivitäten hält.

Es mag auf den ersten Blick seltsam erscheinen, ausgerechnet zwei scheinbare ,,Falken" des arabischen Lagers wie Libyens Ghaddafi und Syriens Assad als Hintermänner von Aktivitäten anzunehmen, die eindeutig den Interessen des ,,amerikanisch-zionistischen Feindes" dienen. Im Falle Ghaddafis ist festzustellen, daß zwischen ihm und Israel aller gegenseitigen heißen Rhetorik zum Hohn ein stillschweigender Nichtangriffspakt zu bestehen scheint. Man hat sich zwar gegenseitig zum schlimmsten Feind auf Erden erklärt, aber sich bis zum heutigen Tag so gut wie nichts zuleide getan. Für diese Tatsache sind unterschiedliche Interpretationen möglich. Jedenfalls entbehrt die libysche Unterstützung für die Nidal-Gruppe überhaupt nicht der Logik.

Anders liegt die Sache bei Syrien, das nach dem Ausfall Ägyptens der Hauptkonkurrent Israels in der Region ist. Ein Schlüssel zum Verständnis der syrischen Motive ergibt sich aus dem schon zitierten Abu Nidal-Interview des ,,Spiegel". Abu Nidal: **,,Ich bin ein überzeugter Anhänger des Großreichs Syrien, zu dem als Teil auch der Irak gehört..."** Frage des ,,Spiegel": *,,Fühlen Sie sich denn als Syrer, obschon Sie Palästinenser sind?"*. Antwort Abu Nidal: **,,Wir sind syrische Staatsbürger. Syrien ist für uns die Mutternation...Wie Sie sehen, sind wir echte syrische Bürger. Ich selbst habe syrische Eltern..."**. Und auf eine weitere Frage des ,,Spiegel": **,,Großsyrien besteht aus Palästina, dem Irak, Jordanien und Syrien"**.(1)

Für eine autonome palästinensische Nation, gar für einen Palästinenser-Staat ist in diesem Konzept kein Platz. Der Angriff auf die gewachsenen nationalen Strukturen des palästinensischen Volkes als zentrale Aufgabenstellung des Abu Nidal-Terrors entspricht diesem Konzept. Abu Nidal ist kein ,,radikaler Palästinenser", sondern, wenn überhaupt ein politischer Begriff noch angemessen ist, ein großsyrischer, anti-palästinensischer Chauvinist. Das schafft Gemeinsamkeit mit ganz anderen Kräften, die sich mit der Existenz oder dem Entstehen einer autonomen palästinensischen Nation gleichfalls nicht abfinden wollen.



BILD-Kommentar

Ein Mörder als Heuchler

Mörder sind oft auch Lügner und Heuchler.
So will Arafat der Welt jetzt weismachen, daß er mit den jüngsten Mordtaten nichts zu tun habe. Er gibt sich friedlich, damit andere morden können.
Erstaunlich, wieviele bei uns auf diese Heuchelei des Terrorchefs hereinfallen.
Wie Pilatus wäscht sich Arafat das Blut von den Händen und gibt gleichzeitig den Befehl aus: Der Kampf, also der Terror, gegen Israel geht weiter. Das allein zählt.
Der hundertfache Mörder Arafat wird den Rächern nicht entkommen. p.m.r.

aus: BILD, 2.1.86

Pawlows Hunde bellen

,,Die Attentäter kann man nicht einmal als wilde Tiere bezeichnen, da man ansonsten die Tierwelt und die Menschheit beleidigen würde. Wieder ist bewiesen worden, daß die Bestien der PLO alle Werte der Welt ignorieren und auf sie pfeifen."(7) So lautete aus dem Mund des Vize-Ministerpräsidenten David Levi die erste offizielle Reaktion Israels auf die Massaker von Wien und Rom.

Die Reaktionen in Westeuropa und USA sahen ähnlich aus: Ohne jeden Anhaltspunkt und sogar in scharfem Widerspruch zur bekannten Praxis der PLO wurde sie mit den Überfällen in Zusammenhang gebracht. Ein ganz Schneller war ausgerechnet CSU-Generalsekretär Gerold Tandler, der eine EG-Sondersitzung forderte, um alle PLO-Büros in Westeuropa schließen zu lassen. Daß die PLO sofort die Überfälle verurteilte, wurde als ,,scheinheilig", ,,verlogen" und ,,heuchlerisch" abqualifiziert. Reportern der US-Fernsehgesellschaft CBS gelang es gar, sich in Wien von einem verletzten Attentäter ins Mikrophon sagen zu lassen, er sei von der PLO und von Al Fatah (8). Österreichs Innenminister Blecha widersprach dieser Version prompt: die überlebenden Attentäter hätten sich zu Abu Nidal bekannt.

Die ,,FAZ" zeigte ihre Verärgerung über diese Wendung der Dinge offen: *,,Schwer verständlich für viele Österreicher wirkte die Beflissenheit, mit der Blecha...jeden Schatten des Verdachtes, der auf Arafat zu fallen drohte, von vornherein zu zerstreuen suchte."* (9). Verbitterung auch in der ,,Allgemeinen Jüdischen Wochenzeitung": Die Feststellung, daß die PLO für die Überfälle in Rom und Wien nicht verantwortlich sei, *,,wirkt im Licht der Tatsachen nachgerade wie eine Verhöhnung der Opfer"*(10). In der ,,Bild" tobte Kommentator p.m.r. der geplatzten Chance zur Diffamierung der PLO hinterher: *,,So will Arafat der Welt jetzt weismachen, daß er mit den jüngsten Mordtaten nichts zu tun habe. Er gibt sich friedlich, damit andere morden können. Erstaunlich, wieviele bei uns auf diese Heuchelei des Terrorchefs hereinfallen."*(6)

Letztlich kommt es auf die konkreten Einzelheiten aber sowieso nicht an. **,,Denn entweder ist die PLO ein verlogener Komplize des Terrors, oder Arafat ist ohnmächtig und demzufolge unwichtig."** So oder so sei das doch der Beweis, **,,wie unnütz der Flirt mit Arafat ist"**.(11)

Also exakt das, was die unter dem Firmenschild Abu Nidal agierenden Kräfte zu beweisen versuchen. Ganze Rudel von ehrenwerten Journalisten und Politikern steigen begeistert darauf ein. Dabei entbehrt diese Argumentation jeder Logik: Bekanntermaßen hat kein Staat der Welt ,,seine" Terroristen unter Kontrolle. Das gilt beispielsweise auch für Israel, wo sich in den letzten Jahren ein kräftiger rechtsradikaler Terrorismus entwickelt hat. Einerseits aktiv die Zerstörung der Strukturen und des Prestige der PLO zu betreiben, dann aber über die ,,Ohnmacht" Arafats zu höhnen, dem ,,seine Radikalen" auf der Nase herumtanzen, ist blanker Zynismus.

Selbstverständlich hängen Terrorakte wie die von Wien und Rom mit der Entwicklung der PLO-Politik zusammen. Nämlich so, daß sie die auf Verhandlungen und letztlich auch Verständigung mit Israel angelegte Politik Arafats diskreditieren und zunichte machen sollen. Je konsequenter die PLO-Führungsgruppe um Arafat diesen Weg geht, umso wütender könnten folgerichtig die provokatorischen Terrorakte werden. Und es trifft auch zu, daß gerade die Länder, die die PLO in ihrer ,,gemäßigten" Politik ermutigen, einem besonderen Risiko solcher Mordaktionen ausgesetzt sind. Wenn Politiker und Journalisten daraus die Forderung herleiten, Länder wie Österreich und Italien müßten ihre Nahost-Politik ,,überprüfen" und ,,korrigieren", also auf Feindkurs gegen die PLO und Arafat gehen, so kann das nur auf zweierlei Weise interpretiert werden: Entweder ist es ein Aufruf zur Kapitulation vor dem Terror Abu Nidals. Oder es ist der Versuch, sich der provokatorischen Mordaktionen wohlüberlegt und zynisch für eigene Zwecke zu bedienen.

Anmerkungen

1) ,,Spiegel", 14.10.85.
2) ,,Welt", 30.12.85.
3) FAZ, 6.1.86
4) taz, 2.1.86
5) vgl. dazu ,,Wer ermordete Issam Sartawi?", AK 232, S.6-8. Dort ist auch eine ausführliche Auflistung und Einschätzung der unter dem Namen Abu Nidal gelaufenen Terroraktionen zu finden.
6) ,,Bild", 2.1.86. Der Kommentar bezieht sich auf die letzten Massaker von Rom und Wien, die dort mit einem vor gar nichts mehr zurückschreckenden Zynismus Arafat zugeschrieben werden. Autor des mit dem Kürzel p.m.r. gezeichneten Mordaufrufs ist vermutlich Peter Meyer-Ranke, seit 25 Jahren Nahost-Redakteur und Kommentator der Springer-Presse.
7) ,,Bild", 28.12.85.
8) Al Fatah ist die Organisation Arafats; die Nidal-Gruppe tritt gelegentlich gleichfalls unter diesem Namen auf. Die PLO ist der palästinensische Dachverband, dem aber die Nidal-Gruppe nicht angehört.
9) FAZ, 31.12.85
10) ajw, 3.1.86
11) ,,Welt", 30.12.85; Kommentar von A. Dalma.

2.1.86

Israels Vergeltung- ist jetzt Gaddafi dran?

Morgen in Bild am Sonntag

Bild 30.12.85

● **Bilanz einer Woche: Bomben, Morde – 70 Tote**

● **Alles auf seinen Befehl?**

Gaddafi Der Irre aus der Wüste



BILD-Kommentar

... und Gaddafi lacht

3.1.86

Fortsetzung von Seite 1

Wer Abu Nidal erfinden würde, ...

Es gebe da „einige Schwierigkeiten" und außerdem fehle mittlerweile der Überraschungseffekt. Der israelische Rundfunk zitiert einen Regierungssprecher mit der Aussage, Israel habe nicht die Absicht, Kampfhandlungen gegen Libyen zu eröffnen oder sich an einer Aktion der USA zu beteiligen.

Vorläufiges Finale. Die USA geben Boykott-Maßnahmen gegen Libyen bekannt, deren praktischer Effekt als äußerst gering eingeschätzt wird, da die Beziehungen zwischen beiden Staaten schon vor mehreren Jahren fast auf Null heruntergefahren wurden. Die europäischen Freunde der USA zeigen keine Neigung, den USA und Israel zuliebe ihre eigenen Beziehungen zu Libyen zu ruinieren.

Das war's. War's das? Die Presse hat nachträglich auszuplaudern, daß die US-Regierung in der Frage der Reaktionen auf den Terrorismus *„offenbar in zwei Lager gespalten"* sei. Außenminister Shultz sei *„offenbar für militärische Vergeltung"* gewesen, während Verteidigungsminister Weinberger *„zur Vorsicht geraten"* habe: *„der Einsatz des Militärs könnte sich als wenig wirksam erweisen und die Lage noch verschlimmern"* (FR, 7.1.).

Daß die USA sich einer Militäraktion gegen Libyen technisch nicht gewachsen sehen, wird, außer vielleicht Gaddafi, niemand glauben. Daß Gaddafis keineswegs erstmalige Drohung, den Terror in die Städte der USA und Israels zu tragen, jetzt plötzlich viel Eindruck gemacht hat, ist gleichfalls unwahrscheinlich. Was bleibt an Gründen? Die Anwesenheit von angeblich 2000 sowjetischen Militärberatern in Libyen und die Rücksicht auf den empfindlichen neuen „Geist von Genf"? Die Angst um das Leben von 1500 US-Bürgern, die sich trotz früherer Warnungen immer noch in Libyen aufhalten?

Vielleicht ist es so: Massaker wie in Rom und Wien sind für den „Kampf

aufhalten?

Vielleicht ist es so: Massaker wie in Rom und Wien sind für den „Kampf

gegen Imperialismus und Zionismus" kein Beitrag. Ein Handlungsbedarf der USA und Israels, auf solche Terroraktionen direkt zu reagieren, besteht daher nicht. Der Hauptfeind Israels in der Region sind nicht die „radikalen Splittergruppen" wie Abu Nidal, sondern ist die PLO. Am Angriff auf das PLO-Hauptquartier in Tunis im Oktober wurde die Logik deutlich, von der sich Israels „Kampf gegen den Terrorismus" leiten läßt: „Vergeltungsschläge" dieser Art grenzen die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit von Terroraktionen wie der Entführung der Achille Lauro oder jetzt den Massakern in Wien und Rom nicht ein. Im Gegenteil: sie reduzieren materiell und politisch die Möglichkeiten des Arafat-Flügels der PLO, solchen Aktionen entgegenzutreten. Sie vermitteln den Palästinensern Israels Botschaft, daß sich die „gemäßigte", de facto längst auf terroristische Kampfformen verzichtende Politik Arafats einfach nicht lohnt. Dies für Ungeschick zu halten, hieße gewiß, die israelische Politik sehr zu unterschätzen. Es scheint, daß Israel ganz bewußt den Hauptstoß gegen die „gemäßigten" Kräfte im arabischen Lager richtet. So gesehen wäre ein „Vergeltungsschlag" auf PLO-Einrichtungen in der jordanischen Hauptstadt Amman eine logische Ausnutzung der Massaker von Rom und Wien gewesen. Die US-Regierung scheint, als sie anfänglich Israel zur Mäßigung bei Gegenaktionen aufforderte, wohl etwas in diese Richtung befürchtet zu haben. Vielleicht fürchtete man auch, daß die israelische Regierung „Vergeltungsaktionen" gegen Damaskus zur Einleitung eines militärischen Konflikts mit Syrien anordnen könnte. Auch das entspräche derzeit vermutlich nicht den Absichten der USA. Libyen wäre demnach vor allem zu Zwecken der Ablenkung als Angriffsziel angeboten worden. Hier scheint nun wiederum das israelische Interesse, sich als Minenhund der USA losschicken zu lassen, zu gering gewesen zu sein.

Viele Fragen bleiben offen. Sicher ist nur eins: Spektakuläre Bluttaten gegen beliebig ausgewählte Menschengruppen und Objekte wie in Rom und Wien wird es auch in 1986 eine ganze Reihe geben. Wenn sich nicht genug fanatisierte Amateure finden, werden interessierte Staaten mit Provokationen und Profis nachhelfen. Der Terror dieser Art ist politisch viel zu nützlich, als daß man ihm ein Aufhören erlauben würde.

Kein Frieden im Nahen Osten

Ein „Waschlappen' sei er, eine „niederträchtige Person', die Teile von „Eretz Israel' aufgeben wolle. Mit diesen Worten würdigte Ariel Sharon keinen geringeren als seinen Kabinettskollegen und Ministerpräsidenten Shimon Peres. Was war geschehen? Nur wenige Wochen nach der Bombardierung des PLO-Hauptquartiers bei Tunis — die einem Sharon nun wirklich alle Ehre gemacht hätte — verkündigte Peres vor der UN-Vollversammlung eine „neue' Friedensinitiative, die zuvor mit der amerikanischen Regierung und dem jordanischen König Hussein abgesprochen war. Die Vorschläge bewegen sich vollständig im Rahmen der Camp David-Abkommen, für die USA und Israel seit jeher die unabdingbare Voraussetzung für weitere Friedensverhandlungen im Nahen Osten; „neu" ist nur, daß diesmal explizit der Ausschluß der PLO gefordert wird und daß diesmal alle Chancen bestehen, zu einem separaten Friedensvertrag mit Jordanien und vielleicht auch Syrien mit Billigung des gesamten arabischen Lagers zu kommen.

Zwei Initiativen liegen für eine Verhandlungslösung vor: ein Sieben-Punkte-Plan des israelischen Ministerpräsidenten Peres und ein Vier-Punkte-Plan des jordanischen Königs Hussein. In einer Rede vor der UN-Vollversammlung erklärte Peres: „....*Die neue Initiative sollte auf folgenden Prinzipien basieren:*

1. Das Ziel dieser Verhandlungen ist, Friedensverträge zwischen Israel und den arabischen Staaten zu erreichen und die palästinensische Frage zu lösen.

2. Keine Partei darf Vorbedingungen stellen.

3. Die Verhandlungen finden auf Grundlage der Resolutionen 242 und 338 des UN-Sicherheitsrates statt und basieren auf der Bereitschaft, Vorschläge der Teilnehmer zu erörtern.

4. Verhandlungen sind direkt zwischen den Staaten zu führen.

5. Wenn es notwendig erscheint, können diese Verhandlungen mit Unterstützung eines internationalen Forums mit Zustimmung der verhandelnden Staaten in Gang gesetzt werden.

6. Diese Konferenz kann noch vor Ende dieses Jahres in Jordanien, in Israel oder an irgendeinem anderen Ort mit gegenseitiger Zustimmung beginnen.

7. Die Verhandlungen zwischen Israel und Jordanien sind zwischen einer israelischen Delegation auf der einen Seite und einer jordanisch-palästinensischen Delegation auf der anderen Seite zu führen, wobei beiden Delegationen Delegierte angehören, die Frieden und nicht Terror vertreten." (1)

Peres strebt also separate Friedensverträge an, Grundlage für die Verhandlungen sollen die umstrittenen UN-Resolutionen 242 und 338 sein, die von der jordanischen Regierung anerkannt, von der PLO in dieser Form aber abgelehnt werden, **und** die Camp David-Abkommen als *„mögliche Basis"* — wie Peres in seiner Rede weiter ausführte. Die ständigen Mitglieder der Sicherheitskonferenz sollten eingeladen werden, den **Beginn** der Verhandlungen zu unterstützen, eine Absage also an die von verschiedenen arabischen Ländern geforderte internationale Konferenz. Von einer Beteiligung der PLO an den Verhandlungen ist ebenfalls nicht die Rede.

Vor der Knesset erläuterte Peres seine Vorschläge, die die *„gemeinsame Position der USA und Israels"* seien:

— Ohne direkte Verhandlungen bestehe keine Möglichkeit, den Friedensprozeß voranzutreiben,

— kein internationales Forum könne als Ersatz für direkte Verhandlungen dienen,

— nur Delegierte, die keine Vorbedingungen stellten, könnten an Friedensverhandlungen teilnehmen, dies schließe automatisch die PLO aus,

— nur solche Staaten könnten am internationalen Forum teilnehmen, die mit den betreffenden Parteien diplomatische Beziehungen unterhielten (was derzeit „automatisch" die Sowjetunion ausschließen würde),

— das internationale Forum sei nicht befugt, Lösungen aufzuzwingen oder Einverständnisse zu widerrufen, die die Parteien miteinander erreicht hätten (es hätte also gar keine Funktion) (2).

Peres erhielt für seine Friedensinitiative das Vertrauensvotum der Knesset: 68 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen, was darauf schließen läßt, daß die rechtsradikalen Parteien gar nicht erst an der Debatte über die Friedensinitiative teilnahmen, denn immerhin fehlten 32 Abgeordneten-Stimmen. *„Ich werde meine Bemühungen fortsetzen, mit den Jordaniern und den Palästinensern unter Ausschluß der PLO ins direkte Gespräch zu kommen"*, faßte Peres nach dem Vertrauensvotum seine Friedensinitiative zusammen (3).

Genauere Vorstellungen darüber, was denn nun zur Lösung der Palästinenserfrage diskutiert werden soll, sind in dem Plan zur palästinensischen Selbstverwaltung enthalten, den Peres dem amerikanischen Außenminister Shultz vor seiner Rede vor der UN-Vollversammlung vorlegte: Beteiligung Jordaniens an der Verwaltung ohne die PLO, drastische Beschränkung der militärischen Präsenz Israels, Überführung der Selbstverwaltungsvollmachten an örtliche Vertreter, Aufhebung der Beschränkung der Bewegungsfreiheit für arabische Funktionäre, Geneh-

ten an örtliche Vertreter, Aufhebung der Beschränkung der Bewegungsfreiheit für arabische Funktionäre, Geneh-

migung von Wirtschaftsplänen für die Schaffung von Arbeitsplätzen in den besetzten Gebieten, Gründung einer arabischen Bank im Westjordanland, Erleichterung der Zensur für die arabische Presse (4).

Diese Vorstellungen entsprechen haargenau den Ausführungen zur Autonomie in den Camp David-Abkommen. Sie sind in den Geheimabsprachen zwischen Peres und Hussein weiter ausgeführt (siehe unten). Einer der maßgeblichsten Politiker, die das Separat-Abkommen mit Ägypten durchsetzten, war der „Held" des Sechs-Tage-Krieges, der aus dem Arbeiterpartei-Lager kommende damalige Außenminister Moshe Dayan. Er vertrat schon damals das, womit Peres heute droht: Falls Jordanien und die Palästinenser nicht bereit seien, die israelische Autonomielösung zu schlucken, werde sie eben ohne sie durchgesetzt (5). Versuche dieser Art laufen längst, wie weiter unten ausgeführt wird.

Husseins Machenschaften

Die jordanische Delegation verließ zwar während der Rede Peres die UN-Versammlung, die jordanische Regierung lehnte die Vorschläge sogar umgehend ab, gleichzeitig aber erklärte der jordanische UN-Delegierte, seine Regierung *„prüfe"* sie (6). Bevor Hussein mit eigenen, letzten Vorschlägen an die Öffentlichkeit ging, versuchte er, die PLO-Führung in die Enge zu treiben. Bekanntlich befand sich Hussein gerade zum Zeitpunkt des Bombardements des PLO-Hauptquartiers bei Tunis zu Gesprächen in den USA. Dort machte er Zusagen an alle Seiten. Vor der UNO erklärte er sich zu direkten Verhandlungen mit Israel bereit, *„unter internationaler Ägide"*, bei Präsident Reagan erkannte er das Existenzrecht Israels an und verurteilte jede Form des Terrorismus, vor US-Senatoren erklärte er seine Bereitschaft, formell den Kriegszustand mit Israel zu beenden (7).

Vorher und nachher hatte er sich mehrmals zu Geheimgesprächen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Peres getroffen. Die Entführung der Achille Lauro kam ihm gerade recht, um sich von der PLO zu distanzieren. Arafat wurde von ihm zunächst gar nicht mehr empfangen. Der Empfang der jordanisch-palästinensischen Delegation beim britischen Außenminister platzte, **weil** sich die palästinensischen Mitglieder der Delegation nicht vor den Gesprächen der Erklärung der jordanischen Delegierten gegen Terrorismus und für die Anerkennung der Resolution 242 anschließen wollten. Hussein begrüßte ausdrücklich die Absage des britischen Außenministers Howe (8). In der Folge platzte der Empfang beim EG-Ministerratspräsidenten; Arafat wurde zur UN-Vollversammlung gar nicht mehr eingeladen. Deutliche Anzeichen dafür, daß auf internationaler Ebene niemand mehr ernsthaft bereit ist, sich für die PLO einzusetzen.

Erst nach der Peres-Erklärung empfing er Arafat, diesmal kühl, ohne die üblichen Bruderküsse. Dort mußte sich Arafat zunächst entschuldigen: Die drei ermordeten Israelis in Larnaca (Ende September) seien Mossad-Agenten gewesen, die PLO sei nicht verantwortlich für die Entführung der Achille Lauro und habe selbst keine Kenntnis von der Organisierung dieser Operation gehabt, wenn die Verantwortung Abul Abbas erwiesen wäre, würden Maßnahmen gegen ihn ergriffen, das geplatzte Treffen in London sei auf eine fehlerhafte Koordination zurückzuführen (9). Am 29.10. wurde in Jordanien ein jordanisch-palästinensisches Koordinationskomitee eingerichtet, das den Geist des jordanisch-palästinensischen Abkommens wiederbeleben soll. Vorher schon allerdings hatte sich Hussein gegen eine Verlegung des PLO-Hauptquartiers nach Amman ausgesprochen (10). Während der Entführung der Achille Lauro hatte Hussein zeitweise Büros der PLO in Amman schließen lassen. Auch ein Anzeichen dafür, daß Hussein der PLO keinerlei politischen Spielraum einzuräumen gedenkt.

Das neugegründete Komitee kann allerdings eher als eine Beruhigungspille für die PLO und die arabische Öffentlichkeit angesehen werden. Schließlich legte Hussein nur wenige Tage später seinen Vier-Punkte-Vorschlag auf den Tisch:

— Treffen zwischen einer jordani-

seinen Vier-Punkte-Vorschlag auf den Tisch:

— Treffen zwischen einer jordani-

schen Delegation und Vertretern der US-Regierung,

— **„explizite Anerkennung" Israels durch die PLO,**

— Treffen zwischen einer jordanisch-palästinensischen Delegation und US-Unterhändlern im Rahmen einer internationalen Konferenz, an der die fünf ständigen Mitglieder des Weltsicherheitsrates sowie alle Konfliktparteien teilnehmen,

— direkte Friedensgespräche zwischen der jordanisch-palästinensischen Delegation und Israel, eine endgültige Friedensregelung (11).

Dieser „Plan' sei, so Hussein, die letzte Chance. Von inhaltlichen Forderungen ist überhaupt keine Rede mehr. Was hatte Peres doch in seinen „Friedensvorschlägen' verlangt? Verhandlungen ohne Vorbedingungen. Hussein ist nicht nur ganz offen darauf eingegangen, sondern hat der PLO gleichzeitig ein Ultimatum gestellt. Entweder sie nimmt die „letzte Chance' wahr, und schließt sich damit selbst aus dem Friedensprozeß aus, oder sie wird von Hussein ausgeschlossen. Vom jordanisch-palästinensischen Abkommen vom 11.2.85 ist überhaupt nicht mehr die Rede, nicht mehr von der darin enthaltenen Forderung nach dem vollständigen Abzugs Israels aus den 1967 besetzten Gebieten, nicht von der Ausübung des Selbstbestimmungsrechts des palästinensischen Volkes im Rahmen einer Konföderation von Jordanien und Palästina (was ja zumindest ein palästinensisches Staatsgebilde im Westjordanland einschließen **könnte**), nicht von der Beteiligung der PLO an einer palästinensisch-jordanischen Delegation. Selbst Kritiker innerhalb der Fatah, der größten palästinensischen Widerstandsorganisation, hatten damals an dem Abkommen die auslegungsfähigen Formulierungen bezüglich der UN-Resolution 242, der Frage eines palästinensischen Staates und der gemischten jordanisch-palästinensischen Delegation kritisiert (12). Dieses — vorhersehbare — Einschwenken König Husseins auf die unbeugsamen Positionen der USA und Israels demontiert die angeschlagene Führungsrolle Arafats weiter, der nach der Vertreibung aus dem Libanon ausschließlich auf den diplomatischen Weg gemeinsam mit den engen Freunden der USA, den ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak und den jordanischen König Hussein, setzte und dafür die Spaltung der PLO in Kauf nahm. Si-

Fortsetzung nächste Seite

„Der Golfkrieg geht uns alle an"

Unter diesem Motto rufen Mitglieder verschiedener Strömungen und iranische Oppositionelle zu einer zentralen Veranstaltung am 17. Januar in Hamburg auf. Einen Tag später soll die Gründung eines „Komitees gegen den Golfkrieg" erfolgen. Im Aufruf für die Hamburger Veranstaltung heißt es:

In der Golfregion wird seit ca. 5 1/2 Jahren Krieg geführt. Mindestens eine Million Iraner und Iraker sind diesem Krieg bis heute zum Opfer gefallen. Unzählige Menschen wurden zu Flüchtlingen.

Fast alle in unserem Land wissen dies, und fast alle verdrängen es. Der Golfkrieg ist 6.000 Kilometer entfernt. Was geht uns das an? Er ist keine Gefahr für uns (meint man). Aufregung kommt in den Medien nur auf, wenn ein Tanker mit Öl für Europa, Japan oder die USA von einer Rakete getroffen wird. Das tägliche Sterben von Menschen in diesem Krieg läßt dagegen gleichgültig.

Dabei sind die Opfer dieses Krieges auch Opfer der Rüstungsexporte aus West und Ost. Zum Beispiel der Bundesrepublik: sie hat für diesen Krieg u.a. Kampfhubschrauber, Militärelektronik, Lenkwaffen aus deutsch-französischer Gemeinschaftsproduktion, Militärlastwagen, Panzertransporter und Ausrüstungen für Waffen- und Munitionsfabriken geliefert. Und sie liefert weiterhin.

Der Golfkrieg geht uns alle an. Weil wir auf die internationalen Mittäterschaft an diesem Krieg aufmerksam machen wollen, weil wir auch das weitgehende Schweigen der Friedensbewegung zu diesem Krieg durchbrechen wollen, haben wir die Initiative zur Vorbereitung einer bundesweiten Kampagne gegen den Golfkrieg ergriffen.

Auf einer Auftaktveranstaltung wollen wir über Hintergründe und Entwicklung des Golfkriegs informieren, über den Rüstungsexport in diese Region, und die Absichten des Komitees vorstellen, das am Tag nach der Veranstaltung gegründet werden soll.

Freitag, 17.1.86, 19 Uhr
Hamburg, Gewerkschaftshaus (Besenbinderhof), Bebel-Saal

Es werden Vertreter der iranischen Kriegsopposition aus unterschiedlicher politischer Richtung Stellung nehmen:

Dawud Gholamasad (Dozent, Hannover)
Mohssen Massarat (Universitätsprofessor, Osnabrück)
Hassan Nazieh (ehem. Erdölminister der ersten Regierung nach dem Sturz des Schah-Regimes, Paris)
Bahman Nirumand (Schriftsteller, Westberlin)
Pari Ravi (Liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran e.V.)
eine Vertreterin der Autonomen Iranischen Frauenbewegung im Ausland e.V.
ein Vertreter der Demokratischen Partei Kurdistan/Iran (PDK/I)
ein Vertreter der Organisation of Iranian Democrats Abroad (OIDA)

Vertreter der **GRÜNEN** und der **SPD** sind ebenfalls zu Stellungnahmen eingeladen.

Zu der Veranstaltung rufen auf:
Autonome Iranische Frauenbewegung im Ausland e.V., Jörn Böhme (Aktion Sühnezeichen), BuKo-Koordinationsstelle „Stoppt den Rüstungsexport", Dan Diner (Redaktion „links"), Evangelische Studentengemeinde (ESG) Kassel, Friedenskoordination Hamburg, Dawud Gholamasad (Hannover), Die Grünen/Landesvorstand Hamburg, Günter Hopfenmüller (Bundesvorstand Die Grünen), Vorstand des Iran-Komitee (Karsten Colpe, Helmut Gollwitzer, Burkhard Grieger, Dietrich Wetzel), Karl-Heinz Koppe (Präsidiumsmitglied Pax Christi), Mohssen Massarat (Universitätsprofessor, Osnabrück), Osnabrücker Friedensinitiative (OFRI), Günter Pabst (Redaktion „Widersprüche"), Rupert v. Plottnitz (Rechtsanwalt, Frankfurt), Pavi Rafi (Liga zur Verteidigung der Menschenrechte im Iran e.V.), Jürgen Reents (Die Grünen im Bundestag), Heiner Rosebrock (Die Grünen, Solidaritätsfond), Otto Schily (MdB, Die Grünen), Felix Schneider (Redaktion „links"), Sozialistisches Büro (SB)/Arbeitsausschuß, Klaus Straßer (Arzt, Frankfurt), Ulrich Tilgner (Journalist, Hamburg)

Fortsetzung von vorheriger Seite

cher hatte er richtig die Doppelzüngigkeit des syrischen Präsidenten Assads eingeschätzt, dem nicht der konsequente Kampf gegen Israel und für das palästinensische Selbstbestimmungsrecht am Herzen liegt, sondern sein eigenes machtpolitisches Kalkül. Das Tragische ist nur, daß der verhandlungswillige und kompromißbereite Arafat an der Unnachgiebigkeit Israels, der USA der arabischen Staaten scheitern mußte.

Geheimverhandlungen zwischen Peres und Hussein

Ende Oktober veröffentlichte die israelische Zeitung „Haaretz" einen Geheimplan, der Hussein als Grundlage für eine gemeinsame israelisch-jordanische Verwaltung übergeben worden sein soll. Danach sollen alle Bewohner der besetzten Gebiete (auch die israelischen Siedler?) einen Autonomierat wählen, die Alltagsgeschäfte und die regionalpolitischen Aufgaben sollen unter Oberaufsicht eines israelisch-jordanischen Rates abgewickelt werden, palästinensische Persönlichkeiten sollen beteiligt werden, nicht aber die PLO, jordanisch-israelische Milliträpatrouillen sollen das Einsickern palästinensischer Guerilleros verhindern, die Kontrolle der inneren Sicherheit solle weiter in den Händen Israels liegen. Delegationen Jordaniens, Israels und der Palästinenser sollen eine Autonomie-Regelung ausarbeiten, Jordanien und Israel gleichzeitig Gespräche über die Beendigung sollen eine Autonomie-Regelung ausarbeiten, Jordanien und Israel gleichzeitig Gespräche über die Beendigung des Kriegszustandes führen (13). Die rechtsradikale Tehiya-Partei — die sich nach Abschluß des Friedensvertrages zwischen Ägypten und Israel wegen der Räumung der Sinai-Halbinsel und der Siedlungen dort aus dem Likud-Block abespalten hatte — veröffentlichte Einzelheiten eines angeblichen Abkommens zwischen Israel und Jordanien, das die Teilung der Macht im Westjordanland vorsieht und nach dem Israel keine weiteren Siedlungen bauen und bestehende nicht weiter ausbauen dürfe. Enthalten sei der Wunsch Husseins, Verhandlungen mit Israel unter Einschluß Syriens, der USA und der Sowjetunion zu führen, ferner sei eine bestimmte Repräsentanz der PLO gefordert. Der israelische Außenminister Shamir dementierte nicht, sondern sagte, es gäbe kein Abkommen, sondern möglicherweise Arbeitspapiere (14).

Auf die Veröffentlichung der Ergebnisse der — unumstrittenen — Geheimgespräche reagierten insbesondere die jüdischen Siedler hart: Sie drohten offen mit Bürgerkrieg. Der Rat der jüdischen Siedlungen betonte am 5.11., daß *„jede Regierung, die auch nur einen Teil der Souveränität in den besetzten Gebieten aufgibt, illegal ist ...".* Ein solches Handeln würde mehreren Gesetzen widersprechen, insbesondere denen, die die Annexion Jerusalems und der Golan-Höhen heiligen, und dem Gesetz der Rückkehr, daß den Juden letzlich Groß-Israel verspreche (15). Die Wochenzeitung der Siedler, „Alef Jod", drohte mit einem bewaffneten Aufstand, wenn Gebietsabtretungen zugesagt würden (16). Ariel Sharon, der wegen seiner Rolle bei den Massakern in den palästinensischen Flüchtlingslagern Sabra und Shatila im September 1982 schließlich aus der Begin-Regierung ausscheiden mußte, aber wegen seiner starken Stellung innerhalb des Likud-Blockes knapp zwei Jahre später selbst von den Arbeiterparteien als Minister in der Regierung der Nationalen Einheit akzeptiert wurde, setzte sich an die Spitze der rechtsradikalen Protestierer. Er nannte seinen Regierungschef Peres einen „Waschlappen" und eine „niederträchtige Person" und konnte dafür nicht einmal abgesetzt werden, es sei denn, Peres hätte das Auseinanderbrechen der Koalitionsregierung riskiert. Sharon warf Peres im einzelnen folgendes vor: Peres unterhalte geheime Kontakte mit Jordanien und den Palästinensern, um Syrien in die Friedensverhandlungen und eine internationale Konferenz einzubeziehen; der Zynismus und die Lächerlichkeit der Arbeiterpartei habe schon viel Blut gekostet und werde noch mehr kosten; in einer ernsten Situation führe eine zynische Person ohnegleichen die Nation auf krumme Wege; es sei kein Zufall, daß Peres nicht klar ‚Nein zur PLO' sage, sondern ein niederträchtiger Schurkenstreich; der Frieden mit Ägypten sei wegen der schwächlichen und unterwürfigen Politik von Peres in Gefahr; schließlich fordere er (Sharon), daß solange keine Verhandlungen mit Jordanien geführt würden, wie sich das PLO-Hauptquartier in Amman befinde (16). Es sagt viel über das Kräfteverhältnis innerhalb der Regierung der Nationalen Einheit aus, wenn Sharon nach diesen Anwürfen auf Vermittlung des Innenministers und Chefs der religiösen Schas-Partei im Amt bleiben konnte; schließlich hatte er ja aber nur ausgesprochen, was viele denken. Die Position Sharons innerhalb des Likud-Blockes scheint durch diese Affäre gestärkt, was vor allem im Hinblick auf vorzeitige Wahlen von Bedeutung sein könnte.

Die scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der israelischen Regierung sind geeignet, darüber hinwegzutäuschen, daß es reale Differenzen in der Frage der Verhandlungen kaum gibt. Peres hat sich ausdrücklich gegen jede Beteiligung der PLO ausgesprochen; die Frage der Siedlungspolitik wurde von ihm öffentlich gar nicht erwähnt. Für die rechtsradikalen Parteien und Gruppierungen geht es jedoch darum, auch verbal keinerlei Zugeständnisse zu machen, die weitere Expansionen einengen und eine Koexistenz mit den Palästinensern in den besetzten Gebieten festschreiben würden. Im Kern unterscheiden sich Peres Vorschläge nicht von den Autonomievorstellungen Menachem Begins, die dieser nach dem Besuch Sadats in Jerusalem und vor den Camp David-Verhandlungen veröffentlichte. Begin stellte damals, im Dezember 1977, fest: Die Palästinenser würden niemals einen eigenen Staat an Israels Grenzen, weder im Westjordanland noch im Gaza-Streifen bekommen; keine israelischen Siedlungen würden aufgegeben, Israel erhalte weiter das Recht, im Westjordanland und im Gaza-Streifen Land zu kaufen; für die Sicherheit und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in diesen Ge- die Sicherheit und Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung in diesen Ge- bieten sollten ausschließlich die israelischen Behörden verantwortlich sein (18). Die einzige Gegenposition der Arbeiterpartei betrifft die Siedlungsfrage. Die Siedlungen in den besetzten Gebieten sollen im Falle von Friedensverhandlungen nicht weiter ausgebaut, sondern eventuell teilweise abgebaut werden. Angesichts der geschaffenen Realitäten im Westjordanland — mehr als die Hälfte des Bodens gehört Israelis oder dem israelischen Staat — ist das ein Witz. Trotzdem lösten die mit Ägypten begonnenen Verhandlungen eine heftige Debatte um einen möglichen palästinensischen Ministaat in der Knesset aus. Der damalige Außenminister der Likud-Regierung, Moshe Dayan, der die Arbeiterpartei zugunsten eines Ministeramtes verlassen hatte und eine entscheidende Rolle bei den israelisch-ägyptischen Verhandlungen spielte, antwortete: *„Es gibt — theoretisch — vier Möglichkeiten, vier Arten von Staatsbürgerschaft* (für die Palästinenser in den besetzten Gebieten) *: israelische Staatsbürgerschaft, jordanische Staatsbürgerschaft, Staatenlosigkeit — die 400.000 Bewohner des Gaza-Streifens sind heute staatenlos ... —, aber es gibt auch noch eine vierte Möglichkeit, nämlich daß sich eines Tages ein Teil der Bevölkerung erheben wird und als Palästinenser einen unabhängigen Staat gründen will. Und dies wollen wir nicht ermöglichen... Wenn wir sagen, es gibt nur zwei Möglichkeiten, entweder Jordanier oder Israeli, sagen wir gleichzeitig, daß die vierte Möglichkeit keine ist. Wir werden niemandem in diesen Gebieten erlauben, sich zum Palästinenser zu erklären statt zum Jordanier oder Israeli..".* Auf die Zwischenfrage, ob dies mit Waffengewalt verhindert werden solle, erwiderte Dayan: *„Mit Waffengewalt... Wie will ich verhindern, daß sie* (die Palästinenser) *sich weigern, Juden Land zu verkaufen? Wie will ich verhindern, daß Hunderttausende von Flüchtlingen entgegen unserem Abkommen aus dem Libanon kommen? Mit Waffengewalt, insbesondere mit Hilfe der israelischen Verteidigungsstreitkräfte"* (19). Die Position der israelischen Regierung zum palästinensischen Volk 1977, zu Beginn der „Friedensverhandlungen", die schließlich Begin und Sadat den Friedensnobelpreis einbrachten, dem palästinensischen Volk Krieg, Elend und weitere Vertreibung. Angesichts dieser Zielsetzung der israelischen Regierungen — und der israelische Angriff auf das PLO-Hauptquartier bei Tunis unter Federführung des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Peres ist nur ein weiterer Beleg für die Kontinuität dieser Politik — kann man sich über terroristische Verzweiflungsakte palästinensischer Splittergruppen kaum wundern. Daß Israel dennoch versucht, zu einer gemeinsamen Verwaltung der besetzten Gebiete mit Jordanien zu kommen, liegt einfach daran, daß eine Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung heute so einfach nicht zu bewerkstelligen ist, zumal Israel mit sinkenden Einwanderungs- und steigenden Auswanderungszahlen konfrontiert ist. Noch heute sind die Bewohner des Westjordanlandes jordanische Bürger, denn nach Ende des ersten israelisch-arabischen Krieges 1948 wurde Rest-Palästina 1950 von dem damaligen jordanischen König Abdallah annektiert. An Versuchen Israels, die jordanische Staatszugehörigkeit zu unterminieren, hat es nicht gefehlt. Erinnert sei an die 1976, wegen des guten Abschneidens der PLO nur einmalig durchgeführten Kommunalwahlen, an die Ausdehnung israelischer Gesetzgebung auf die besetzten Gebiete, an die Versuche, „Dorf-Ligen" auszubauen, um den israelischen Einfluß zu sichern. Allerdings hat auch König Hussein, der 1952 seinem in Ägypten ermordeten Vater auf den Thron folgte, die Ansprüche auf das Westjordanland nicht aufgeben, ein weiterer Grund für ihn, wie alle anderen arabischen Staaten gegen die Errichtung eines palästinensischen Staates zu sein.



Die Haltung der arabischen Staaten

Bekanntlich ist es nicht übertrieben zu behaupten, daß kein arabisches Regime die palästinensischen Brüder liebt und schon gar nicht den vom palästinensischen Volk angestrebten eigenen, demokratischen Staat. Einzig von Algerien und Südjemen könnte man sagen, sie seien nicht in dunkle Machenschaften gegen die PLO verwickelt gewesen. Lauthals haben aber alle diese Staaten auf dem arabischen Gipfel in Khartum 1967 — nach Ende des Juni-Krieges — sich gegen Verhandlungen, Anerkennung und Frieden mit Israel ausgesprochen, was sich in der Praxis allerdings schnell ändern sollte. In diesem Zusammenhang sei nur erwähnt, daß König Hussein im April 1969 zum Abschluß seines Besuches beim damaligen US-Präsidenten Nixon einen Sechs-Punkte-Plan für den Nahen Osten vorlegte, mit dem er praktisch die bis heute umstrittene UN-Resolution 242 anerkannte. Dieser Plan enthielt ebenso wie die UN-Resolution die Forderung nach Rückzug Israels aus allen 1967 besetzten Gebieten, Anerkennung der Grenzen aller Nahoststaaten, also auch Israels, und nach gerechter Lösung des Flüchtlingsproblems. Für die Anerkennung Israels hat Hussein allerdings bis heute nichts von Israel bekommen. Ebenso lautstark und einstimmig beschlossen die arabischen Staaten auf dem Gipfel in Rabat 1974 der PLO das Alleinvertretungsrecht des palästinensischen Volkes innerhalb und außerhalb der besetzten Gebiete und Israels zu Übertragen sowie das Recht auf einen eigenen Staat unter Leitung der PLO zuzubillige. Unmittelbar nach dem Gipfeltreffen verzichtete Hussein ausdrücklich auf das Westjordanland und übergab der PLO die politische Verantwortung und Vertretung der Jordanier und Palästinenser in diesem Gebiet. Wie war es dazu gekommen?

Abu Iyad, immerhin Sicherheitschef der PLO und lange Zeit die Nummer Zwei nach Arafat, erzählt dazu in seinem Buch „Heimat oder Tod" (20) eine aufschlußreiche Geschichte. Auf dem arabischen Gipfel in Algier im November 1983, der unmittelbar nach dem Oktoberkrieg stattfand, enthielt sich König Hussein als einziger der Stimme, als eine Resolution verabschiedet wurde, in der zum ersten Mal die PLO als alleinige rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes anerkannt werden sollte. Drei Tage später verkündete Hussein, daß er erst den Abzug Israels aus allen besetzten Gebieten erreichen wollte, dann sollten die Palästinenser in einem Referendum über ihre Zukunft entscheiden. Zu diesem Zeitpunkt sollte die Genfer Nahostkonferenz unter Schirmherrschaft der USA und SU stattfinden. Sie läutete allerdings nur den Beginn der Truppenentflechtungsabkommen auf dem Sinai und den Golanhöhen ein und wurde dann nicht mehr einberufen, weil Israel sich weigerte, irgendeine palästinensische Delegation zu akzeptieren. Betrachtet man den historischen Verlauf, so kann man Hussein nur politische Weitsichtigkeit bescheinigen, oder? Laut Abu Iyad bereuten nach dem Vorstoß Husseins etliche arabische Staaten ihre Zustimmung zur Resolution, vor allem aber wohl angesichts der nun eingeleiteten Pendel-Diplomatie Kissingers, die schließlich 1974 und 1975 zu Truppenentflechtungsabkommen mit teilweisem Rückzug der Israelis auf dem Sinai (Ägypten) und dem Golan (Syrien) führte.

Eine internationale Konferenz war nach diesen Erfolgen vom Tisch, die Sowjetunion vor die Tür gesetzt. Ein Jahr später sollte ein neuer Gipfel, diesmal in Rabat, stattfinden, auf dem wiederum auf der Tagesordnung stand, wer als Sprecher des palästinensischen Volkes fungieren sollte. *„Sofort beschloß eine Gruppe junger Mitglieder der Fatah — ohne Wissen der Führung —, zur Tat zu schreiten: Sie planten die Ermordung König Husseins, falls es diesem gelingen sollte, die anderen arabischen Staatschefs dazu zu überreden, gegenüber der ‚Fedayin-Zentrale' eine Position zu beziehen, die der vom vorangegangenen Gipfel diametral entgegengesetzt war. Die PLO mußte um jeden Preis ‚die alleinige rechtmäßige Vertreterin des palästinensischen Volkes bleiben'"* Verschiedene Mordpläne wurden — so Abu Iyad — ausgearbeitet, damit der König diesmal der verdienten Strafe nicht entginge; die Ausführung wurde auf verschiedene Kommandos übertragen, die schon einen Monate vor dem Gipfel nach Marokko einsickerten. Einige Kommandomitglieder wurden jedoch erkannt, und der marokkanischen Sicherheitspolizei gelang es, vierzehn Mitglieder festzunehmen. Der marokkanische König Hassan behauptete, nicht nur Hussein, sondern er selbst, Feisal von Saudi-Arabien, Sadat (Ägypten) und Numeiri (Sudan) sollten ermordet werden. Besonders besorgniserregend für die Marokkaner war, daß keine Waffen gefunden und auch nicht alle Kommando-Mitglieder verhaftet worden waren. Nun versuchten *„die für das aufgedeckte Komplott Verantwortlichen, den Schaden einzudämmen."* Der spanischen Polizei wurde anonym ein Hinweis auf den Lastwagen gegeben, der die Waffen für die Kommandos wenige Tage vor der Gipfelkonferenz von Spanien aus nach Marokko bringen sollte. Da die spanischen Behörden nicht in den Konflikt verwickelt werden wollten, bewahrten sie Stillschweigen; die Fedayin wurden aus Spanien abgeschoben.

In Marokko jedoch herrschte hellste Aufregung, die selbst der palästinensischen Delegation nicht entging. *„Wie jeder weiß, wurde der Gipfel von Rabat für uns ein glänzender Triumph. Alle arabischen Staatschefs, einschließlich König Husseins, nahmen eine Reihe Entschließungen zu unseren Gunsten an ..."* Mit Sicherheit entspricht dieser Bericht in großen Zügen der Wahrheit, in jedem Fall liefert er aber eine einleuchtende Erklärung für die Politik der arabischen Staaten in den folgenden Jahren. Was war diese erpreßte Anerkennung der PLO denn wert? Sicher, Arafat konnte noch im selben Jahr vor der UNO sprechen, die internationale Anerkennung wuchs. Aber schon zwei Jahre später hatten die syrischen Truppen im Libanon die PLO militärisch entscheidend geschwächt, mit dem Segen und der finanziellen Unterstützung der arabischen Liga.

Der Alleingang Sadats und sein separater Friedensvertrag mit Israel führten zwar zur verbalen Verurteilung dieser Politik durch die arabischen Staaten, vollständig isoliert und von finanziellen Zuwendungen abgeschnitten wurde Ägypten trotzdem nicht. Und der syrische Präsident Assad? Er unterstützte nun wieder die PLO im Libanon, ließ Waffenlieferungen durch, stellte Syrien für PLO-Lager und -Büros zur Verfügung. Politisch frei arbeiten durften die Organisationen der PLO selbst nicht in den palästinensischen Flüchtlingslagern in Syrien. Kein arabischer Staat rührte auch nur einen Finger, als die israelische Armee im Juni 1982 in den Libanon einmarschierte und die PLO militärisch weitgehend zerrieb, ja, es war sogar schwierig, arabische Länder zu finden, die militärische Einheiten der PLO aufnahmen. Jordanien weigerte sich, Syrien wies nach kräftig angeheizten Auseinandersetzungen innerhalb der PLO Arafat und seine Anhänger aus Syrien aus und schloß ihre Büros. Zwei arabische Gipfel waren nötig, um den Acht-Punkte-Plan des saudischen König Fahd zu beschließen, der die Gründung eines palästinensischen Staates forderte. **Vor** der Libanon-Invasion und **während** eines Waffenstillstandes zwischen der PLO und Israel wollte König Fahd ihn zum ersten Mal einem arabischen Gipfel vorlegen (November 81). Er zog ihn selbst zurück, mit der Begründung, man würde sich wegen linker Kritik nicht einigen können. In Wirklichkeit war er damals in den USA gewesen und hatte kein grünes Licht für diesen Plan bekommen. Die Zeit war nicht reif. Erst nach der vernichtenden Niederlage der PLO im Libanon wurde er von dem nächsten arabischen Gipfel angenommen — nachdem Reagan die amerikanische Unnachgiebitkeit in einem eigenen Friedensvorschlag festgelegt hatte. Den Worten brauchen so um so weniger Taten zu folgen.

Die Demontage Arafats

Die Spatzen pfeifen es von den Dächern: Das jordanisch-palästinensische Abkommen vom 11. Februar 1982 ist passé. Hussein nutzte die Gunst der Stunde, die Entführung der Achille Lauro, um gemeinsam mit Syrien und Ägypten ohne die PLO seine Verhandlungen mit Israel voranzutreiben. Es nutzte Arafat nichts, daß er während eines Besuches beim ägyptischen Präsidenten Mubarak ein Kommuniqué veröffentlichte, in dem er *„alle terroristischen Operationen"* verurteilte. *„Von heute an wird die Organisation drakonische Maßnahmen gegen die ergreifen, die diese Entscheidung verletzen werden, die allen Operationen im Ausland und allen Formen des Terrorismus ein Ende setzen"*(21). Die USA



nahmen das Ganze mit Vorsicht auf: Die Erklärung von Kairo sei ein *„positiver Schritt, aber nicht wirklich wichtig, da wir sicher sind, daß er* (Arafat) *direkt verantwortlich gewesen ist für die Gewalt"* außerhalb der besetzten Gebiete. Nur Einfaltspinsel könnten Arafat glauben, war aus Israel zu hören. Erstens habe die PLO schon 1974 erklärt, Terroraktionen im Ausland zu unterlassen, zweitens werde der Terror innerhalb Israels selbst weiterhin gebilligt und drittens habe Arafat gar nicht die Mittel, seine Versprechen durchzusetzen. Larnaca und die Entführung der Achille Lauro hätten das bewiesen. Arafat müsse verurteilt werden (21).

In der „New York Times" kommentierte Hussein: Arafat sei nicht weit genug gegangen, die Minimalbedingungen zu erfüllen, um an Friedensverhandlungen direkt teilnehmen zu können (als ob die Marionette Hussein das in der Hand hätte zu entscheiden). Er hoffe, daß die PLO in nicht zu ferner Zukunft eine weitergehende Erklärung beschließen werde. Falls nicht, werde er, Hussein, an die Öffentlichkeit ge-

hen und die ganze Wahrheit sagen, so daß dann die Palästinenser am Zuge seien, neue Schritte beschließen zu müssen (22).

Hussein verlangte, daß die PLO die UN-Resolutionen 242 und 338 ohne Vorbedingung anerkennt. Durch die Hintertür versuchte er die Anerkennung zu erreichen, als der gemeinsamen palästinensisch-jordanischen Delegation vor ihrem Empfang beim britischen Außenminister Howe eine Gewaltverzichtserklärung und die Anerkennung dieser Resolutionen abverlangt wurde. Die beiden Mitglieder der PLO sollten diese Erklärung ohne vorherige Beschlüsse der PLO-Gremien billigen. Der Empfang platzte. Dann nahm Hussein diese Forderung in seinen Vier-Punkte-Plan auf. Wie auch Hussein bekannt sein dürfte, hat die PLO längst alle UN-Resolutionen, die das Palästina-Problem betreffen, in ihrem Gesamtzusammenhang gebilligt. Aber zu diesen Resolutionen gehören nicht nur 242, die den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten sowie eine gerechte Lösung des Flüchtlingsproblems fordert und das Existenzrecht aller Staaten der Nahost-Region, einschließlich Israels, anerkennt (die Resolution 338 bestätigte nach dem Oktober-Krieg 1973 noch einmal die Resolution 242), sondern auch die nach der UN-Palästina-Debatte 1974 verabschiedeten Resolutionen 3236, in der die unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes in Palästina, darunter das Recht auf Selbstbestimmung ohne Einmischung von außen, das nationale Recht auf Unabhängigkeit und Souveränität bestätigt werden, und die Resolution 3375, in der gefordert wird, daß die Palästinensische Befreiungsorganisation als Vertreterin des palästinensischen Volkes an allen Konferenzen über den Mittleren Osten als gleichberechtigte Partnerin teilnehmen müsse (23). Es ist schon ein makabres Spielchen, wenn Hussein von der PLO die Annahme einer Resolution verlangt, die er selbst schon vor fast zwanzig Jahren anerkannt hat und auf deren Einlösung durch Israel er immer noch wartet, nämlich auf den Rückzug Israels aus den besetzten Gebieten, aus allen. Natürlich hat er die Einlösung dieser Verpflichtung auch gar nicht im Sinn, dazu ist er viel zu sehr Realpolitiker, es ist halt für ihn eine günstige Gelegenheit, die PLO von der politischen Nahost-Bühne zu drängen. Sowohl das Exekutiv-Komitee als auch der Zentralrat der Fatah haben auf Sitzungen am 21.11.85 die Akzeptierung der Resolutionen 242 und 338 abgelehnt (24).

Die Gerüchte verdichten sich, daß mehrere arabische Staaten auf eine Ablösung Arafats drängen. Sein Stellvertreter Abu Jihad (nicht zu verwechseln mit Abu Iyad), ein Mann Saudi-Arabiens, ist im Gespräch. Das wäre natürlich auch eine Lösung, denn inzwischen haben sich die verfeindeten jordanischen und syrischen Regimes angenähert. Anläßlich des Staatsbesuches Husseins in Syrien vor dem Jahreswechsel befürworteten die beiden Staatsmänner in einer gemeinsamen Erklärung eine internationale Konferenz und lehnten zweiseitige Verhandlungen mit Israel ab (25). Für Syrien

Erklärung eine internationale Konferenz und lehnten zweiseitige Verhandlungen mit Israel ab (25). Für Syrien

wäre Arafat der Stein des Anstoßes gewesen, und den hat Hussein nun ja fast schon aus den Weg geräumt. Syrien hatte außerdem immer — von einer radikal jede Verhandlung mit Israel ablehnenden Haltung ausgehend — das jordanisch-palästinensische Abkommen vom 11.2.85 kritisiert und Arafat deshalb des Verrats bezichtigt.

In dieser neuen Situation, die von noch größerer Kompromißbereitschaft Jordaniens Israel gegenüber gekennzeichnet ist, frohlockt der syrische stellvertretende Ministerpräsident Khaddam: das jordanisch-palästinensische Abkommen sei tot (26). Syrien allerdings scheint derzeit von einer Position der Stärke aus mit Israel verhandeln zu wollen, darauf deuten die Auseinandersetzungen zwischen Israel und Syrien um den libanesischen Luftraum und die „neue" Raketenkrise hin. Ob Israel, das schon im Libanon eine empfindliche Niederlage einstecken mußte, das hinnehmen wird, bleibt zu bezweifeln. Ebenso könnten die neuen Konflikte in größere militärische Auseinandersetzungen zwischen Israel und Syrien münden. In der Frage möglicher amerikanischer Vergeltungsschläge gegen Libyen jedenfalls hat sich Israel auffallend zurückgehalten.

Zurück zu Arafat. Eigentlich wollte sich Arafat noch vor der Jahreswende mit dem jordanischen König Hussein treffen. Wegen einer Unpäßlichkeit sagte Arafat ab. Aber was hätte er dem jordanischen König Hussein auch auf seine Forderungen antworten sollen? Politisch sitzt Arafat zwischen allen Stühlen, und es ist schon bitter, wenn die blutigen Terroranschläge auf die Flughäfen in Wien und Rom von verschiedenen Seiten ausgerechnet Arafat angelastet werden. Da sie in Staaten verübt wurden, die der Politik Arafats gegenüber relativ wohlwollend gesonnen waren, scheinen die Verantwortlichen dieser Anschläge bei den politischen Gegnern Arafats zu suchen zu sein. Abu Nidal, bekannt für seine kompromißlose Haltung gegenüber Israel und Verhandlungen mit Israel, hat sich verantwortlich erklärt. Nun ist ja bekannt, daß der Name Abu Nidal in der Vergangenheit häufig genug gleichgesetzt werden konnte mit dem irakischen, syrischen, libyschen und israelischen Geheimdienst. Daß die Anschläge für Israel gerade zur rechten Zeit kommen, um die verhandlungsbereite PLO wieder einmal als Terroristenorganisation darzustellen, die nicht nur Israel sondern die ganze Welt bedroht, braucht wohl kaum erwähnt werden. Wenig bekannt sind hingegen die weitgehenden politischen Übereinstimmungen zwischen Abu Nidal und Syrien. Syrien hat seit der Vertreibung der PLO aus Beirut schärfstens die Versöhnung Arafats mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak kritisiert, ebenso alle Versuche der PLO, sich am Friedensprozeß zu beteiligen. Heute ist klar, daß es Syrien mit dieser kompromißlosen Haltung nur darum ging, die PLO ebenfalls von Verhandlungen mit Israel auszuschalten. Es ist schon eigentümlich, daß sich Abu Nidal gerade in diesen letzten zwei Jahren — nach der Spaltung der PLO, nachdem er totgesagt worden und wieder lebendig geworden ist, obgleich er nach israelischen Berichten todkrank mit Leberkrebs daniederliegt — auffällig oft in Interviews zu Wort gemeldet hat. In diesen Interviews hat Abu Nidal sich

krebs daniederliegt — auffällig oft in Interviews zu Wort gemeldet hat. In diesen Interviews hat Abu Nidal sich

niemals für die Bildung eines palästinensischen Staates eingesetzt. Anfang letzten Jahres hingegen erklärte er: *„Palästina gehört zu Syrien, wie man es auch betrachtet. Wie Libanon wird es ein integraler Bestandteil (Syriens) sein."* (27). Das aber ist genau der Standpunkt des syrischen Staatspräsidenten Assad.

Nahostkommission

Anmerkungen:

(1) Israelischer Rundfunk, 21.10.85, nach Monitordienst, 22.10.85
(2) Welt, 29,10.85
(3) Welt, 30.10.85
(4) Süddeutsche Zeitung, SZ, 21.10.85
(5) taz, 29.10.85
(6) Frankfurter Rundschau, FR, 23.10.85
(7) Spiegel, 7.10.85
(8) FR, 21.10.85
(9) Le Monde, LM, 31.10.85
(10) Welt, 24.10.85
(11) taz, 9.11.85
(12) Zum jordanisch-palästinensischen Abkommen vergleiche „Arbeiterkampf" 256,S. 29/30
(13) FR, 30.10.85
(14) taz, 2.11.85
(15) LM, 7.11.85
(16) SZ, 9./10.11.85
(17) LM, 16.11.85
(18) Neue Zürcher Zeitung, 30.12.77
(19) Haaretz, 29.12.77, zit. nach Journal of Palestine Studies, 28/78
(20) Abu Iyad, Heimat oder Tod, Econ-Verlag 1979, S.206—209
(21) LM, 9.11.85
(22) Allgemeine Jüdische Wochenzeitung, ajw, 15.11.85
(23) Die UN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt, Berlin-Verlag, 1978, S. 267/268, S. 279/280
(24) LM, 23.11.85
(25) SZ, Silvester 85
(26) ajw, 22.11.85
(27) LM, 1.1.86

Die palästinensischen Organisationen

Abu Nidal, Chef der Al-Fatah — Revolutionäres Kommando, brach 1974 mit der Al-Fatah, bis dahin war Abu Nidal ihr Vertreter im Irak (s. nebenstehenden Artikel).

ALF (Arabische Befreiungsfront), im April 1969 von irakischen Baathisten gegründet, Arm des irakischen Regimes in der PLO, gehörte der Palästinensischen Ablehnungsfront an, bei Spaltung der PLO schloß sie sich Arafat an.

Demokratische Allianz, gegründet im Mai 1984, aus Protest gegen die Fortsetzung des Dialoges zwischen Arafat und Hussein und die Aussöhnung Arafats mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak, bestand bis zur Bildung der Nationalen Palästinensischen Errettungsfront aus PFLP, DFLP, PLF (Gruppe um Talaat Jakub), Palästinensischer Kommunistischer Partei und PPSF.

DFLP (Demokratische Front für die Befreiung Palästinas), spaltete sich im Februar 1969 von der PFLP unter Führung von Hawatmeh ab. Marxistisch-leninistische Organisation, insbesondere der Sowjetunion verbunden, forderte als erste palästinensische Organisation einen Ministaat im besetzten Westjordanland und im Gaza-Streifen (1973).



Fatah, erste Gruppen wurden 1956 im Gaza-Streifen gegründet, offizieller Gründungskongreß am 10.10.59 in Ku-

Fatah, erste Gruppen wurden 1956 im Gaza-Streifen gegründet, offizieller Gründungskongreß am 10.10.59 in Ku-

wait, die wichtigsten Gründungsmitglieder waren Arafat, Abu Iyad, Abu Jihad und Abu Lutf, wesentlicher Bezugspunkt war die algerische Revolution, nur duch revolutionäre Gewalt der Volksmassen kann die Heimat befreit werden, der Zionismus muß in allen seinen Formen liquidiert werden, der Kampf muß von Palästinensern selbst getragen werden , ohne Einfluß von Parteien und Regierungen. Bis 1968 geheime kollektive Führung. Nach der erfolgreichen Schlacht von Karameh wurde Arafat als ihr Führer und Sprecher benannt. Fatah wurde zur einflußreichsten und stärksten Organisation innerhalb der PLO. Fatah ist Sammelbecken aller möglichen ideologischen und politischen Strömungen, was wiederholt zu scharfen Auseinandersetzungen und zu Abspaltungen führte, vor allem seit der einflußreichste Teil der Fatah-Führung (und der PLO) seit 1973 den Ministaat anstrebte und politische Verhandlungen neben dem bewaffneten Kampf als Weg zu diesem Ziel propagierte, vor allem aber mehr oder weniger geheim in die Tat umsetzte. 1974 trennte sich die Abu-Nidal-Gruppe, Abu Daud und Aljusch von der Fatah, letzterer gründete die arabische Volksbefreiungsbewegung. Teile der Fatah-Führung haben gute Beziehungen zum saudischen Regime. Fatah kann als einzige palästinensische Organisation ein Büro in Saudi-Arabien unterhalten. Die Beziehungen zu Libyen waren immer gespannt, der syrische Präsident Assad strebt mindestens seit Ende des libanesischen Bürgerkrieges die Ablösung Arafats als PLO-Vorsitzenden an. Der erste Versuch, den 13. Palästinensischen Nationalrat (1977) dafür zu nutzen, mißlang jedoch. 1983 spaltete sich die Gruppe um Abu Mussa in bewaffneten Kämpfen ab. Kritikpunkte waren vor allem der undemokratische Führungsstil Arafats und die von ihm eingeleitete Verhandlungspolitik, insbesondere seine Gespräche mit Jordanien.

Nationale Allianz, ebenfalls im Mai 1984 gegründet aus der Fatah-Opposition um Abu Mussa, As-Saika, PFLP-GC, PPSF und einer Splittergruppe der PLF (Abdel Fatah), von Gnaden Syriens abhängig, verlangen Sturz Arafats.

Nationale Palästinensische Errettungsfront (FSNP), im März 1985 aus der Nationalen Allianz, PLF (Talaat Jakub) und PFLP gebildet, vor allem um den Kampf um die Aufhebung des jordanisch-palästinensischen Abkommens vom 11.2.85 zu führen, gegen Gründung einer alternativen PLO, fordern Rückkehr der PLO auf eine nationale, dem Imperialismus, Zionismus und den reaktionären Plänen feindliche Linie. DFLP und PKP teilen zwar die Kritik am jordanisch-palästinensischen Abkommen, schlossen sich aber wegen ihrer Distanz zum syrischen Regime und aus Sorge um die Einheit der PLO nicht der FSNP an.

Palästinensische Ablehnungsfront, nach dem 12. Palästinensischen Nationalrat (Juni 74) gegründet. Die PFLP zog mit dem Vorwurf, die Fatah-Mehrheit habe mit dem dort verabschiedeten 10-Punkte-Programm (Staat auf jedem Teil befreiten Bodens, Möglichkeit politischer Verhandlungen) den revolutionären Weg des bewaffneten Kampfes verlassen, ihren Vertreter aus dem Exekutiv-Komitee der PLO zurück, blieb aber in den anderen Gremien der PLO. ALF, PPSF, PFLP-GC und später die PLF schlossen sich dieser Sichtweise an und gründeten unter Führung der PLF die Ablehnungsfront. Sie löste sich faktisch nach dem Sadat-Besuch in Jerusalem auf, als am Rande der ersten Konferenz der „Standhaftigkeit gegen die Strömung der Konfrontation" (Syrien, Algerien, Irak, VR-Jemen und die PLO, eingeladen hatte Libyen) die „Charta der Nationalen Einheit" verabschiedet wurde. Die gemeinsame Plattform beinhaltete: Schaffung einer Front der fortschrittlichen Staaten und der PLO gegen jede Kapitulationslösung, Ablehnung der Gesamtheit internationaler Konferenzen auf der Basis der UN-Resolutionen 242 und 338, Verwirklichung der Rechte des palästinensischen Volkes ohne Friedensvertrag oder Anerkennung und ohne Verhandlungen. Syrien äußerte nur Kritik an der Methode Sadats, den Frieden zu erreichen, Irak verließ unter fadenscheinigen Begründungen die Konferenz (auch Syrien wolle in Wirklichkeit auch die Kapitulation), um schließlich mit der Bagdad-Konferenz die radikalen Pläne Libyens zerplatzen zu lassen. Ungeachtet der Nationalen Charta verfolgte die Fatah weiterhin den Ver-

mit der Bagdad-Konferenz die radikalen Pläne Libyens zerplatzen zu lassen. Ungeachtet der Nationalen Charta verfolgte die Fatah weiterhin den Ver-

handlungskurs. Die bestehenden politischen Differenzen innerhalb der PLO führten 1978 zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen PFLP und Fatah im Libanon und zu Memoranden (denen sich die DFLP anschloß), in denen eine kollektive PLO-Führung, und damit zumindest die Beschneidung der Befugnisse Arafats, verlangt wurde. ALF und PFLP-GC waren schon 1977 ins Exekutiv-Komitee der PLO zurückgekehrt, die PFLP 1983.

Palästinensische Nationale Front, im August 1973 in den besetzten Gebieten gebildet, insbesondere mit Hilfe von Fatah und DFLP, stärkte den Einfluß der PLO in den besetzen Gebieten, Gründung stand im Zusammenhang mit dem von Fatah und DFLP angestrebten Ziel, einen Ministaat zu gründen.

Palästinensische Kommunistische Partei, 1981 neu gegründet.

PFLP (Volksfront für die Befreiung Palästinas), im Dez. 67 / Jan. 68 aus verschiedenen Organisationen unter Führung von Habash gegründet, wichtigste war die Arabische Nationale Bewegung, fordert den Kampf gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion, propagiert den lang anhaltenden Volkskrieg zur Befreiung Palästinas, versteht sich als marxistisch-leninistische Organisation, hat sich 1972 gegen bewaffnete Aktionen im Ausland ausgesprochen, führte in dieser Zeit viele bewaffnete Aktionen gegen Israel durch, s. Ablehnungsfront, Demokratische Allianz und Nationale Palästinensische Errettungsfront.

PFLP-GC (Volksfront für die Befreiung Palästinas/General-Kommando), hat sich ebenfalls 1969 von der PFLP unter Führung von Jibril abgespalten, syrientreu. 1974 unterstützte Jibril das 10-Punkte-Programm des 12. Palästinensischen Nationalrates, obwohl der Zentralrat der PFLP-GC es zurückwies. Jibril unterstützte ebenfalls die syrische Intervention in den Libanon. Die Politik Jibrils führte zur Spaltung der PFLP-GC, eine starke Gruppe um Abul Abbas gründete die PLF und trat der Ablehnungsfront bei, Jibril nahm als Vorsitzender der Rumpf-PFLP-GC wieder seinen Sitz im Exekutiv-Komitee der PLO ein, entsprechend den damaligen syrischen Interessen. Nach eigenen Angaben erhält die PFLP-GC vor allem aus Libyen finanzielle Unterstützung.

PLF (Palästinensische Befreiungsfront), hat sich 1977 unter bewaffneten Kämpfen von der PFLP-GC abgespalten, beruft sich auf den wissenschaftlichen Sozialismus, vertritt die politischen Positionen der Ablehnungsfront, spaltete sich 1983 während der Auseinandersetzungen innerhalb der Fatah und der PLO in drei Gruppen. Der größte Teil schloß sich der Demokratischen Allianz an (Talaat Jakub), ein kleinerer Teil mit Abul Abbas an der Spitze ging in das Lager Arafats, eine Splittergruppe unter Abdel Fatah trat der Nationalen Allianz bei.

PLO (Palästinensische Befreiungsorganisation), wurde 1964 auf einer arabischen Gipfelkonferenz auf Anregung Nassers ins Leben gerufen. Auf dem ersten Nationalkongreß in Jerusalem (Mai 1964) wurde die Palästinensische Befreiungsarmee gegründet, deren Verbände den Regierungen Syriens, Iraks und Ägyptens unterstellt wurden. Die PLO war zunächst direkt von den arabischen Regimes abhängig, von denen sie fiananziell unterstützt wurde. Sie erhielt Sitz und Stimme in der Arabischen Liga. Bis Ende 1967 war Ahmed Shukeiri, bekannt für seine rechtsextrem-nationalistischen Positionen, Vorsitzender der PLO. Fatah arbeitete seit Mitte der sechziger Jahre systematisch darauf hin, die PLO zu einer unabhängigen palästinensischen Dachorganisation zu machen. Proteste von Fatah und den neugegründeten palästinensischen Organisationen erreichten Ende 1967 die Absetzung Shukeiris. Schon 1969 waren die Positionen der Fatah auf dem 5. Palästinensischen Nationalrat so gut, daß sie die Mehrheit im Exekutiv-Komitee erreichte, Arafat wurde Vositzender des Exekutiv-Komitees und der PLO. Seit 1969 fordert die PLO einen säkularen, demokratischen Staat in ganz Palästina, in dem Juden und Palästinenser unter einer Regierung gemeinsam leben sollten. 1974 wurde die Gründung eines palästinensischen Staates auf jedem Stück befreiten Bodens als erstes Etappenziel in das Programm aufgenommen, in der Resolution von 1977 erhielt Arafat Spielraum für politische Verhandlungen, eine Beteiligung an der Genfer Konferenz wurde nicht ausgeschlossen. 1974 wurde die PLO auf

erhielt Arafat Spielraum für politische Verhandlungen, eine Beteiligung an der Genfer Konferenz wurde nicht ausgeschlossen. 1974 wurde die PLO auf

dem Arabischen Gipfel in Rabat zur alleinigen legitimen Vertreterin des palästinensischen Volkes erklärt. Arafat redete vor der UN-Generalversammlung zum Palästina-Problem. Die UN-Generalversammlung sprach dem palästinensischen Volk das Recht auf einen eigenen Staat zu und forderte die Einbeziehungen der PLO in die Verhandlungslösung. Heute ist die PLO faktisch gespalten.

PPSF (Palästinensische Volkskampffront), 1967 in den besetzten Gebieten gegründet, bezeichnet sich als demokratische, nationale Organisation, kämpft gegen Imperialismus, Zionismus und arabische Reaktion, gehörte der Ablehnungsfront an, heute der Nationalen Allianz.

Saika, nach dem Juni-Krieg von palästinensischen Kadern der syrischen Baath-Partei gegründet, direkter Arm Syriens innerhalb der PLO, trat, entsprechend der damaligen syrischen, Politik nicht der Ablehnungsfront bei, bekämpfte während des libanesischen Bürgerkrieges die palästinensischen und fortschrittlichen Kräfte im Libanon, dank syrischer Intervention wurde ihr Führer Zuhair Mohsen auf dem 13. Palästinensischen Nationalrat wieder zum militärischen Verantwortlichen der PLO gewählt, strebt keinen eigenen palästinensischen Staat an, palästinensische nationale Identität sei nur eine taktische Frage im Kampf gegen den Zionismus, Palästina sei Teil des syrischen Großreiches.

Nahostkommission

Der 'Sicherheitsstaat' und die Logik des Schreckens

In der Bundesrepublik weiß jeder ehrbare Spießer, daß Gewalt und Terror immer mehr zunehmen. Dies tun sie ungefähr seit zwanzig Jahren, was man z.B. daran sehen kann, daß die Bild- und andere Zeitungen immer mehr darüber schreiben. Der immer größer werdenden Gefahr begegnet der Staat mit immer besseren und immer perfekteren Maßnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit. Meinungsumfragen beweisen überzeugend, daß die Spießer immer mehr Verständnis dafür aufbringen und die Anerkennung der Leistungen der Polizei immer stärker wird. Denn die Polizei ist ja bei der Verfolgung des Terrorismus immer erfolgreicher. Das muß sie auch, weil nämlich die Terroristen ihrerseits immer gefährlicher, immer stärker, immer raffinierter und vor allem immer brutaler werden. Es wird also alles immer schlimmer, es sei denn, der Polizei wird erlaubt, noch härter zuzuschlagen. An diesen einigermaßen bekannten Prozess hat man sich immer mehr gewöhnt: Ähnlich wie im Sport scheint es hier keine endgültige Rekordmarke zu geben.


Modell Deutschland feiert den Sieg von Mogadishu (1977)

Und doch lohnt es sich, die letzten Umdrehungen der Schraube zu studieren. Ronald Reagan hat dem sog. „Kampf gegen den Terrorismus" von Anfang an Priorität beigemessen, und sowas pflegt sich mit einiger Verspätung nach Bonn und Wiesbaden fortzupflanzen. Außerdem gibt es in der Amtsführung eines Baum und der eines Zimmermann schon Unterschiede. Denn daß der sog. Liberale schlimmer war, als es schien, heißt leider nicht, daß der CSU-Mann umgekehrt harmloser wäre als sein einschlägiger Ruf. Eine Antwort der (Un-)Sicherheitsapparate auf das wahllose Blutvergießen in den Hallen der internationalen Flughäfen wird kaum ausbleiben. Das gilt auch für das eher bescheidene Terrain einheimischer sog. Terrorgruppen. Kaum wird diese Antwort so ziellos ausfallen wie das Agieren derer, die die spektakulären Anlässe liefern. Darin sind die Polizei- und Geheimdienststrategen nun einmal sehr konventionell: Der Feind steht links, auch wenn die Attentate an Flugschaltern und in Abfertigungshallen nach linker Definition faschistische sind. Die veröffentlichte Meinung akzeptiert das Feindbild, weil das Gegenteil nicht bewiesen werden kann. Daß es nicht bewiesen werden kann, dafür sorgt wiederum der Sicherheitsapparat selbst. Im Folgenden eine Auseinandersetzung mit Aufsät-
Meinung akzeptiert das Feindbild, weil das Gegenteil nicht bewiesen werden kann. Daß es nicht bewiesen werden kann, dafür sorgt wiederum der Sicherheitsapparat selbst. Im Folgenden eine Auseinandersetzung mit Aufsät-
zen führender westdeutscher Polizeistrategen.

Präventives aus dem BKA

„Keine Überreaktionen" wünscht der Präsident des Bundeskriminalamts, H. Boge, auch wenn das terroristische Potential im Anwachsen begriffen sei. *„Ich bin aber überzeugt, daß wir genügend Augenmaß besitzen und dies bisher auch unter Beweis gestellt haben."* Das klingt beruhigend, wenn nicht die Maßstäbe so verschieden wären: Was für uns katastrophal ist (z.B. Stammheim), gilt einem Boge vermutlich als ganz normale Alltagsmaßnahme. In Einem allerdings kann man sicher sein — gegenüber dem Rechtsterrorismus wird wie bisher ein sogenanntes polizeiliches Augenmaß praktiziert werden. Dort habe sich *„bis heute keine stabile terroristische Bewegung herauskristallisiert. Terroristische Gewaltakte von rechts waren bisher das Werk von Einzeltätern und kleinen lockeren Gruppierungen von nur kurzer Lebensdauer."* Daß sie erheblich blutiger waren als die von links, übersieht der BKA-Chef geflissentlich.

Bestätigt fühlt er sich dagegen in seiner Warnung, die RAF werde nach den Festnahmen von Mohnhaupt, Schulz und Klar nicht erledigt sein (gemeinerweise muß er den Ruhm solcher Weitsicht mit zahllosen anderen Propheten teilen). Die RAF habe keinerlei Probleme, solche Lücken mit neuen Leuten aufzufüllen. Neu an den offiziellen Wertungen des BKA ist weniger der Hinweis auf die Gefahr eines „Euroterrorismus" (partielle Zusammenarbeit mit Action Directe und den belgischen CCC) als vielmehr die Behauptung, das sog. „Umfeld" der RAF verschmelze zunehmend mit derselben. Boge stellt „realistisch" fest, *„daß die bisher übliche Einteilung in ‚harter Kern' — engeres militantes Umfeld und weiteres Umfeld fragwürdig geworden ist. Die reale Szene läßt sich in dieses Kästchendenken nicht einpassen."* („Die Polizei", Heft 9/85; alle nicht mit Quellenangaben versehenen Zitate Boges aus „Wirtschaft und Sicherheit" („W + S") 12/85) So werden der versuchte Anschlag auf die NATO-Schule in Oberammergau (18.12.84), der Anschlag auf ein Rechenzentrum bei Stuttgart (20.1.85), die Erschiessung des Rüstungsmanagers Zimmermann (1.2.85) sowie der Anschlag auf die Air Base am Flughafen Frankfurt (8.8.85) von Boge nicht unter der Rubrik RAF, sondern unter „RAF-Umfeld" aufgelistet. Das wird für die gemeinte Personengruppe über kurz oder lang unangenehme Folgen haben, obwohl Boges Argumentation eher das Gegenteil dessen nahelegt, was er behauptet.

Boge sagt, bei der RAF und sogar auf deren „Kommandoebene" seien Leute aufgetaucht, die der Polizei vorher noch gar nicht aufgefallen waren. Deshalb könne eine Einteilung in illegaler Untergrund hier und legales Um-
Boge sagt, bei der RAF und sogar auf deren „Kommandoebene" seien Leute aufgetaucht, die der Polizei vorher noch gar nicht aufgefallen waren. Deshalb könne eine Einteilung in illegaler Untergrund hier und legales Um-
feld dort nicht aufrechterhalten werden. Ein ganz offensichtlicher Fehlschluß: Da das sog. „Umfeld" sich nun ganz gewiß unter intensivster Beobachtung befindet — das ist ja aus polizeilicher Sicht der Vorteil des Umfeldes, daß man es leicht beobachten kann —, spräche die Tatsache, daß auf einmal völlig unbekannte Personen bei der RAF auftauchen, genau umgekehrt für die „Unschuld" des Umfelds. Aber Logik ist nunmal nicht die Stärke der Polizei, eher Schrecken.

Daß auch RZ, Undogmatische und Autonome immer aktiver und immer gefährlicher werden und daß deren Berührungspunkte zum politischen Linksextremismus immer augenfälliger sind, darf in keinem Boge-Vortrag fehlen, weil es jeder seiner Zuhörer weiß, aber immer wieder hören möchte, um es bloß nicht zu vergessen. Freilich: *„Diese Gruppen lehnen teilweise jede Ideologie wie z.B. Marxismus oder Sozialismus ab und haben sich einer Art Anarchismus verschrieben."* Wie paßt das nun wieder zusammen: Linksextremismus ohne Ideologie? Anarchismus — keine Ideologie? Muß man sich das gefallen lassen? Demnächst bürden sie einem noch die Tierbefreier auf.

Eine originelle Begründung gibt der BKA-Chef für seine These, daß *„die Zahl der dem Terrorismus zuzurechnenden Personen oder nahestehenden Personen auch in der Bundesrepublik Deutschland im Zunehmen begriffen"* sei. Das komme nämlich daher, daß die RAF — schlau, schlau! — neben ihrem Antiimperialismus sich weitere Themen angeeignet habe, beispielsweise Nachrüstung, Atomenergie oder Umweltverschmutzung. Ein genialer Gedankenblitz scheint ihm den folgenden Satz eingegeben zu haben: *„Mitursächlich für diese Verbreiterung des Protestpotentials ist die Ausdehnung der von Terroristen und Extremisten aufgegriffenen Konfliktthemen."* Die „Reizthemen" würden den Terroristen auch fürderhin nicht ausgehen, dieser „Fundus" lasse sich gar „fast beliebig erweitern". Es gibt halt immer was zu meckern: Das tun die Terroristen, dadurch erweitert sich das Protestpotential und irgendwie auch das Terrorpotential. Wenn das stimmt, hätte die RAF das Kernproblem jeglicher Politik — wie man sich am eigenen Schopf aus dem Sumpf zieht — gelöst: Einfach ziehen!

Gerechterweise muß man dem obersten Bundespolizisten zugestehen, daß er sich, wenn auch auf die ihm eigene verschrobene Weise, Gedanken über den sozialen Hintergrund des behandelten Phänomens macht. *„Die Diskussion zur Frage der Ursachen und Wurzeln des Terrorismus in der Bundesrepublik läßt sich schlagwortartig umschreiben mit einzelnen Symptomen und Aspekten, die etwas über den Zustand der Gesellschaft aussagen, beispielsweise unter anderem: individuelle Identitätskrisen; gestörtes Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft; Verlust der sittlichen Orientierung und des Geschichtsbewußtseins:*
Zustand der Gesellschaft aussagen, beispielsweise unter anderem: individuelle Identitätskrisen; gestörtes Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft; Verlust der sittlichen Orientierung und des Geschichtsbewußtseins;
Auflösungserscheinungen in Religion und Familie; Polarisierung und Konfrontation im politischen Bereich; Mißerfolge der Reformpolitik; Liberalisierung des Strafrechts." Boge nennt das in rührender Schlichtheit eine „vereinfachende Aufzählung", während es bei näherem Hinsehen doch ein arg kompliziertes Ding ist. Sehen wir mal davon ab, daß Kombinationen wie „beispielsweise unter anderem" bei allen, die auf diese unsere Sprache stolz sein wollen, sofortige Magenkrämpfe hervorrufen müßten. Dann bleibt das schwierigere Problem, wie eine (laufende?) Diskussion „schlagwortartig umschrieben" werden soll, indem man gesellschaftliche „Symptome" auflistet. Also entweder beschreibt man eine Diskussion, indem man Schlagworte aus derselben zitiert und deutlich macht, was kontrovers ist (sonst braucht's ja keine Diskussion). Oder man benutzt Schlagworte, um den Gegenstand, über den diskutiert wird, zu benennen. Tertium non datur bzw. tertium wird Mixtur, also logische Tortur.

Was ist ihm da passiert? Boge will offenbar darauf verweisen, daß es in seinem Amt wissenschaftliche Stäbe mit klugen Leuten gibt, die entdeckt haben, daß Terrorismus nicht vom Himmel fällt und auch nicht dadurch entsteht, daß sich jemand eifrig „Reizthemen" einfallen läßt. Deren Ansichten, denen er wohl nahesteht, gibt der BKA-Chef wieder, ohne sich freilich festzulegen: Ob „Mißerfolge der Reformpolitik" bedeuten soll, daß Terrorismus entsteht, wenn erhoffte oder versprochene Reformen ausbleiben, oder ob es umgekehrt heißen soll, daß Reformpolitik den Staat als schwach erscheinen läßt, was die Terroristen ermutigen könnte, läßt Boge offen. Rätselhaft muß auch der Verweis auf eine „Liberalisierung des Strafrechts" bleiben: Welche denn? Das Kontaktsperregesetz, die Isohaft? Oder die verweichlichte Justiz, die den Klar tatsächlich mit fünfmal lebenslänglich davonkommen ließ, wo doch der Staatsanwalt achtmal beantragt hatte?? (37,5% Ermäßigung!)

Jedenfalls dürfte es nicht grundlos sein, daß sich die Argumentation des BKA-Mannes an dieser Stelle so eleganzarm um mehrere Ecken (Klippen?) biegt. Erklärungsversuche dieser Art sind im Apparat derzeit schwer umstritten; sie gelten einigen als Soziologen-Quatsch und Verharmlosung. In diese Schußlinie möchte Boge nicht kommen, wenngleich er auch nicht auf die Ergebnisse seiner erlauchten Mitarbeiterstäbe verzichten will. So klingt denn auch Boges Resumee beinahe altmodisch: *„Terrorismus hat in der Bundesrepublik seinen Nährboden gefunden ... Daher bedarf es in erster Linie nicht polizeilicher, sondern gesellschaftlicher Maßnahmen, die von allen in unserer Demokratie verantwortlichen Kräften getragen werden."* Vom Standpunkt effektiver Terrorismusbekämpfung hat er sicher recht. Aber ist es wirklich das, was die gegen-
sellschaftlicher Maßnahmen, die von allen in unserer Demokratie verantwortlichen Kräften getragen werden." Vom Standpunkt effektiver Terrorismusbekämpfung hat er sicher recht. Aber ist es wirklich das, was die gegen-
wärtige Bonner Politik vom BKA erwartet? Oder will man dort nicht umgekehrt polizeiliche Maßnahmen sehen — egal, ob sinnvoll oder nicht, Hauptsache es passiert was. Daß es halt knallt, daß zurückgeschossen wird, daß man Siege feiern und Zimmermann der Bildzeitung was erzählen kann...

Welche Logik? Wessen Logik?

Im Gegensatz zu seiner Bagatellisierung des Rechtsextremismus als infrage kommenden Urheber analysiert Boge den Terrorismus so, wie er tatsächlich traditionell von rechts ausgeübt wird. *„Die Besonderheit dieser Strategie liegt also darin, durch punktuelle Gewalt staatliche Reaktionen zu provozieren und damit einen Kreislauf von Gewalt und staatlichen Gegenmaßnahmen in Gang zu setzen, der den vom Terrorismus erstrebten Ausnahmezustand näherrücken bzw. als bereits erreicht erscheinen lassen soll. Diese Spirale würde die Mittel von Angreifer und Verteidiger immer ähnlicher und für die Gesellschaft die Herrschaftslegitimation des Staates um so fragwürdiger erscheinen lassen, je tiefer dieser in die Eskalation hineingezogen wird. Das Prinzip ist für den Terrorismus besonders attraktiv, wenn es genährt wird von dem Verlangen der Bevölkerung oder großer Schichten, ein für alle Mal von vermeintlichen Mißständen, Existenzangst und Unsicherheit befreit zu werden."* Unabhängig davon, ob sich der eine oder andere „Undogmatische", welcher vielleicht „jede Ideologie ablehnt", darin entfernt wiedererkennt (hoffentlich nicht, aber heutzutage ist ja alles möglich): Was Boge hier RAF, RZ, ausländischen Gruppierungen usw. unterstellt, beschreibt im wesentlichen zutreffend das faschistische Kalkül.

Nach diesem Muster verlief und verläuft der „schwarze Terror" in Italien, bereiteten die Grauen Wölfe den türkischen Militärputsch vor, wurde das Münchner Oktoberfest-Attentat durchgeführt oder, klassisch, der Reichstagsbrand. Bekanntermaßen gehören auch Geheimdienste zu den Stammkunden dieses Programms, beispielsweise der CIA, der erst kürzlich wieder gesetzlich zu solchen Aktivitäten ermächtigt worden ist. Die Bevölkerung wird in Angst und Schrecken versetzt, um den Staat zu außergewöhnlichen, demokratisch und rechtsstaatlich nicht mehr legitimierbaren Reaktionen zu provozieren. Ein linker oder anarchistischer „Terror" würde, mindestens abstrakt, nach einer genau entgegengesetzten Logik operieren: Die Bevölkerung zu ermutigen, sich selbst zu befreien. Und gleich nochmal, weil heute ja so vieles durcheinandergebracht wird: Mut ist das Gegenteil von Angst; sich selbst zu befreien ist das Gegenteil von „ein für alle Mal befreit zu werden" bzw. nach einem starken Mann zu schreien, der einen „ein für alle Mal befreit" und die „Unsicherheit" beendet. Der Terrorismus von links sucht ja gerade deshalb nach Aktionen, die einem größeren Teil der Bevölkerung besonders gerecht erscheinen sollen, um Sympathie für den Widerstand gegen den Staat zu erheischen, nicht aber um Verständnis für staatliche Notstandspolitik zu wecken. Er wird immer versuchen, so zu handeln, daß staatliche Reaktionen erschwert, nicht aber erleichtert werden.

Es soll im Moment keine Rolle spielen, ob eine solche linke Strategie jemals erfolgreich war, welche Voraussetzungen dafür gegeben sein müßten etc. Es ist jedenfalls bezeichnend, daß sich die Polizei- und Sicherheitsstrategen größte Mühe geben, auch auf diesem Gebiet den Unterschied zwischen rechts und links gründlich zu verwischen (vielleicht glauben sie inzwischen selbst daran). Diese Propaganda hat den Vorteil, Verwirrung zu stiften und auf diese Weise die bewaffnete Linke optimal zu isolieren. Sie hat aber aus der Sicht gewisser hardliner den „Nachteil", daß aus den selbst aufgestellten Prämissen folgt: Wozu (angeblich) die RAF uns provozieren will, dazu lassen wir uns natürlich nicht hinreißen, sonst ginge die Rechnung der Terroristen ja auf. Boge: *„Für die notwendige Bekämpfung des Terrorismus bedeutet dies, daß sich der freiheitliche Rechtsstaat auch im Umgang mit seinen Gegnern an seine Prinzipien halten muß, will er nicht seine Glaubwürdig-*
wendige Bekämpfung des Terrorismus bedeutet dies, daß sich der freiheitliche Rechtsstaat auch im Umgang mit seinen Gegnern an seine Prinzipien halten muß, will er nicht seine Glaubwürdig-
keit aufs Spiel setzen. So nachdrücklich wir den Terrorismus bekämpfen müssen, so entschlossen müssen wir daher auch Überreaktionen vermeiden."

Das darf man sicher nicht allzu wörtlich nehmen. Wären Boges Vorstellungen vom *„freiheitlichen, zugleich aber wehr*(sport? Anm. AK)*haften Staat"* vollständig verwirklicht, gäbe es im KB vermutlich keinen Streit mehr darüber, ob Faschisierung der richtige Ausdruck dafür ist. Dennoch gibt es im Apparat mit Sicherheit Leute, die solche Äußerungen als Tempolimit empfinden und das ausgerechnet jetzt, wo die Fahrt bergab mit Rückenwind geht. Da wartet man seit Jahr und Tag darauf, richtig provoziert zu werden, und dann darf man nicht?? Diesen Leuten geht es geradezu darum, keine Gelegenheit zu Überreaktionen auszulassen. Ein solches Losschlagen außerhalb der „rechtsstaatlichen Glaubwürdigkeit" erforderte allerdings aus Stimmigkeitsgründen eine andere Terrorismus-Definition.

Neues aus dem Hause Zimmermann

Er heißt Doktor und Professor gar und trägt seinen akademischen Titel auf rotem Eichenlaub. Der ehemalige Sozialdemokrat und frühere Münchner Polizeipräsident Manfred Schreiber hat im Bonner Innenministerium als Abteilungsleiter für Polizeiangelegenheiten eine neue Heimat gefunden. Dort ist er neben seinen Landsleuten Zimmermann und Spranger bisher wenig auf-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

gefallen, was den Schluß nahelegen könnte, daß ein Sozialfaschist hierzulande eben keine irgendwie auffällige oder außergewöhnliche Erscheinung ist. Nomen est omen: Im Unterschied zum etwas gebogenen Stil des BKA-Präsidenten verfügt er über eine ausgesprochen fetzige Schreibe (obgleich der Professor nicht weiß, wie man Pogrom buchstabiert, aber dafür kennt er vielleicht umso besser die Bedeutung?). Für ihn fängt Terrorismus — oder jedenfalls die unmittelbare Vorstufe dazu — an *„beim Ordnungsunrecht im Straßenverkehr, wo Radfahrer sich in Fußgängerzonen ‚Bahn brechen'"*. Das geht ab, aber was ist mit bayrischen Politalkoholisten, die sich im Vollrausch die Straße frei brettern? Abu Wiesheu, der Blutige, im Geschwindigkeitswahn ... Im „Duell gegen die Barbarei", dem er unverkennbar eine gewisse Faszination abgewinnt, macht Schreiber zunächst drei Tätergruppen aus: Erstens „Amokläufer und Psychotiker" mit „politisch oft brauner Einfärbung". Dies sei eine Sache der Psychiatrie. Damit müsse jede Gesellschaft leben, weil man die „Einzeltäter", bevor sie zuschlagen, „kaum erkennen" könne. Damit ist für ihn die Frage faschistischer Täter erledigt, und er widmet sich nun ganz der „roten Blutspur", die durch die westlichen Gesellschaften gezogen werde. Diese komme zweitens von den „Nachkriegs-Terroristen europäischer Prägung" und drittens von „Auftragsterroristen wahnhaft religiöser Regime". Nachdem das Thema solcherart „definiert" ist, macht Schreiber praktischerweise zwischen der zweiten und dritten Gruppe **keinen Unterschied** mehr. Für diese Terroristen (Gruppe zwei und drei) gibt er drei Kennzeichen.

1. *„Sie löschen wahllos Zufallsopfer aus."* Als Beispiel wird der Absturz eines indischen Jumbos über der Irischen See im Juni 1985 angeführt. Hier macht es sich nun doch nachteilig bemerkbar, daß Schreiber mit seinem scharfen Geschütz bereits am 13.7. in der „Welt" (alle Zitate aus diesem Aufsatz) loslegte, ohne die weitere Behandlung dieser Katastrophe abzuwarten. Inzwischen ist diese Version nämlich nicht mehr zeitgemäß (oder nicht mehr opportun?). In Kurzmeldungen vermerkten die Medien, die Auswertung der schwarzen Box des Jumbos habe ergeben, daß wohl doch von einem Unfall ausgegangen werden müsse. Da diese überraschende Wende der Ermittlungen konkret nicht weiter begründet wurde, kann man sich durchaus auf den Standpunkt stellen, das eine für ebenso wahrscheinlich wie das andere zu halten. Dann ist wiederum interessant, Schreibers zeitbedingte Betonung genau dieses Unglücks zu vergleichen mit der gelangweilten Gleichgültigkeit, die die westlichen Terrorismus-Bekämpfer und Geheimdienstexperten heute gegenüber dem Jumbo-Absturz an den Tag legen.

andere zu halten. Dann ist wiederum interessant, Schreibers zeitbedingte Betonung genau dieses Unglücks zu vergleichen mit der gelangweilten Gleichgültigkeit, die die westlichen Terrorismus-Bekämpfer und Geheimdienstexperten heute gegenüber dem Jumbo-Absturz an den Tag legen.

Vielleicht hat das damit zu tun, daß die terroristische Spur damals zu zwei Sikhs (Angehörige eine Minderheit in Indien) in Kanada führte. Von den Sikhs führte sie zu einem Söldner-Ausbildungslager in Alabama/USA, wo die beiden Verdächtigen den Umgang mit Sprengstoff und das Killen allgemein gelernt haben sollen. Im selben Lager werden antisandinistische Contras geschult. Betrieben wird es von amerikanischen Ultrarechten, Antikommunistische Weltliga, Moon-Sekte, CIA. Das Stichwort Moon-Sekte erinnert an ein anderes spektakuläres Attentat des „internationalen Terrorismus" nur wenige Tage zuvor. Einer ihrer Studentenfunktionäre in Europa war nämlich am 19.6. Opfer eines Attentats in der Abfertigungshalle des Frankfurter Flughafens geworden. Und komisch: Auch dieser Anschlag spielt mittlerweile in der Antiterror-Agitation nur noch eine Randrolle, geschweige denn daß die Ermittlungen irgendein konkretes Ergebnis gezeitigt hätten ...

Aber zurück zu Schreiber. Das Mindeste, was er sich vorwerfen lassen muß, ist, daß er verantwortungslos und abenteuerlich genug ist, Verdächtigungen ohne Beweis auszustoßen. Der Vorwurf wird ihn kaum stören. Denn am nächsten angeblichen Kennzeichen des Terrorismus führt er aus, daß sein Vorgehen Methode hat.

2. *„Anonym wie die Opferauswahl ist auch das Tatmittel. Hochbrisante Sprengsätze, Explosionen, Abstürze und Brände sorgen für eine weitgehende Zerstörung aller individuellen Spuren, Merkmale und Kennzeichen, so daß die Kriminalistik im Hinblick auf eine konkrete Zuordnung und Überführung eines* ***bestimmten*** *Täters versagt und unsere rechtsstaatlichen Verfahrensordnungen mit ihren hochgesetzten Beweisanforderungen häufig kapitulieren."* (Hervorhebungen AK) Die Schlußfolgerungen liegen auf der Hand: Verzicht auf rechtsstaatliche Methoden und auf die Gefahr hin Zuschlagen, daß es die Falschen treffen könnte. Die Argumentation kann nur denjenigen einleuchten, die von den beabsichtigten Schlüssen ohnehin überzeugt sind. Je brisanter ein Tatmittel, desto weniger Menschen haben Zugang dazu und desto stärker wird seine Verbreitung kontrolliert.

3. *„Den Anschlägen folgen ... sogenannte Bekennungen als tödliche Fanfare."* Daß sich nach jedem Anschlag zahlreiche *„miteinander konkurrierende Attentäter"* um die Urheberschaft reißen wurden, sieht Schreiber als besondere Niedertracht an. Diese Niedertracht sei auch noch erfolgreich, weil die Presse darüber berichte und so *„den terroristischen Forderungen Gewicht und Publizität"* verleihe. Das müsse *„auf freiwilliger Basis verantwortungsvollen Journalismus"* unterbunden werden. Diese logische Kette ist so verdreht, daß sie dankenswerterweise Einsicht erlaubt in die wirklichen Beweggründe und Absichten ihrer Erfinder.

Ein Attentat wird in der Regel nicht von miteinander konkurrierenden



Gruppen durchgeführt. Unter den Bekennerschreiben kann es also höchstens ein echtes geben, alle anderen sind „Trittbrettfahrer", die häufig bewußt Verwirrung stiften wollen. Für die kritische Öffentlichkeit sind solche „Bekenntnisse", seien sie nun echt oder falsch, die einzige Spur. Beispielsweise sind faschistische Attentate meist und Geheimdienst-Aktionen immer mit dem Versuch verbunden, anderen, also Unschuldigen, die Verantwortung in die Schuhe zu schieben. Stellt sich mithin ein Bekennerschreiben, mit Hilfe dessen etwa die Rechtsaußen-Presse gegen links als vermeintliche Täter schäumt, als falsch heraus, so ergibt das einen nicht zu unterschätzenden Verdacht gegen das Lager der schäumenden „Ankläger" selbst. In diesem Sinne sind Presseberichte, selbst (und manchmal gerade!) in der verzerrtesten Form, unverzichtbar, solange sie einen gewissen unkontrollierten „Wildwuchs" enthalten (auch der Wildwuchs an Verzerrungen und versuchten Manipulationen ist der Wahrheitsfindung dienlich). Und daß die Medien objektiv über den Terrorismus berichten oder gar Forderungen bzw. Vorstellungen solcher Gruppen Gewicht

gewissen unkontrollierten „Wildwuchs" enthalten (auch der Wildwuchs an Verzerrungen und versuchten Manipulationen ist der Wahrheitsfindung dienlich). Und daß die Medien objektiv über den Terrorismus berichten oder gar Forderungen bzw. Vorstellungen solcher Gruppen Gewicht

verleihen würden, das ist nun wirklich eine geradezu kindische Behauptung.

Schreibers Bestrebungen hätten zur Folge, daß diese letzte Kontrollmöglichkeit wegfallen würde. Es wäre dann gänzlich unmöglich gewesen, etwa im Falle eines Oktoberfest-Attentates (1980) das Kalkül der Täter dadurch zu stören, daß die WSG-Mitgliedschaft des Bombenlegers rechtzeitig bekannt wurde. Wodurch dann wiederum das Einsteigen der „Bild am Sonntag" o.a. auf dessen Kalkül zu identifizieren war. Denn die Begünstigten eines solchen Anschlags — damals ein bayrischer Kanzlerkandidat — könnten und würden natürlich noch mehr der Versuchung erliegen, die Aufklärung zugunsten der Begünstigung hintanzustellen, wenn eine gleichgeschaltete Presse jedes Risiko ausschließt. Das Beispiel dürfte Herrn Schreiber übrigens aus seiner Münchner Zeit bestens bekannt sein.

Daß aus dieser Ecke ein rauherer Wind weht als vom BKA, ist wohl schon deutlich geworden (obwohl es, das sei nochmals betont, ein kapitaler Bock wäre, den CDU-Mann Boge für einen gemäßigten Liberalen zu halten). Einige Schreiber-Passagen lesen sich sogar fast als offene Kritik am Wiesbadener Amt. Es wäre sicher vorschnell, daraus den Schluß zweier Linien zu ziehen. Eher bietet sich die Interpretation an, daß die Politik der Verwaltung ein paar Schritte voraus ist. So lehnt der Bonner Ministeriale, was die Ursachen-Suche angeht, *„das Herumstochern in den Lebensläufen der Terroristen"* scharf ab. Ebensowenig gilt ihm die Erklärung, Terrorismus sei eine „Waffe der Armen", wobei er mit Blick auf die RAF von Finanzen aus Banküberfällen spricht (im offenen Widerspruch zum mitleiderregenden physischen Zustand, in dem sich beispielsweise Mohnhaupt, Schulz oder Klar bei ihrer Festnahme befanden). Und was nahöstliche Gruppen angeht, spielt das Elend palästinensischer Flüchtlingslager natürlich keine Rolle, denn dem Abteilungsleiter genügt ein kurzer Verweis auf die Ölscheichs als Hintermänner ...

Schreibers Polemik richtet sich gegen die These, die BRD selbst liefere einen „Nährboden" für den (eigenen) Terrorismus. Nicht gesellschaftliche Mißstände würden als Ursache infrage kommen, sondern im Gegenteil: Je vollkommener die Gesellschaft, desto mehr Terrorismus. *„Je vollkommener die Infrastruktur eines Staates, je höher sein Zivilisationsgrad, je freiheitlicher das Leben desto leichter kann Terrorismus ins Werk gesetzt werden."* Denn, so diese unnachahmliche Logik, wenn soziale Ungerechtigkeiten Terrorismus hervorrufen würden, dann müßte ja der Osten am stärksten davon betroffen sein, was aber nicht der Fall sei. So bleibt als Ursache des Phänomens allein übrig: Die Bösartigkeit der „menschenverachtenden Desperados".

Zusammengefaßt kann man nicht wissen, woher das Böse kommt, wie und warum es entsteht und wer die Bösen konkret sind. Wir wissen nur, daß es die Bösen gibt, daß es Palästinenser, andere Araber, die RAF und potentiell alle Staatsfeinde sind, daß sie zu allem in der Lage sind und daß nur Draufschlagen hilft. Und daß weniger Demokratie hilfreich sein kann, um die Plage einzudämmen. Was hier angeboten wird, ist eine gefährliche Mischung aus Demagogie, Willkür und Brutalität.

Und Rassismus. Um seine These — je zivilisierter und demokratischer die Gesellschaft, desto mehr hat sie den Terrorismus auf dem Hals — zu untermauern, führt Schreiber aus: *„Wo selbst Chaos herrscht, bleibt Terror wirkungslos. Ob eine weitere Häuserzeile in Beirut eingeäschert wird, ist dem Bürgermeister und dem Staatschef fast gleich, der Weltpresse keine Zeile wert."* Und den Menschen, die dort leben? Den Mitbürgern, Nachbarn, Angehörigen? Selbst was den Bürgermeister angeht: Hat Schreiber ihn gefragt? Oder ist es vielleicht seine **eigene** Meinung, daß es auf eine Häuserzeile mehr oder weniger in Beirut nicht ankommt?! Daß man es im Libanon halt nicht so genau nehmen muß?

Rassismus Nummer 2 entdecken wir, wenn Schreiber von der *„Solidarität der Kulturvölker"* sabbert, wozu er den Libanon (übrigens im Unterschied zu Germanien einer der Ursprünge sog. abendländischer Kultur, um das einem Professor mal erinnerlich zu machen) offensichtlich nicht rechnet. Rassismus Nummer 3 ist die Behauptung, der „politische Irrsinn" habe *„seine Reservate verlassen und auf unsere Gesellschaft übergegriffen"*, weil es bedeutet, daß es in irgendwelchen barbarischen Weltregionen ebensolche „Reservate" gibt (zu beachten auch die gewollte Assoziation zu den Indianern, deren Schicksal ihm wohl als gerechtfertigt gilt). Rassismus Nummer 4 und 5: *„Solange auf dieser Welt hochentwickelte Staatswesen, Zivilisationen, Volkswirtschaften und Diplomatien*

deutet, daß es in irgendwelchen barbarischen Weltregionen ebensolche „Reservate" gibt (zu beachten auch die gewollte Assoziation zu den Indianern, deren Schicksal ihm wohl als gerechtfertigt gilt). Rassismus Nummer 4 und 5: „Solange auf dieser Welt hochentwickelte Staatswesen, Zivilisationen, Volkswirtschaften und Diplomatien

mit Terrorhorden, revolutionär- und religiös wahnhaften Regimen steinzeitlicher (sic) Prägung zusammenleben, müssen wir auf den Faustkeil (sic) der anderen allemal eine Antwort haben."

Der kleine Widerspruch, daß die supermoderne Aufklärungs(?)-Technik bundesdeutscher Polizeien nicht in der Lage sein soll, Benutzer von „Faustkeilen" aufzuspüren, weil dieses Tatmittel zu brisant sei und alle individuellen Spuren verwische, sei nur am Rande vermerkt. Wenn ein deutscher Sicherheitsmann in Sachen Kultur und Zivilisation Noten auszuteilen versucht, so ist und bleibt das natürlich ein Hohn, auch wenn er keine SS-Uniform trägt. Wenn dies zusätzlich ein Bayer tut, so muß er daran erinnert werden, daß wir dieses religiöse, wahnhafte und steinzeitliche Reservat von leberkranken und katholischen Feudaldeppen in der BRD ausschließlich deshalb unterhalten, weil es niemand anderes, weder Österreich noch die CSSR oder DDR, haben will.

„Kommunismus ist Terrorismus"

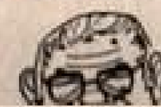
Mit einer zweiteiligen Nachtsendung über insgesamt drei Stunden erfüllte das ZDF sich und seinem „Magazin"-Agitator den Herzenswunsch, einmal wonnevoll im Terror-Thema zu suhlen und das zeitgemäße Wir-Gefühl als Wir-Bullen-Gefühl zu genießen. Die Sendung, die in einem kaum verhüllten Tötungsaufruf des ehemaligen Hamburger VS-Chefs Horchem gegen Terroristen gipfelte, wurde am 25./26.9.85 ausgestrahlt. Am 28.9. bemerkte die „FAZ" dazu, jetzt würden die Handschuhe (der „Sicherheitskräfte") ausgezogen werden. Die Prognose sollte sich schnell erfüllen: Am Abend desselben Tages starb der Frankfurter Linke Günter Sare unter den Rädern eines Wasserwerfers. Er hatte gegen die NPD demonstriert (siehe AK 263).

Das Machwerk tischte zunächst die sattsam bekannte Kost aus der Küche diverser Geheimdienst-Experten auf und zwar auf das Grobschlächtigste. Der Terror richte sich gegen die am meisten lebenswerten Gesellschaften des freien Westens. Die Täter seien absolut skrupellose Killer. Bei Rechtsextremisten finde man einen hohen Anteil *„abnormer Persönlichkeiten". „Die Linken sind im Grunde normal."* Politisches Lavieren, wie es die Regierungen Italiens und Frankreichs eine Zeitlang versucht hätten, räche sich erst recht. Moro beispielsweise habe eine solche Taktik mit dem Leben bezahlen müssen. Frankreich müsse sein traditionelles Entgegenkommen gegenüber Asylsuchenden beenden. Libyen sei ein Stützpunkt des Terrorismus. Aber in Wahrheit werde alles von Moskau aus gesteuert.

Der ZDF-Beitrag schloß mit einer sogenannten Diskussion sogenannter Experten, die einigen Aufschluß über die Entwicklung der Antiterrorkampagne gibt. Teilnehmer waren unter Leitung Löwenthals Julian Becker (Verfasserin eines Buchs über die RAF, dessen Titel bereits alles sagt: „Hitlers Kinder"), ein englischer Prof. Wilkinson, Horchem, Boeden (BKA-Vizepräsident), Wegener (ehemals GSG 9) und ein westdeutscher journalistischer Hofberichterstatter der Polizei. Frau Becker eröffnete in Hochform. Auf Zypern waren drei israelische Bürger getötet worden. Deshalb mache die englische Regierung einen großen Fehler, wenn sie (wie damals geplant) mit PLO-Vertretern sprechen wolle. Denn entweder sei der Anschlag von Al Fatah, dann zeige das, was von Arafats angeblich gemäßigter Politik zu halten sei. Oder er sei nicht von Fatah, dann müsse man sich doch fragen, wer Arafat eigentlich noch folge und wen er überhaupt repräsentiere.

Sodann beendete sie ein etwas unschlüssiges Hin und Her um die Frage, welches der Unterschied zwischen der PLO und den afghanischen „Freiheitskämpfern" sei, mit der Feststellung: *„Kommunismus ist Terrorismus."* Löwenthal mit glänzenden Augen und erhöhtem Puls: *„Das ist eine sehr präzise und zugespitzte Äußerung."* Horchem: *„Das ist so brillant(!), weil es verkürzt sein muß."* Er meint, daß man die Existenz eines nationalistischen Terrors schlecht unterschlagen könne, aber verlockend findet er den Gedanken schon. Die Becker insistiert: In der BRD würden 95% aller terroristischen Taten von „Linksgruppen" verübt, die vom KGB stark unterwandert seien. Aber auch angesehene Krei-

Es ist fünf vor zwölf!



Es ist fünf vor zwölf!



se würden infiltriert. Und was die islamischen Fundamentalisten angehe, so würden sie von Syrien unterstützt. Syrien wiederum werde von der SU unterstützt. Die SU unterstütze Rechte wie Linke, Hauptsache Terror. **Allerdings müsse auch der Westen manchmal zum Terror greifen, bekennt sie ganz offen.**

Boeden definiert scharfsinnig: *„Überall dort, wo es Freiheit gibt, ist der Widerstand terroristisch. Überall dort, wo es Totalitarismus gibt, ist er Freiheitskampf."* Becker steuert noch ein sensationelles Detail bei: Sie habe in zerstörten Häusern Beiruts „Dokumente" gefunden, die beweisen würden, daß der RAF-Anschlag auf NATO-General Kroesen im libanesischen Palästinenserlager Tyros *„mit DDR-Ausbildern vorbereitet und geübt"* worden sei. (Hier fehlt der Hinweis auf eine persönliche Direktive Andropows, oder glaubt etwa jemand, Honi würde sich ohne Absprache trauen?).

Im RAF-Zusammenhang brachte Horchem eine qualitativ neue Infamie gegen das sog. Umfeld. Der Kreis von Sympathisanten der RAF beschränke sich heute auf rund 2000 Leute, die mit den rund 200 „Unterstützern" nicht zu verwechseln seien. *„Das ist ein enger, umgrenzter Zirkel, der die Aktionen auch beeinflussen wird, schon beeinflußt hat, negativ insofern, daß bei der RAF eine kurzschlüssigere Haltung aufgetreten ist und nicht mehr Geiseln genommen werden, sondern getötet wird. Und es entwickelt sich eine möglicherweise Kamikaze-Mentalität, die auch auf das eigene Leben weniger Rücksicht nimmt, als man das bisher gewohnt war. Sehr gefährlich!"* Allmählich steigerte sich Horchem, der auch als „Fachberater" bei der Produktion der Sendung firmierte, in die Rolle des Oberscharfmachers hinein, zunächst mit Ausflügen in die Historie: Die Assassinen des Mittelalters seien auch erst durch den Mongolensturm erledigt worden. *„Der Kopf des Führers wurde auf den Block gelegt. Dann war der Spuk vorbei."* Dem BKA bescheinigte er, daß die Zusammenarbeit innerhalb der EG (Kommission TREVI: Terrorisme, Revolution, Extremisme, Violence) im wesentlichen aus gemeinsamen Dinners bestehe.

Das reizte Boeden zum Widerspruch: Es sei eben schwer, in Fragen der Sicherheit zu einer engen europäischen Zusammenarbeit zu kommen. Dies erfordere Vertrauen in rechtsstaatliches Handeln, welches angesichts der deutschen Vergangenheit nicht vorausgesetzt werden könne. *„Glauben Sie ja nicht, daß es so ohne weiteres möglich ist, unseren Kollegen in Frankreich, England etc. glaubhaft zu machen, daß wir nun alle rechtsstaatliche Polizisten geworden sind."* Und prompt gab Wegener Einblick in die Innenwelt des neuen deutschen Scharfschützen:

„Wir sind natürlich weitergekommen. Dies lag nicht an der Politik, sondern die (polizeilichen) Konterparts haben sich kennengelernt. Wir arbeiten zusammen, wir üben zusammen, wir tauschen Erfahrung aus, aber leider ist es noch nicht dazu gekommen, daß wir mal eine gemeinsame Aktion zusammen machen. ***Das ist eigentlich das, worauf es hinaus muß. Wir müssen doch einmal bei einem Terrorfall bilateral operativ zusammenarbeiten. Ich finde, es ist fünf vor zwölf!"*** Sein Finger am Abzug zuckt offenbar schon nervös. Dann kam Horchems Schlußbilanz: ***„Man wird dem Terrorismus im Einzelfall durch eine Kombination mit politischen Konzessionen und Polizeikraft Herr werden können. In der Regel aber nur, indem man die terroristischen Gruppen aufdeckt, erkennt und ihre Mitglieder festsetzt oder tötet."*** —

Diese Zusammenstellung aus der Terrorismus-Diskussion des Polizei- und Geheimdienstapparats im vergangenen Jahr zeigt, daß hier Druck gemacht wird. Es ist eine banale Rechnung, daß diese Tendenz nach den mörderischen Ereignissen von Wien und Rom zunimmt. Es wird Druck gemacht, Vergeltungsaktionen zu unternehmen, Unterstützer und Sympathisanten anzugreifen, es wird Druck auf die Presse gemacht, sich einer Art Kontrolle zu unterwerfen, Druck auf Grüne und soziale Bewegungen, das staatliche Gewaltmonopol anzuerkennen usw.usf. All das ist eigentlich längst passiert und reicht den Herren des Morgengrauens doch nicht. Besonders bemerkenswert erscheinen die ideologischen Anstrengungen, d.h. eine Propaganda, die mindestens hart an die Grenze zum Rechtsradikalismus heranschrammt.

usw.usf. All das ist eigentlich längst passiert und reicht den Herren des Morgengrauens doch nicht. Besonders bemerkenswert erscheinen die ideologischen Anstrengungen, d.h. eine Propaganda, die mindestens hart an die Grenze zum Rechtsradikalismus heranschrammt.

Dies wird kaum ohne Konsequenzen bleiben und es wirkt bei dem Bild, welches das militante linke Lager seit geraumer Zeit abgibt, ziemlich bedrohlich. Angesichts ihrer Schwäche neigen revolutionäre Gruppen gern zu einem erstaunlichen Beharrungsvermögen: Man versucht halt, das weiterzumachen, was man immer schon gemacht hat, in der Hoffnung darauf, daß die Konjunktur sich irgendwann mal ändert (posaunt aber nach außen mit erstaunlicher Kontinuität heraus, dieselbe sei bestens). Dabei trübt sich mitunter der Blick für die durchaus vonstatten gehenden Veränderungen in der Welt rund um einen herum (leider nicht zum Besseren). Wann werden RAF, RZ u.a. wahrnehmen, daß die westliche Anti-Terrorismus-Kampagne nicht deswegen stattfindet, weil jener so gefährlich wäre, sondern weil sie dem Imperialismus nutzt? Daß die „bewaffnete Politik" und ihre Überzeugungen außerhalb eines winzigen und abnehmenden Teils der Linken gar nicht mehr zur Kenntnis genommen werden? Daß das Differenzierungsvermögen sinkt, während die Anforderungen daran emporschnellen? Daß man sie mehr und mehr umstandslos unter Flugzeugentführungen, Kaufhausanschläge, antisemitische Massaker usw. subsumiert, von denen keiner weiß, welcher Geheimdienst momentan seine Finger im Spiel hat? Daß dies nicht nur an der Taktik der Bullen liegt, sondern auch am Druck der Ereignisse selbst? Daß der Fall Pimental selbstverständlich diese Ununterscheidbarkeit gefördert hat, weil es hier um Grundsätze geht, die sich nicht stillschweigend relativieren lassen?

Zur letzten Aktion der RAF hat es eine scharfe Kritik von Linken gegeben. Das ist fast schon üblich. Vielleicht wird sie deshalb ignoriert. Die Akteure übersehen dabei, daß diese Kritik auch ziemlich überzeugend war.

de

Frankfurt:

NPD-Versammlung verhindert



Antifaschisten besetzen von der NPD gemietete Versammlungsräume in Frankfurt (Foto AK)

Im Dezember verhinderten Antifaschisten in Frankfurt drei NDP-Treffen, für die der hessische Verwaltungsgerichtshof in Kassel gerade ein durch Frankfurter Richter ausgesprochenes Verbot wieder kassiert hatte. Erstmals in der BRD hatten die Juristen am Main Gesetze der ehemaligen Alliierten und Artikel aus Bundes- und Landesverfassungen gegen die NPD zur Geltung gebracht. Entgegen der üblichen Praxis bezogen sie sich auf das Kontrollratsgesetz Nr. 5 der alliierten Militärregierung, den Art. 139 Grundgesetz und den Art. 158 der hessischen Verfassung, die nazistische Bestrebungen verbieten. Ungewöhnlich war daher nicht die Aufhebung dieses neuartigen Bescheids durch die höhere Kasseler Instanz sondern allein deren überraschende Argumentation. Kassel reicherte das juristische Spiel mit einer bislang weitgehend unbekannten Karte an. Jenes Gesetz Nr. 5 sei 1958 ,,aufgehoben'' worden; somit seien auf ihm fußende Verfassungsartikel nicht mehr existent...(siehe AK 265).

Eine ,,Weihnachtsfeier'' für angeb-
hoben'' worden; somit seien auf ihm fußende Verfassungsartikel nicht mehr existent...(siehe AK 265).

Eine ,,Weihnachtsfeier'' für angeblich 400 NDP-Anhänger war für den 15.12.85 im Frankfurter Bürgerhaus Dornbusch angesetzt. Wie üblich meldete die VVN eine Protestkundgebung an, und erwartungsgemäß wurde sie vom Ordnungsamt auf einen Versammlungsort in geräumiger Distanz (ca. 1 km entfernt) verwiesen. Brisanz hatte die Situation deshalb, weil in ähnlicher Konstellation Ende September im Frankfurter Gallusviertel Günter Sare durch einen Polizeieinsatz zugunsten der NPD ums Leben gekommen war.

Fast im letzten Moment griffen einige Antifaschisten einen schon früher diskutierten Besetzungsvorschlag auf. Auf einem von einzelnen Grünen inszenierten Diskussionstreffen am 14.12. in einem abseits gelegenen Raum des Haus Dornbusch machten sich nach langen Debatten ca. zwei Dutzend Leute zur Besetzung des Foyers des Bürgerhauses auf.

Über Nacht verdoppelte sich die Zahl der Besetzer und bis zur nachmittäglichen Kundgebung mit der VVN u.a. versammelten sich über 300 Antifaschisten bei guter Stimmung im und vor dem Hause. Der Verwaltung des Bürgerhauses, der städtischen (SPD-geführten) Saalbau GmbH sicherte man ein pflegliches Umgehen mit den Räumlichkeiten ebenso zu wie den ungehinderten Zugang für andere Veranstaltungen. Die ,,Saalbau'' strich nun und in der Folgezeit ihre Apathie gegen die NPD heraus, verzichtete auf eine polizeiliche Räumung und gab gegen Mittag des 15.12. gegenüber der nachfragenden NPD an, sie müsse draußen bleiben, das Risiko einer eventuellen gewalttätigen Auseinandersetzung könne die Verwaltung nicht tragen. So kam es, daß die nächtlich versammelten Antifaschisten — unabhängige und autonome Leute, einige Grüne, Mitglieder des Jüdischen Studenten- und Jugendverbandes und einzelne aus linken Zusammenhängen — während der Aktion kaum Polizisten zu Gesicht bekamen.

Die Zeitungen der folgenden Tage brachten etwas Aufhellung darüber, was hinter den Kulissen schon vor der Besetzung gespielt wurde. Der NPD ging es offenbar hauptsächlich um den für sie günstigen Entscheid des Verwaltungsgerichtshofes in Kassel. Ihre ,,Feier'' hatten die Nazis für '85 intern schon gestrichen. Indizien dafür waren den Saalbau-Verantwortlichen frühzeitig bekannt, nur gaben sie ihr Wissen nicht weiter. Es war also ein zwar nicht ohne Zittern erreichter, aber doch relativ leichter Erfolg. Eine Überraschung hielt die ansonsten CDU-freundliche ,,Frankfurter Neue Presse'' bereit. Das angemessene Mittel gegen NPD-Auftritte und damit verbundene Auseinandersetzungen sei das Verbot dieser Partei! Dagegen nahm der Chef des Frankfurter Lokalteils der ,,FAZ'' die Teilnahme jüdischer Studenten an der Besetzung zum Anlaß, deren Sprecher in außerordentlich scharfem Tonfall ,,wirre Absonderungen'' vorzuwerfen! Nach dieser duchaus ungewohnten aber erfolgreichen Aktion sollten Antifaschisten noch zweimal im alten Jahr auftreten müssen.

Schon am 19.12. war, wie erst zwei Tage zuvor endgültig bekannt wurde, ein weiteres NPD-Treffen im selben

Schon am 19.12. war, wie erst zwei Tage zuvor endgültig bekannt wurde, ein weiteres NPD-Treffen im selben Bürgerhaus angesetzt. Für den Fall, daß die Stadt ihr den Zutritt zu den gemieteten Räumen nicht gewährleiste, hatte die NPD vor dem Verwaltungsgericht vergeblich versucht, ein Zwangsgeld gegenüber der Saalbau GmbH durchzusetzen. Am Abend konnten sich sa. 40 NPD-Anhänger erst einmal versammeln, jedoch mußten sie sich vorzeitig unter Polizeibegleitung von dannen machen, weil sie gegen etwa 60 Gegendemonstranten mit Tränengas, Wurfgeschossen und Prügeln vorgingen und deshalb die Polizei auf den Plan riefen.

Die folgende NPD-Versammlung vom 27.12. im Gallus, dem Stadtteil, in dem Günter Sare zu Tode gefahren wurde, wurde als besondere Provokation empfunden. Kirchenleute, Mitglieder des Ortsbeirates und verschiedene andere Kräfte forderten von der Stadt die Verhinderung dieses NPD-Vorhabens. Ungefähr 100 Antifaschisten hielten sich am Abend vor und in der Nähe des Versammlungsortes bereit, anrückende Nazis davonzujagen. ,,Unnötig'', wie sich herausstellte, da die Saalbau der NPD mit Verweis auf ihre Gewalttätigkeit den Raum ein paar Tage früher schon gekündigt hatte, ohne diesen Schritt aber öffentlich bekannt zu machen. Dagegen klagte die NPD erst gar nicht.

Vielmehr erschien NPD-Vorsitzender Frich Gutjahr am 27.12. beim Geschäftsführer der Saalbau GmbH, um für drei Januartermine Mietverträge in Bürgerhäusern abzuschließen. Hier wurde vor allem aus zwei Gründen gegen die Nazis entschieden; 1. sei eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch die NPD gegeben, und 2. seien die gewünschten Räume schon vergeben. Nun klagte Gutjahrs Verein im Eilverfahren vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt, um den zuerst anvisierten Raum am 7.1.86 zugestanden zu bekommen. Vergeblich — das Gericht erkannte die von der Stadt angegebene anderweitige Vermietung an. Eine Entscheidung

Fortsetzung in Spalte 3 unten

[redacted]

Fortsetzung von Spalte 2

über die weiteren Termine, 16:1./Haus Dornbusch und 24.1./Haus Gallus, steht jedoch noch aus. Über neue Vergaberichtlinien städtischer Räume wird demnächst auch die Stadtverordnetenversammlung diskutieren.

Weil die NPD 1986 als ,,entscheidendes Jahr'' deklariert und die Zeit vor den nächsten Bundestagswahlen unter das Motto ,,Nationale Sammlung tut not'' gestellt hat, und weil die kleinen zwar erfreulichen aber nicht unbedingt dauerhaften Tricks untergeordneter Verwaltungsebenen die Mobilisierung einer protestierenden Öffentlichkeit natürlich nicht ersetzen können, werden sich alle ,,Fra ktionen'' der Antifaschisten wieder zunehmend auf eigene Aktionsformen einstellen müssen. Angesagt sind auch tiefergehende inhaltliche Diskussionen wie verbesserte Vorbereitungen kommender Aktionen.

D., KB/Gruppe Frankfurt

Neonazis wünschen mehr Tote

Wenig Mühe geben sich Kühnens Anhänger der verbotenen ,,Aktionsfront nationaler Sozialisten'', ihren terroristischen Charakter unter dem Deckmantel der ,,Freiheitlichen Arbeiterpartei'' (FAP) zu verbergen. Kurz nachdem Günther Sare Ende September '85 bei einer antifaschistischen Aktion im Frankfurter Gallusviertel von einem Wasserwerfer zu Tode gefahren wurde, schmierten Neonazis an Wände dieses Viertels ,,Grüne ins KZ'', ,,Mehr tote Ökos'', ,,NPD for ever'' und ,,Sare war ein Jude''. So etwas sind klare Aufforderungen zum Mord, gerade auch weil sie nicht allein stehen.

In einem Papier der ANS aus ,,Südtirol'' heißt es, sie setzte sich ein für ,,.... *ein nationalsozialistisches Europa im Geiste der Waffen-SS sowie für die Befreiung der Menschheit vom Zionismus...*'' Während der Aktionen gegen das Fassbinder-Stück ,,Der Müll, die Stadt und der Tod'' am Schauspielhaus Frankfurt durch die Jüdische Gemeinde u.a. spionierte eine Gruppe ANS/FAP'ler ungehindert von der Polizei am Rande des Geschehens herum, bis sie von jüdischen Jugendlichen vertrieben wurde.

Nach den Weihnachtstagen war der Frankfurter Vorort Oberursel über Nacht mit Naziparolen besprüht worden, darunter wiederholt ein Davidstern am Galgen ,,Juda verrecke'' oder SA marschiert — Juda krepiert'' und ,,Sare war der erste Streich''. Verantwortlich zeichnete eine ,,Taunus-Truppe'' der ANS/FAP.

In der Nacht des 30./31.12.85 suchte ein Trupp von fünf Neonazis erst zwei Prostituierte im Frankfurter Ostend auf und zwang sie unter Drohung ihrer Waffen, Pistolen und Machete, einige hundert Mark herauszurücken. Sie seien ,,Neonazis und SS-Leute'' und übernähmen ,,ab sofort für 200 Mark in der Woche den Schutz der Wohnung''. Dann versuchten sie die gleiche Sache bei einer Prostituierten in Bockenheim, machten aber auf dem Absatz kehrt, als die Frau um Hilfe rief.

Für Silvester war in Fulda eine Demonstration gegen die jährlich stattfindenden Neonazitreffen in der Rhön angekündigt. Der ANS-Oberhesse Thomas Brehl forderte seine Mannen ,,zum Angriff'' gegen die Antifaschisten auf. Ein Flugblatt, das ,,den poli-

angekündigt. Der ANS-Oberhesse Thomas Brehl forderte seine Mannen ,,zum Angriff'' gegen die Antifaschisten auf. Ein Flugblatt, das ,,den poli-

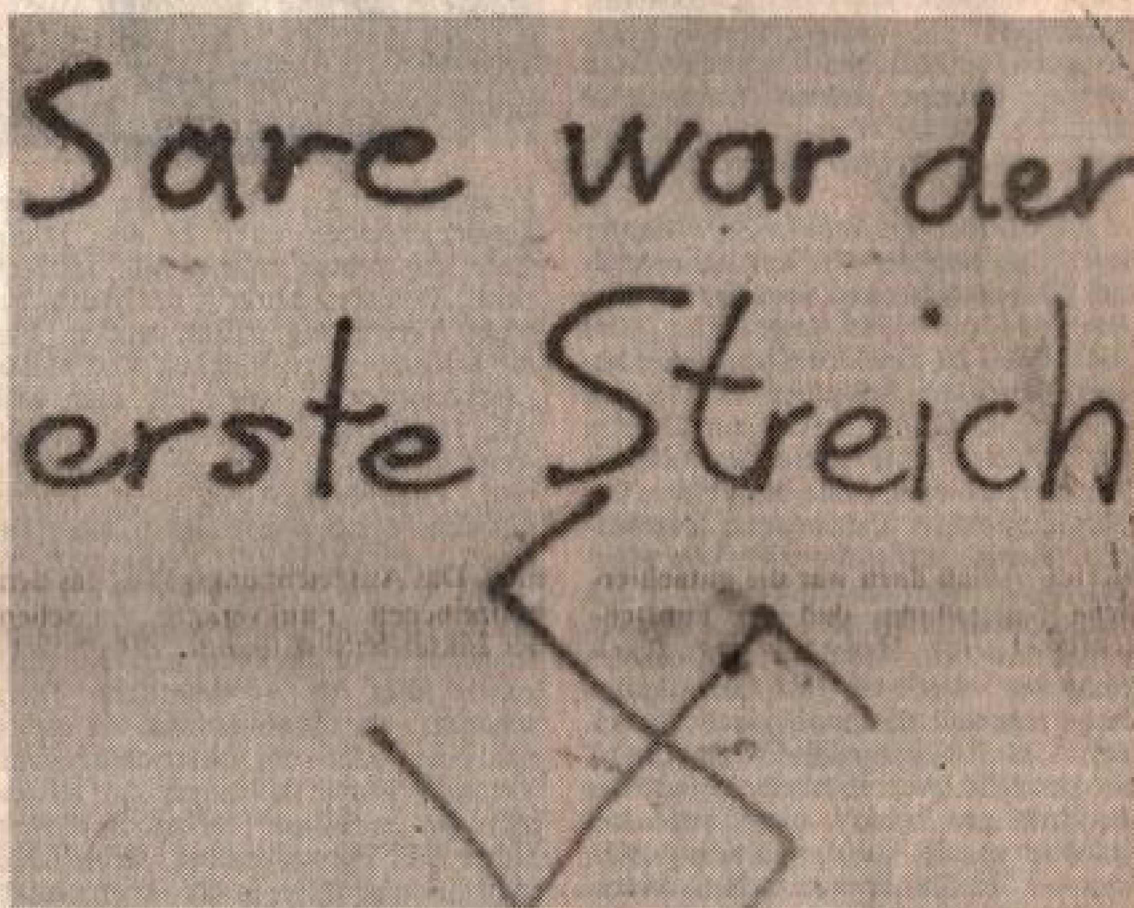
tischen Gefangenen der nationalen Revolution'' gewidmet war und unter die Leute geworfen wurde, endete mit dem Satz ,,*Wer aber politische Gefangene schafft, Patrioten verbietet, darf sich nicht wundern, wenn er eines Tages eine RAF (Rechte Armee Fraktion) sein eigen nennt.*'' (FAP-Sonderdruck V.i.S.d.P. C. Scholz, Münster). Wie lang politische und polizeiliche Verantwortliche den Neonazis die Leine lassen, zeigte sich, als die Demonstranten an der ehemaligen Synagoge der Fuldaer Innenstadt eine Gedenkminute abhielten. Von den zahlreichen Polizisten ungehindert konnte ein Nazitrupp in unmittelbarer Nähe mit gereckten Armen braune Parolen gröhlen.

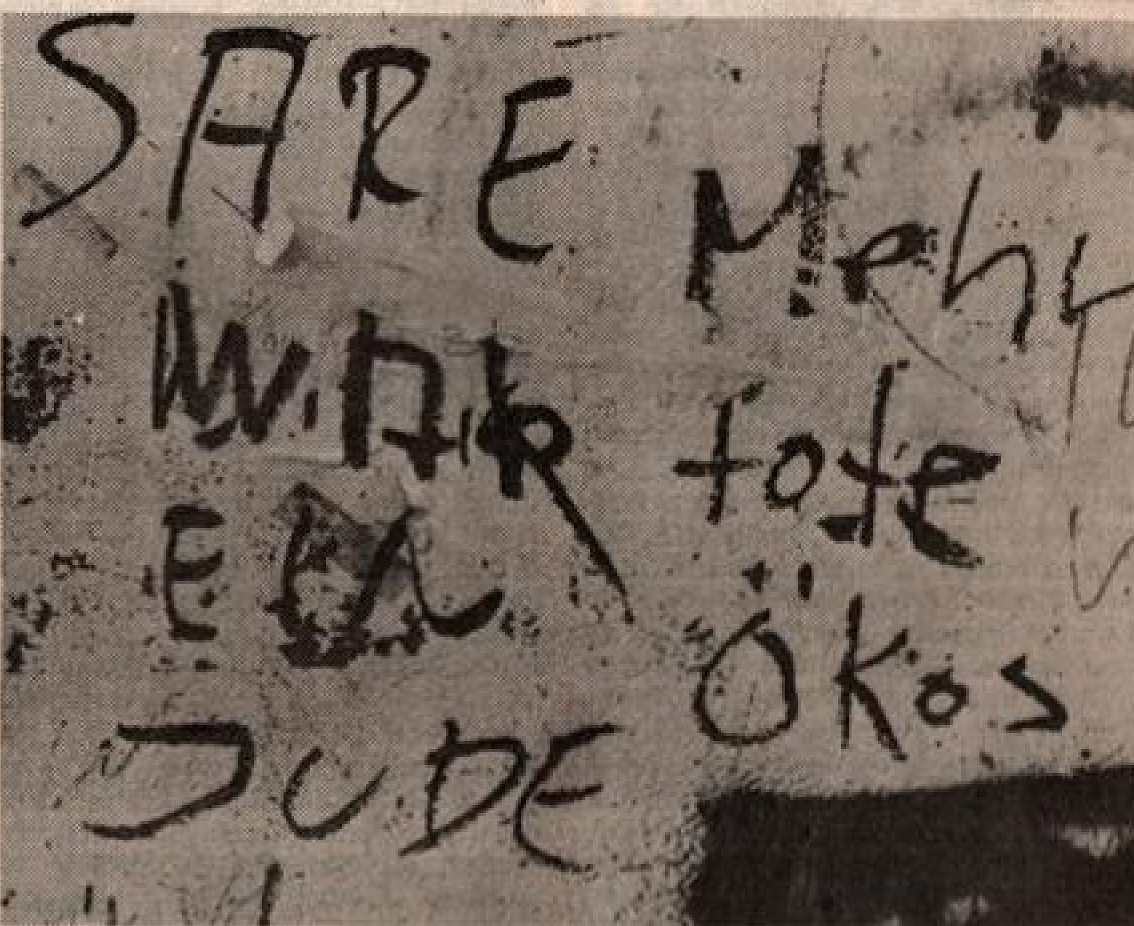
Seit 18 Jahren führt die ,,Wiking-Jugend'' ihre ,,Feiern'' zum Jahreswechsel an der DDR-Grenze bei Fulda durch. Nachdem es '84 zu Gewalttätigkeiten gegen Gegendemonstranten gekommen war und eine vermehrte Kooperation mit der ANS/FAP sichtbar wurde, verbot der Landrat (CDU) diesmal den Aufmarsch. Der hessische Verwaltungsgerichtshof/Kassel bestätigt am 30.12. in letzter Instanz dieses Verbot und bezog darin auch eine Ersatzanmeldung der FAP ein.

Jedoch schon zwei Tage vorher rückte eine Garde von 65 Neonazis auf verschiedenen Vereinigungen in die Jugendherberge im benachbarten Schlitz unter der Tarnbezeichnung ,,Sing- und Spielkreis Stuttgart e.V.'' ein. Eine Krisensitzung von Lokalpolitikern blieb am Vormittag des 31.12. ohne Konsequenzen für die Rechtsradikalen. Die machten sich derweil auf, um die antifaschistische Demo zu stören. Bevor sie das mit ca. 40 Leuten, wenn auch nur am Rande, tun konnten, stellte die Polizei Schreckschußwaffen, Schlagstöcke und -ringe, Kanthölzer, Helme usw. sicher und nahm einige der Nazis fest (insgesamt sieben während des Tages).

Ein Polizeiaufgebot von 300 Beamten aus ganz Hessen mit je zwei Wasserwerfern und Gefangenenwagen schirmte die 400-köpfige Veranstaltung ab, zu der das ,,Aktionskomitee Nie wieder Faschismus'', die Grünen, auch der DGB u.a. aufgerufen hatten. Während der Abschlußkundgebung ging die Polizei zweimal gegen eine aggressive Neonazigruppe vor, nachdem sie vorher eine ,,Begleitung'' der Antifaschisten zuließ. Abends feierten die Braunen im 20 km entfernten Gasthaus von Poppenhausen-Steinwand den 28. Geburtstag des Kühnen-Stellvertreters Brehl: 150 Leute aus WJ, ANS/FAP und der Deutschen Volksunion (Verein um die ,,National-Zeitung''). Von der Schlitzer Jugendherberge brach in der Nacht ein Trupp auf, um in der Nähe doch noch ein ,,Mahnfeuer'' zu entfachen. Um solche in Zukunft wieder ,,in den anderen Teil Deutschlands'' leuchten zu lassen, kündigte die WJ an, gegen das Verbot bis hinauf zum Bundesverfassungsgericht klagen zu wollen.

KB/Gruppe Frankfurt







Neue Neonazi-Parolen in Frankfurt (Fotos AK)

Zum Tod von Günter Sare:

Beweismittelmanipulation durch die Polizei?

Kaum gespannt wartet die Öffentlichkeit auf den für den 22. Januar angekündigten Bericht des vom hessischen Innenminister Winterstein berufenen sog. „unabhängigen Untersuchungsbeauftragten'' Erkel. Über den eigentlichen Unglücksablauf der Tötung von Günter Sare wird der Bericht nichts enthalten, denn die hierüber ermittelnde Staatsanwaltschaft ist angeblich noch lange nicht so weit. Dafür werden über trübe Kanäle von den Offiziellen weiter sog. „Ermittlungsdetails'' in die Öffentlichkeit lanciert, um Günter Sare als für seinen Tod selbst verantwortlich darzustellen: umgehend hatte man bereits die Blutalkoholwerte (1,49 Promille) des „tanzenden'' Demonstranten bekanntgegeben. Jetzt „fragt'' ein liberaler Jungspießer aus der Landtagsfraktion der FDP namens Otto die Landesregierung immer wieder schrill, ob in Gewebeproben Sares „Rauschgiftspuren'' (Marihuana) gefunden worden seien, worüber der Innenminister dann begeistert im Gegenzug antwortet, daß er den Ermittlungsergebnissen nicht vorgreifen wolle. So hält man in der interessierten Presse die Gedankenkette Sare-Alkohol-Rauschgift-selber Schuld über Tage am Kochen.

Weniger Aufmerksamkeit wird den ersten Ermittlungsergebnissen der Rechtsanwältin Verleih geschenkt, die die Mutter von Günter Sare anwaltlich vertritt. Als Nebenklägerin erhält sie in diesem Stadium der Ermittlungen noch keine Akteneinsicht, kann keine Beweisanträge stellen usw. So mußte sie in einem Schreiben gegenüber der Staatsanwaltschaft „anregen'', Fahrtenschreiber, Diagrammscheiben, Fahrtenbücher und Fahrbefehle des Todeswasserwerfers IV/1 sicherzustellen und zu beschlagnahmen. Dieselbe „Anregung'' erfolgte in Bezug auf alle anderen am 28.9.85 in Frankfurt eingesetzten bzw. bereitgehaltenen Wasserwerfer. **Anlaß dazu war die gutachterliche Feststellung, daß der Fahrtenschreiber des Wasserwerfers gegen 20.35 Uhr kurzfristig geöffnet und wieder geschlossen worden war.** Unbewertet blieb in dem Gutachten die Tatsache, daß ähnliche Spuren wie für den Zeitpunkt 20.35 Uhr ca. eine Stunde später noch einmal festgestellt werden können. Durch ein weiteres Gutachten muß deshalb geklärt werden, ob der Fahrtenschreiber ein weiteres Mal kurzfristig geöffnet und wieder geschlossen wurde. Damit in Zusammenhang stehen weitere Fragen der Anwältin im Hinblick auf Einsatzbeginn und Einsatzort des WaWe IV/1.

Während Innenminister Winterstein und hohe Polizeiführer im Innenausschuß des Landtags erklärten, der Wasserwerfer habe sich vor der Fahrt, die mit dem Tod Günter Sares endete, nicht wesentlich bewegt, zeigt die mysteriöse Diagrammscheibe anderes: In der Zeit von 19.47 Uhr bis 20.49,5 Uhr ist eine zurückgelegte Wegstrecke von 770 m festgehalten, wobei 90 m bzw. in einem Zweitgutachten 115 m in der Zeit von 20.49 Uhr bis 20.49,5 Uhr (die Todesfahrt) zurückgelegt wurden und weitere 550 m zwischen 19.47 Uhr und 20.49 Uhr, zu einer Zeit also, in der der Wasserwerfer sich kaum bewegt haben soll. So bleiben nur zwei Schlüsse: Entweder hat der Wasserwerfer bereits vor dem tödlichen Einsatz Fahrten unternommen, dann geben Polizei und Innenminister falsche Ablaufschilderungen wieder, oder aber die Diagrammscheibe wurde ausgetauscht und manipuliert. Beide Möglichkeiten legen natürlich nahe, daß die Verantwortlichen Vertuschungshandlungen begehen. Es fragt sich, wie die Staatsanwaltschaft mit den „Anregungen'' der Anwältin umgehen wird. Tatsache ist, daß ein Wasserwerfer am 28.9. bereits knapp eine Stunde vor der Todesfahrt eine Hetzjagd durch die Hufnagelstraße veranstaltete. Diese Fahrt taucht nachträglich in keinem Bericht der Polizei auf. Warum wohl? Waren Hetzjagden an diesem Abend offiziell angeordnete Strategie? Das wäre ein wichtiges Indiz für eine Vorsatztat bei der Tötung von Günter Sare und würde dann natürlich auch die Vertuschungsmaßnahmen von höchster Stelle erklären.

PS: Die Merkwürdigkeiten um den Fahrtenschreiber treffen ganz zufällig mit einer „technischen Panne'' zusammen. Das Aufzeichnungsgerät, das den polizeilichen Funkverkehr zwischen der Einsatzleitung und der Wasserwerferbesatzung hätte aufzeichnen müssen, fiel ganz zufällig kurz vor dem entscheidenden Zeitpunkt angeblich aus. Entweder versagen solche hochmodernen Geräte immer dann, wenn man sie braucht, also in genau den Situationen, für die sie eigentlich konzipiert sind. Oder der Mensch kontrolliert entgegen verbreiteten Annahmen die Technik und nicht umgekehrt.

KB/Gruppe Frankfurt

Anzeige

Eine ausführliche Pressedokumentation mit Übersetzungen aus der türkischen Presse zum geplanten Stützpunkt bei Konga, sowie zur deutsch-türkischen Kooperation in der

Rudolf Heß, ein Pazifist auf „seine verquere Art''?

Auf ihre Art anregend scheint die von der „Konservativen Aktion'' breitgetretene Parole „Freiheit für Rudolf Heß!'' auf berufene Kreise ausgestrahlt zu haben.

Wenn schon Bundespräsident von Weizsäcker in seiner Weihnachtsansprache in einem Atemzug die Freilassung Nelson Mandelas, Sacharows und eben — nicht zuletzt — Rudolf Heß erbat, mochte sich auch das „große liberale Magazin'' Hamburgs der ‚Spiegel' (2/86) nicht der obligaten weihnachtlich aufgepeppten Besinnlichkeit entziehen. Mit dem Anspruch, ein „ungelöstes Rätsel des Jahrhunderts'', welches „lange Zeit nebelhaft und scheinbar unerklärlich blieb'', vor der Öffentlichkeit zu enthüllen, führt er in mehr oder weniger gekonnter Weise vor, wie man aus einem germanischen Wolf ein treudeutsches Opferlamm machen kann.

Eingeleitet mit der unschuldigen Frage „Rudolf Heß — total verrückt oder Pazifist?'' bietet das Wochenblatt den Interessierten das trostlose Bild einer geradezu traumatischen, eben einer deutschen Irrfahrt durch die Jahrzehnte unseres Jahrhunderts: Bereits als Kind gepeinigt durch einen wilhelminisch-autoritären Vater, der seinen Rudi herzlos in einen diesem verhaßten Beruf preßt, darf sich der Bub' zunächst über den deutschen Waffengang 14/18 von derartiger Unterdrückung emanzipieren.

Jedoch, wie das „Spiegel''-Leben so spielt, Heß bleibt ein Opfer: Zunächst der Allierten, die den Krieg bekanntlich gewannen und mit einem „Schandvertrag'' besiegelten; dann der Roten, die am Ende auch noch die heilige Ordnung völlig ruinieren wollten; darauf folgend einer neuen Vaterfigur, des Vertreters der „damals noch recht umstrittenen Wissenschaft'' namens Geopolitik, Karl Haushofer, der seinem Schützling eindringlich klar machte: „Der Weg führt nach Osten, und nur nach Osten!''

Ist es verwunderlich, daß der kindheitsbedingte „Unterwerfungsdrang'' Rudis völlig in „Hörigkeit'' umschlägt, als er, am Leben verzweifelnd, in den Kneipen Münchens, zunächst sicherlich „widerwillig'', seinen Führer trifft? Ist es nicht angesichts der widerstrebenden Kriegsziele Haushofers und Hitlers verständlich, daß ein „wahrer Grüner'' (Golo Mann) wie Heß, der „in seinem Herzen ein Pazifist'' und dessen „Wesen auf Harmonie und Verehrung angelegt'' ist (wie der „Spiegel'' meint), in den hochnotpeinlichen Widerspruch verwickelt wird, „seine Liebe zu Hitler mit der Freundestreue zu Albrecht (1) Haushofer (Sohn von K. Haushofer, AK) in Einklang zu bringen''?

„seine Liebe zu Hitler mit der Freundestreue zu Albrecht (1) Haushofer (Sohn von K. Haushofer, AK) in Einklang zu bringen''?

Vom omnipotenten Diktator „Arm in Arm mit Stalin'' um seine Kriegsvorstellungen in den „Weiten Rußlands'' zuungunsten Polens und Englands geradezu betrogen und in die Isolation gedrängt, vom „nichtarischen Geopolitiker'' in das intrigante Netz anglophilen Widerstands eingespannt, entschließt sich der Pogromgegner Heß (hat er doch den „Führer ... angefleht, die Sache zu unterlassen'', die sog. „Reichskristallnacht'' nämlich) zum Alleingang, um „auf seine verquere Art dem Frieden zu dienen''.

Das Opfer aber bleibt auch weiterhin Opfer. Der britische Geheimdienst fängt einen Heß-Brief nach England ab und zwingt den „Führer-Stellvertreter'', persönlich mit dem Flugzeug sein Glück zu versuchen. Damit liefert er sich natürlich dem durchtriebenen Churchill aus, der aus dem in Deutschland nun völlig fallengelassenen Friedensflieger ein Druckmitteln gegen Stalin macht.

Der wiederum, aus Rachegelüsten an den Engländern, prügelt auf den armen Rudi ein und fordert in Nürnberg seinen Kopf.

Wären da nicht die Amis gewesen, die unvoreingenommen erkannten, daß der „Mann nicht an der Kriegsplanung Hitlers teilgenommen'' hatte, daß er gegangen war, „ehe sich Deutschland mit den Massenverbrechen des Judenmordes besudelte'' ...

Wahrlich, der „Spiegel'', pardon: das Leben schreibt die besten Romane — und fordert die Leser/innen gar zum Mitdenken heraus: Ist er nun ein Pazifist oder doch nur total verrückt? Oder vielleicht beides?

Nach tiefem Sinnieren muß da — leider — auch weiterhin im Dunkel gewisser Redaktionsstuben getappt werden. Zu lebenslanger Haft verurteilt, reingelegt durch die ganze Welt, „zog Häftling Nr. 7 ... das Schweigen vor, Jahrzehnt um Jahrzehnt — bis zum heutigen Tag.''

Aber, verdammt nochmal, kann sich der „Spiegel'' da nicht wenigstens einmal anschließen?

Pe.

Prozesse wegen Protest gegen 'Graue Wölfe'

Vor einem Jahr hatten türkische, kurdische und deutsche Antifaschisten das Gustav-Siegle-Haus in Stuttgart besetzt, um eine Veranstaltung des Türkischen Kulturvereins zu verhindern. Der Protest gegen die Tarnorganisation der ‚Grauen Wölfe' wird jetzt mit einer ganzen Serie von Prozessen verfolgt. Erste Urteile in Verfahren mit vergleichsweise liberalen Richtern und läppischen Tatvorwürfen lassen Schlimmes erwarten: Zwei Angeklagte wurden zu 600 und 800 DM Geldstrafe verurteilt, ein dritter zu 1400 DM. Letzteres Urteil wurde lediglich mit der Absicht (!) des Angeklagten begründet, gewollt zu haben, daß eine Veranstaltung der ‚Grauen Wölfe' stark gestört würde (Verstoß gegen das Versammlungsgesetz). Etwa 30 weitere Anklagen laufen derzeit, mit Tatvorwürfen wie Landfriedensbruch, Totschlagsversuch und schwere Körperverletzung.

Gegen die ‚Graue Wölfe'-Veranstaltung hatte es bereits im Vorfeld breite Proteste gegeben. Nachdem sich die Stadtverwaltung geweigert hatte, den Mietvertrag mit den türkischen Faschisten zu kündigen, versammelten sich am 23.12.84 mehrere hundert Menschen vor dem Gustav-Siegle-Haus. Bei dem Versuch, das Gebäude zu besetzen, kam es zu Auseinandersetzungen mit einer Gruppe bewaffneter Faschisten, die schon vorzeitig mit dem Aufbau begonnen hatten. Dabei gab es mehrere Verletzte. Als die Faschisten das Feld geräumt hatten, versammelten sich schnell annähernd 150 Antifaschisten im Gebäude, um den Veranstaltungsraum der ‚Grauen Wölfe' dicht zu machen. Nachdem die

versammelten sich schnell annähernd 150 Antifaschisten im Gebäude, um den Veranstaltungsraum der ‚Grauen Wölfe' dicht zu machen. Nachdem die

Eingänge vom Hausmeister verriegelt worden waren, drangen Polizisten mit Hunden und in voller Montur ins Haus ein und versuchten den Saal gewaltsam zu räumen, worauf ihnen einige Stühle entgegenflogen. Sie riegelten daraufhin die Türen ab und erklärten alle wegen Verdachtes auf Landfriedensbruch, Totschlagsversuch und schwerer Körperverletzung für festgenommen. Den Besetzern drohten sie an, „auch Gas einzusetzen, um euch rauszutreiben''. 149 Antifaschisten wurden ED-behandelt, 30 von ihnen zur Landespolizeidirektion 2 verfrachtet. Während die Besetzer durch die Hintereingänge unter Bewachung aus dem Gustav-Siegle-Haus getrieben wurden, bildeten die Bullen eine Gasse durch die vor dem Haus versammelten Antifaschisten und verschafften den türkischen Hitlerverehrern Zutritt durch den Haupteingang. Die Vertreter der Stuttgarter Stadtverwaltung hatten trotz der Auseinandersetzungen nicht daran gedacht, die Veranstaltung abzusagen.

Juristische Konstrukte und willkürliche Anklagen

Die Staatsanwaltschaft zeigte sich sehr bemüht, Beweismaterial gegen die Antifaschisten zusammenzutragen und dabei gleich die Gelegenheit zur Einschüchterung zu nutzen. So wurde z.B. unter dem Vorwand, ein Kleidungsstück zu suchen, vier Monate nach der Besetzung die Wohnung eines Angeklagten und die seiner Eltern durchsucht. Angeblich um eine helle Jacke sicherzustellen, obwohl der Angeklagte seinerzeit nachweislich eine schwarze Lederjacke trug. Politische Plakate an der Wand sowie sämtliche Kleidungsstücke wurden fotografiert, selbst der Dachstock der Eltern durchwühlt. Drei der Antifaschisten blieben aufgrund willkürlicher Anschuldigungen der ‚Grauen Wölfe' bis zu zwei Monaten in Untersuchungshaft. An etwa 30 Betroffene wurden inzwischen Anklageschriften verschickt, weiteren wurde mitgeteilt, die Ermittlungen gegen sie seien noch im Gange. Gegen die ‚Grauen Wälfe' wird nicht ermittelt, auch „....unter Berücksichtigung der Tatsache, daß'' — wie die Staatsanwaltschaft in einer Anklageschrift eingestehen muß — „die Mitglieder des Kul-

„....unter Berücksichtigung der Tatsache, daß'' — wie die Staatsanwaltschaft in einer Anklageschrift eingestehen muß — „die Mitglieder des Kul-

turvereins ebenfalls bewaffnet waren...'' Tatsächlich sind sie die einzigen, die nachweisbar Waffen bei sich getragen haben. Nichtsdestotrotz...

Die Staatsanwaltschaft scheut sich nicht, mit pauschalen Behauptungen zu operieren. Zitat aus einer Anklageschrift: „Alle (wegen der Auseinandersetzung mit den ‚Grauen Wölfen') Angeschuldigten waren auch an den Angriffen gegenüber den eingesetzten Polizisten beteiligt.'' Mittlereweile wurden ganz allgemein Zusammenhänge

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

konstruiert, aufgrund derer jeder der Besetzer wegen eines besonders schweren Falles des Landfriedensbruchs belangt werden kann. „Der gemeinschaftliche Tatplan aller Angeschuldigten" , so die Staatsanwaltschaft, „folgt schon aus dem Geschehen selbst. Es war allen klar, daß sie nicht ohne körperliche Auseinandersetzung in das Gebäude gelangen und den Saal besetzen können. Nur durch die Besetzung des Saals wäre auch gewährleistet gewesen, die Veranstaltung des türkischen Kulturvereins zu verhindern." *„Bei allen Angeschuldigten konnten die Zeugen mit letzter Sicherheit keine Waffen feststellen. Ihnen war aber sowohl die Bewaffnung, als auch der Einsatzwille ihrer Mittäter bekannt"* (aus einer Anklageschrift).

In einer weiteren Anklageschrift wird für zehn Angeklagte ein weiteres Konstrukt, das der gemeinschaftlich begangenen Körperverletzung, geschaffen: „Ebenso haben sich alle Angeschuldigten 10 tateinheitlicher Vergehen der gefährlichen Körperverletzung schuldig gemacht. Die Vorgeschichte der Tat, die Kenntnis, daß die Unterstützer des türkischen Kulturvereins keinesfalls freiwillig das Gebäude räumen würden und der tatsächliche Geschehensablauf, lassen nur den Schluß zu, daß alle beim Sturm auf das Gebäude Beteiligten, also auch jeder der Angeschuldigten, wußten und wollten, daß ihre Gegner verletzt werden."

Einem weiteren Angeklagten wird zwar bescheinigt, eigenhändig nicht nachweisbar an Gewalttätigkeiten beteiligt gewesen zu sein, er sei jedoch der geistigen Mittäterschaft schuldig. Zitat aus einer Anklageschrift des Landgerichts (nachdem das Amtsgericht es abgelehnt hatte, das Verfahren mangels Beweisen überhaupt zu eröffnen): „Dieser Auffassung kann nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft nicht gefolgt werden. Richtig daran ist, daß dem Angeschuldigten eigenhändig begangene Gewalttätigkeiten nicht nachgewiesen werden können. Die Staatsanwaltschaft geht jedoch davon aus, daß im Hinblick auf die Vorgeschichte und den Ablauf des Geschehens jeder sich zum Zeitpunkt der Räumung im Saal Befindliche als Mittäter anzusehen ist. Schon die bloße Anwsesenheit kann als Mittäterschaft nämlich dann angesehen werden, wenn durch geistige Mitwirkung der Tatwille anderer Demonstranten bestärkt oder Hemmungen und Widerstände beseitigt werden sollten. Gerade diese Umstände erfolgten jedoch zwingend aus dem gesamten Geschehensablauf."

Solidarität ist gefordert

Alles deutet darauf hin, daß hier ein Exempel gegen tatkräftigen antifaschi-

Solidarität ist gefordert

Alles deutet darauf hin, daß hier ein Exempel gegen tatkräftigen antifaschi-

stischen Protest statuiert werden soll. Inzwischen sind die meisten Stuttgarten Richter mit den Prozessen befaßt. Am 5.11. begann vor dem Amtsgericht ein Verfahren gegen fünf Türken wegen Körperverletzung und besonders schwerem Landfriedensbruchs. Obwohl der einzige Zeuge (der verletzt war) keine schuldzuweisende Aussage gemacht hatte, beschloß der Richter, die Verhandlung vor dem Landgericht fortzusetzen.

Unterdessen treten die ‚Grauen Wölfe' in Stuttgart immer frecher auf: Als bei einer ihrer Veranstaltungen türkische Genossen vor dem Haus fotografierten, wurden sie zusammengeschlagen, einer von ihnen verletzt ins Krankenhaus eingeliefert. Die Polizei verweigerte jede Mithilfe beim Identifizieren der Täter.

Mit den von der Staatsanwaltschaft eingeführten Konstruktionen ist jeder nicht völlig zahnlose Widerstand gegen deutsche und türkische Nazis massiv kriminalisierbar. Dazu kommt, daß die türkischen und kurdischen Genossen unter der ständigen Bedrohung stehen, daß Material über ihr antifaschistisches Engagement an den türkischen Geheimdienst weitergegeben wird und daß sie im Falle einer Verurteilung mit Abschiebung in die Folterkammern des türkischen Regimes rechnen müssen. Sie brauchen unsere Unterstützung — politisch und materiell. Allein bei den Prozeßkosten wird mit 150.000 bis 200.000 DM gerechnet.

J./Freiburg

(Weitere Informationen zu den Prozessen und zu den ‚Grauen Wölfen' allgemein enthält eine Broschüre, auf die sich auch dieser Artikel wesentlich stützt: Einstellung der Prozesse gegen türkische, kurdische und deutsche Antifaschisten! Herausgegeben vom „Arbeitskreis für die Einstellung der Prozesse gegen Antifaschisten in Stuttgart", November 1985, Preis: 2 DM. Zu beziehen über: I. Melaschuk, c/o GNN, Gutenbergstr. 48, 7000 Stuttgart 1)

Riesiger BRD-Stützpunkt in der Türkei geplant

Sieben Milliarden Mark Rüstungshilfe für die türkischen Foltergeneräle?

Als Luftwaffenstützpunkt möchte die Türkei der Bundesrepublik *„in Mittelanatolien ein Areal verpachten, das anderthalb mal so groß ist wie Belgien"* — so meldet es die „Frankfurter Rundschau" (4.12.85). „Verteidigungs"minister Wörner wiegelt ab: Er wolle nur die Lärmbelastung durch Tiefflieger in der BRD reduzieren (um die anatolischen Bauern auch in den Genuß dieses Segens westlicher Zivilisation kommen zu lassen?).

Der Stützpunkt bei Konya würde der BRD hochbrisante Perspektiven eröffnen: Von dort wäre es für die bundesdeutschen Tornados nur noch ein Sprung bis zu den derzeitigen und künftigen Kriegsschauplätzen des Nahen und Mittleren Ostens. Die Verhandlungen sind im vollen Gange.

Genauer besehen werden derzeit offenbar drei Dinge auf verschiedenen Ebenen verhandelt:

— Einmal zwischen der Bundesrepublik und der Türkei über einen Luftwaffenübungsplatz bei Karapinar in der Nähe von Konya. Die türkische Luftwaffe hat dort bereits ein „Ausbildungszentrum für taktische Jagdwaffen". Zugleich steht in der NATO 1986 die Entscheidung über den Aufbau eines gemeinsamen „Luftwaffenausbildungszentrums" an. Im Gespräch: Goose Bay in Kanada und — auf der letzten NATO-Tagung in Brüssel von BRD-Minister Wörner immer wieder ausdrücklich favorisiert — Konya. *„Das Gebiet um die türkische Luftwaffenbasis, die mit 3380 Fuß die höchste im Lande ist und über eine 4000 Fuß lange NATO-Standard-Runway verfügt, ist dünn besiedelt und für Tiefflug besonders geeignet. Der Tiefflugraum entspricht etwa der eineinhalbfachen Größe Belgiens."* (Europäische Wehrkunde, 12/85, S. 655).

— Ebenfalls sehr interessiert sind deutsche Militärs an einem ausgedehnten Panzerübungsgelände in derselben Gegend. Die Herbsttagung der NATO hat unterdessen das Projekt zur Errichtung eines „Ausbildungszentrums für Geschütz- und Panzergefechtsübungen" bei Karapinar gebilligt. (Spiegel 9.12., Hürriyet 4.12. und Milliyet 5.12.85)

— Weiter wird deutsches Interesse am „Ausbildungszentrum für Jet-Piloten" der türkischen Luftwaffe im Komplex Cigli-Kakli, C-Akhisar bei Izmir vermeldet. (Hürriyet, 4.12.85)

Unklar ist noch, ob die BRD auch dann eine zweiseitige Vereinbarung über besondere Nutzungsmöglichkeiten der Basis anstrebt, wenn Konya NATO-Trainingszentrum wird. In diese Richtung weist jedenfalls eine Aus-

Unklar ist noch, ob die BRD auch dann eine zweiseitige Vereinbarung über besondere Nutzungsmöglichkeiten der Basis anstrebt, wenn Konya NATO-Trainingszentrum wird. In diese Richtung weist jedenfalls eine Aus-

sage des türkischen Regierungschefs Özal auf einer Pressekonferenz. Auf die Frage: *„Wird die Basis den Deutschen außerhalb (unabhängig) von der NATO gegeben?"* erklärte er: *„Ja, außerhalb der NATO. Es wird als einer unserer Verbündeten betrachtet."* (Milliyet, 16.12.85)

BRD — neue Interventionsmacht in Nahost?

Warum drängt die BRD derart auf einen Stützpunkt so ganz in der Nähe des Krisenzentrums Nahost? Die Version, die Wörner anbietet — endlich Ruhe für fluglärmgeschädigte Bundesbürger — ist zweifellos die dümmste. Zumal erst kürzlich ein Vertrag mit Kanada abgeschlossen wurde, wonach die Bundeswehr Goose Bay für weitere fünf Jahre und verstärkt für Tiefflüge nutzen kann. (Wehrtechnik 12/85, S. 104) Worum geht es also wirklich?

So wie das ganze Projekt dimensioniert ist, jedenfalls keineswegs nur um die Mitbenutzung von bestehenden türkischen Einrichtungen für Übungszwecke. Für die BRD rechnet man mit Kosten von weit über 200 Mio. DM. *„Es müssen Straßen, Rollbahnen, Kasernen, Werkstätten und Hallen gebaut werden."* (Spiegel, 9.12.85) *„Unter anderem ist auch an den Bau einer Flugzeugwerft für Tornados gedacht (Saudi-Arabien, das 72 Tornados kauft, scheint an einer Kooperation interessiert)."* Falls Wörner sich durchsetzen kann und die NATO das Projekt Konya akzeptiert, dürfte *„der Aufbau dieses Trainigszentrums, das im Rahmen des NATO-Infrastrukturprogramms finanziert würde, ... etwa 1 Milliarde Mark kosten."* (FAZ, 18.10.85)

Offen ist, wieviel und welche Truppen dort stationiert werden sollen. In der türkischen Presse wird die Zahl von 2.000 Soldaten genannt, die mit ihren Familien auf der Basis leben sollen (Milliyet 14.12.). Der Libanon, Damaskus oder die Ölfelder von Krikuk werden dort in Reichweite deutscher Kampfbomber liegen.

Auch ein anderer Aspekt könnte wichtig sein: Die BRD entwickelt — teilweise in Kooperation mit anderen Staaten, teils alleine — unter Federführung der „Deutschen Forschungs- und Versuchsanstalt für Luft- und Raumfahrt" diverse Marschflugkörper mittlerer und längerer Reichweite (wie etwa LR-SOM, Reichweite 600 km, abzuschießen vom Tornado). Mit fortschreitendem Entwicklungsstand dieser Waffensysteme stellt sich die Frage nach einem geeigneten Testgelände. Vor Jahren rückte die Bundesrepublik international in die Schlagzeilen, weil die Firma OTRAG ein riesiges Gelände in Zaire gepachtet hatte, um dort (selbstverständlich in völlig friedlicher Absicht) Raketen zu testen. Nach Protesten anderer afrikanischer Staaten mußte das Areal aufgegeben werden. Was wäre besser für die anstehenden Tests geeignet als das Hochland von Konya im „Partnerland" Türkei?

Leopard und Tornado für die Türkei? Rüstungshilfe in Milliardenhöhe versprochen

Im Austausch für den Stützpunkt Konya hat die BRD den türkischen Generälen hohe Militärhilfe angeboten. In den Verhandlungen zwischen Bonn und Ankara wird die Position der Türkei dadurch wesentlich gestärkt, daß die Bundesregierung um fast jeden Preis die volle Freizügigkeit für türkische Staatsbürger innerhalb der EG verhindern will. Die Regierung Özal stellt dieses Recht, das nach dem dem EG-Assoziierungsabkommen Ende 1986 in Kraft tritt, durchaus zur Disposition — aber sie treibt die Preise entsprechend hoch:

Bereits im Juli bei seinem Türkeibesuch hat Bundeskanzler Kohl die Ausrüstung einer türkischen Panzerdivision zugesagt. Gesamtumfang des Projekts: Zwischen 3,5 und 5 Mrd. DM. Gestritten wird jetzt noch darum, ob die Zusage auch die Ausstattung mit Lastwagen, Geschützen, Pionier- und Fernmeldegerät umfaßt, und vor allem, ob die zu liefernden Kampfpanzer 150 ausgemusterte Leopard 1 der Bun-

Gestritten wird jetzt noch darum, ob die Zusage auch die Ausstattung mit Lastwagen, Geschützen, Pionier- und Fernmeldegerät umfaßt, und vor allem, ob die zu liefernden Kampfpanzer 150 ausgemusterte Leopard 1 der Bun-

deswehr sein werden oder fabrikneue Leopard 2 (wie es die türkische Seite fordert).

Wozu braucht die türkische Armee eine neue Panzerdivision? 1973 war die damals bestehende Panzerdivision aufgelöst worden, *„weil sie für das Gebiet nicht geeignet war"* (FAZ, 18.10.85). Es liegt nahe, einen Zusammenhang des neuen Aufrüstungsschubs mit der von der Türkei beanspruchten Vormachtrolle in der Region zu sehen. Um etwa nach einer Niederlage des Irak im Golfkrieg dort einzumarschieren, wie es die türkische Regierung erwägt (vgl. New Statesman, 15.7.83), käme den türkischen Generälen eine hochbewegliche, mit modernster bundesdeutscher Waffentechnik ausgerüstete Panzertruppe gerade recht.

Der zweite große Brocken bei der bundesdeutschen Militärhilfe ist die von der türkischen Luftwaffe dringend gewünschte Lieferung von 40 MRCA Tornado. Finanziert werden soll das 3,6 Mrd. DM teure Projekt mit langfristigen und zinsgünstigen Krediten der Tornado-Herstellerstaaten BRD, Großbritannien und Italien (im Verhältnis 40:40:20). In der BRD wird dabei an Hermes-Kredite gedacht, wie sie schon zur Beschaffung der vier von deutschen Konzernen gebauten MEKO-Fregatten gewährt wurden (FAZ, 18.10.85).

600 Mio. DM zusätzliche bundesdeutsche Militärhilfe sollen bereits fest zugesagt sein (Hürriyet 31.10.85). Vor der Verabschiedung des Bundeshaushalts wurde im letzten Moment eine Sonderaufstockung des Verteidigungsbudgets um 900 Mio. DM durchgezogen (spezieller Hilfsfonds für dringende Fälle), die gänzlich den türkischen Militärs zukommen soll (Tercüman, 4.12.85). Darüber hinaus fordert die Türkei eine Erhöhung der regulären, alle 18 Monate gezahlten Militärhilfe von 130 auf 200 Mio. DM.

Profitable Geschäfte

Die deutsche Rüstungsindustrie kann sich auf fette Aufträge und glänzende Profitmargen freuen. Die Türkei hat sich — mit Hilfe der Bonner Regierung — zu einem der größten Abnehmer für bundesdeutsches Mordwerkzeug entwickelt. Erst Anfang Dezember wurde eine mit wesentlich von deutschen Konzernen aufgebaute Panzerkanonenfabrik in Kirikkale eröffnet. Über die Produktion des „CVS"-Panzers (der dem Leopard 1 entspricht), und auch des Leopard 2 in der Türkei wird verhandelt.

Ende November reiste Özal als persönlicher Gast von Franz-Josef Strauß nach München. Im Rahmen der 40-Jahr-Feier der CSU-Gründung gaben sich bei ihm die Vertreter bundesdeutscher Rüstungskonzerne die Klinke in die Hand. MBB will Militärhubschrauber vom Typ „BO-105 K" an die Türkei verkaufen und möglicherweise auch dort produzieren. Auch an einer Coproduktion des Flugabwehrraketensystems „Roland" bestand Interesse. Mercedes und MAN bieten Militärlaster an, und Thyssen-Henschel spielt mit dem Gedanken, die Produktionsstätten des ausgemusterten „Marder" in die Türkei zu verlagern. (Milliyet, 24.11.)

Mit tatkräftiger Unterstützung Bonns soll die Türkei so zur Waffenschmiede für den Nahen Osten und die gesamte islamische Welt aufgebaut werden. Für das BRD-Kapital ist dieses Land eine optimale Exportplattform. *„Der Sprecher von Krauss-Maffei erklärte frohen Mutes, die projizierte Produktion von Panzerwagen falle nicht unter westdeutsche Exportverbote und könne frei in Drittländer exportiert werden."* (taz, 5.12.85) Der durchschnittliche Stundenlohn in der Türkei wurde unter der Knute des Militärregimes auf umgerechnet 90 Pfennig (!) gedrückt, das macht die angepeilten Produktionsverlagerungen noch profitträchtiger.

Nicht zuletzt deshalb unternimmt die BRD alles, um das internationale Ansehen des türkischen Folterregimes aufzupolieren. Im Europa-Parlament formierte sich unter Führung des CDU-Abgeordneten Remmer eine „Gruppe der Türkei-Freunde", um die wegen Menschenrechtsverletzungen festliegenden EG-Kredite wieder flottzumachen. Auch ihre Militärhilfe möchte die Bundesregierung *„als Teil einer allgemeinen Aufwertung der Türkei im Rahmen des westlichen Bündnisses"* verstanden wissen (FAZ, 18.10.).

Die Freundschaft wird erwidert. Bei der Kiellegung der zweiten MEKO-Fregatte wies der türkische Marinekommandant vor illusteren Gästen aus Politik, Rüstungsindustrie und Bundeswehr darauf hin: *„Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Türkei und Deutschland entstanden im 19. Jahrhundert. Sie gediehen im 1. Weltkrieg zu einer Schicksalsgemeinschaft, die bis heute besteht."* (newspot, 25.1.85)

Während die Herrschenden hier wie dort blutige Waffenbrüderschaft beschwören, sind die Vorbereitungen zur Enteignung und Vertreibung der Bauern aus dem Hochland von Konya schon angelaufen.

J./Freiburg

Die übersehene Volkszählung

Zum Wanderungspotential in der Türkei / Von Dr. Wolfgang Philipp

Ende Oktober 1985 hat es in der Türkei eine Volkszählung gegeben. Für die Deutschen scheint daran allenfalls erstaunlich gewesen zu sein, daß sie überhaupt stattfand: Kein Gericht trat dem Unterfangen in den Weg. Weiter reichte das Interesse hierzulande nicht, wie „hinten fern in der Türkei" die Völker sich vermehren. Solche Passivität ist zum Verwundern, denn die Ergebnisse der Volkszählung können für Deutschland enorme Bedeutung gewinnen:

1. Als im Jahre 1963 das Assoziierungsabkommen zwischen der EG (die damals noch „Wirtschaftsgemeinschaft" hieß) und der Türkei geschlossen wurde, war dieses Land mit 29 Millionen Einwohnern aus europäischer Sicht ein zwar flächenmäßig bedeutender, nach der Einwohnerzahl aber kleiner Partner. Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien hatten je für sich eine weit höhere Bevölkerung. Nur so war es zu verstehen, daß jenes Abkommen überhaupt zustande kam.

zwar flächenmäßig bedeutender, nach der Einwohnerzahl aber kleiner Partner. Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien und Italien hatten je für sich eine weit höhere Bevölkerung. Nur so war es zu verstehen, daß jenes Abkommen überhaupt zustande kam.

Bei solchen Relationen schienen die Risiken überschaubar, glaubte man die dem europäischen Kulturkreis fremde Türkei verkraften zu können.

2. Nach den Ergebnissen der Volkszählung 1985 aber hat sich eine dramatische Veränderung vollzogen. Jetzt gibt es bereits 54 Millionen Türken, von denen schon rund 2,5 Millionen in den letzten 20 Jahren nach Westen gewandert sind, die meisten nach Deutschland. Die Zahl der Türken hat sich also in nur 22 Jahren um 25 Millionen fast verdoppelt. Gegenwärtig liegt die Wachstumsrate bei 2,8 Prozent, das ist ein Zuwachs von rund 1,5 Millionen pro Jahr. Damit wird die Türkei schon Ende dieses Jahrzehnts mehr Einwohner haben als jedes europäische Land. Diese Schere öffnet sich dadurch noch schneller, daß die deutsche Bevölkerung der Bundesrepublik rapide abnimmt. Jedes Jahr werden die Sterbefälle nur noch zu knapp zwei Dritteln durch Geburten ersetzt. Gegen Ende der neunziger Jahre wird die Bundesrepublik aus türkischer Sicht zu den kleineren Ländern zählen, sie selbst aber werden sich zahlenmäßig in Europa als die einzige Großmacht betrachten können. Die Türken wissen das und planen langfristig.

3. Am 1. Dezember 1986, also in weniger als einem Jahr, treten die Freizügigkeitsklauseln des Assoziierungsabkommens von 1963 in Kraft. Sie waren 22 Jahre lang aufgeschoben worden, weil man hoffte, im Jahre 1986 kein nennenswertes wirtschaftliches und soziales Gefälle mehr zwischen Europa und der Türkei vorzufinden. Das Gegenteil ist eingetreten. Die Bevölkerungsexplosion in der Türkei war nicht einkalkuliert, hat alle Erwartungen über den Haufen geworfen. Jetzt stehen Millionen zur Völkerwanderung nach Westen, nach Deutschland, bereit, obwohl schon der bisherige Exodus der 2,5 Millionen zu den größten Völkerwanderungen der Geschichte zählt. Als solche Einbahnstraße war die Freizügigkeitsklausel nicht gedacht, ihre Geschäftsgrundlage ist — das läßt sich völkerrechtlich gut vertreten — weggefallen. Auch in der Bundesrepublik hat sich vieles gegen Sinn und Zweck der Freizügigkeitsklausel entwickelt: Unerwartet hohe Arbeitslosigkeit, stark veränderte Wirtschaftsstrukturen, ökologische Überlastung, schon jetzt Ausschöpfung des tolerierbaren Ausländeranteils.

Trotzdem kann die Bundesregierung (welche auch noch einen Monat nach dem Stichtag des 1.12.1986 Wahlen gewinnen will) den Wählern bis heute nicht sagen, ob sie ab nächstes Jahr ihre Heimat mit weiteren Millionen Menschen eines fremden Kulturkreises teilen müssen. Kann es denn für die Bundesregierung überhaupt eine Frage sein, ob sie dem eigenen Volk eine Zwangsbesiedlung solcher Art zumuten kann? Ein Vorgeschmack zeigt sich bereits jetzt auf dem benachbarten Felde des Asylrechts. Bund und Länder, weit davon entfernt, die Asylzuwanderung in den Griff zu bekommen, schieben die Verantwortung durch Zwangszuweisungen einfach auf die Gemeinden ab.

4. Eine besondere Zwickmühle ent-

des Asylrechts. Bund und Länder, weit davon entfernt, die Asylzuwanderung in den Griff zu bekommen, schieben die Verantwortung durch Zwangszuweisungen einfach auf die Gemeinden ab.

4. Eine besondere Zwickmühle ent-

steht für die Wirtschaftspolitik. Als „Einwanderungsbremse" könnte allenfalls die hohe Arbeitslosigkeit bei uns wirken. Können wir also einen Massenzustrom nur dann vermeiden, wenn wir permanent zwei Millionen Arbeitslose „vorhalten"?

5. Selbst hohe Arbeitslosigkeit kann allenfalls mildernd wirken. Schon das hohe Niveau unserer Sozialleistungen reicht vielen als Einwanderungsmotivation aus. Gegenwärtig sind rund 260 000 Ausländer arbeitslos und leben samt ihren Familien vom Sozialstaat. Dazu kommen rund 500 000 Flüchtlinge, für die allein pro Jahr rund 2 Milliarden DM aufgewendet werden.

6. Sollte die Freizügigkeit kommen, so sind Milliarden Mark umsonst ausgegeben. Wer Rückkehrprämien oder vorzeitige Auszahlung seiner Sozialversicherungsbeiträge erhalten hat, wäre an der Wiedereinwanderung nicht gehindert. Zehntausende von Asylprozessen wären vergeblich geführt, auch die Abgewiesenen könnten wieder kommen. Eine tragende Säule der verkündeten Regierungspolitik bräche zusammen.

Heute ist klar, daß die Freizügigkeitsregeln des Assoziierungsabkommens ein Fehler waren. Mit dem Risiko dieser juristischen Schlinge kann die Bundesrepublik nicht leben. Verhandlungen mit der Türkei über Wirtschafts- und Militärhilfe dürfen nur aus der Sache heraus nach Maßgabe unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit geführt werden. Es besteht kein juristischer Grund, sie als „Kompensation" zur Freizügigkeit zu betrachten und dadurch Druck zu erzeugen. Auch ist mit Besorgnis festzustellen, daß die Verhandlungen immer weiter hinausgeschoben werden. Nur die türkische Seite kann sich aus Vertagungen um so mehr Vorteile versprechen, je näher der ominöse Termin heranrückt. Die Bundesregierung sollte den Mut haben, dem türkischen Partner in dieser Frage klaren Wein einzuschenken. Man kann überzeugt sein, daß der türkische Ministerpräsident Özal ein Realist ist. Auch er dürfte wissen, daß die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Türkei ohne Freizügigkeit gut, mit Freizügigkeit aber voller Spannung sein werden. Das kann niemand wünschen.

Schlampertinentes aus dem Hause Sprangermann

Zimmermanns Innenstaatssekretär Spranger ist noch so ein richtiges reaktionäres Schlachtroß von altem Schrot und Korn. Wo er schon den Job hat, der ihm den Zugriff auf den Verfassungsschutz sichert, da muß auch alles nach dem rechten Weltbild laufen. Verfassungsfeinde sind alle Linken, und links beginnt mindestens bei der SPD-Mitte. Klar, daß auch die Grünen dazugehören. Ein klares Weltbild ist Voraussetzung für den obersten Verfassungsschützer und Spranger garantiert dies. Als sein rechter CDU-Kollege Todenhöfer VS-Informationen über die Grünen verlangte, ließ Spranger wie selbstverständlich die VS-Ämter Hilfe leisten. Heraus kamen Recherchen über die ,,extremistische'' Vergangenheit grüner Parteifunktionäre und der Grünen-Nachrücker für den Bundestag. Zusätzlich wurde nach Belegen dafür gesucht, daß die Flick-Parteispenden-Affäre Produkt der *,,Desinformation gegnerischer Nachrichtendienste''* sei und gewünscht war Hintergründiges über die ,,terroristische Vergangenheit'' des grünen Bundestagsabgeordneten und Flick-Untersuchers Otto Schily. Die Grünen vermuten, daß hierfür Strauß der Auftraggeber gewesen sein könnte, da er während einer Befragung durch Schily im Flick-Ausschuß diesem vorgeworfen hatte, sein Anwaltshonorar in RAF-Prozessen aus Banküberfällen bezogen zu haben. Schily hatte Strauß verklagt und der, so die Vermutung, benötigte ,,Beweismaterial''.

Öffentlich wurde alles das sowie die Erkenntnis umfangreicher Beobachtung der Grünen durch die Verfassungsschutzämter vor dem Tiedge-Spionageausschuß durch den VS-Vize Pelny, einen der letzten Sozialdemokraten in solcher Position. Bekanntgeworden ist nur einiges aus den VS-Recherchen. Sieht man einmal von den Untersuchungen ab, die die Ämter nicht rausrücken — und das dürften zweifellos die interessanteren sein — so ist da insgesamt wenig Aufregendes zu verzeichnen, dafür um so mehr Zwielichtiges, Schlampiges und die Bestätigung, daß Verfassungsschützer wie Zimmermann, Spranger & Co. bedenkenlos jede oppositionelle Handlung als verfassungsfeindlich einstufen. So weit sehen wir also unser Weltbild bestätigt.

Was uns dennoch zu einer Kommentierung veranlaßt, ist die Hartnäckigkeit, mit der die grobschlächtigen Verfassungsschützer unsere Organisation — den KB — wieder und wieder in einer Art und Weise mit den Grünen in Zusammenhänge bringen, die so einfach nicht stimmen. So weit uns das ehrt, wäre das ja nicht weiter schlimm, etwa wenn zum wiederholten Male die sozusagen ultraleninistische Taktik behauptet wird, die KB-Spaltung von 1979/80 und die Gründung der Gruppe Z sei ein ganz geschickter Schachzug zur Unterwanderung der Grünen gewesen. Doch dabei bleibt es nicht stehen, man schiebt uns eben auch Taten zu, die wir weit von uns weisen müssen.

Spranger's ,,Enthüllungen''

Doch zunächst einmal zu dem, was Spranger als ,,Enthüllungen'' zum besten gibt, und was am ehesten als Sammlung CDU-üblicher Wahlkampfmunition und Linken-Hetze zu beschreiben ist. BILD veröffentlichte am 17.12.85 die Erkenntnisse über die grünen Nachrücker im Bundestag, wo tiefschürfende Beobachtungen aneinandergereiht werden: Christian Schmidt wurde 1984 Mitherausgeber der MOZ, Udo Tischer gehörte zum Herausgeberkreis des ,,Info 35'', Annemarie Borgmann und Heidemarie Dann haben sich an Aktivitäten der Initiative ,,Weg mit den Berufsverboten'' beteiligt, Jo Müller und Rebekka Schmidt seien auf Veranstaltungen von Nebenorganisationen der (aufgelösten) KPD gesehen worden etc. Brisanter ist da schon die behauptete Nähe Ulli Fischers zum ,,Terrorismus'', wenn vermerkt wird, er gehörte zu ,,Tatverdächtigen'' eines Bombenanschlags 1970 und seine Adresse sei in den Unterlagen Fritz Teufels gefunden worden. Schade nur, daß Fischer zwo trotz seiner Abenteuerreisen nach Afghanistan und an alle eisernen Vorhänge in der Welt einfach nicht Fritzens humorige Qualitäten besitzt ...

Wesentlich interessanter als diese groben Klötze von Sprangers Schnüfflern ist der Versuch einer Analyse der Verfassungsschutz-Erkenntnisse und -Diskussionen über die Grünen, den Joachim Wagner in der ZEIT vom 20.12.85 unternimmt.

,,Verkappte Staatsfeinde oder unbequeme Demokraten?''

... *,,Wie der Verfassungsschutz die Grünen beobachtet''* ist dieser Artikel überschrieben. Joachim Wagner ist kein Unbekannter. Er ist der VS-Journalist mit Intimkenntnissen, die auch mal dann eingesetzt werden, wenns gegen die Linken in den Grünen geht. So hat der VS nach der Hamburger Bürgerschaftswahl 1982 und dem Parlamentseinzug der GAL über Joachim Wagner im NDR den Vorstoß gestartet, die GAL als ,,kommunistisch unterwandert'' zu bezeichnen und vier ihrer führenden Repräsentanten als Noch- und ehemalige KB-Mitglieder vorzustellen, die in KB und Z-Fraktion ,,leitende Funktionen'' hätten (AK 223, 12.7.82).

Auch Wagners Wiedergabe enthält eine Reihe von schlampigen Details, Indiz dafür, wie wenig genau man es in bestimmten VS-Kreisen mit Fakten nimmt, wenn nur die ,,Verfassungsfeindlichkeit'' nachgewiesen wird. So wird kurioserweise behauptet, neben anderen linken Gruppen habe die MLPD ,,die Parole ausgegeben'', bei den Grünen mitzuarbeiten — eine zwar witzige, aber unwahre Behauptung. Die Z-Fraktion um Ebermann, Trampert und Reents wird umstandslos zum ,,KB-Ableger'' erklärt, eine zwar häufiger gehörte Unterstellung, die aber übersieht, daß es 1979/80 eine Spaltung des KB gegeben hat, die auch öffentlich publiziert wurde. Der KB hätte sich ,,aus taktischen Gründen der Öko-Partei angeschlossen'', wird behauptet, obwohl nachvollziehbar der KB seinen Anspruch auf eigenständige sozialistische Organisation aufrechterhalten, eine Mitarbeit von KB-Mitgliedern bei den Grünen aber unter Umständen für sinnvoll erklärt hat. Der westberliner ALer Rainer Esche wird als Ex-KBler bezeichnet, obwohl dieser in mehreren Veröffentlichungen seine ehemalige Mitgliedschaft im KBW und die gründliche Reinigung hiervon erklärt hat.

Eine böse und offensichtlich gewollt lancierte Spitze zur Diffamierung des KB ist die Behauptung Wagners, der VS habe 1984 Einblicke in das grüne ,,Innenleben'' in Hamburg mit — wie vielsagend formuliert wird — ,,V-Leuten ,auf dem Rücken des KB' '' erhalten (siehe auch nebenstehenden Textauszug). So ins Zwielicht getaucht, sitzt man dann als KBler/in davor und überlegt und überlegt, verdächtigt vielleicht ...? Nun wollen wir nicht bestreiten, daß solche Beobachtungen möglich waren, zumal die uns bekannten ,,Kungeltreffen'' 1984 — es gab Fraktionstreffen von drei verschiedenen Strömungen — relativ offen waren und nicht konspirativ abgehalten wurden, ebenso wie die Kontroversen dann auf GAL-Mitgliederversammlungen ausgetragen wurden, in den GAL-Publikationen oder auch im ARBEITERKAMPF nachgelesen werden konnten. So soll der KB wohl durch ominöse Andeutungen zum ,,Sicherheitsrisiko'' erklärt werden, eine Überlegung, die vermutlich mit grünen Abgrenzungsbedürfnissen gegenüber Kommunisten spekuliert.

Wagner weist in seiner Beschreibung der Observation der Grünen durch den VS darauf hin, daß *,,die ideologische Vielfalt und die Wahlerfolge der Ökopartei ... das Ordnungs- und Vorstellungsvermögen vieler Geheimdienstler''* überfordern. Drei VS-Strömungen, ,,Denkschulen'', will er dabei ausgemacht haben. Die ,,Geheimdienstler'', die unsystematisch jede Einzelnachricht aneinanderreihen, Beispiel dafür sei die Studie über die grünen Bundestagsnachrücker, die sich — so der Hamburger VS-Chef Lochte — *,,wie ein Zettel mit Laborwerten, nur ohne jeden Befund''* lese und eines echten Verfassungsschutzes unwürdig sei. Dieser ,,Denkschule'' wird die Datensammelwut des VS untergeschoben.

Die ,,Juristen'' unter den Verfassungsschützern würden vor allem danach suchen, *,,den Grünen ein gespanntes Verhältnis zum Rechtsstaat, ein ungeklärtes Verhältnis zur Gewalt sowie eine Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols und des Mehrheitsprinzips nachzuweisen''*.

Die ungeteilte Sympathie des VS-Journalisten Wagner scheint den ,,Politikern'' unter den Verfassungsschützern zu gehören, für die er stellvertretend Lochte zitiert. Dem mißfalle unsystematische Datensammelei und ,,Berichte ohne Bewertung'', die ein VS-Amt nicht verlassen dürften. Er warnt auch — in Abgrenzung von den ,,Juristen'' — davor, aus der Sammlung unbotmäßiger Äußerungen falsche Schlüsse zu ziehen, denn — so gibt Wagner mit eigenen Worten wieder: *,,Gewiß kann man die starken Sprüche eines Joschka Fischer oder Rainer Trampert für bare Münze nehmen. Man kann sie aber ebensogut als politisches Maulheldentum abtun. Aus dem Zusammenhang gerissene Zitate aus Reden oder Büchern sagen zudem wenig über das politische Credo der Grünen aus. Bei ihnen gibt es keine einheitlichen Zielvorstellungen oder verbindliche Programme. Außerdem ist hinter jedes Zitat ein Fragezeichen zu setzen: Gilt bei den schnellebigen Grünen ein Satz von 1981 auch noch 1985?''* Lochte betont ,,Umdenkungsprozesse'' bei den ehemaligen ,,Extremisten''. ,,Aus den meisten Roten seien Grüne geworden'', weiß er zu berichten und nennt namentlich für diese Wandlung Fischer, Ebermann, Esche und Schmierer. Es ist zu vermuten, daß Lochte eher die Einschätzung der integrativen Kraft der Grünen teilt; so ist für Holger Börner Fischer ein Repräsentant des ,,kritischen Teils der jungen Generation, der sich korrigiert hat und in unserem Staat mitarbeiten will''. Also, so das nicht gezogene Fazit, unbequeme Demokraten sind sie teilweise schon, aber Gefahren für das System gehen von ihnen nicht aus. Das aber sehen die Sprangers anders. Sie hätten schon wieder aufmerksam Thomas Ebermanns staatsfeindliche Ansichten in der Staatsdebatte der ,,Konkret'' (12/85) notiert, schreibt Wagner. Eine notwendige Genugtuung für Ebermann, der in die zitierte grüne Ahnengalerie nun wirklich nicht gehört. Und möglicherweise auch ein Hinweis auf einen Irrtum Lochtes, da an besagter Staatsfrage und dem staatlichen Gewaltmonopol ein wichtiger grüner Streit verläuft, dessen Ausgang darüber entscheidet, ob ein Teil der Grünen auch zukünftig noch als Verfassungsfeinde gilt.

hr.

»V-Leute 'auf dem Rücken des KB'«

Auszüge aus dem Artikel von Joachim Wagner in der ZEIT vom 20.12.85:

,,Beobachtungsobjekte sind jedoch — und das ist unter den Verfassungsschützern unstreitig — einzelne Extremisten in der Protestbewegung. Damit kann der Verfassungsschutz sich auf zwei Wegen über die Grünen informieren: aus allgemein zugänglichen Quellen und mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Dafür ein Beispiel: Als der KB nach der Auf-

presseamt nach'.!!

Schwierigkeiten habe der VS, so Wagner weiter, mit der *,,quantitativen Analyse' des extremistischen Potentials bei den Grünen ... ,Besser, wenn auch nicht vollständig' ist er über die Vorstände und Fraktionen der Grünen informiert. Nach dem vertraulichen ,Spranger-Bericht' haben knapp ein ,Zehntel der insgesamt 94 Mitglieder der zehn Landesvorstände', ,mindestens fünf, also fast die Hälfte der elf*

Untersuchungen ab, die die Ämter nicht rausrücken — und das dürften zweifellos die interessanteren sein — so ist da insgesamt wenig Aufregendes zu verzeichnen, dafür um so mehr Zwielichtiges, Schlampiges und die Bestätigung, daß Verfassungsschützer wie Zimmermann, Spranger & Co. bedenkenlos jede oppositionelle Handlung als verfassungsfeindlich einstufen. So weit sehen wir also unser Weltbild bestätigt.

Was uns dennoch zu einer Kommentierung veranlaßt, ist die Hartnäckigkeit, mit der die grobschlächtigen Verfassungsschützer unsere Organisation — den KB — wieder und wieder in einer Art und Weise mit den Grünen in

groben Klötze von Sprangers Schnüfflern ist der Versuch einer Analyse der Verfassungsschutz-Erkenntnisse und -Diskussionen über die Grünen, den Joachim Wagner in der ZEIT vom 20.12.85 unternimmt.

,,Verkappte Staatsfeinde oder unbequeme Demokraten?''

... *,,Wie der Verfassungsschutz die Grünen beobachtet''* ist dieser Artikel überschrieben. Joachim Wagner ist kein Unbekannter. Er ist der VS-Journalist mit Intimkenntnissen, die auch mal dann eingesetzt werden,

,,Innenleben'' in Hamburg mit — wie vielsagend formuliert wird — ,,V-Leuten ,auf dem Rücken des KB' '' erhalten (siehe auch nebenstehenden Textauszug). So ins Zwielicht getaucht, sitzt man dann als KBler/in davor und überlegt und überlegt, verdächtigt vielleicht ...? Nun wollen wir nicht bestreiten, daß solche Beobachtungen möglich waren, zumal die uns bekannten ,,Kungeltreffen'' 1984 — es gab Fraktionstreffen von drei verschiedenen Strömungen — relativ offen waren und nicht konspirativ abgehalten wurden, ebenso wie die Kontroversen dann auf GAL-Mitgliederversammlungen ausgetragen wurden, in den GAL-Publikationen oder auch im ARBEI-

17.12.85

Exklusiv Geheimakte über die Grünen

Von EINAR KOCH

Hier Einzelheiten aus der von Staatsekretär Spranger angeforderten Geheim-Akte über die Grünen:

● **Grünen-Fraktionssprecher Christian Schmidt (42):** „Wurde im Oktober 1982 auf der Jahreshauptversammlung der 'Initiative Sozialistische Politik' (ISP) in die Redaktionskommission der (kommunistischen, d. Red.) Monatszeitschrift 'Moderne Zeiten' (MOZ) gewählt. In der letzten Ausgabe der MOZ vom August 1984 wird er als Mitherausgeber genannt."

● **Ulrich Fischer (43, Platz 7 hessische Landesliste):** „Gehörte zu den Tatverdächtigen, die am 5. 5. 1970 einen Bombenanschlag auf das Amerika-Haus in Berlin verübt haben sollen ... Am 5. 4. 1973 wurde seine Adresse in den Unterlagen des Fritz Teufel (Ex-Kommunarde, d. Red) gefunden ..."

● **Udo Tischer (29, MdB):** „Gehörte 1984 auch zum Herausgeberkreis des von der trotzkistischen GIM im Rahmen ihrer Kampagne für die 35-Stunden-Woche initiierten periodischen Informationsdienstes 'Info 35'."

● **Joachim Knipp (31, Platz 3 Landesliste Rheinlandpfalz):** „1982 war er Einlader ... von Treffen des 'Arbeitskreises Ökologie und Marximus' (ehem. Mitglieder der 1980 aufgelösten KPD)."

● **Annemarie Borgmann (43, MdB):** „Sie ist Mitunterzeichnerin eines Aufrufs für eine Konferenz zum Thema 'Berufsverbote' am 4./5.2.1984 in Böblingen."

● **Heidemarie Dann (35, MdB):** „Beteiligte sich mit einem Gutachten zum Thema: 'Asylrecht und Abschiebepraxis' an der von der DKP beeinflußten Initiative 'Weg mit den Berufsverboten' ..."

● **Joachim Müller (38, MdB):** „Beteiligte sich 1973/74 an Veranstaltungen der 'Liga gegen den Imperialismus' und des 'Kommunistischen Studentenverbandes' ..."

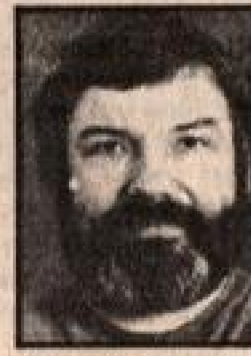
Zuständig für Kontaktnetz



Fraktionssprecher Schmidt ist querschnittgelähmt, Rollstuhlfahrer, von Beruf Lehrer.



Annemarie Borgmann, Mutter von 2 Kindern, ist Gründungsmitglied der Grünen.

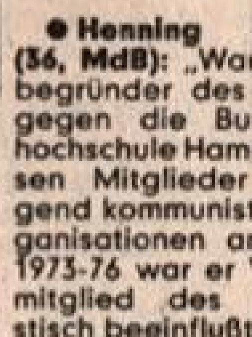


Nachrücker Fischer wurde in den 70er Jahren vom hessischen Landeskriminalamt beobachtet.

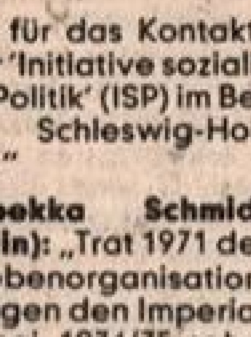
● **Henning Schierholz (36, MdB):** „War 1973 Mitbegründer des 'Komitees gegen die Bundeswehrhochschule Hamburg', dessen Mitglieder überwiegend kommunistischen Organisationen angehörten. 1973-76 war er Vorstandsmitglied des (kommunistisch beeinflußten d.Red.) 'Verbandes der Kriegsdienstgegner' (VK)."

● **Jan Bartkowiak (28, Platz 3 Landesliste Schleswig-Holstein):** „Anfang 1984 war er zuständig für das Kontaktnetz der 'Initiative sozialistische Politik' (ISP) im Bereich Schleswig-Holstein ..."

● **Rebekka Schmidt (31, Berlin):** „Trat 1971 der KPD-Nebenorganisation 'Liga gegen den Imperialismus' bei. 1974/75 nahm sie an Veranstaltungen des 'kommunistischen Studentenverbandes' (KSV), ebenfalls Nebenorganisation der KPD, teil."







»V-Leute 'auf dem Rücken des KB'«

Auszüge aus dem Artikel von Joachim Wagner in der ZEIT vom 20.12.85:

,,Beobachtungsobjekte sind jedoch — und das ist unter den Verfassungsschützern unstreitig — einzelne Extremisten in der Protestbewegung. Damit kann der Verfassungsschutz sich auf zwei Wegen über die Grünen informieren: aus allgemein zugänglichen Quellen und mit nachrichtendienstlichen Mitteln. Dafür ein Beispiel: Als der KB nach der Auflösung der ,Alternativen Liste' in Hamburg seine Mitglieder aufforderte, zusätzlich den Grünen beizutreten, gingen V-Leute ,auf dem Rücken des KB' (Geheimdienstjargon) auf grüne Kungelrunden und Versammlungen, um ihre ,Kunden' zu beobachten. Der Trick: Da nach Auffassung des Verfassungsschutzes zahlreiche Extremisten bei den Grünen eine neue politische Heimat gefunden haben, kann der Geheimdienst, indem er angeblich nur sie observiert, das ganze Innenleben der Ökopartei ausspähen.''

So habe beispielsweise der VS in Schleswig-Holstein die Drahtzieherin einer Resolution der Grünen, in der vom ,,ständigen Widerstand im Alltag'' die Rede ist, zielsicher ausgemacht: *,,Tamara Tschikowani, ehemals Aktivistin im Kommunistischen Bund, heute Landesvorsitzende der Grünen in Schleswig-Holstein''.*

Aus einem ,,geheimen Prüfbericht'' des Bundesbeauftragten für den Datenschutz, Reinhold Baumann, gibt Wagner folgende Erkenntnisse über die Grünen-Observierung preis: *,,Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat ... wiederholt V-Leute zu offiziellen Veranstaltungen der Grünen geschickt. Am 12. März 1981 besuchte ein Kölner V-Mann eine Pressekonferenz der Grünen im Bonner Tulpenfeld und schrieb darüber drei Berichte. Auch für die Bundesparteitage der Grünen 1982 und 1983 interessierten sich die Informanten aus der Geheimdienstzentrale; Redner und Funktionäre wurden im Nadis-Computer gespeichert. Nach dem Hamburger Parteitag der Grünen 1984 fragten die Kölner bei deren Kollegen an der Elbe an, ob sie ihnen nicht Berichte zusenden könnten. Die lakonische Antwort: 'Werten sie doch die Tagespresse aus oder fragen sie beim Bundespresseamt nach'.!!*

Schwierigkeiten habe der VS, so Wagner weiter, mit der *,,quantitativen Analyse' des extremistischen Potentials bei den Grünen ... ,Besser, wenn auch nicht vollständig' ist er über die Vorstände und Fraktionen der Grünen informiert. Nach dem vertraulichen ,Spranger-Bericht' haben knapp ein ,Zehntel der insgesamt 94 Mitglieder der zehn Landesvorstände', ,mindestens fünf, also fast die Hälfte der elf Mitglieder des Bundesvorstandes, darunter zwei der drei Sprecher' (Jutta Ditfurth und Rainer Trampert) früher linksextremistischen Gruppen angehört. ,Einen ähnlichen politischen Hintergrund besitzen knapp ein Achtel der insgesamt 35 Landtagsabgeordneten und mehr als die Hälfte, nämlich vier der sieben Mitglieder des Europaparlaments'',* von denen Brigitte Heinrich, Benny Härlin und Michael Klöckner namentlich mit ,,terroristischem'' Background erwähnt werden.

Von ernsthaften ,,Umdenkungsprozessen'' bei linken Grünen ist unter Bezug auf Verfassungsschützer wie Lochte die Rede: *,,Zwar hätten sich der KB und andere K-Gruppen zunächst aus taktischen Gründen der Öko-Partei angeschlossen, sie seien dann aber von den Erlebnissen und Erfahrungen bei den Umweltschützern ,infiziert' worden. So hat zum Beispiel die Mitarbeit des KB-Ablegers Z-Fraktion nach der Hamburger Analyse ,nicht nur zur Auflösung der Gruppe geführt, sie hat auch die politischen Positionen führender Mitglieder' aus dem Zirkel um Thomas Ebermann und Willi Goltermann verändert. Für die Hamburger Verfassungsschützer ist die ,politische Arbeit' von ehemaligen Mitgliedern und Anhängern der dogmatischen und undogmatischen Linken ,in einem neuen Organisationszusammenhang' keine taktische oder möglicherweise getarnte Tätigkeit für die ehemalige Organisation''.*

Unumstritten sind solche Lochte-Ansichten nicht, denn — so Wagner — *,,Erst in der vergangenen Woche hat der führende Linksextremismus-Experte im Kölner Bundesamt einen Diskussionsbeitrag Thomas Ebermanns in Konkret über den Staat und dessen Despotie als verfassungsfeindlich interpretiert.''*

Kalter Notstand:

Verweigern ist Trumpf

Thesen zur Volkszählung 87, zum maschinenlesbaren Personalausweis und den 'Geheimdienstgesetzen' der Koalition



These 1

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Volkszählung 1983 trug einen Doppelcharakter: Es verkündete zum einen erstmals ein neues ,,Recht auf informationelle Selbstbestimmung'', insonderheit die Forderung nach der ,,Zweckbestimmtheit'' von Datenerhebungen. Es formulierte andererseits die Einschränkbarkeit dieses individuellen Rechts zum ,,Schutz öffentlicher Interessen'', sofern dieser Zweck nachgewiesen und der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit gewahrt werde.

Durch das Urteil wurden einerseits die seit Mitte der 60er Jahre in der staatlichen, besonders polizeilich-geheimdienstlichen Praxis entwickelten Methoden des ,,computergestützten'' präventiven Datensammelns für unvereinbar mit der Verfassung erklärt. Damit wurden die in der Praxis bereits installierten Methoden des staatlichen Überwachungsapparates partiell und vorübergehend quasi als ungesetzlich angreifbar gemacht.

Andererseits enthielt das Urteil mit seiner Forderung nach einer staatsrechtlichen Definition der Zwecke präventiven staatlichen Datensammlens die unmißverständliche Aufforderung an ,,den Gesetzgeber'', das im Zuge der inneren Aufrüstung seit den 60ern entstandene und durch die Boykottbewegung bloßgelegte Mißverhältnis zwischen neuer staatlicher Überwachungsrealität und bisherigem Recht durch Neu- bzw. Nachdefinition staatlicher, speziell polizeilicher Aufgaben aufzuheben, d.h. die Rechtsnorm der gewandelten Realität anzupassen.

Das Urteil war zweifellos ein Erfolg der Boykott-Bewegung. Es stoppte die beabsichtigte Volkszählung und machte die Überwachungspraktiken des Staates darüberhinaus angreifbar. Das betrifft nicht nur die vorläufige Absetzung der Volkszählung 1983, sondern ebenso die Verschiebung der für das Jahr 84 geplanten Einführung des maschinenlesbaren Personalausweises sowie diverse Datenskandale der Jahre 84 und 85, von denen sich staatliche Organe, vor allem im ,,sicherheitspolitischen'' Bereich, behindert fühlten.

Gleichzeitig führte es zu einer Verlagerung der Auseinandersetzung auf die rechtliche Ebene. In der Praxis ging die Initiative des Widerstands gegen Volkszählung, Verdatung und Überwachungsstaat damit zunächst auf die wenigen beamteten Datenschützer und einen kleinen Kreis von Experten über, die sich entsprechend der Anforderung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Volkszählung mit Experten der ,,Sicherheits''bürokratien eine — weitgehend auch hinter den Kulissen sich abspielende — Auseinandersetzung um die Neudefinition von staatlichen Eingriffsrechten gegenüber den Bürgern lieferten, während die Boykottbewegung zurücksank.

Jeder neue Anlauf zu breiterem Widerstand muß diese durch den Doppelcharakter des Urteils gegebenen Voraussetzung berücksichtigen.

These 2

Für Ideologie und Organisation der staatlichen ,,Sicherheitsorgane'' bedeutete das Volkszählungsurteil des BVG in der Konsequenz entweder Rückkehr von der bereits seit Jahren — speziell unter Herold — eingeleiteten Entwicklung der Präventivpraktiken eines vorverlegten Staatsschutzes oder Aufbruch zum großen Sprung nach vorn, um die in der Praxis bereits entwickelte neue Qualität eines präventivpolizeilichen Staatschutzauftrages von den inzwischen unzeitgemäßen Fesseln einer Zweckbindung des polizeilichen Auftrags an ,,konkrete Straftaten'', konkrete ,,Störer'' usw. endgültig zu befreien, nachdem mit verschiedenen ,,Anti-Terror'- und ,,Sicherheitsgesetzen' der näheren Vergangenheit bereits halbe Schritte in diese Richtung getan worden waren. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang z.B. der ,,Musterentwurf für ein einheitli-
taten'', konkrete ,,Störer'' usw. endgültig zu befreien, nachdem mit verschiedenen ,,Anti-Terror'- und ,,Sicherheitsgesetzen' der näheren Vergangenheit bereits halbe Schritte in diese Richtung getan worden waren. Zu nennen ist in diesem Zusammenhang z.B. der ,,Musterentwurf für ein einheitli-
ches Polizeigesetz' von 1977, das darauf folgende sog. Razziengesetz von 1978, mit dem neben anderem polizeiliches Handeln vom Vorliegen konkreten Verdachts gelöst wurde. Nicht zu vergessen auch die kürzlich erst verabschiedeten Richtlinien der Länderinnenminister-Konferenz zum Einsatz von ,,under cover agents''(UCA), mit denen nach langjährigem Drängen und aufgrund konkreter Praxis entsprechender Sonderpolizeieinheiten die Loslösung des Polizeiauftrags von seiner Legalitätsbindung auf dem Verordnungsweg besiegelt wurde.

Die ,,Sicherheits''bürokraten entschieden sich nach anfänglichem Schock selbstverständlich für den Sprung nach vorn: sie legten ein umfängliches Paket von Gesetzes-Novellierungs-Vorschlägen vor, in denen der Auftrag des BVG-Urteils zur Zweckdefinition staatlicher Datensammlungen offensiv genutzt wird.

Es handelt sich bei dem Paket um mehr als 10 einzelne Gesetze und Maßnahmen. Zum einen Neufassungen wie die des ,,Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz'', des VS-Gesetzes, des Bundesdatenschutz-Gesetzes, bei denen die Datenschutzklauseln nach dem Urteil neu gefaßt wurden; sodann Erstvorlagen wie das MAD-Gesetz, sowie das sog. Zusammenarbeitsgesetz, das die Datenkooperation der verschiedenen Ämter im online-Betrieb regeln soll, und außerdem im Rahmen einer Novellierung des Straßenverkehrs-Gesetzes neue Bestimmungen, die den on-line-Datenfluß zwischen Bundeskraftfahrzeugamt und der Polizei legalisieren sollen. Beschlossen sind bereits die Geset-
ration der verschiedenen Ämter im online-Betrieb regeln soll, und außerdem im Rahmen einer Novellierung des Straßenverkehrs-Gesetzes neue Bestimmungen, die den on-line-Datenfluß zwischen Bundeskraftfahrzeugamt und der Polizei legalisieren sollen. Beschlossen sind bereits die Geset-
ze zur Durchführung der sog. Mikrozensus- und der Volksbefragung. Die Mikrozensusbefragung findet bereits statt. Die Volkszählung soll am 25.5.87 beginnen. Zur Beschlußfassung stehen die Neufassung des Paßsowie des Personalausweisgesetzes an, mit denen die Einführung von maschinenlesbaren Ausweisen ermöglicht werden soll.

Statt die Zweckbindungsforderung des BVG-Urteils restriktiv gegenüber datensammelnden Behörden auszulegen, zielen die Entwürfe im Einzelnen wie in ihrer Gesamtheit auf Neudefinition des Zwecks staatlichen, speziell polizeilichen Handelns. Zweck polizeilichen Handelns ist danach in Zukunft nicht mehr allein die konkrete Strafverfolgung, bzw. auch Gefahrenabwehr bis hin zur Erhaltung von ,,Sicherheit und Ordnung'', sondern darüberhinaus die präventive Abwehr von möglichen Gefahren für die ,,Innere Sicherheit'' generell. Unter dieser neudefinierten Zweckbestimmung der Polizeiaufgaben wäre das Sammeln von Daten zukünftig grundsätzlich legal, auch wenn keine erkennbaren konkreten, sondern nur allgemeine Zwecke angebbar sind. Unter dieser Zweckbestimmung wären on-line-Anschlüsse, d.h. das faktische Zusammenschließen aller ,,sicherheitspolitisch'' relevanten Staatsorgane, einschließlich VS und Polizei legal. Unter dieser Zweckbestimmung wären auch Einsichtnahme und evtl. Löschung von bestimmten konkreten auf eine Person bezogenen Daten von vornherein überflüssig bis unpraktikabel, da konkrete Personen ja gar nicht betroffen sind...usw.

Was hier legalisiert und damit weiter
Polizei legal. Unter dieser Zweckbestimmung wären auch Einsichtnahme und evtl. Löschung von bestimmten konkreten auf eine Person bezogenen Daten von vornherein überflüssig bis unpraktikabel, da konkrete Personen ja gar nicht betroffen sind...usw.
Was hier legalisiert und damit weiter
beschleunigt werden soll, ist die durch die Entwicklung der letzten Jahre faktisch bereits stattfindende Aufhebung der staatlichen Gewaltenteilung durch einen zentralisierten, präventiv agierenden Informations- und Handlungsverbund aller ,,sicherheitsrelevanten'' Organe dieses Staates. Dies gilt innerhalb der Exekutive selbst durch Legalisierung der on-line-Kooperation zwischen den Ämtern, nicht zuletzt auch zwischen Geheimdiensten und Polizei. Dies gilt aber auch für das Verhältnis von Exekutive, Judikative und Parlament, zwischen denen die Gewichte noch weiter zugunsten der Exekutive verschoben werden.

Faktisch liefe dies auf eine Vorverlagerung von Notstandsrecht ohne Ausrufung des Notstandsfalls hinaus.

These 3

In einer demokratischen Gesellschaft, deren Geschichte nicht der Faschismus wäre, und deren Gegenwart nicht die Konturen eines möglichen Polizei- und Überwachungsstaats befürchten ließen, könnte man über den bürokratischen Unsinn der aktuellen ,,Datenschutz''-Gesetzgebung sowie die bereits laufende Mikrozensusbefragung, die geplante neue Volkszählung, selbst die Einführung des maschinenlesbaren Plastikausweises lachen oder sich gar der so laut herausgestellten Planungs- oder Bequemlichkeitsvorteile bedienen und erfreuen. Unter den für die BRD gegebenen Bedingungen allerdings ist Skepsis und durch historische sowie aktuelle Erfahrung geprägtes Mißtrauen in die staatlichen Absichten erstes Bürgerrecht und zugleich -pflicht. Der politische Skandal liegt tatsächlich weniger in den Einzelmaßnahmen und -gesetzen als vielmehr in dem Gesamtzusammenhang, in dem sie stehen.

Die Mikrozensus-Befragung ist von geringem praktischen Nutzen für ihre Betreiber und wäre von geringer politischer Bedeutung, wenn sie nicht für die staatlichen Statistiker und Planungsstrategen in erster Linie ein Testfeld für die Akzeptanzbereitschaft der Bevölkerung gegenüber der geplanten Neuauflage der Volksbefragung wäre. Unter diesem Gesichtspunkt kann und muß sie auch Focus und Prüfstein für die Entwicklung von Widerstand gegen die Volkszählung sein.

Die Volkszählung wird von ihren Betreibern als unverzichtbar für die materielle Zukunftsicherung und damit Regierbarkeit der BRD dargestellt. Dem ist keineswegs zu widersprechen. Im Gegenteil, genau dies gilt es klarzustellen: die Volkszählung ist als massenstatistisches Instrument der Konfliktforschung ein wesentlicher Bestandteil der ,,sicherheitspolitischen'' Präventionsstrategien, mit denen die Herrschenden für sich eine größere Kalkulierbarkeit der gesellschaftlichen Entwicklung zu erreichen hoffen.

Auch der geplante Plastikausweis ist nicht ,,an sich'' gefährlich, sondern könnte unter anderen gesellschaftli-

Fortsetzung

chen Umständen und unter pragmatischen Gesichtspunkten einer größeren Alltagsbequemlichkeit dienen. Als I-punkt technischer Massenkontrolltechnik und konkrete Spitze der gegenwärtig betriebenen Legalisierung einer staatlichen Überwachungsermächtigung sowie vor dem Hintergrund der Erfahrung mit faschistischen Erfassungsmethoden hierzulande ist seine Einführung allerdings kategorisch abzulehnen und zu bekämpfen.

Kritik und Widerstand gegen den Mikrozensus, die Volkszählung wie auch die Einführung des maschinenlesbaren Ausweises kann nur sinnvoll sein, wenn sie als Bestandteil des ,,sicherheitspolitischen'' Präventionskonzepts der Herrschenden der BRD begriffen und wenn transparent gemacht wird, daß die damit angestrebte ,,Zukunftsicherung'' und ,,Regierbarkeit'' nicht zugunsten, sondern zukosten der Mehrheit der Bevölkerung zu Buch schlägt.

Die praktische Entwicklung einer neuen Widerstandsbewegung gegen die aktuelle Offensive der Koalition in Richtung Legalisierung des Überwachungsstaats kann aber wenn, dann nur von konkreten Kristallisationspunkten ausgehen, von denen aus der Gesamtzusammenhang auch für den Nicht-Experten und die Nicht-Expertin deutlich gemacht und spürbare Erfolge organisiert werden können. Als solche Kristallisationspunkte eignen sich die kommende Volkszählung und die beabsichtigte Einführung des maschinenlesbaren Ausweises.

These 4

In der aktuellen ,,sicherheitspolitischen'' Diskussion zeigen sich die ,,Sicherheits''strategen in der Hauptlinie zufrieden mit dem gegenwärtig erreichten gesellschaftlichen Konsens einer relativ weitgehenden Befriedung. Zugleich wird aber mehr noch als bereits in den zurückliegenden Jahren die Unkalkulierbarkeit der zukünftigen gesellschaftlichen Entwicklung, eine deutlicher werdende Grenze der ,,sicherheitspolitischen'' Prognosefähigkeit, und in diesem Zusammenhang die trotz des schon erreichten Standes unzureichende Versorgung der staatlichen Planungs- und ,,Sicherheits''organe mit den gewünschten Daten beklagt.

Auf einem im Sommer 1986 von der Polizeiführungsakademie Hiltrup unter dem bezeichnenden Thema ,,Polizei in den 90er Jahren'' durchgeführten Forschungs- und Ausbildungsseminar wurden als Schwerpunkte zukünftiger Polizeiarbeit vorgestellt:

— verstärkter Ausbau der Überwachungs- und Kontrolltechnik, insonderheit auch der ,,sicherheitspolitischen'' Datensammlungen,

— die Neueinrichtung eines sog. Prognosegremiums, dessen Aufgabe die mit wissenschaftlicher Systematik betriebene Auswertung verstärkt zu beschaffender Sozialdaten ist.

Dies gibt den aktuellen statistischen Erhebungen wie dem Mikrozensus, wie vor allem auch der geplanten neuen Volkszählung und der beabsichtigten Einführung des maschinenlesbaren Ausweises eine deutliche - auch aktuelle — Funktion.

These 5

Gegen den Versuch der Herrschenden, die für ihre Zwecke mangelhafte Kal-

nahmen zu protestieren. Das ganze neue Gesetzespaket sowie die beabsich-

These 5

Gegen den Versuch der Herrschenden, die für ihre Zwecke mangelhafte Kal-
kulierbarkeit gesellschaftlicher Entwicklung u.a. durch Ausforschung und Kontrolle der Mehrheit der Bevölkerung für sich kalkulierbarer und damit ,,regierbarer'' zu machen, kann es von denen, die die Objekte der so gewonnenen Entscheidungen sein sollen, im Grundsatz nur eine einzige Entscheidung geben, die im eigenen Interesse vernünftig ist: sich der Kalkulierbarkeit verweigern, sich soweit wie möglich unkalkulierbar machen.

Angesichts der Legalisierungsabsichten eines allseitigen Überwachungs- und Kontrollstaats seitens der Regierungskoalition, denen ja auch die SPD nicht nur nicht entgegentritt, sondern die sie zu Zeiten ihrer Regierungsverantwortlichkeit praktisch mit eingeleitet hat und auch jetzt wieder durch Zustimmung wie im Fall der Volkszählung oder durch Schweigen unterstützt, kann es nicht mehr darum gehen, gegen einzelne Gesetze und Maß-
nahmen zu protestieren. Das ganze neue Gesetzespaket sowie die beabsich-
tigten Maßnahmen der Zählung und des maschinenlesbaren Ausweises muß in seiner Gesamtheit vom Tisch.

In dieser Forderung sind sich bisher von der Humanistischen Union über die linkssozialdemokratische polizeikritische Zeitschrift CILIP bis zu den GRÜNEN und den wenigen verbliebenen VoBo-Initiativen alle linken Kritiker einig.

Auf den politischen Punkt gebracht bedeutet das:

— Boykott der für den 25.5.87 geplanten Volkszählung, ebenso der geplanten Einführung des maschinenlesbaren Ausweises wie auch der jetzt bereits laufenden Mikrozensus-Zählung.

— Sabotage entsprechender Vorbereitungen durch Gegeninformations kampagnen und sonstige geeignete, auch parlamentarische Gegenmaßnahmen.

Von einer erneuten Klage vor dem BVG sollte sich niemand allzu positive Auswirkung für einen möglichen Widerstand versprechen. Eine solche Klage könnte angesichts des Doppelcharakters des 83er Urteils nur dann überhaupt sinnvoll erwogen werden, wenn nicht nur das novellierte Volkszählungsgesetz und der neue Volkszählungsbogen, sondern das gesamte Paket der nach dem Urteil entwickelten Gesetzesnovellierungen und Maßnahmen dort als verfassungsfeindlich unter Anklage gestellt würde — mit dem Risiko, daß das BVG die von den Strategen der ,,Inneren Sicherheit'' vorgenommene Neudefinition der Polizeiaufgaben absegnet, da es diese Neudefinition schließlich selbst gefordert hat. Ein solches Verfahren könnte allenfalls unter dem Gesichtspunkt der Verzögerung der beabsichtigten Gesetzesnovellierungen und Maßnahmen interessant sein.

1) CILIP 21, Nr. 2/85, Schwerpunkt - neue ,,Sicherheits''-gesetze, Dokumentation und Kritik;
2) CILIP 22, Nr. 3/85, Zum Stand der Koalitionsplanungen in Bezug auf die neuen ,,Sicherheits''-gesetze, sowie Dok. und Kritik zur Änderung des Straßenverkehrsgesetzes.
3) Memorandum der Humanistischen Union zur geplanten Verschärfung des Geheimdienst- und Polizeirechts (in Auszügen u.a. im ,,Spiegel'' 2/86.

Fortsetzung nächste Seite

These 6

Praktisch müssen sich politische Aktivitäten zunächst auf die kommende Volkszählung konzentrieren. Die Bundesregierung hat sich das 700 Millionenprojekt für weitere 16 Millionen durch eine professionelle Werbefirma stromlinienförmig machen lassen. Im Dezember 86 wurde der Fragebogen auf den Markt gebracht. In den nächsten Monaten soll eine „Aufklärungskampagne" gestartet werden. Die Organisierung einer Gegeninformationskampagne ist damit erstes Gebot, wenn Widerstand entstehen soll.

Ansatzpunkte für eine Gegeninformationskampagne in Sachen Volkszählung (und Mikrozensus) sind:

1) Eine Kritik des Fragebogens:
Die Bundesregierung rühmt den neuen Fragebogen als re-identifizierungssicher. Der Fragebogen besteht aus einem sog. Mantelbogen und dem eigentlichen Fragebogen. Der Mantelbogen, der die für den Befragungsvorgang nötigen identifizierbaren Personendaten enthält, soll laut Volkszählungsgesetz nach der Befragung „möglichst zügig" abgetrennt und vernichtet werden. Hier ist der Kritikansatz: Wer kontrolliert das? Wer garantiert dafür, daß — selbst bei abgetrenntem Mantelbogen — die Daten auf dem Fragebogen nicht doch eine Identifizierbarkeit der ausfüllenden Personen erlauben? Nach dem technischen Stand ist eine solche Zusammenführung möglich. Es soll hier nicht weiter in die Details gegangen werden. Klar ist jedenfalls, daß auch der neue Fragebogen trotz aller Schönungen keinen Schutz vor einer Re-Indentifizierung der Personendaten und damit des amtlichen Mißbrauchs garantiert. In diesem Punkt reicht der Nachweis der Unkontrollierbarkeit als Argument.

2) Eine Kritik des Zwecks der Zählung:
Die Bundesregierung wirbt mit der durch die Befragung angeblich zu erreichenden „langfristig vorausschauenden Planung von Arbeitsplätzen, Renten, Schulen, Wohnungen oder Verkehrswegen" usw. Es muß und kann nachgewiesen werden, daß steigende Arbeitslosigkeit, Mißplanung und Abbau von „Lebensqualität" keineswegs Ergebnis mangelnder Daten, sondern notwendige und aktuell von der Koalition auch bewußt in Kauf genommene bzw. gewollte Konsequenz der „freien Marktwirtschaft" sind, daß darüberhinaus die evtl. neu gewonnenen Einsichten keineswegs zugunsten der Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung, sondern mit Sicherheit zu weiteren Rationalisierungs- und Sparmaßnahmen sowie sozialen und politischen Manipulationen genutzt werden sollen und werden. Das Versprechen der Bundesregierung auf mehr Wohlstand und soziale Sicherheit durch Volkszählung (= bessere Planung) muß als Demagogie bloßgestellt werden, die die tatsächlich von der Bundesregierung produzierte soziale Demontage und Unsicherheit nicht nur kaschiert, sondern tendenziell sogar verstärkt und auch verrauß, zum Verteidigungsminister ernannt. Er erklärte bereits einen Tag später unter anderem, daß der Verzicht der Bundesre sachlich nachvollziehbaren Rückbezugs auf Erfahrungen mit dem Faschismus. Das heißt vor allem Erinnerung an die Methoden unen deutschen Streitkräften etwa Atomwaffen aus der Produktion anderer Atlantikpaktstaaten zur Verfügung gestellt würden."eren. Vorlage von Beweisen zur personellen, methodischen und ideologischen Kontinuität der aus dem Faschismus stammenden Überwachungspraktiken u.a.m..

Das bedeutet zum zweiten die Bloßstellung von Volkszählung und Mikrozensus als Bestandteil der aktuellen Offensive der „Sicherheitsbürokratie" für die Legalisierung und den weiteren Ausbau des Überwachungsstaats im Sinne der voranstehenden Thesen.

Wenn eine solche Gegeninformationskampagne Aussicht auf Verbreitung über einen kleinen Kreis von Experten hinaus haben soll, dann ist es allerhöchste Zeit, jetzt damit zu beginnen. Weitere Schritte werden davon abhängen, ob es gelingt, anläßlich der bevorstehenden Volkszählung einen ersten neuen Pflock einzuschlagen.

'Datenschutz' in der Praxis ein Fremdwort

Schon in den 60er Jahren erklärte der damalige CSU-Innenminister Höcherl (der Opa von „Enkel" Zimmermann) freimütig vor'm Bundestag, seine Beamten könnten nicht immer mit dem Grundgesetz unterm Arm herumlaufen. Was einem CSU-Innenminister damals recht war, ist dem SPD-Senat in Hamburg heute billig, der unlängst einräumen mußte, daß seine Beamten nicht den rechten Überblick über Datenschutzbestimmungen haben. Der mangelnden Übersicht rückt das Kinderhaus Heinrichstraße inzwischen mit Strafanzeigen gegen vier Senatoren und etliche hohe Beamte zu Leibe.

Der Hamburger Senat hatte Anfang 1985 eine „Organisationsuntersuchung" über seine städtischen Kindertagesheime ausgeschrieben. Untersucht werden sollte, ob die Erzieher(innen) in den Heimen ausgelastet seien, oder ob irgendwo „Personalüberhänge" bestünden, die sparpolitisch genutzt werden könnten. Den Zuschlag erhielt — da war der Senat überhaupt nicht sparbewußt — der teuerste Bewerber, die Unternehmensberatung Knight Wendling AG, die bundesweit einen hochkarätigen Kundenkreis hat. Über 400.000 DM sollte das Gutachten dieser Firma kosten. Mit dem Geld kann man knapp zehn Erzieher ein Jahr lang bezahlen.

Einbezogen werden sollte in die Untersuchung ein Vergleich zwischen Personalkosten der städtischen Heime und denen von Heimen freier Träger (also nicht-staatliche Tagesstätten der Kirche u.ä.). Zu diesem Zweck überließ die Behörde für Arbeit, Jugend und Soziales in Hamburg der Firma Knight Wendling die in der Behörde geführten „Pflegesatzakten" (das sind Akten, die sich ansammeln, wenn ein Heim eines freien Trägers mit der Stadt Kostenerstattungsvereinbarungen trifft für die Betreuung derjenigen Kinder, die Anspruch auf öffentliche Jugendhilfe haben) des Kinderhauses Heinrichstraße, ohne dort vorher um Genehmigung zu fragen. *„Diese Akten enthielten sowohl Angaben über Betriebs- und Geschäftgeheimnisse"* (so etwas haben auch Alternativbetriebe — zumindest gegenüber Behörden) *„des Kinderhauses (Kostenaufstellungen und -kalkulationen, Stellenpläne ...) aus auch personenbezogene Daten von Mitarbeitern (Name, Anschrift, Geburtsdatum, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Ausbildung, Gehaltshöhe, Arbeitszeit, Kinderzahl etc.)"* (Presseerklärung des Kinderhauses vom 6.12.85).

Diese Zweckentfremdung der Kinderhaus-Daten ist umso dreister, als zwischen dem Tagesheim und der Stadt seit Jahren ein Prozeß läuft um die Höhe der monatlich zu erstattenden Betreuungskosten, in dem die Frage, wieviel Personal für wieviel Kinder erforderlich ist, eine zentrale Rolle spielt. Das Kinderhaus hat Kleinstkindergruppen mit acht Kindern, Vorschulkindergruppen mit 15 und Schulkindergruppen mit 18 Kindern und jeweils zwei Erziehern. Das Hamburger Jugendamt meint, zwei Erzieher/innen müßten mindestens zehn Kinder unter drei Jahren, 20 Vorschulkinder und 20 Schulkinder betreuen. Das „Gutachten" einer „unabhängigen" Unternehmensberatung wäre — beim für die Behörde günstigen Ergebnis — in diesem Prozeß sicherlich anzubringen gewesen.

Besonders brisant ist der Fall auch dadurch, daß die Daten über das Kinderhaus-Personal vom Jugendamt als Aufsichtsbehörde gesammelt worden sind. Die Träger von Kindertagesheimen sind zu dieser Datenweitergabe über ihre Mitarbeiter an die Behörde verpflichtet, damit das Jugendamt feststellen kann, ob die Kinder durch geeignete Fachkräfte betreut werden. Schon die Weitergabe dieser Daten in „Pflegesatzakten", in denen es um Kostenregelungen geht, ist zumindest nicht mit dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes vereinbar. Die Weitergabe an Knight Wendling,

nicht mit dem Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichtes vereinbar. Die Weitergabe an Knight Wendling,

ein behördenfremdes Privatunternehmen, ist nur noch der krönende Höhepunkt. Zu Recht zieht das Kinderhaus als Vergleich die Gewerbeaufsicht heran, die im übrigen auch zur Sozialbehörde gehört, und die Finanzämter, für deren Daten ein solcher Transfer undenkbar ist: *„Für beide ist eine ‚besondere Geheimhaltungspflicht' selbstverständlich und teilweise auch gesetzlich vorgeschrieben."* (Presseerklärung Kinderhaus).

In Hamburg ziert sich der Senat unter Bezugnahme auf diese Geheimhaltungspflicht, Angaben über Arbeitsschutzbedingungen bei Chemiefirmen zu machen. Die Bundesregierung verweigert die Herausgabe von Flicks Steuerakten. Aber bei ähnlich „sensiblen Daten" eines Kindertagesheims wird munter ausgetauscht, obwohl diese Kinderhaus weder Schwermetalle abgibt noch Politiker schmiert. Das sind solide kapitalistische Verhältnisse.

Datenschutz — das unbekannte Wesen?

Wegen dieser Aktenweitergabe zur Rede gestellt, fiel der Behörde eine Formulierung ein, die in jedem Wettbewerb für elegante Formulierungskünste bestehen könnte: *„Die Behörde bedauert, daß einzelne ihrer Mitarbeiter, die die Akten herausgegeben haben, Rechtsvorschriften nicht in ausreichendem Maße erkannten und berücksichtigten. Sie entschuldigt sich hierfür."* Oder frei nach Höcherl: *„Unsere Mitarbeiter können nicht immer mit dem Sozialgesetzbuch unterm Arm herumlaufen!"* Was würde wohl einem kleinen „Ladendieb" geschehen, der sich vor Gericht entschuldigt, er habe leider die gesetzlichen Bestimmungen hinsichtlich fremden Eigentums „nicht in ausreichendem Maße erkannt und berücksichtigt", schließlich könne man zum Einkaufsbummel nun ja nicht immer das Strafgesetzbuch mitnehmen? Gegenüber der Presse legte die Behörde noch zu: da war der ganze Datenskandal einfach ein „Versehen". Das Kinderhaus sah sich darauf veranlaßt, dem Senat den ungebetenen Ratschlag zu geben, *„die Fortbildung in Hamburger Behörden über den Datenschutz erheblich zu verbessern"* (Presseerklärung, 11.11., also zum richtigen Zeitpunkt).

Wie weit reicht der Sozialdatenschutz?

Der vom Kinderhaus Heinrichstraße aufgedeckte Fall von Datenmißbrauch im sozialen Bereich (von dem im übrigen auch zwei andere nicht-staatliche Träger von Kindertagesheimen betroffen waren), wirft ein Schlaglicht auf den Umgang mit sog. Sozialdaten.

„Sozialdaten" sind alle Daten über Personen, die im Zusammenhang mit Sozialleistungen erhoben worden sind (vom Kindergeld bis zur Rente, Sozialhilfe, Krankenkassenleistungen, Wohngeld usw.). Jeder kann davon ausgehen, daß irgendwo Sozialdaten von ihm gespeichert werden. Diese Daten unterliegen dem „Sozialgeheimnis", d.h. sie dürfen *„nicht unbefugt offenbart werden"* (§ 35 SGB X). Insgesamt 10 weitere Paragraphen regeln dann, wann eine „Offenbarung" zulässig ist, u.a. dann, wenn der Betroffene vorher zugestimmt hat, wenn es dem *„Schutz der inneren und äußeren Sicherheit"* dient und weiter Punkte. Perfekt ist dieser Datenschutz also mit Sicherheit nicht.

Trotzdem hat, siehe den Fall Kinderhaus, der Staat Probleme mit diesem Datenschutz. Die Hamburger Sozialbehörde — kaum vom Schock des Ertapptwerdens durchs Kinderhaus genesen — hat sich inzwischen daran gemacht, diese Probleme durch kreative Rechtsinterpretationen etwas zu mildern. Wie häufiger im „Datenschutz" gibt es auch bei den „Sozialdaten" einen Gummiparagraphen (§68 SGB X), der die Weitergabe zuläßt, *„soweit sie erforderlich ist ... für die Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe"* im sozialen Bereich. Man könnte ja, überlegten findige Geister, die Erstellung einer „Organisationsuntersuchung" in den städtischen Tagesheimen ganz einfach zur „Erfüllung einer gesetzlichen Aufgabe" erklären. Dem Staat ist ganz offenkundig daran gelegen, diesen Paragraphen extensiv zu seinen Gunsten zu nutzen. Das Kinderhaus Heinrichstraße hat angekündigt, daß es dagegen in seinem Fall auch Gerichte anrufen wird, wenn die Behörde ihre neuen Interpretationen nicht zurücknimmt.

seinem Fall auch Gerichte anrufen wird, wenn die Behörde ihre neuen Interpretationen nicht zurücknimmt.

Demokratische Rechte und Sparpolitik

Das Gutachten der Unternehmensberatungsfirma liegt im übrigen inzwischen zumindest im Entwurf vor. Danach sind angeblich in den städtischen Tagesheimen 500 bis 700 Mitarbeiter überflüssig (von insgesamt 2.500). 20 Kinder im Vorschulalter brauchen danach nicht zwei Erzieher, sondern könnten mit eineinhalb auskommen; Früh- und Spätdienste für Kinder, deren Eltern früh mit der Arbeit beginnen oder spät aufhören, sollen reduziert werden usw. Zielrichtung ist die „Verwahranstalt für Kinder", von der sich der Staat angeblich durch die „Reformpolitik" der siebziger Jahre gelöst haben will. Daß auf dem Wege zur „Ermittlung" dieser — mit dem Schleier der Objektivität einer „unabhängigen" Unternehmensberatung umhüllten — „Ergebnisse" auch der Datenschutz — ein demokratisches Recht — auf der Strecke blieb, verwundert nicht. Der sparpolitische Zweck heiligt die Mittel.

Einhellige Freude über diese Ergebnisse herrscht im Hamburger Senat offenkundig nicht. Der Sozialsenator Jan Ehlers, dem linken Flügel der SPD zugerechnet, hält sie für nicht annehmbar und fordert Nachbesserungen am Gutachten. Der Bürgermeister vom rechten Flügel, Alfons Pawelczyk, dem das für Personalfragen und damit auch -einsparungen zuständige Senatsamt für den Verwaltungsdienst untersteht, weist diese Kritik zurück. Bei diesen Differenzen bleibt den Senatoren eine Gemeinsamkeit. Das Kinderhaus und etliche seiner Mitarbeiter haben — pluralistisch denkend — gegen beide Strafanzeige gestellt und dann auch noch gegen den Finanz- und Innensenator, die auch mit der Erstellung der Untersuchung zu tun haben. Die „Verletzung von Privatgeheimnissen" durch Amtsträger ist nämlich in der BRD als Straftat nach § 203 Strafgesetzbuch mit bis zu einem Jahr Freiheitsstrafe bedroht, die „Verletzung des Dienstgeheimnisses" mit bis zu fünf Jahren. Mal sehen, wie ernst die Staatsanwälte den Datenschutz nehmen. Politiker auf der Anklagebank sind heute doch in Mode.

Übersicht über das Ermächtigungsgesetz

Übersicht über das Ermächtigungsgesetz

Aus dem Memorandum der Humanistischen Union zu den neuen 'Sicherheitsgesetzen'

Der Entwurf eines neuen *Bundesverfassungsschutzgesetzes* ändert die bisherigen Aufgaben des Verfassungsschutzes nicht. Die Befugnis, nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden (heimliche akustische und optische Observation, Einsatz von V-Leuten etc.), bleibt bestehen. Dabei soll die „Erhebung personenbezogener Daten" auch dann möglich sein, wenn kein Verdacht vorliegt, sondern „nachrichtendienstliche Zugänge gewonnen werden können".

Erweitert werden auch die Befugnisse des Verfassungschutzes, sich mittels der elektronischen Datenverarbeitung Informationen zu verschaffen. Ein nahezu unbeschränkter Datenfluß aus der öffentlichen Verwaltung an den Verfassungschutz wird zulässig. Bestimmte Informationen müssen auch ohne Aufforderung dem Verfassungsschutz mitgeteilt werden.

Darüber hinaus können alle Behörden von sich aus alles mitteilen, was dem „Verfassungsschutz bei der Erfüllung seiner Aufgaben" dienlich ist. Dabei und bei der Weitergabe von Daten des Verfassungsschutzes wird kaum ein Unterschied gemacht, ob es sich um die Abwehr von Spionage und Terrorismus handelt oder um die Zugehörigkeit zu unerwünschten Organisationen und Aktivitäten.

Die Weitergabe personenbezogener Daten an andere Behörden, alliierte Dienststellen, ausländische Geheimdienste und an „andere als öffentliche Stellen" wird in einem bestimmten Umfang erlaubt. Der Aufbau von Dateien über Personen wird sogar mit „Textauszügen" aus Akten zulässig, ohne daß der Bürger von solchen Bewertungen etwas erfährt und ohne daß er etwas dagegen unternehmen kann. Aus einer Fundstellendatei, die — wie bisher das Nachrichtendienstliche Informationssystem („Nadis") — lediglich darauf verweist, an welcher Stelle Akten geführt werden, wird eine Bewertungsdatei.

Der *Militärische Abschirm dienst* (MAD) erhält die bislang fehlende gesetzliche Regelung mit den selben Befugnissen wie der Verfassungsschutz. Es gibt keine eindeutige Trennung der Aufgabenbereiche zwischen beiden Geheimdiensten. Der MAD kann überall im „zivilen" Bereich tätig werden, sofern er nur geltend macht, daß die Belange der Bundeswehr tangiert sind. Faktisch führen die vorgesehenen Regelungen dazu, daß die bisher illegale „Zersetzerkartei" rechtlich nicht mehr beanstandet werden kann.

In einem weiteren Gesetzentwurf soll die *Amtshilfe zwischen Sicherheitsbehörden* geregelt werden. Durch dieses Gesetz wird der Datenverbund zwischen Geheimdiensten einerseits und Polizei (einschließlich Bundeskriminalamt und Bundesgrenzschutz) und Strafverfolgungsbehörden andererseits zulässig.

Damit wird die aus bitteren Erfahrungen mit einer Geheimen Staatspolizei (Gestapo) entstandene und zu materiellem Verfassungsrecht erhobene Trennung zwischen Polizei und Geheimdiensten aufgehoben.

Durch eine unscheinbare Novelle zum *Straßenverkehrsgesetz* soll eine Rechtsgrundlage geschaffen werden für ein „Zentrales Verkehrsinformationssystem" („Zevis"). Damit würden das Kfz-Bundesamt in Flensburg sowie die kommunalen Kfz-Zulassungsstellen faktisch zu Außenstellen der Polizei, die jederzeit dem polizeilichen Datenzugriff (on line) offenstehen.

Das *Personalausweisgesetz* soll nun in Kraft gesetzt und durch eine Novelle zum *Paßgesetz* ergänzt werden. Die Maschinenlesbarkeit dieser Identifikationspapiere macht es möglich, eine Vielzahl von Bürgern binnen kurzer Zeit zu erfassen. Damit wird die Grundlage geschaffen zur Konstituierung dessen, was man Erfassungsstaat genannt hat.

Die Novelle zum *Bundesdatenschutzgesetz* beseitigt nicht die Lücken des bisherigen Gesetzes, sondern schafft für die öffentliche Verwaltung durch die generelle Zulassung von Online-Verfahren und durch die Einengung des Dateibegriffes neue Freiräume.

Die Weitergabe an andere Behörden und an Private wird in größerem Umfang möglich. Die Kontrollbefugnisse der Datenschutzbeauftragten werden einerseits geringfügig erweitert, andererseits durch die Einengung des Dateibegriffs eingeschränkt. Eine Auskunftsverpflichtung von Verfassungsschutz, MAD und BND gegenüber dem Bürger gibt es prinzipiell nicht.

In enger Verbindung mit diesem Gesetzespaket steht die Beratung eines *Musterentwurfs für einheitliche Polizeigesetze des Bundes und der Länder* in der Innenministerkonferenz. Durch diese Bestimmungen soll die Polizei Befugnisse erhalten, die bisher Geheimdiensten vorbehalten waren.

Die Polizei erhält das Recht, in bestimmten Fällen nachrichtendienstliche Mittel anzuwenden, heimlich zu observieren, V-Leute einzusetzen und Kriminalbeamte als „Verdeckte Ermittler". Alles das soll möglich sein, ohne daß ein konkreter Tatverdacht vorliegen muß.

Die Tätigkeit der Polizei ist nicht mehr auf die Gefahrenabwehr beschränkt, sondern soll auf die „Vorsorge zur Gefahrenabwehr" und auf „vorbeugende Verbrechensbekämpfung" ausgedehnt werden. Damit wird der Polizei erlaubt, alle Daten, die ihr wichtig erscheinen, zu erheben, zu speichern und zu nutzen.

(...) Die Gesetzesentwürfe haben eine ähnliche Bedeutung wie einst die Notstandsgesetze. Die Befugnisse der Sicherheitsbürokratien werden nicht nur über den bisherigen Stand hinaus ausgedehnt, sondern so gefaßt, daß es im Sicherheitsbereich das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung faktisch nicht mehr gibt.

Das Grundrecht wird damit in bestimmten Bereichen in seinem Wesensgehalt angetastet.

VOLKSZÄHLUNG 1987
Personenbogen

Linke Grüne zwischen Offenburg und Waterloo

Interview mit Eckhard Stratmann (ex-MdB)

AK: Auf dem Offenburger Parteitag wurden Jutta Ditfurth, Rainer Trampert und Lukas Beckmann mit 2/3-Mehrheit als Parteisprecher bestätigt. Wie schätzt Du dieses Ergebnis ein?

Eckhard Stratmann: Persönlich halte ich es natürlich für positiv, daß die Abwahl Juttas nicht geklappt hat. Das wäre innerparteilich und in der Öffentlichkeit als weiterer Sieg des Realo-Flügels verstanden worden. Diese Interpretation ist durch das Wahlergebnis unmöglich gemacht worden.

Allerdings wäre eine andere Interpretation genauso falsch: Nämlich, daß durch diese Abstimmung die bisherige Politik des Bundesvorstands bestätigt worden sei. Diese Interpretation wäre — für uns Linke und für die Ökosozialisten insbesondere — ein gefährlicher Irrtum. Die Aufgabe und die Kunst einer ökosozialistischen Position bei den Grünen besteht nämlich darin, zum einen dezidiert linke Positionen zu propagieren und bei den Grünen attraktiv zu machen, dies aber auf der anderen Seite zu verbinden mit der Praktizierung von integrativer Politik. Bei Jutta und z.T. bei Rainer habe ich aber sehr stark den Eindruck, daß sie das Bemühen um Integration im vergangenen Jahr sehr stark vernachlässigt haben und es auch gar nicht als ihre Aufgabe betrachten.

Aus meiner Erfahrung im Wahlkampf in NRW weiß ich, daß es fatale Konsequenzen für die Gesamtpartei hat, wenn verschiedene Machtzentren in der Partei gegeneinander Politik machen: In NRW war das der Landesvorstand, der die Ökosozialisten nicht repräsentiert hat, und auf der anderen Seite die ökosozialistische Strömung als Widerpart.

Eine ähnliche Konstellation haben wir auch auf Bundesebene: Die Realos herrschen in den Parlamenten vor und auf Ministerebene, die Fundis und die Linken dominieren die BuVo-Sprecher-Riege. Das muß allein schon von der Konstruktion her ein Gegeneinander geben, und das ist im Interesse der Gesamtpartei verheerend. Auch der Offenburger Pyrrhus-Abstimmungs-Sieg wird im Wahlkampfjahr noch ne-

Linken dominieren die BuVo-Sprecher-Riege. Das muß allein schon von der Konstruktion her ein Gegeneinander geben, und das ist im Interesse der Gesamtpartei verheerend. Auch der Offenburger Pyrrhus-Abstimmungs-Sieg wird im Wahlkampfjahr noch ne-

gative Wirkungen zeitigen, er wird Gegenreaktionen auslösen. Deswegen warne ich auch davor, das Ergebnis zu bejubeln.

Ich habe versucht, im Vorfeld des parteitages auch innerhalb der Parteilinken für eine Lösung zu plädieren, daß das Sprechergremium alle Hauptströmungen innerhalb der Partei wiedergibt. Eine Lösung ,,Schoppe statt Ditfurth'' wäre allerdings für mich keine Lösung gewesen, weil Waltraud genausowenig integrieren kann und will wie Jutta. Mir wäre eine Lösung am liebsten gewesen, anstelle von Jutta eine Frau zu bekommen, die von allen Strömungen der Partei angenommen werden kann. Aber ich habe gemerkt, daß innerhalb der Linksgrünen dafür kein Konsens zu finden war; denn die Linke hatte sich — zum Teil zähneknirschend — hinter Jutta zusammengeschlossen, weil der Abwahlantrag Ausdruck einer Realo-Offensive war.

„Der entscheidende Fehler der Linken"

Aber diese Taktik war doch richtig. Solange die Realos die Parlamentsarbeit beherrschen, können doch die Linken und Fundis nur versuchen, über den Bundesvorstand ein minimales Gleichgewicht zu halten.

Ich glaube, das wird sich im nächsten Jahr nicht durchhalten lassen. Man kann nicht über den BuVo ein Gegengewicht aufbauen zu einer Position, die etwa die Hälfte der Partei ausmacht. Man kann dagegen nicht so vorgehen, daß die Linken Gremien-Bastionen aufbauen, während die Basis wegrutscht. Das ist kontraproduktiv und fällt letztlich auf uns selbst zurück. Ich halte es dagegen für notwendig, daß im Februar bei der Teil-Neuwahl des Bundesvorstandes einige Vertreter/innen des Realo-Flügels gewählt werden, und zwar auch mit Stimmen der Linken.

Um aus diesem Gedankengang mal etwas positives herauszuholen: Meinst Du, daß die Linken bei den Grünen in der Vergangenheit viel zu wenig inhaltlich Flagge gezeigt haben, und stattdessen auf Postenjagd gegangen sind?

Der Fehler bestand nicht darin, daß sie sich zu sehr um Posten gekümmert haben. Sondern: Von Protagonisten der Linken ist die Auseinandersetzung um die Bündnisfrage, um die Koalitionsfrage, zu stark in den Vordergrund gerückt worden. Dies als Hauptauseinandersetzungspunkt zu betrachten, war der entscheidende Fehler.

Man muß zwar ganz klar die Koalo-Position ablehnen. Aber in erster Linie muß man ,,Ökosozialisten'' mit ,,Inhalten'' in Verbindung bringen, muß man Inhalte attraktiv machen. Und da haben die Linken in der konzeptionellen Entwicklung versagt. Ich selbst setze mich jetzt bei linksgrünen Treffen dafür ein, daß wir das sozialistische Element stärker in den Vordergrund stellen.

„Ran gehen an die Macht des Kapitals"

Das heißt?

„Ran gehen an die Macht des Kapitals"

Das heißt?

Ich selbst bin dabei, daran zu arbeiten, wie wir Konzepte zur Demokratisierung der Wirtschaft konkret auf den Tisch legen können. Die Bundestags-Fraktion hat jetzt z.B. einen Gesetzentwurf verabschiedet zur Re-Kommunalisierung der Energie-Wirtschaft. Das ist der bisher konkreteste und weitreichendste Zugriff sowohl auf die stoffliche Seite einer gesamten Branche — und die Energiewirtschaft ist ja eine strategische Branche, nicht eine x-beliebige wie z.B. Textil —, als auch auf die demokratische Struktur einer Branche, eine Art kommunale Vergesellschaftung. Ohne daß wir dies Etikett benutzt haben, ist das doch ein großer Erfolg der Linken, vor allem, wenn das in der Partei angenommen wird.

Ich bemühe mich exemplarisch am Beispiel der Stahlindustrie um eine Gesetzesinitiative zur Vergesellschaftung. Denn wenn man das auf der Gesetzesebene versucht, zwingt man sich selbst zur Konkretion, da kommt man nicht mehr mit allgemein-propagandistischen Floskeln aus. Eine solche Gesetzesinitiative würde bei ihrer Einbringung in den Bundestag eine ganz andere gesellschaftliche Diskussion auslösen, das gäbe Druck auf die SPD und die IG Metall.

Wir müssen uns endlich auch um die Demokratisierung des Bankenwesens kümmern, also auch ran gehen an die höchst profitablen Sektoren. Dasselbe gilt für die Automobil-Industrie, denn die Krise, die wir heute bei Stahl haben, kommt mittelfristig auch auf diese Branche zu. Darauf müssen wir uns schon heute vorbereiten, müssen heute schon die Konzepte ausarbeiten, mit denen wir morgen werben wollen. Es geht dabei um die ökologische und demokratische Umgestaltung eines ganzen Industriezweiges.

Auf dem Gebiet der Ökonomie haben wir bisher zu wenig Vorwärtsweisendes geleistet. Zu oft ist der Eindruck entstanden, daß die Grünen die Demokratisierung der Wirtschaft wesentlich im Zusammenhang mit dem Ausbau des Alternativ-Sektors sehen. Eine solche Position ist lächerlich. Hier müssen wir Linken schnellstens mit der Arbeit beginnen.

„Stamms Tolerierungslinie ist verheerend"

Aber die Weiterentwicklung von Inhalten hängt doch zusammen mit der Bündnis/Koalitionsfrage. Sonst landet man bei der Position von Michael Stamm (GAL Hamburg), bzw. mit anderem Vokabular bei der von Willi Hoss. Die wollen ganz tolle Inhalte für den Wahlkampf entwickeln, aber nachher Johannes Rau zum Nulltarif in den Kanzlerbungalow bringen.

Da hast du schon recht. Deshalb sitze ich mit etlichen anderen an der Ausarbeitung eines Positionspapiers der Linken, wo das zusammengebracht wird, wo insbesondere in den Bereichen Ökonomie, Ökologie — also bei der stofflichen Seite der Produktion — und in der Friedenspolitik linke Inhalte deutlich gemacht werden; und zwar nicht auf einer analytischen Ebene, sondern auf einer konzeptionellen: Was wollen wir. Und dann wird, sozusagen folgernd aus den Inhalten, eine Analyse der SPD geleistet: Was ist bei

deutlich gemacht werden; und zwar nicht auf einer analytischen Ebene, sondern auf einer konzeptionellen: Was wollen wir. Und dann wird, sozusagen folgernd aus den Inhalten, eine Analyse der SPD geleistet: Was ist bei

diesen Inhalten mit der SPD möglich, was nicht? Das Ergebnis ist für jeden Linken klar.

Aber mir liegt dann ebenso daran, daß wir nicht eine dogmatische oder prinzipielle Ablehnung einer Koalition vornehmen. Ich bin kein dogmatischer Gegner einer Koalition, sondern vertrete das unter den jetzigen Umständen und bezüglich der jetzigen SPD. Aber ich kann mir gesellschaftliche Bedingungen vorstellen, wo gerade Linke in eine Regierung reingehen sollten. Das ist zwar nicht die aktuelle Lage; aber ich möchte auf jeden Fall eine ökosozialistische Position von einer fundamental-oppositionellen abgrenzen.

Da sind wir ja schon beim nächsten Problem angelangt. Es gibt innerhalb der Linksgrünen eine ganz neue Lagerbildung. Die Gruppe um Michael Stamm (s.o.) wird von anderen Linken ja schon als ,,dritte Realo-Strömung'' gehandelt, während andere Ökosozialist/inn/en sehr eng mit den Fundis zusammenhängen.

Ich halte das, was Michael Stamm und Freunde vorlegen, im Ergebnis für verheerend. Es fällt im Ergebnis, nicht in der Intention, selbst hinter moderate Realo-Positionen zurück. Wer sagt: Wir tolerieren Rau bedingungslos und wir unterstützen seine Haushalte bedingungslos, kann m.E. überhaupt nicht mehr überzeugend begründen, warum er gegen Koalitionen ist. Ja, er fällt sogar hinter die Hessen-Koalos zurück, weil er die schlimmsten Haushalte mit Aufrüstung und Sozialabbau etc. mitträgt, ohne irgendeine Bedingung vorher einzufordern. Die Realos versuchen ja wenigstens noch Minimales zu fordern, und sie setzen ja auch Minimales durch. Das reicht uns zwar überhaupt nicht; aber bei Stamm fällt selbst dieses Minimale weg, weil jegliches Droh- und Druckpotential gegen die SPD aus der Hand gegeben wird. Wenn die SPD nachgibt, dann nur mit Druck. Dazu fehlt bei Stamm jede Möglichkeit, und deshalb ist Stamms Position verheerend. Auf diesem Level wird es keine Einigung der Ökosozialisten geben.

Falsch finde ich aber auch das andere Extrem, Stamm und Freunde jetzt sozial und politisch zu isolieren, sie zu schneiden. Man muß mit ihnen sprechen, weil es Linke sind und weil es Grüne sind, aber man muß ihnen deutlich machen, was ich eben gesagt habe.

„Keine Bindung der Ökosozialisten an die Fundis ..."

Wie stehst Du zu dem Bündnis ,,Ökosozialisten und Fundis''?

Ich habe keine Schwierigkeiten, mit Jan Kuhnert, Jutta Ditfurth oder Manfred Zieran zu reden und Inhalte abzuklären. Das mache ich auch. Aber ich möchte nicht den Eindruck verlängern, der im Zusammenhang mit der Konstellation Trampert/Bahro entstanden ist, nämlich daß es eine enge Bindung der Ökosozialisten an die Fundis gibt. Erstens weil ich *prinzipiell* Kritik an Fundi-Positionen habe, wie vorhin ausgeführt. Zweitens, weil ich *konkrete* Kritik an der Fundi-Politik in Hessen und im BuVo habe.

Erstens weil ich *prinzipiell* Kritik an Fundi-Positionen habe, wie vorhin ausgeführt. Zweitens, weil ich *konkrete* Kritik an der Fundi-Politik in Hessen und im BuVo habe.

Drittens, weil ich aus Gesprächen mit vielen Linken, die sich nicht zu der Stamm-Gruppe und auch nicht zu den Fundis rechnen, weiß, daß sie ein Zusammengehen mit den Fundis für kontraproduktiv halten und sich für eine eigenständige ökosozialistische Position stark machen.

Und deshalb sage ich: Wir müssen die ökosozialistische Position so entwickeln, daß sie attraktiv und sympathisch wird. Ich gehe immer noch davon aus, daß Ökosozialisten im Bündnis mit anderen bis in die Mitte der Partei hinein Sympathien haben. Ich möchte Mehrheiten organisieren, nicht eine kleine linke Sperrminorität. Leider sehen viele Linke das anders. Aber vor die Mehrheitsfähigkeit stelle ich, daß linke Inhalte unverfälscht konzipiert und propagiert werden. Ebenso ist für mich Voraussetzung, daß der Koalo-Kurs kritisiert wird *und* auch eine Wahlkampfführung, die nur sagt: ,,Kohl muß weg''. Wer so argumentiert, geht auf eine schiefe Ebene, die nur bei den Realos enden kann.

...Oder doch?

Du sagst, linke Inhalte müssen unverfälscht konzipiert und propagiert werden. Nun gibt es aber in der grünen Partei keine originär linken Zusammenhänge mehr, die das leisten könnten. Was es gibt, sind ,,gemischte Strukturen'' aus Ökosozialisten und Fundis. Die Fundis haben sich aber bis vor kurzem vehement dagegen gewehrt, als Linke bezeichnet zu werden — bei ihren Positionen kein Wunder!



Eckhard Stratmann gehört zum ökosozialistischen Flügel der Grünen. Bis zu seiner Rotation im Herbst '85 war er Bundestagsabgeordneter und Wirtschaftsexperte der Fraktion.

Ich habe selbst an solchen gemischten Treffen teilgenommen, und wenn es um die Erarbeitung von Inhalten geht, find ich das gut. Abgesehen von der Bündnisfrage gibt es nämlich viele Gemeinsamkeiten.

Aber gerade bei dem von Dir für so wichtig gehaltenen Bereich Wirtschaftspolitik wird das doch sehr schwierig.

Aber gerade bei dem von Dir für so wichtig gehaltenen Bereich Wirtschaftspolitik wird das doch sehr schwierig.

Glaub ich nicht. Ich kenne Manfred Zieran und Jan Kuhnert lange genug. Ich glaube, bis zum Erweis des Gegenteils, daß sie Sozialisten sind. Ich kenne keine anderen Äußerungen von ihnen. Und solange ich diesen Eindruck habe, daß man mit ihnen zusammen sozialistische Politik entwickeln kann, muß man inhaltlich mit ihnen zusammenarbeiten.

Aber dieses Spektrum muß erweitert werden um Positionen, wie sie sich unter dem Etikett ,,Zentralos'' (Ludger Vollmer) entwickeln. Es muß erweitert werden, soweit es Inhalte anbelangt, um Positionen a la Michael Stamm, denn abgesehen von der Bündnisfrage gibt es einen breiten Konsens um ökosozialistische Positionen. Und ich habe den Eindruck, daß man mit konkreten Konzepten zur Demokratisierung der Wirtschaft auch mit dem Spektrum kooperieren kann, das beispielsweise von Antje Vollmer und Christa Nickels repräsentiert wird. Beide sind keine Ökosozialistinnen, aber beide haben Sympathien für undogmatisch entwickelte sozialistische Positionen.

Vielen Dank für das Gespräch.

31.12.85
Für den AK interviewte Jürgen/Stuttgart

,,Linke in den Grünen-Hessen'' konstituiert

Wie im letzten AK berichtet haben sich in Hessen die Anhänger der fundamentalistischen Opposition als ,,Linke in den Grünen'' konstituiert. Mit der ersten Ausgabe eines gleichnamigen ,,Inforundbrief'' sind sie jetzt an die Öffentlichkeit getreten. Die Redaktion, für die namentlich Holger Bocklet, Angelika Hirschmüller, Dirk Lange und Irmela Wiemann zeichnen, schreibt im Vorwort, daß dieser Rundbrief regelmäßig erscheinen soll. Erreichen und sammeln soll er alle diejenigen in den Grünen, die ,,*die Anpassungspolitik der GRÜNEN Reformist/inn/en nicht mitmachen*'' und die ,,*keine Regierungsverantwortung wollen*'' für Atomprogramm, Militärisierung, Startbahn West, Giftmüllproduktion, Knastneubauten und autoritären Obrigkeitsstaat.

Zur Zielsetzung der Sammlung heißt es in dem Vorwort weiter: ,,*Die Mehrheit der GRÜNEN HESSEN hat ihre grün-alternative Substanz endgültig für eine vermeintliche Machtbeteiligung am Herrschaftsapparat aufgegeben. Deshalb ist es wichtig, daß sich alle, die weiter nach alternativen Formen der Politik suchen und fundamental gegen das kapitalistische Industriesystem stehen, sich den LINKEN IN DEN GRÜNEN anschließen.*

Wir wollen Resignation bei den Koalitionsgegner/inne/n nach dem Beschluß von Neu-Isenburg vermeiden, individuelle Austritte aus den GRÜNEN sind für uns keine Alternative, der Zusammenschluß soll in keiner Weise die Spaltung der GRÜNEN einleiten, im Gegenteil, wir wollen sie verhindern, indem wir durch vielfältige Informationen dazu beitragen, unsere Positionen außerhalb und innerhalb der GRÜNEN und gegenüber Koalitionsbefürworter/inne/n zu vermitteln. Dieser Rundbrief soll nicht die Spirale destruktiver Auseinandersetzungen zwischen den ‚Lagern' fortsetzen, sondern Informationen verbreitern und die außerparlamentarischen Bewegungen stärken.''

Die Initiatoren haben ein Konto für regelmäßige Spenden eingerichtet und wollen ein eigenes Büro anmieten. Sie fordern dazu auf, in den grünen Kreisverbänden solche linken Arbeitskreise zu gründen.

Die erste Nummer des 'Inforundbrief' enthält neben der redaktionellen Mitteilung noch Jan Kuhnerts Landtagsrede gegen die Koalition, dokumentiert das Flugblatt des KB in Offenburg ,,Jutta muß weg'' und die Staatsdiskussion aus der ,,Konkret'' vom Dezember 1985. Kontakt- und Bezugsadresse:

Inforundbrief
Angelika Hirschmüller
Wiesenstraße 6
6257 Hünfelden-Ohren
Tel. 06438/4660

Arbeitstreffen 'Bewegungspartei'

Die ,,Arbeitsgruppe ‚Offener Brief an die Grünen' '', deren Anliegen wir im AK 264 vorgestellt haben, hat ihren Aufruf an die Grünen, sich nicht von den Anliegen sozialer, außerparlamentarischer Bewegungen in der Bundesrepublik zu entfernen, mittlerweile mit einer Reihe Unterzeichnern veröffentlicht. Darunter sind viele Gruppen und Initiativen aus der Friedensbewegung. Im Dezember war das Anliegen der Initiatoren, ihren Appell auf dem Offenburger Parteitag der Grünen vorzustellen, unter den Tisch gefallen, da die Tagesordnung dies wegen der Reise der Delegierten nach Wackersdorf nicht zuließ. Die Leute vom ,,Offenen Brief'' wollen aber weitermachen. Sie laden ein zu einem:

,,Arbeitstreffen
‚Bewegung — Partei' ''
am 25. Januar in Frankfurt
Beginn 12 Uhr (bis ca. 19 Uhr),
im ,,Pferdestall'', Ulmenstraße 20.

Folgendes Programm ist geplant:

,,*Rahmenbedingungen von Protestbewegungen in der BRD Ende der 80er Jahre*'' (als Referent angefragt: Joachim Hirsch).

,,*Veränderte politische Bedingungen und Handlungsoptionen sozialer Bewegungen*'' (Referentin: Eva Pertzborn).

,,*Minimalanforderungen sozialer Opposition an die grüne Partei*'' (Referent: Ekkehart Krippendorf).

Jeweils im Anschluß an die Referate soll eine Diskussion erfolgen. Abschließend soll das weitere Vorgehen besprochen werden. Ein Vorschlag ist u.a. ein möglicher Kongreß zum Thema ,,*Sozialer Widerstand — Parlamentarismus; Bundestagswahl 1987, wie stellen wir uns dazu?*''

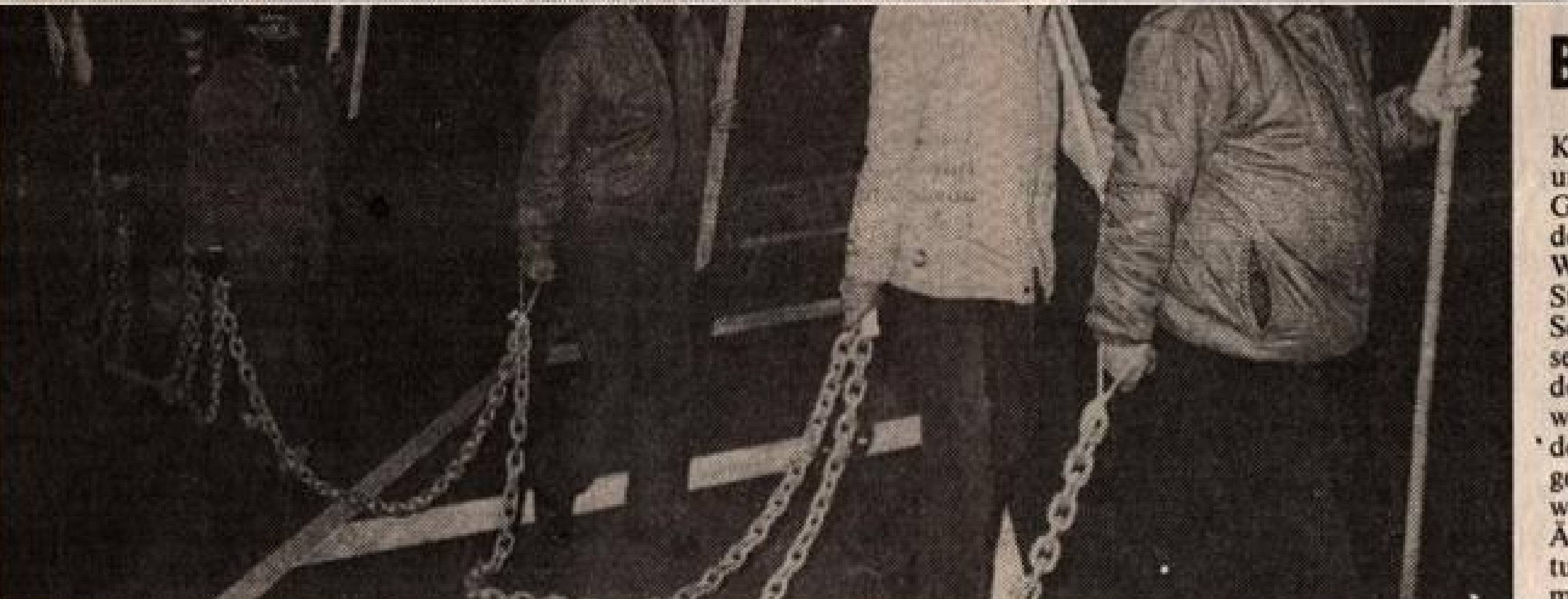
Kontakt und weitere Informationen: **Gabriele Laske, Am Schwarzen Meer 67, 2800 Bremen, Tel. 0421/4985966.**

§116: Der Wahlkampf hat begonnen

Der Beschluß einer gesetzlichen Änderung des § 116 Arbeitsförderungsgesetzes ist im Bundeskabinett verabschiedet. Die Gewerkschaften rechnen mit dem Gesetzesbeschluß im Juni dieses Jahres. Bis dahin wollen sie ihre Mobilisierungsbemühungen verstärken und verbreitern. Neben betrieblichen Aktionen ist dabei auch an Gespräche mit den CDU-Sozialausschüssen, Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen, Gemeindevertretern und dem Städtetag gedacht (da diese die Sozialhilfekosten übernehmen müßten, wenn das Arbeitslosengeld gesperrt wird), an Aufklärungsaktionen in Fußgängerzonen, an Künstler- und Wissenschaftler-Aufrufe.

Kurz vor Weihnachten hatten alle im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften in einem „Düsseldorfer Manifest des DGB" angekündigt: *„Wir werden uns mit allen gebotenen Mitteln zur Wehr setzen. Die Proteste von hunderttausenden Arbeitnehmern sind bereits heute unüberhörbar und unübersehbar. Das ist erst der Anfang."* Noch kämpferischer gibt sich der Beirat der IG Metall. Die Demonstrationen des letzten Jahres seien nur der Anfang gewesen, *„Jetzt gilt es, vom Kampf gegen die Einbringung des Gesetzentwurfs zum Kampf gegen seine Verabschiedung überzugehen".* Von allen Arbeitnehmern wird erwartet, *„daß sie sich an weiteren demonstrativen Arbeitsniederlegungen beteiligen."*





Wer ist der „sozial Friedlichste' im Land?

Die Bundesregierung demonstriert demgegenüber eiserne Entschlossenheit. Die CDU-Sozialausschüsse, Hoffnungsträger vieler im DGB, haben sich eindeutig hinter Blüm gestellt. Doch macht die Gewerkschaftskampagne der CDU mehr Schwierigkeiten, als dies ursprünglich eingeschätzt wurde. So verlagert sich diese Auseinandersetzung mehr und mehr hin zu einem Vorwahlkampf für 1987. Im Mittelpunkt des Ringens der bürgerlichen Parteien steht dabei der Wettbewerb, wer denn nun der beste Hüter des „sozialen Friedens" in der BRD ist. *„Wir wollen den sozialen Frieden"* und deshalb ändern wir das Gesetz, läßt die Bundesregierung kurz vor Weihnachten per Anzeigen in den Tageszeitungen verkünden.

Für die SPD beklagt ihr Kanzlerkandidat Rau in ganzseitigen, pastoralen Anzeigen Anfang Januar (Titel: „Den Anstand wahren!"), daß die CDU *„ohne Not den seit 1945 gefährlichsten Konflikt zwischen den Tarifparteien herbeiführt"*, wo die Bundesregierung doch *„kraft Amtes dem sozialen Frieden verpflichtet wäre — übrigens auch des wirtschaftspolitischen Erfolges wegen —, da treibt sie aus ideologischen Gründen auseinander, statt faire Partnerschaft zu fördern".*

Der Bundestagswahlkampf 1987 dürfte denn auch der zentrale Orientierungspunkt der derzeitigen Mobilisierungskampagne der Gewerkschaften sein. Mehrere DGB-Vertreter haben dies bereits öffentlich angekündigt. Die CDU ihrerseits versucht Boden bei den Gewerkschaftsmitgliedern wiedergutzumachen, indem sie die parteipolitische Instrumentalisierung der Einheitsgewerkschaft und die drohende Gewerkschaftsspaltung aufgreift.

„Jede Thatcher gebiert einen Scargill"

Noch bis Anfang Dezember war offen, wieweit die „Contras" im DGB um die rechten Gewerkschaftsführer Rappe, Döding sowie die IG Bergbau bei gemeinsamen Aktionen des Gewerkschaftsbundes mitziehen. Bereits der Auftakt der IGM-Mobilisierung hatte Rappe zur Distanzierung veranlaßt: Keine Gemeinsamkeit, wenn der Slogan „Die Nazis haben die Gewerkschaften verboten, diese Regierung will sie ausbluten", erhalten bleibt. Mit dem öffentlichen Bangemann-Vorstoß einer Gesetzesänderung hat sich die Haltung der Rechten im DGB geändert. Sie demonstrieren Geschlossenheit des DGB bei der Abwehr des Regierungsangriffs auf Gewerkschaftsrechte. Hintergrund dürfte sein, daß sie erkannt haben, daß die Regierung in ihrer Politik gegenüber den Gewerkschaften angreifbar ist. Die Vorsitzenden der Gewerkschaftskooperation aus NGG und Textilgewerkschaft, Döding und Keller, haben in einer gemeinsamen Erklärung (1) von einem Gesetz gesprochen, *„das den sozialen Frieden in unserem Land nachhaltig bedrohen könnte".* Geradezu spürbar wird ihre Enttäuschung über den *„nicht mehr zu verstehenden Arbeitsminister Blüm"*, der *„als gewesener Makler zwischen den Parteien längst den Boden der Neutralität verlassen hat".* Verstehen muß man diese Äußerungen über Blüm vor dem Hintergrund, daß es die „Contras" (vorneweg Döding) waren, die in der Auseinandersetzung um die 35-Stundenwoche gemeinsame Sache mit der Bundesregierung machten und statt der Wochenarbeitszeitverkürzung eine gesetzliche Vorruhestandsregelung betrieben. Die Sorge um den „sozialen Frieden" ist nicht nur das einigende Band im DGB, sondern verbindet auch mit der SPD und deren Strategie zu den Bundestagswahlen. Wenn Rappe in seiner Neujahrsbotschaft der CDU vorwirft, *„jahrzehntelanger sozialer Konsens wird mutwillig zerstört"*, dann liegt er damit voll auf der Rau-Linie der SPD. Die SPD warnt vor „englischen Verhältnissen"(Vogel), *„jede Thatcher gebiert einen Scargill"* (Glotz). Döding und Keller werfen der Bundesregierung vor: *„Wir warnen entschieden vor den 24-Stunden-Streiks in Italien und Frankreich und erst recht vor der Übernahme englischer Verhältnisse."*

„Bei der nächsten Wahl eine andere Mehrheit"

Stärker als die aktuelle Mobilisierungspolitik der IG Metall, dürften die Rappe-Überlegungen bestimmend sein für das, was von der DGB-Kampagne politisch übrigbleiben wird. In seinem „Stern"-Interview (2) hat er deutlicher als andere Gewerkschaftsführer Konsens-Positionen des DGB formuliert. Politischen Streik lehne er ab, wie das die Gewerkschaften in der BRD-Geschichte immer schon getan haben. Wenn Aktionen, auch betriebliche „Spontanaktionen", so Rappe, nicht zum gewünschten Ergebnis führen, dann gebe es kein „Widerstandsrecht". *„Wenn ein demokratisch gewähltes Parlament ein Gesetz beschließt, auch mit der infamen Absicht, die Streikfähigkeit des DGB zu schwächen, dann ist das dennoch der Beschluß eines demokratisch gewählten Parlaments".* Dann bleibe *„nur eine Möglichkeit: Bei der nächsten Wahl eine andere Mehrheit wählen".* Test ist für ihn die niedersächsische Landtagswahl. Rappe erläutert auch, warum er mit seinem mäßigen Einfluß die Mobilisierungskampagne mitträgt: *„Meine Strategie ist, aus dem Protest gegen den § 116 eine Volksbewegung zu machen, die sich in Wahlergebnissen niederschlägt".* Da trifft er sich dann mit Überlegungen des IGM-Vorständlers Hans Janßen, der den Gewerkschaftsmitgliedern vermitteln will, *„daß man nicht sonntags reaktionär und konservativ wählen kann, um am Montag von den Gewerkschaften zu verlangen, sie sollten verhindern, daß man regiert wird, wie man gewählt hat"* (3). Wenn man eine arbeitnehmerfreundliche Politik *„von dieser Regierung nicht haben kann, dann will ich eben eine andere Regierung".* Nun wollen wir beileibe nicht Janßen und Rappe identische Ziele unterstellen. Nur beide bieten als Alternative die SPD, und das ist die SPD mit Rau an der Spitze. Die Position Rappes dürfte dabei dem Rau-Kurs näherstehen, als die Janßens.

Das staatstragende Element der derzeitigen DGB-Kampagne dürfte kaum besser zu formulieren sein, als dies Keller und Döding getan haben: *„Die Gewerkschaften haben sich bisher als Ordnungsfaktor und Gegenmacht begriffen. Wer aber die Gegenmacht schwächt, muß sich darüber klar sein, daß dadurch auch der Ordnungsfaktor zu einer schwer kalkulierbaren Größe wird. Unsere Selbständigkeit ist auch das: Die Demokratie braucht aus eigener Kraft starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände. Wer einen Partner schwächt, macht beide Partner unfähig, den grundgesetzlichen Auftrag zu erfüllen, die Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen mit sozialstaatlicher Qualität zu erfüllen"*(1). Darauf basiert die vielbeklagte Gefährdung des „sozialen Friedens". Wenn jetzt wieder von diversesten Linken der Appell gestartet wird, sich mit den Gewerkschaften bedingungslos zu solidarisieren, ohne wiederum die integrative und die Sozialdemokratie unterstützende Seite der derzeitigen DGB-Politik anzugreifen (wie dies insbesondere im Aufruf des „Arbeitsausschuß des Sozialistischen Büro", abgedruckt in FR, 20.12.85 geschieht), so wird damit de facto der sozialdemokratischen Strategie auf den Leim gegangen.

Den Leuten vom SB, denen die IGM-Analogie zwischen Gewerkschaftsverboten der Nazis und Ausblutungspolitik dieser Regierung so sehr mißfällt, sei eine andere Analogie in Erinnerung gerufen: Als 1952 der DGB auf dem Höhepunkt der Mobilisierung und Radikalisierung von Aktionen gegen das Betriebsverfassungsgesetz der Adenauer-Regierung alle weiteren Aktivitäten einstellte, in der Hoffnung, die Regierung werde sich einsichtig zeigen — als die Regierung dennoch gegen den gewerkschaftlichen Widerstand das BVG verabschiedete, da schaltete der DGB um und rief dazu auf: *„Wählt einen besseren Bundestag".*

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Quellen
(1) Günter Döding/Berthold Keller, Sprengstoff für den sozialen Frieden, einigkeit 1/86
(2) Interview mit Hermann Rappe, „Kein Streik gegen das Parlament", Stern, 9.1.86
(3) Interview mit Hans Janßen, „Im Vergleich zu 1984 ist unsere Kampfkraft wesentlich besser", KONKRET 1/86

Kein Arbeitslosengeld 'aufgrund konkludenten Verhaltens'

Am 18.12. hat das Bundeskabinett die gesetzliche Neuregelung des AFG § 116 beschlossen. Den wesentlichen Teil der Änderung haben wir bereits im AK 265 vorgestellt. In der Begründung der Gesetzesvorlage ist jetzt konkretisiert worden, was darunter zu verstehen ist, kein Arbeitslosengeld an mittelbar von einem Streik Betroffene zu zahlen, wenn eine „Hauptforderung des Arbeitskampfes nach Art und Umfang annähernd gleich ist". Wir zitieren dazu die wichtigste Passage aus der Begründung:

„Erhoben im Sinne dieser Vorschrift sind die Forderungen im allgemeinen dann, wenn die jeweils zuständigen Gremien einer Tarifvertragspartei eine Entscheidung getroffen haben; einer Übermittlung, insbesondere einer förmlichen Zustellung der Forderung an die andere Tarifvertragspartei bedarf es nicht." So weit kann man dem ja noch folgen. Ist eine Forderung durch eine Tarifkommission der Gewerkschaft satzungsgemäß aufgestellt, gilt sie als erhoben. Haarig wird's dann aber im folgenden:

„Eine Forderung braucht aber auch nicht immer von den zur Entscheidung berufenen Gremien ausdrücklich erhoben zu sein. Es genügt, wenn sie nach den Gesamtumständen, d.h. aufgrund konkludenten Verhaltens als erhoben anzusehen ist." **„Konkludent"**, das heißt schlüssig. Eine „konkludente Handlung", das ist im Recht *„eine Handlung, die auf einen bestimmten Willen des Handelnden schließen läßt; sie ersetzt regelmäßig die ausdrückliche, wörtliche Erklärung des Willens"* (dtv-Lexikon). Konklusion (Schlußfolgerung)? Der IG Metall-Justitiar Michael Kittner hat sie so beschrieben:

„Demnach würde die in einer tarifpolitischen Entschließung eines Gewerkschaftstages festgelegte Orientierung ausreichen, um Forderungen als erhoben anzusehen, die von den zuständigen Tarifkommissionen nicht beschlossen wurden. Das bedeutet einen ungeheuerlichen, noch nie dagewesenen Eingriff in die gewerkschaftliche Willensbildung ... Eine Verständigung über ... eine einheitliche tarifpolitische Orientierung wäre nicht mehr möglich. Die Tarifkommissionen wären gezwungen, völlig unterschiedliche Forderungen zu erheben, und die Gewerkschaften müßten in den einzelnen Tarifgebieten für völlig unterschiedliche Ziele mobilisieren. Das wäre das Ende einer autonomen gewerkschaftlichen Tarifpolitik durch gesetzlich erzwungene Entsolidarisierung ihrer Mitglieder."

Die Regierungsbegründung definiert dann, was 'nach Art und Umfang' bedeutet: Nach Art sind z.B. Forderungen nach Wochenarbeitszeitverkürzung gleich. Unterschiedlicher Art ist eine Forderung, wenn in einem Bereich Wochenarbeitszeitverkürzung, im anderen Vorruhestand gefordert wird. Lohnforderungen sind ihrer Art nach gleich, können sich aber im Umfang unterscheiden. Wohlgemerkt, „können", die Vorlage läßt offen, bei welchen Lohnunterschieden die Formel „annähernd gleich" angewandt wird. Eine solche Unterscheidung wird bei der Wochenarbeitzeitverkürzung nicht gemacht, selbst wenn sie im Umfang unterschiedlich ist. In diesem Fall tritt die *„annähernde Gleichheit der Forderungen"* in Kraft, die gegeben ist, *„wenn in dem umkämpften Tarifbezirk eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit von 40 auf 35 Stunden, außerhalb des umkämpften Bezirks dagegen eine Verkürzung auf 36 Stunden gefordert wird ...".*

Biedenkopf über Einheitsgewerkschaften

Kurt Biedenkopf hat sich im Konflikt um den AFG § 116 eingemischt. Als Gastautor des „Stern" verteidigt er die derzeitige Politik der Bundesregierung. Wie schon beim Streit um die 35-Stundenwoche, wo Biedenkopf als Schlichter in der Druckindustrie mit seinen Überlegungen am Widerstand des Unternehmerverbands scheiterte, wird auch in seiner Position zum § 116 deutlich, daß er eine andere Strategie gegenüber den Gewerkschaften befürworten würde. Statt einer gesetzlichen Änderung hätte er lieber die Einrichtung einer „Schlichtungsstelle im Rahmen der Selbstverwaltung der Bundes-

Schulbuch stammen könnte:

„Zu den entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg des Neubeginns (Anm. AK: nach 1945) gehörte die Idee der Einheitsgewerkschaft. In ihr sollten sich alle Arbeitnehmer organisieren können, ohne Rücksicht auf Konfessionen oder politische Überzeugung. Solidarität sollte alle vereinen, wenn es darum ging, im Rahmen der Tarifautonomie mit Arbeitgebern um eine Verbesserung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu ringen.

Für die SPD war dies kein Problem. Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung haben gleiche geschichtliche

Biedenkopf über Einheitsgewerkschaften

Kurt Biedenkopf hat sich im Konflikt um den AFG § 116 eingemischt. Als Gastautor des „Stern" verteidigt er die derzeitige Politik der Bundesregierung. Wie schon beim Streit um die 35-Stundenwoche, wo Biedenkopf als Schlichter in der Druckindustrie mit seinen Überlegungen am Widerstand des Unternehmerverbands scheiterte, wird auch in seiner Position zum § 116 deutlich, daß er eine andere Strategie gegenüber den Gewerkschaften befürworten würde. Statt einer gesetzlichen Änderung hätte er lieber die Einrichtung einer „Schlichtungsstelle im Rahmen der Selbstverwaltung der Bundes-anstalt für Arbeit" gesehen, die in Streitfragen die Auslegung des § 116 hätte übernehmen können. Das Risiko einer „Fehlentscheidung" wäre bei Zweidrittel-Übergewicht von Staat und Kapitalvertretern gering. Ähnliche Überlegungen wurden von christlich-liberaler Seite bezüglich der Änderung der 1973 unter der sozialliberalen Regierung verabschiedeten „Neutralitätsanordnung" der BfA angestellt. Die 73er Anordnung wurde mit Zweidrittel Mehrheit gegen die Stimmen der Kapitalvertreter verabschiedet. Statt einer Gesetzesänderung sollte, so der Vorschlag, die Anordnung im Sinne des Blüm'schen Gesetzesentwurfs verändert werden. Dies allerdings wäre nicht im Sinne der Erfinder im Unternehmerlager. Eine solche Anordnung ist bei Veränderung der politischen Machtverhältnisse leichter reversibel, als eine erneute Gesetzesänderung vorzunehmen.

Trotz dieser taktischen Meinungsverschiedenheit verteidigt Biedenkopf das Vorgehen der Bundesregierung im Kern. Die Schwierigkeiten der Gewerkschaften mit einer Änderung des § 116 sieht er *„in der veränderten Wirklichkeit unserer Industriegesellschaft".* Sie verlange geradezu eine andere Tarifpolitik, als die so „zentralistischer Gewerkschaften" wie der IG Metall. Sie müßten begreifen, daß *„auch in ihren Bereichen ... Dezentralisierung und das Management von Vielfalt gefordert"* sind, denen sie sich anzupassen hätten. In schöner Deutlichkeit macht Biedenkopf klar, daß der Kern des Konflikts nicht in einem grundlegenden Angriff auf die Tarifautonomie besteht, sondern daß die Tarifautonomie in der BRD bislang auch schon Ordnungs- und Steuerungsinstrument für die Regelung sozialer Konflikte zwischen Gewerkschaften und Kapital war. Wollen Gewerkschaften wie die IGM dies nicht freiwillig einsehen, wie die IG Chemie und andere z.B., muß eben etwas nachgeholfen werden. Biedenkopf liefert dabei eine Beschreibung dessen, was Einheitsgewerkschaft hierzulande war und ist, die aus dem

Schulbuch stammen könnte:

„Zu den entscheidenden Voraussetzungen für den Erfolg des Neubeginns (Anm. AK: nach 1945) gehörte die Idee der Einheitsgewerkschaft. In ihr sollten sich alle Arbeitnehmer organisieren können, ohne Rücksicht auf Konfessionen oder politische Überzeugung. Solidarität sollte alle vereinen, wenn es darum ging, im Rahmen der Tarifautonomie mit Arbeitgebern um eine Verbesserung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen zu ringen.

Für die SPD war dies kein Problem. Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung haben gleiche geschichtliche *Wurzeln. Für die christlich-demokratische Partei dagegen bedeutete die Einheitsgewerkschaft Verzicht auf die Tradition christlicher Gewerkschaften. Dieser Verzicht war nicht einfach. Wenn man sich trotzdem dazu entschloß, dann wegen der verheerenden Erfahrungen, die man während der Weimarer Republik mit der zunehmenden Spaltung der Gewerkschaftsbewegungen gemacht hatte.*

Dies war eine der bedeutsamsten Entscheidungen der CDU überhaupt. Auf ihr beruht bis heute nicht nur die Einheitsgewerkschaft, sondern auch der soziale Frieden im Land in Zusammenarbeit von ‚Kapital und Arbeit' in der Mitbestimmung, die Selbstverwaltung der sozialen Systeme und das Prinzip der Tarifautonomie." Diese Darstellung des Zwecks der Einheitsgewerkschaft entspricht allemal mehr der Realität, als der linke Mythos der aus den Erfahrungen des Faschismus geborenen einheitlichen Interessenvertretung der abhängig Beschäftigten. Biedenkopf weist aber auch in freundlicher Drohgebärde Gewerkschaften und Sozialdemokraten auf mögliche Konsequenzen hin, wenn sie in der aktuellen Auseinandersetzung ihrerseits den Nachkriegkonsens durchbrechen:

„Auch die Einheitsgewerkschaft als Idee ist eine dauernde Aufgabe. Die Versuchung war und ist groß, den Boden der parteipolitischen Unabhängigkeit zu verlassen und die Gewerkschaften in den Dienst der SPD zu stellen. Historische Gemeinsamkeiten lassen sich nicht wegbeschließen. Wer die Gemeinschaft des Neubeginns erhalten will, muß deshalb immer aufs neue der Gefahr der politischen Spaltung begegnen, die mit der parteipolitischen Besetzung der Gewerkschaften durch die SPD verbunden ist. Wenn 40 Prozent der organisierten Arbeitnehmer ihre Stimme einem Bundeskanzler der CDU geben, ihre Gewerkschaft dagegen zum offenen Verbündeten der SPD-Opposition wird, dann ist die Gefahr der Spaltung akut."

(Kurt Biedenkopf, Versöhnung statt Spaltung, „Stern", 9.1.86).

Josef Esser

Auf dem Weg zu einer neuen Partnerschaft?

Konservative Regierung und Gewerkschaften in der Bundesrepublik

Der Autor Josef Esser ist Professor für Politologie an der Universität Frankfurt. Er hat mehrere kritische Untersuchungen über die Gewerkschaftspolitik veröffentlicht (u.a. ,,Gewerkschaften in der Krise'', Frankfurt am Main, 1982). Dieser Artikel wurde zuerst in ,,Gewerkschaftliche Monatshefte'' des DGB Nr.11/1985 veröffentlicht.

Der im März 1983 eindrucksvoll bestätigte politische Machtwechsel in der Bundesrepublik hat zu vielfältigen Spekulationen über eine ,,Wende'' in den Beziehungen zwischen konservativer Regierung und Gewerkschaften geführt. Generell wird die These vertreten, daß die zu Zeiten des sozialdemokratischen ,,Modells Deutschland'' enge und kooperative Zusammenarbeit der Akteure Staat, Unternehmen, Gewerkschaften bei der Formulierung und Durchsetzung wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Entscheidungen nun von einer Konfrontations- und Ausschließungsstrategie der Regierung gegenüber den Gewerkschaften abgelöst worden sei, während die Gewerkschaften selbst bei den Arbeitskämpfen im Sommer 1984 die bisherige Konsenspolitik aufgekündigt hätten und sich immer stärker auf ihre ,,eigene Kraft'' besännen. Dieser Einschätzung wird hier widersprochen. Eher ist zu vermuten, daß sowohl Regierung als auch Gewerkschaften weiterhin eine Art konfliktorischer Partnerschaft anstreben. Dies liefe im Ergebnis freilich auf eine Art ,,neuer'' Partnerschaft, auf veränderter sozio-ökonomischer Grundlage und veränderten, für die Gewerkschaften ungünstiger gewordenen politisch-sozialen Kräfteverhältnissen, hinaus. Und für die Gewerkschaften verschärft diese Politik die Gefahr, zur korporativen Interessenvertretung privilegierter Belegschaften herabzusinken.

Zunächst sei noch einmal daran erinnert, daß bereits in der sozialliberalen Politikphase, vor allem durch die wirtschafts- und gesellschaftspoliti-

Politikphase, vor allem durch die wirtschafts- und gesellschaftspoliti-

schen Strategien dieser Koalition im Gefolge der Weltwirtschaftskrise seit Mitte der siebziger Jahre, Integrationsfähigkeit, Kampfstärke und organisatorische Stabilität der Gewerkschaften geschwächt wurden. Denn die damals forcierte Modernisierung und Rationalisierung der Volkswirtschaft zur Sicherung der Spitzenposition der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt führte dazu, daß deren Opfer, vor allem Frührentner, ,,Verschlissene'', Jugendliche, Frauen und Ausländer auf Dauer aus dem Wirtschaftsprozeß ausgegrenzt wurden und zusätzlich die Hauptlast des seit 1975 eingeleiteten Sozialabbaus zu tragen hatten. Zugleich bedeutete die Bereitschaft der Gewerkschaften, diese Ausgrenzung bestimmter sozialer Gruppen zähneknirschend zu akzeptieren — erst 1981 und 1982 haben sie ernsthaft dagegen zu opponieren begonnen — längerfristig eine Spaltung der Lohnabhängigen in zwei ohnmächtige Fraktionen: ein Teil wollte seine Arbeitsplätze nicht aufs Spiel setzen, der andere hatte keine Druckmittel zur Verfügung. (1)

Konservative Modernisierungspolitik

Ähnlich wie ihre Vorgängerin sieht auch die christlichdemokratisch-liberale Regierungskoalition die Sicherung und Ausweitung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt als objektiven, unentrinnbaren Sachzwang an. Und ähnlich wie ihre Vorgängerin steht sie vor dem Problem, im weltweiten Verdrängungswettkampf der Industrieländer um Marktanteile die privaten Unternehmerstrategien wirtschafts-, sozial- und industriepolitisch zu flankieren. In der derzeitigen Umbruchphase des Weltkapitalismus (dritte Phase der industriellen Revolution) — so wird argumentiert — müsse Westdeutschlands Industrie besonders schnell und effektiv in die neuen Schlüsseltechnologien: Mikroelektronik, Telekommunikation, Roboter, Biotechnologie investieren. Nur mittels bahnbrechender Produktinnovationen und verbilligter, international konkurrenzfähiger Produktionsverfahren lasse sich die Spitzenposition auf dem Weltmarkt behaupten. Bei der dazu notwendigen Therapie greift sie auf die überall in der westlichen Welt vorherschende neoliberal-monetaristische Krisendiagnose zurück — auch in der Bundesrepublik hat das ,,nachkeynesianische'' Zeitalter begonnen: Entscheidende Ursache der Krise seien die über Jahre hinweg überzogenen Lohnerhöhungen, verbunden mit einer extremen Ausdehnung der Ausgaben für den Sozialstaat und der damit einhergehenden Staatsverschuldung. Weiter verteuert worden sei der Faktor ,,Arbeit'' durch kostenträchtige Sozialversicherungssysteme sowie verbesserten Arbeits- und Kündigungsschutz. Die Effekte all dieser Faktoren hätten im Laufe der sechziger und siebziger Jahre die Kapitalrentabilität der Unternehmen immer mehr ausgehöhlt und eine zunehmende Investitionsschwäche der deutschen Wirtschaft bewirkt. Diese wiederum bedinge (wegen der Überalterung der Anlagen und der verzögerten Inbetriebnahme neuer, technisch weiterentwickelter) ein verlangsamtes Tempo der technologischen Innovation. Verstärkt werde dies noch dadurch, daß es die deutschen Unternehmer immer mehr an Innovations- und Risikobereitschaft hätten fehlen lassen, sie also dabei seien, ihre ,,Schumpeterischen'' Qualitäten einzubüßen. (Anm.AK: Der Volkswirtschaftler Schumpeter vertrat die Theorie der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaft aus der Leistungsfähigkeit dynamischer Unternehmer, die mit Hilfe produktiver Kredite angeregt wird und werden muß.) Schließlich trügen auch eine Fülle rechtlich-institutioneller ,,Verkrustungen'' wie steuerliche Behinderung von Eigenkapitalbildung, mangelnde Flexibilität der Arbeitskräfte, die Unternehmeraktivitäten beschränkenden staatlichen Regelungen zu der ,,deutschen Sklerose'' bei.



Im Kern wird die Krise also als eine **politische** bestimmt: die **Struktur** des sozialdemokratisch-keynesianischen Staates mit seinen mächtigen Gewerkschaften, organisiertem Interessendruck ausgelieferten Regierungen, seinem vermachteten Netz von Sozialbürokratien und Wohlfahrtsverbänden, den etablierten ,,Anspruchshaltungen'' der Volksmassen steht zur Disposition. Ein Regierungswechsel allein kann die ,,Wende'' nicht bewirken. Vielmehr ist eine grundlegende Veränderung der institutionellen Struktur des gesellschaftlich-politischen Systems und der sich darin kristallisierenden Machtverhältnisse erforderlich. Nur über eine Revitalisierung und Flexibilisierung des Unternehmerlagers, einen Umbau des Sozialstaates und eine Flexibilisierung der Arbeit ließen sich jene Marktkräfte und privaten Initiativen wieder freilegen, die allein ökonomisches Wachstum, internationale Konkurrenzfähigkeit, sichere Arbeitsplätze und soziale ,,Wohlfahrt für alle'' wieder herstellen könnten.

Flexibilisierung des Unternehmerlagers

Zentraler Akteur des mikro- und informationstechnologischen Umstrukturierungsprozesses der deutschen Wirtschaft soll weiterhin das private Unternehmertum sein. Doch ist es ,,*Aufgabe des Staates, die Fähigkeit und die Bereitschaft zum wirtschaftlichen Risiko zu stärken. Eine marktwirtschaftliche Strukturpolitik muß deshalb auf mehr Flexibilität und Mobilität von Arbeit und Kapital und auf den Abbau verkrusteter Strukturen gerichtet sein*'' (2) — der Staat muß offenbar dem schlechter als in der Vergangenheit funktionierenden Kapitalismus wieder auf die Sprünge helfen. Auch wenn allen Studien, die einen schleichenden Wettbewerbsverlust der deutschen Industrie auf dem Weltmarkt beklagen, bei jährlich steigenden Außenhandelsüberschüssen des verarbeitenden Sektors ein interessierter Zweckpessimismus anhaftet, reflektieren sie doch Befürchtungen, die Bundesrepublik könne im High-Tech-Bereich gegenüber den USA und Japan längerfristig in Rückstand geraten. (3)

Generell werden deshalb die ,,marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen'' durch Abbau administrativer Vorschriften (Deregulation), durch massive Steuerkürzungen sowie unspezifische staatliche Förderungsmaßnahmen, von der Risikokapitalversorgung bis zu höherer Exportförderung, verbessert. Bisheriges Ergebnis: Von 1982 bis 1985 betrug die Steuerentlastung der Unternehmen rund 18 Mrd. DM. Der Anteil der Gewinnsteuern am Gesamtsteueraufkommen ist auf 15 Prozent gesunken und beträgt nur noch die Hälfte des Anteils der von den Arbeitnehmern aufzubringenden Lohnsteuer (31,48 Prozent). (4) Die Unternehmergewinne sind seit Amtsantritt der neuen Regierung bis heute real um 25 Prozent gestiegen.

Speziell und marktwirtschaftlichen Sonntagsreden widersprechend, wird die ,,aktive Strukturpolitik'' der sozialliberalen Vorgängerin unter dem Etikett ,,neue innovationsorientierte Forschungs- und Technologiepolitik'' fortgesetzt. Diese ,,neue Industriepolitik'' soll einerseits den Vorstoß in den Hochtechnologiebereich durch Förderung von Pionierunternehmen vorantreiben, andererseits den traditionellen Industrien, die weniger ,,intelligente'' Produkte herstellen, finanzielle Hilfe für die Modernisierung und Umstrukturierung ihrer Produktionsanlagen gewähren, damit sie in reduzierter aber wettbewerbsfähiger Form weiterbestehen können. Das Typische dieser Politik liegt also darin, daß sie nicht auf relativ wenige Produktgruppen nach japanischem Muster konzentriert ist. Vielmehr soll der gesamte industrielle Kernsektor vom Stahl über Automobile, Werkzeugmaschinen bis hin zur Telekommunikation von den Segnungen der mikroelektronischen Revolution profitieren, die sektorale Kohärenz der deutschen Wirtschaft also erhalten und nicht zugunsten weniger High-Tech-Sektoren aufgegeben werden. Gerade hierin soll weiterhin der spezifische Vorteil der Bundesrepublik auf dem Weltmarkt liegen:

,,Die pessimistischen Stimmen, die nicht zuletzt unter dem Eindruck der in den siebziger Jahren hochschnellenden Hochtechnologieexporte Japans auf eine nachlassende technologische Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie schließen, unterschätzen nicht nur deren technologische Spitzenleistungen, etwa im Anlagen-, Maschinen-, Fahrzeugbau sowie in der Chemie, sondern auch die viele Branchen auszeichnende Innovationsfähigkeit in kleinen Schritten; die Breite, die Ausgewogenheit und die Qualität bis zum Design, an denen eine Vielzahl kleiner und mittlerer Unternehmen teilhat sowie die Zuverlässigkeit, die die Lieferbeziehungen anerkanntermaßen auszeichnet.'' (5)

Die zentrale Schwäche der bisherigen Technologiepolitik wird darin gesehen, daß zwar erstklassige Ergebnisse erzielt wurden, deren Umsetzung in marktreife Produkte jedoch auf sich warten ließ. Dem will man durch branchenübergreifende Förderungsprogramme für die Schlüsseltechnologien Informationstechnik, neue Materialtechnologien, Biotechnologie und Lasertechnologie begegnen. Im ersten verabschiedeten Programm für **Informationstechnik** sollen im Zeitraum von fünf Jahren 3 Mrd. DM staatliche Gelder ausgegeben werden, um die Sparten Mikroelektronik, Datenverarbeitung/Bürotechnik, Nachrichtentechnik, industrielle Automation und Unterhaltungselektronik zu fördern. (6) Die Organisation zur Umsetzung dieses Programms ist dem japanischen Vorbild nachgeahmt: In einer **Verbundstrategie** werden die Forschungsaktivitäten gemeinsam von mehreren Industriepartnern und öffentlichen Forschungseinrichtungen getragen, deren Zielsetzungen werden in gemeinsamen Strategiediskussionen von Forschung,

Zielsetzungen werden in gemeinsamen Strategiediskussionen von Forschung,

Industrie und Regierung gemeinsam festgelegt und fortgeschrieben. Einen zusätzlichen Innovationseffekt verspricht man sich von einer innovationsfreundlichen **Beschaffungspolitik** des Staates. Alle Ministerien — vor allem Post- und Verteidigungsministerium — sollen mit ihren Beschaffungsaufträgen zum Schrittmacher neuer technischer Entwicklungen werden, um die private Wirtschaft in ihrer Innovations- und Flexibilitätsfähigkeit anzuregen und zugleich deren finanzielle Risiken abzufedern. Berücksichtigt man neben den offiziellen 3 Mrd. DM die Mittel, die im Rahmen dieser ,,innovativen Beschaffung'' bereitgestellt werden, dürften nach Schätzungen des DGB zirka 20 bis 30 Mrd. DM zusammenkommen.

Als **spektakulärste Flexibilisierungsressource** gelten junge, innovationsfreudige und risikobewußte ,,Schumpeterische'' Klein- und Mittelunternehmen. Zu deren finanzieller Unterstützung über den Bundeshaushalt muß man die vielfältigen Förderprogramme der Länder hinzurechnen, deren Wettlauf um die Einrichtung je eines eigenen ,,Silicon Valley'' bereits skurrile Züge anzunehmen droht. Neben der Neugründung oder Ausgliederung von ,,Technologietöchtern bei Großunternehmen, der Errichtung von venture-capital-Gesellschaften unter der Kontrolle von Großindustrie und Banken sind hier vor allem **Technologiefabriken** und **Technologieparks** nach US-amerikanischem oder britischem Muster zu nennen, die in den letzten Jahren wie Pilze aus dem Boden geschossen sind. (7) Auch wenn Fehlschläge einkalkuliert werden, zielt diese Art neuer Mittelstandspolitik auf die Förderung eines dezentralen, flexiblen und marktnahen Innovationspotentials im High-Tech-Bereich, das Entwicklungs- und Markteinführungsrisiken übernimmt und von den Großkonzernen je nach Bedarf ausgenutzt und übernommen werden kann. Denn die führenden Unternehmen des bundesdeutschen Finanzkapitals — Großbanken und Versicherungen — spielen bei deren Gründung und Förderung eine wesentliche Rolle und garantieren zugleich dafür, daß sich das revitalisierte Kleinunternehmertum dem Einfluß und Zugriff der Großen nicht entzieht. Damit könnten dann einige negative Effekte bisheriger Strukturpolitik ein Stück weit vermieden werden; denn einige im Planungsverbund zwischen Staatsadministration und Großindustrie durchgeführte technologische Großprojekte sind spektakulär gescheitert (z.B. Kernenergie, Großcomputer und EWS-System), was mit der Vergeudung von öffentlichen Finanzen in Milliardenhöhe verbunden war.

Umbau des Sozialstaates

In der offiziellen Programmatik der konservativen Regierungskoalition ist viel von Zurückdrängen des Staatseinflusses und Stärkung der Marktkräfte die Rede. Doch zeigte bereits die Analyse staatlicher Strukturpolitik, daß hier von weniger Staat kaum gesprochen werden kann. Die hohen Finanzmittel zur Förderung der mikroelektronischen Umstrukturierung erfordern geradezu den **starken**, zur Mobilisierung dieser Mittel und deren Absicherung gegen innenpolitische Widerstände fähigen Staat. Nicht ein Abbau, sondern ein **Umbau** der Staatsintervention zeichnet sich ab. Und das Ergebnis dieses Umbaus ist nicht der liberale, nicht-interventionistische ,,Nachtwächter''-Staat: Die längst stattgefundene Durchstaatlichung der Gesellschaft soll effektiver, kostengünstiger und vor allem politisch störungsfreier organisiert werden, die Überwindung der ,,Unregierbarkeit'' wird also angestrebt. Der Staat kann seine wirtschafts- und industriepolitische Funktion nur realisieren, wenn er sich gegenüber dem gesellschaftlichen Interessenpluralismus und der bisherigen Struktur sozialstaatlicher Daseinsvorsorge so weit wie möglich autonomisiert. Die materiellen Leistungen wurden in den letzten drei Jahren bereits erfolgreich reduziert, die sozialen Risiken privatisiert oder auf die Kommunen abgeladen, die Konsum- und Massensteuern stark erhöht, ideologisch wird die Selbst- und Nachbarschaftshilfe (Subsidiarität) massiv propagiert. Als Ergebnis des bisherigen, freilich schon von der sozialliberalen Koalition 1975 begonnenen und 1982 verschärften Sozialabbaus werden immer deutlicher die Konturen einer ,,neuen Armut'' erkennbar. (8)

Flexibilisierung der Arbeit

Flexibilisierung der Arbeit

Mikroelektronische Umstrukturierung der Wirtschaft und Umbau des Sozialstaates haben den Prozeß der Gesellschaftsspaltung, der bereits in den siebziger Jahren als Ergebnis der sozialliberalen Modernisierungspolitik einsetzte, weiter verstärkt. Über die bereits bekannte Kern-Peripherie-Spaltung hinaus vertiefen sich die Spaltungen **innerhalb des Kerns** und innerhalb der Peripherie: auf der einen Seite korporative Statusgruppen, die in den Kampf um ihre (zwar kärglicher werdenden) Privilegien verstrickt sind wie Beamte, leitende Angestellte, ein Teil der Facharbeiter, Bauern, Freiberufler — generell die Leistungsfähigen und Cleveren; auf der anderen Seite — und in sich ebenfalls inhomogen — Dauerarbeitslose, Kranke, Alte, Verschlissene, Aussteiger — aber auch die große Masse derjenigen, die den sich ausbreitenden ,,peripheren'' Arbeitsmarkt bevölkern.

Innerhalb der Unternehmen bewirkt die Einführung neuer Informationsverarbeitungs-, Steuerungs- und Regeltechniken eine Neuorganisation des Arbeitsprozesses mit flexiblen Mensch-Maschine-Kombinationen, neuen Hierarchien innerhalb der Lohnabhängigen und einer systematischen Individualisierung der Arbeitsverhältnisse. Insgesamt erhöht sich die unternehmerische Gestaltungsfreiheit bei der Organisation der Arbeitsprozesse entscheidend. Mensch und Maschine lassen sich in bisher nicht gekanntem Ausmaß raum-zeitlich entkoppeln; der Einsatz menschlicher Arbeitskraft wird immer weniger von technischen ,,Sachzwängen'' bestimmt, sondern man kann flexibler auf ökonomische und arbeitspolitische Kalküle reagieren. Damit wird prinzipiell eine Flexibilisierung der Arbeitszeiten bei gleichzeitigem Übergang zu kontinuierlicher Produktion möglich, aber auch eine räumliche Entkoppelung von Arbeit und Maschinerie über computerisierte Heimarbeit, radikale Individualisierung von Arbeitsplätzen, Lohngestaltung und Festlegung arbeitsvertraglicher Bedingungen. (9)

Soweit bisher erkennbar und von Industriesoziologen empirisch erforscht (10), entsteht in den Betrieben auf dieser Grundlage ein kleiner und privilegierter Kern hochqualifizierter, mit komplexen Überwachungs- und Steuerungsarbeiten betrauter Beschäftigter (die Rationalisierungsgewinner). Dem steht sowohl in den Kernbereichen der industriellen Produktion als auch im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich eine Masse von dequalifizierter, monotoner, fremdbestimmter und schlechtbezahlter Arbeit gegenüber. Ausgeübt wird sie von einem Typ des

Massenarbeiters, der nicht räumlich konzentriert ist und homogene Arbeitsbedingungen vorfindet, sondern hochgradig individualisiert, flexibilisiert und parzelliert ist. Und bei dem derzeit bestehenden strukturellen Überangebot an billigen Arbeitskräften sind die Bedingungen für die Unternehmer günstig, unsichere und tarifvertraglich kaum geschützte Teilzeit-, Heim- und Leiharbeit auszudehnen, während die Beschäftigung in den Kernsektoren der industriellen Produktion, der Verwaltung und des Dienstleistungsbereichs weiter zurückgeht.

Konturen konservativer Gewerkschaftspolitik

Es liegt auf der Hand, daß unter diesen Bedingungen eine gemeinsame Interessenvertretung und gemeinsames politisches Handeln der Lohnabhängigen in großen, starken und einheitlich agierenden Gewerkschaften immer schwieriger wird. Hatte bereits die Kern-Rand-Spaltung der sozialliberalen Ära schlimme Auswirkungen für eine auf gemeinsame ökonomische Klassenlage gegründete Solidarität, so droht diese nun vollends zugunsten der Egoismen vieler kleiner Gruppen und des Kampfes ,,aller gegen alle'' zu zerbrechen. Im für die Gewerkschaften lebenswichtigen Kampf zur Sicherung einheitlicher Industriegewerkschaften und des Einheitsgewerkschaftsprinzips insgesamt können sie freilich kaum auf die konservative Bundesregierung als Bündnispartner zählen. Die Konturen konservativer Gewerkschaftspolitik lassen sich bisher eher als Doppelstrategie charakterisieren:

Auf der einen Seite unterstützt man politisch und ideologisch alle Maßnahmen der Unternehmer, eine wirksame Flexibilisierung von Arbeitsorganisation, Arbeitszeit, Arbeitslohn, Arbeitsmarkt zwischen verschiedenen Sektoren, Branchen, Regionen und Unternehmen zustandezubringen und widersetzt sich allen Forderungen, über staatliche Beschäftigungsprogramme oder einheitliche Verkürzung von Wochen- und Lebensarbeitszeit zu einer Vereinheitlichung der Interessen von Arbeitsplatzbesitzern und Arbeits-
ner Vereinheitlichung der Interessen von Arbeitsplatzbesitzern und Arbeits-
losen beizutragen. Mit der Einführung flexibler Vorruhestandsregelungen für ältere Beschäftigte und dem kürzlich verabschiedeten ,,Beschäftigungsförderungsgesetz'' wurde auch bereits ein — aus der Sicht der Befürworter totaler Flexibilisierung — freilich *,,eher als zaghaft zu bezeichnender Versuch zum befristeten Abbau von Einschränkungen der Arbeitsvertragsfreiheit''* (11) gestartet. Diese Strategie glaubt die Regierung deshalb politisch verkraften zu können, weil sie auf die bereits durch die ökonomische Krise bewirkte Schwächung und Fragmentierung der Lohnabhängigen vertraut und die Gegnerschaft zwischen Arbeitsplatzinhabern und Arbeitslosen für sich auszunützen versucht.

Auf der anderen Seite weiß man sehr wohl, daß ein wichtiger internationaler Konkurrenzvorteil der deutschen Wirtschaft immer noch darin besteht, daß Arbeiter, Betriebsräte und Gewerkschaften kooperativ mitgearbeitet haben, wenn es um rasche und effektive Einführung neuer Technologien und Lohnzurückhaltung zur Sicherung des internationalen Wettbewerbsvorsprungs ging: *,,Zu wenig wurde in der Diskussion* (über die Wettbewerbsfähigkeit der Bundesrepublik - J.E.) *auch erwähnt, daß diese Leistung (...) durch eine konstruktive Haltung der Gewerkschaften zum technischen Wandel ermöglicht wurde''*. (12) Deshalb bietet die Regierung den Teilen der Gewerkschaften, die für die mikroelektronische Umstrukturierung der Wirtschaft und deren politisch-legitimatorischer Absicherung als funktional notwendig eingeschätzt werden, eine Art reduzierter Mitarbeit an — freilich auf der Basis des eingetretenen Kräfteschwundes dieser Gewerkschaften und nicht mit der Absicht, deren Position zu verbessern, sondern den jetzigen Zustand zu zementieren:

,,Die neue wirtschaftliche und technische Entwicklung gibt uns die Chance, die alten Konflikte zu überwinden und an Stelle des angeblich unüberwindbaren Konflikts zwischen Kapital und Arbeit eine neue Gesellschaft zu schaffen.'' Denn *,,die Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit verlieren an Bedeutung und der Produktionsfaktor Wissen wird ein knappes Gut werden. Diese Entwicklung wird die Gewerkschaften dazu zwingen, ihre Rolle in der Gesellschaft neu zu überdenken und hoffentlich zu finden. Unsere Zeit wirft neue soziale Fragen auf, die man nicht mit den Vorstellungen und Grundsätzen der alten sozialen Frage des 19. Jahrhunderts beantworten kann. Wir fordern die Gewerkschaften auf, nun an der Lösung der durch die moderne Technologie bedingten neuen Aufgaben verantwortlich mitzuarbeiten. Die Christlich Demokratische Union will keine schwachen Gewerkschaften. Sie will starke Gewerkschaften, die die Interessen der Arbeitnehmer und nicht die Interessen einer bestimmten Partei oder einer bestimmten Ideologie vertreten.''* (13)

Auf längere Sicht soll diese Doppelstrategie wohl folgendes bewirken: Die durch den mikroelektronischen Strukturwandel bereits eingetretenen und sich weiter vertiefenden Flexibilisierungs-, Differenzierung- und Spaltungsprozesse innerhalb der Sektoren, Branchen, Regionen, Unternehmen, Betriebe und Belegschaften könnten ohne politisch unkalkulierbare Strukturveränderungen ,,von oben'', sozusagen naturwüchsig, eine Umwandlung **zentraler in betriebliche** Gewerkschaften zur Folge haben: Die japanischen Vorzüge der **Betriebsgewerkschaft in der Betriebsgemeinschaft** ließen sich ohne große (formelle) gesetzliche Änderungen in das bestehende System der deutschen industriellen Beziehungen integrieren. Mit einer gewerkschaftlichen Tarifpolitik, die nur noch das umsetzt, was in den ,,Betriebsgemeinschaften'' autonom vorformuliert worden ist, wäre dann das Verhältnis Betriebsrat — Gewerkschaftszentrale in der Weise umgepolt, daß jener, nicht diese den Kurs bestimmt. Dann hätte auch das von Bundeskanzler Kohl favorisierte Prinzip ,,christlicher'' Subsidiarität (Hilfe zur Selbsthilfe) innerhalb der industriellen Beziehungen gute Chancen: Über Arbeitsbedingungen bis hin zu industriellen Konfliktregelungsmechanismen und -formen würde dann auf Basis betriebsgemeinschaftlich determinierter Tarifautonomie verhandelt und entschieden und damit die schwierige Verknüpfung von ,,Differenzierung und Solidarität'' hergestellt, die Bundesarbeitsminister Norbert Blüm den Gewerkschaften als einzige Überlebenschance anempfiehlt. (14)

Gewerkschaftspositionen

Mehrheitlich scheinen DGB und Einzelgewerkschaften diese ,,neue'' Part-
Mehrheitlich scheinen DGB und Einzelgewerkschaften diese ,,neue'' Part-
nerschaft prinzipiell akzeptieren zu wollen. Ohne allzu tiefgehende gesellschafts(kapitalismus)theoretische Reflexionen anzustellen, bejaht man weiterhin ,,Industriegesellschaft'', ,,gemischt- wirtschaftliches System'' und Steuerungsfähigkeit des Staates''. Weiter ist man mit Regierung und Unternehmen darin einig, daß zur Sicherung der deutschen Weltmarktposition die forcierte mikroelektronische Modernisierung der Volkswirtschaft vonnöten sei. Freilich möchte man diese Modernisierung um den **ökologischen** Aspekt (technisch hochstehende Umweltprodukte und Anlagen zur Beseitigung von Umweltschäden) erweitert sehen, wovon man sich — ähnlich wie die sozialdemokratische Opposition — weitere internationale Wettbewerbsvorteile für die deutsche Wirtschaft verspricht.

Die Kooperationsbereitschaft mit jeder (auch der konservativen) Regierung wird vor allem damit begründet, daß diese mit dem Staat über die politische Steuerungsinstanz verfüge, ,,die durch ordnungspolitische Eingriffe und Maßnahmen einen Ausgleich zwischen Wirtschaft und Gesellschaft herstellt'' (15) und über die die ,,Ökonomisierung der Gesellschaft'' zurückgedrängt und in eine ,,Politisierung der Ökonomie'' im Sinne sozialstaatlicher Kompensationsleistungen umgewandelt werden könne. (16)

Über Nutzung und Verbesserung des tarifpolitischen Instrumentariums und verstärkte Einflußnahme auf den politisch-demokratischen Willensbildungsprozeß sollen die inhaltlichen Kernelemente gewerkschaftlicher Politik: Verkürzung der Arbeitszeit, Förderung von qualitativem Wachstum und soziale Beherrschung des technologischen Wandels über erweiterte Mitbestimmung auf allen Ebenen durchgesetzt werden. Dann würden — so hofft man — auch die negativen Folgen der neuen Technologien, von der Arbeitplatzvernichtung über die Veränderung von Arbeitsqualifikation und -organisation bis hin zu Spaltungsprozessen innerhalb der Belegschaften, ihre Sprengkraft verlieren und statt dessen ließen sich deren positive Effekte nutzen: *,,Die Umverteilung von Produktivitätssteigerungen in weitgehende Arbeitszeitverkürzungsmaßnahmen, die Durchsetzung neuer Formen qualifizierter Arbeit für alle Arbeitnehmer, ein umfassender präventiver Gesundheitsschutz und technisch unterstützte Formen der Teilhabe des einzelnen am Betriebsgeschehen''*. (17) Längerfristig könne damit den Gefahren von Organisationsspaltung sowie Fragmentierung und Entsolidarisierung der Lohnabhängigen begegnet und die politische Offensive zurückgewonnen werden.

Allerdings muß man dem potentiellen konservativen Partner immer wieder die eigene Stärke demonstrieren und ihm zeigen, daß er besser damit fährt, die Gewerkschaften bei der Formulierung und Durchsetzung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik stärker zu beteiligen, anstatt um deren Zustimmung erst nach getroffenen Entscheidungen zu bitten. Zum einen dienen moderate Streiks, punktuelle Großdemonstrationen und Aktionstage diesem Ziel. Wichtiger freilich ist die Sicherung des Organisationsbestandes durch Ausweitung des Mitgliederpotentials — und das ist nur bei den ,,Gewinnern'' des Strukturwandels zu mobilisieren: bei Technikern, Ingenieuren, Führungskräften, generell der neuen *Zwischenschicht von Fachleuten und Spezialisten aller Art mit Fachschul- und Hochschulausbildung''*. (18)

Auch wenn an sich nichts gegen eine verbesserte Zusammenarbeit von Gewerkschaften und ,,technisch-wissenschaftlicher Intelligenz'' einzuwenden wäre — skeptisch stimmt, daß deren Organisierung zur primären politischen Aufgabe erklärt wird, während man in dieser Strategie den ,,Verlierern'' des Modernisierungsprozesses eher Mitleid aus der Ferne bekundet oder abstrakt deren ,,neue'' Armut beklagt. Hier setzt die Kritik einer **Minderheitenposition** an: Sie befürchtet, daß am Ende dieser neuen Partnerschaft Facharbeitergewerkschaften neuen Typs stünden, ergänzt durch eine große Koalition der politisch-sozialen Kräfte, die das soziale Substrat der sogenannten Zweidrittelgesellschaft bildeten. *,,Gewerkschaften wären dann in keiner Weise ,Gegenmacht', sondern nurmehr Ordnungsfaktor, von Konservativen und Kapital gewünschte ,Betriebspolizei', Betriebsgewerkschaften zur stabilisierenden Gestaltung des Status-quo, zur Erleichterung der ständig notwendigen sozialen Anpassungen zur Verkleisterung der Widersprüche, die sich aus einem dann ungebremsten und auch so gewollten technischen ,Fortschritt' unter privatkapitalistischen Bedingungen ergeben.''* (19)

Gemäß dieser Einschätzung sollten sich die Gewerkschaften als solidarische Interessenvertretung aller Arbeitnehmer, aber auch der Arbeitslosen, Ausgegrenzten und ,,neuen sozialen Bewegungen'' verstehen, mit dem Ziel, die Gestaltung der Entlohnungs- und Arbeitsbedingungen der noch Arbeitenden mit einem allgemein-politischen Gestaltungsanspruch für eine Politik gesellschaftlicher Strukturreformen und zur Verwirklichung demokratischer Emanzipation zu verbinden. Und statt Partnerschaft favorisiert man hier eine gesamtgesellschaftliche Moblilisierungsstrategie ,,von unten'' gegen konservative Regierung und gegen kapitalistische Unternehmerstrategien.

Obwohl hier deutlich die gefährliche Tendenz: weg von der Einheitsgewerkschaft, hin zur korporativen Interessenvertretung für privilegierte Lohnabhängige erkannt wird, bleibt vieles offen. Weder wird die Frage beantwortet, wie ein solch breites Bündnis zustandekommen könnte, noch wie eine zur offensiven Weltmarktstrategie alternative, polit-ökonomische Perspektive aussehen müßte.

Sicher ist freilich eines: Die demokratischen und sozialen Ziele der Arbeiterbewegung lassen sich in der derzeitigen Umbruchphase des Weltkapitalismus nicht mit traditionellen keynesianischen oder sozialpartnerschaftlichen Konzepten verwirklichen. Erforderlich wäre eine über die Beschäftigteninteressen hinausgehende Gesellschaftspolitik, die den wachstumsfixierten Grundsatz einer Ausdehnung der Lohnarbeit für alle (das heißt ,,Arbeitsplätze schaffen'', gleichgültig was produziert wird und was für Katastrophen damit verursacht werden) überprüft, die eine grundlegende Neukonzeption von gesellschaftlicher Arbeit und Arbeitsverteilung ins Auge faßt, die herrschenden Konsummuster, Fortschrittsbegriffe und internationale Arbeitsteilungen in Frage stellt und nicht zuletzt auch ernsthaft das durch die technische Entwicklung längst auf der Tagesordnung stehende Problem der Entkoppelung von Arbeit und Einkommen aufgreift.

Anmerkungen des Autors

1) Ausführlicher dazu: Josef Esser, Gewerkschaften in der Krise, Frankfurt am Main 1982, 307 S.; Josef Esser, Wolfgang Fach, Werner Väth, Krisenregulierung — Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge, Frankfurt am Main 1983, 279 S.
2) Jahreswirtschaftsbericht 1984 der Bundesregierung. Bundestagsdrucksache 10 / 952, Bonn, S.9.
3)Der Bundesminister für Forschung und Technologie (BMFT), Bundesbericht Forschung 1984, Bonn 1984; Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1983, Frankfurt am Main 1984; Der Bundesminister für Wirtschaft, Hochtechnologien und internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. BMWI-Dokumentation Nr.263, Juli 1984.
4)Rudolf Hickel, „Der Sozialabbau ist das Werk von Neidern des Sozialstaates", in: Frankfurter Rundschau, 5.1.85, S.5.
5) BMFT, Bundesbericht Forschung 1984, a.a.O., S. 24.
6) BMFT, Informationstechnik, Bonn 1984.
7) Der Bundesminister für Wirtschaft, Technologieparks in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1985.
8) Werner Balsen u.a., Die neue Armut, Köln 1984.
9) Kommission „Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen", Zukunftsperspektiven gesellschaftlicher Entwicklungen. Erstellt im Auftrag der Landesregierung von Baden-Württemberg, Stuttgart 1983.
10) Horst Kern, Michael Schumann. Das Ende der Arbeitsteilung? München 1984.
11) Christian Watrin, Ulrich J. Giebel, Sozialpolitische Hemmnisse für die betriebliche Flexibilität. In: Zeitschrift für Wirtschaftspolitik 33/1983, S.325-340.
12) BMFT, Bundesbericht Forschung 1984, a.a.O., S.24.
13) CDU-Bundesgeschäftsstelle, Hauptabteilung Politik, Arbeitskampf 1984 — Eine Dokumentation, Bonn 1984, S.50f.
14)Differenzierung und Solidarität. Gespräch mit Norbert Blüm, In: Gewerkschaftliche Monatshefte 1/1985, S.19-27.
15) Sigfried Bleicher, Krise und Krisenbewältigung. Gewerkschaftliche Ansätze zu einer humanen Reform der Industriegesellschaft, In: Ders. (Hg.). „Ausstieg?" Gewerkschaftliche Reformpolitik in der Industriegesellschaft, Hamburg 1985, S.135f.
16) Ebenda, S.137.
17) Ebenda, S.130.
18) Technische Intelligenz und Mitbestimmung. Die Mitbestimmung, Monatsschrift der Hans Böckler Stiftung 10/11, 1984.
19) Hans Janßen, Klaus Lang, Überwintern oder Überleben? Gewerkschaftspolitische Schlußfolgerungen aus dem Arbeitskampf um Arbeitszeitverkürzung, In: Erwin Ferlemann, Hans Janßen u.a., Existenz sichern, Arbeit ändern, Leben gestalten, Hamburg 1985, S.36.

Multi BASF im Kampf gegen US-Gewerkschaften

Einen erbitterten Abwehrkampf führen US-amerikanische Gewerkschaften gegen den Multi BASF, der in den USA eine rigorose antigewerkschaftliche Politik betreibt. Wie der ,,Vorwärts'' vom 16.11.85 berichtete, wurde die BASF deshalb auch schon mehrmals von amerikanischen Arbeitsgerichten verurteilt. So im Falle des BASF-Werkes in Anderson, South Carolina, wo die BASF 1980 den Beschäftigten mit Lohnkürzungen gedroht hat, wenn sie die Gewerkschaft der Textilarbeiter mit ihrer Vertretung bei Tarifverhandlungen beauftragen sollten. Ähnlich 1982 im Falle des BASF-Werkes in Jamesburg, New Jersey. In Rensselaer, New York, erhielt die Gewerkschaft Recht gegenüber der BASF, die gegen Klauseln des Arbeitsvertrages geklagt hatte. In Kearney, New Jersey, mußte die Gewerkschaft der Gummiarbeiter mit ansehen, wie ihre Mitgliedschaft um die Hälfte schrumpfte, weil die BASF Gewerkschaftsmitglieder entließ.

Am Fall des Werkes Geismar der BASF Wyandotte entscheidet sich jetzt praktisch, ob die Gewerkschaft OCAW (Oil, Chemical and Atomic Workers) ihre Position verteidigen kann, oder ob über kurz oder lang die 72 Niederlassungen der BASF in den USA gewerkschaftsfrei sein werden.

Die Aussperrung in Geismar, Louisiana

Seit Juni 1984 (!) sind 370 Gewerkschaftsmitglieder des Werkes Geismar ausgesperrt, nachdem die OCAW das ,,letzte Angebot'' der Firmenleitung für einen neuen betrieblichen Tarifvertrag zurückgewiesen hat. ,,Vorsorglich ausgesperrt'' sozusagen, damit es nicht zu wilden Streiks kommt, wie die BASF sagt. Sie verlangt im Wesentlichen Lohnkürzungen, Verschlechterungen bei der Absicherung langjähriger Arbeiter und eine Selbstbeteiligung bei den medizinischen Leistungen über die Leistungen der betrieblichen Krankenkasse hinaus..

Der Betrieb wird seither mit 110 Leiharbeitern weiterbetrieben, die nach Gewerkschaftsaussagen die Gefahr einer chemischen Katastrophe erhöhen, da sie weniger Erfahrung und Ausbildung als die Ausgesperrten mitbringen und im Betrieb mit hochbrisanten Stoffen wie Phosgen, Chlor und Isocyanaten ähnlich denen in Bhopal hantiert wird. Trotz verschiedener Verhandlungen gab es bisher keine Einigung über einen neuen Vertrag.

OCAW verstärkt Anstrengungen

Die OCAW hat inzwischen eine sogenannte ,,corporate Action'' ausgerufen, d.h. das konzertierte Bloßstellen der Firmenpraktiken auf allen Ebenen. Dazu gehört ein Aufruf zu einem Kaufboykott für BASF-Produkte, das persönliche Ansprechen des Managements auf allen Ebenen, das öffentliche Aufzeigen von Gefahren, die von dieser Firma ausgehen, seien es nun betriebliche Unfälle Gasaustritte oder die Praktiken ihrer Abfallbeseitigung und die damit verbundene Umweltverschmutzung.

Unterstützt wird die OCAW dabei vom Dachverband AFL-CIO, der sich dem Aufruf zum Kaufboykott angeschlossen hat und die BASF auf die ,,Dishonor roll'' gesetzt hat, die Liste besonders gewerkschaftsfeindlicher Firmen, zusammen mit Heidelberger Zement, Kawasaki Motors und LaFarge-Coppee aus Frankreich.

Schweigen in der BRD

Mit billigen Ausflüchten hat die IG Chemie bislang eine wirksame Solidarität verweigert. Hakenkreuze, die bei einer Demonstration der Frauen-Unterstützergruppe zur Bekräftigung ihrer Vorwürfe gegen die BASF verwendet wurden, hätten — so die IG Chemie — die ,,Gefühle deutscher Arbeiter'' beleidigt. Zugesagte Delegationen in die USA wurden nicht losgeschickt. Eine kurze Notiz in der ,,Gewerkschaftspost'' ist die einzige Form der Öffentlichkeitsarbeit. Versuche zu Resolutionen im Vertrauenskörper der BASF scheiterten bislang am Eingreifen von Betriebsräten.

Das nimmt derartige Formen an, daß die Vertreter der OCAW ihre Pressekonferenz, die sie am 19. Dez. in Bonn abhielten, aus den USA über eine Werbeagentur organisieren mußten. Vertreter der IG Chemie tauchten nicht auf, während die Grünen öffentlich ihre Unterstützung erklärten. So bleibt es Aufgabe der Linken, hier die Solidarität zu organisieren.

F., Ludwigshafen

Im Zusammenhang mit den Auseinandersetzungen in Geismar haben amerikanische Gewerkschaftskollegen ein Plakat veröffentlicht, das ungefähr zwei Jahre vor der Katastrophe in Bhopal dort erschienen war. Die direkte Übersetzung aus dem Amerikanischen lautet:

Achtung! Hütet euch! Rettet uns vor Unfällen! Rettet uns vor dem Tod! Das Leben von Tausenden von Arbeitern und Hunderttausenden von Bürgern ist durch Giftgas in Gefahr — Serien von Unfällen bei Union Carbide — Fehlende Sicherheitseinrichtungen und Schutzmaßnahmen — Hunderte von jungen Arbeitern wurden rausgeschmissen, bevor Arbeitsgerichte endgültig entschieden haben — Ein Appell an die Arbeitsverwaltung, an das Arbeitsgericht der Staatsregierung von Madhya Pradesh — ,,Jedermann sagt es'' Alle Eure Leiden sind bekannt, Alle Eure Forderungen sind gerecht, aber siehe da, niemand hört zu.

Union Carbide kennt nur drei Dinge: Unterdrückung, Überfluß, Kürzungsmaßnahmen — Kündigungen, Das ist Union Carbide!

Unsere Probleme sind 1. Stoppt diese Unfälle ein für allemal 2. Stoppt das Leiharbeiter- und Unterverleihungssystem — übernehmt die Leiharbeiter in den Dienst der Firma 3. Gebt denen Arbeit, die fälschlicherweise rausgeschmissen wurden im Namen eines medizinischen Berichts, der sie für krank erklärte 4. Stoppt diese Arbeiterausbeutung durch vermehrte Arbeitspensen und Einschränkung der Beschäftigung 5. Stoppt die Verletzung von Arbeitsgesetzen — beachtet Gesetze und Verordnungen.

Freunde, das Management von Union Carbide in Bhopal führt die Maschinerie der Staatsregierung und die Einwohner von Bhopal an der Nase herum, indem es die Wirklichkeit und Tatsachen unterdrückt. Die Herrschaft innerhalb der Fabrik ist Diktatur und nackte Ausbeutung der Arbeiter. Es zerstört das Leben von Arbeitern. Ihr seht es mit euren eigenen Augen. Die Zeit ist gekommen für alle, die Stimmen zu erheben und sich öffentlich gegen die Repressionsmaßnahmen dieses Managements auszusprechen, gegen die Arbeitsplatzvernichtung im Namen des Profits und gegen den Zwang für Arbeiter zu hungern und zu sterben. Das muß beendet werden. Wenn wir uns öffentlich melden, werden wir als unerwünschte, schlechte Elemente bezeichnet. Die Firma killt Jobs und Arbeiter und niemand fragt danach.

,,Lang lebe die Carbide-Arbeitergewerkschaft!''

Regierung „befürwortet und unterstützt" Diskussion über BRD-Atombewaffnung

Sechs Monate brauchte die Bundesregierung zur Beantwortung der am 19.6.85 eingereichten Großen Anfrage der Grünen im Bundestag zum Thema „Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland". Zwar hatte Minister Möllemann schon am 26. September 85 in einer Bundestagsdebatte „demnächst" eine Antwort versprochen und erstmal gegen die von den Grünen unterstützte Alternativkonferenz „Atombomben made in Germany" (vgl. AK 262) und diesbezügliche „*beleidigende Unterstellungen, die auf nichts als grundlosen Verdächtigungen und haltlosen Konstruktionen beruhen*", vom Leder gezogen. Doch es gingen weitere zehn Wochen ins Land, ehe auch die Atomwaffenfans im Verteidigungs- und Innenministerium ihr Interesse bei der Beantwortung dieser Anfrage gewahrt sahen. Das Ergebnis dieser Kabinettsabstimmung ist eine explosive Mischung aus gekränkter Unschuld und trotziger Herausforderung:

Die bislang gesungene Arie von der „ausschließlich friedlichen Nutzung" der Atomenergie wird schroff unterbrochen vom Hinweis auf die Vereinbarkeit der militärischen Atomenergienutzung mit dem bundesdeutschen Atomgesetz, da dieses „keine besonderen Regelungen über eine militärische Verwendung der Kernenergie" enthalte. Das Pflichtbekenntnis zum Atomwaffensperrvertrag („Die Bundesregierung geht davon aus, daß der Vertrag 1995 im Konsens verlängert wird") wird kombiniert mit kaum verdeckten Angeboten an Frankreich und die NATO, der nuklearen Hochrüstung insbesondere im westeuropäischen Rahmen mit Infrastruktur und Plutonium aus BRD-Beständen unter die Arme zu greifen. Und zur Routine-Formel von der Nuklearmacht, die die BRD nicht sei und nicht werden wolle, gesellt sich unversehens verhaltener Beifall für einen Roland Koller, dessen Forderung nach einer deutschen Atombewaffnung man zwar nicht teile, aber nichtsdestoweniger auch in Zukunft in Bundeswehrzeitungen, wie der „Europäischen Wehrkunde", publiziert sehen möchte. Die gesamte Drucksache 10/4502 ist erhältlich über die Grünen im Bundestag, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.

Im Folgenden einige weitere Anmerkungen zur Antwort der Bundesregierung, die wir ausschnittweise nebenstehend dokumentieren.

Von der „friedlichen" Atomenergienutzung...

Bereits im März 1985 sah die Bundesregierung „*keinen Anlaß, die Ausfuhr von Plutonium aus dem SNR 300 (= Kalkar) oder aus anderen Quellen grundsätzlich auszuschließen*", wobei eine Ausfuhr jedoch nur dann genehmigt werden sollte, wenn dadurch „*das Ziel der Nichtverbreitung von Kernwaffen nicht beeinträchtigt wird.*" (So in Beantwortung einer Großen Anfrage der Grünen über „Risiken des Schnellen Nicht-Brüters in Kalkar", DS 10/3157).

In ihrer jüngsten Antwort wird die Bundesregierung deutlicher: Der Transfer von Atomtechnik und Plutonium in Kernwafffenstaaten zur Aufstockung von Atomwaffenarsenalen sei nicht nur vertraglich gestattet, sondern geradezu im Sinne des Nichtweiterverbreitungsvertrages!

Originalton Genscher: „*Ein Verstoß gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages könnte im übrigen nur dann vorliegen, wenn unter Ausnutzung einer unbeabsichtigten Vertragslücke gegen Vertragsziele verstoßen würde. Die Tatsache, daß der Transfer von Nukleargütern in Kernwaffenstaaten im Nichtverbreitungsvertrag keinen Beschränkungen unterworfen wird, ist keine derartige Vertragslücke, sondern war den beteiligten Staaten bei der Verhandlung des Vertragstextes vollkommen bewußt.*" (Antwort auf Frage 2.9)

Mit der Weigerung der Bundesregierung, per Erklärung die Anwendung von BRD-Atomtechnik durch NATO- oder französische Militärs abzulehnen, ist die Katze aus dem Sack: **Die „Friedlichkeit" des bundesdeutschen Atomenergieprogramms findet allerspätestens an der Grenze seine Grenze.** Ein erster größerer Beitrag zur nuklearen Aufrüstung ist zweifelsohne das Engagement der BRD-Atomtechniker im französischen Malville, wo der weltweit größte Schnelle Brüter in französisch-italienisch-deutscher Gemeinschaftsarbeit seit kurzem Plutonium produziert.

Die Antworten der Bundesregierung zum Fragenkomplex Superphenix/Malville müssen im Lichte der vorgesehenen engeren deutsch-französischen Militärkooperation interpretiert werden:

— Frankreich kann das derzeit als „zivil" deklarierte Brüterkraftwerk Superphenix jederzeit für die Atomrüstung einsetzen, ohne daß eine derartige Entscheidung der westeuropäischen Öffentlichkeit mitgeteilt würde. (Antwort auf Fragen 2.10/2.11)

— Die Bundesregierung war bzw. ist an einer diesbezüglichen Unterlassungserklärung der französischen Regierung nicht interessiert. Die komplette Nichtbeantwortung der dazu gestellten Fragen (2.13-2.15) läßt zwei Interpretationen zu: Entweder es ist der Bundesregierung egal, ob BRD-Plutonium in Atomwaffen installiert wird, oder sie engagiert sich in Malville, w e i l der Superphenix gegebenenfalls militärisch zur Anwendung kommt. Daß all dies mit dem „Gesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie" (Atomgesetz) in Einklang stehe, erklärt die Bundesregierung ebenfalls (in Beantwortung der Frage 2.10). Doch damit nicht genug! Nicht einmal die „Verwendung des Kernmaterials bei einer nicht verbotenen militärischen Tätigkeit" auf bundesdeutschem Boden (ausschließlich des Verbotes also der Produktion kompletter Sprengsätze) nach Artikel 14 des im Bundestag 1974 einstimmig verabschiedeten „Verifikationsabkommens" zum Sperrvertrag kollidiert mit dem Atomgesetz, denn, Originalton Genscher: „*Regelungsgegenstand des Atomgesetzes ist die friedliche Nutzung der Kernenergie im Geltungsbereich des Gesetzes. Es enthält keine besonderen Regelungen über eine militärische Verwendung der Kernenergie.*" (Antwort auf Frage 4.1.) Eine pfiffige Lösung nach dem Motto, was nicht verboten ist, ist erlaubt. Diese Aussage wird ergänzt durch weitere Antworten (auf die Fragen 4.3., 4.5 und 4.7), wonach nicht nur der Hauptbereich der Urananreicherung unter Geheimhaltung steht, sondern ebenfalls die deutsch-französischen Atomentwicklungen sowie die Vorgänge im staatli- tung steht, sondern ebenfalls die deutsch-französischen Atomentwicklungen sowie die Vorgänge im staatli- chen Plutoniumbunker in Hanau. Die Begründung für die letztgenannte Maßnahme klingt nach Kabaret, hat aber vermutlich einen tieferen Sinn. Angeblich sollen per Geheimhaltung „Störmaßnahmen Dritter im Sinne des Atomgesetzes" abgewehrt werden. Abgesehen davon, daß im Hanauer Bunker ebenfalls das offen deklarierte Plutonium der Firma ALKEM lagert, fehlt auch im Atomgesetz jeder Hinweis auf eine Geheimhaltungspflicht. Bekannt ist allerdings, daß im Hanauer Plutoniumbunker geschoben wird, was das Zeug hält: Das staatliche Plutonium Zimmermanns und das firmeneigene Plutonium der ALKEM sind lediglich durch eine Bodenmarkierung getrennt, internationale Kontrollen („Störmaßnahmen Dritter") faktisch verunmöglicht.

... über den nuklearen europäischen Pfeiler der NATO...

Die Bundesregierung bestätigt (in ihrer Antwort auf die Fragen 2.7/2.8) ihre grundsätzliche Bereitschaft, auch im Rahmen einer westeuropäischen nuklearen Kooperation bei der Konstruktion und dem Bau von Unterseebooten, atomaren Antriebsraketen, Trägersystemen und der notwendigen Kommando- und Kontrolleinrichtungen (z.B. Satellitenleitsystem) mitzuwirken. Deshalb kann es auch kaum verwundern,

— daß die nuklearen Aufrüstungsprogramme Großbritanniens und Frankreichs „nicht kommentiert" werden (Frage 2.3)

— Anlaß zu Protest z.B. gegen französische Atomwaffentests nicht gesehen wird (Frage 2.4/DS 10/2992)

— die im WEU-Vertrag eingebauten Abrüstungsmechnismen bisher von keiner Bundesregierung genutzt wurden, wobei es auch bleiben soll (Frage 2.5/2.6)

— die Verpflichtung zu Abrüstungsverhandlungen nach Art. VI des Atomwaffensperrvertrags seitens der Bundesregierung im Rahmen ihres Einflußbereichs (d.h. insbesondere gegenüber Großbritannien und Frankreich) niemals eingelöst wurden (Frage 2.1).

In Sachen **„Europäische Atomstreitmacht"** unterstützt die Bundesregierung den 1969 von der Regierung Brandt/Scheel formulierten Vorbehalt, wonach der Beitritt zum Sperrvertrag den Beitritt zu einer westeuropäischen Atomstreitmacht nicht verunmöglichen darf, wobei dies „*im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Frage ist, die politisch zu entscheiden wäre*", weshalb sie gegenwärtig „*nicht die Idee einer europäischen Nuklearstreitmacht vertritt.*" (Frage 1.2/1.3)

Unwidersprochen bleibt die Position des radikalsten Streiters für die „Europäische Option", des CDU-MdB Todenhöfer, der die diesbezügliche US-Interpretation des Sperrvertrags als „*zu eng*" ablehnt. (Frage 1.7) Unwidersprochen bleibt insbesondere auch die Position, wonach eine „Europäische Union mit einer zentralen Regierung mit Zuständigkeiten für Außen- und Sicherheitspolitik" die atomare europäische Verteidigung ermöglicht, so die CDU-MdB Helga Wex (Frage 1.8).

... zur Erörterung der nationalen Atombewaffnung!

Ganz offensichtlich hält es die Bundesregierung für angebracht, daß wieder intensiver und auch im Rahmen von Bundeswehrzeitschriften über die Atombewaffnung der Bundeswehr nachgedacht wird. **Die Veröffentlichung des berüchtigten Koller-Beitrages in der bundeswehrnahen „Europäischen Wehrkunde" 1/84 zugunsten von „Cruise Missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand" wird kommentiert mit den Worten: „Die Bundesregierung befürwortet und unterstützt grundsätzlich eine breite Diskussion sicherheitspolitischer Fragen."** (Frage 3.2) Grünes Licht und der Segen von ganz oben also für Propagandaveranstaltungen für die deutsche Atombewaffnung, wie sie Ende 1985 auch die wehrpolitische Vereinigung der CSU (Referent: Koller) durchgezogen hat (vgl. SZ, 29.12.85).

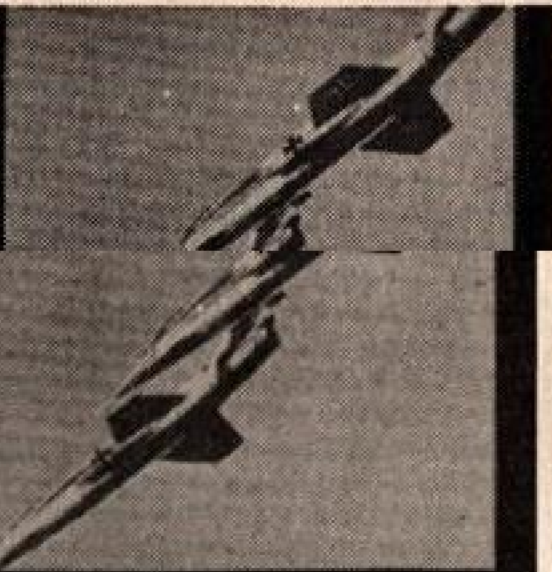
Der Vorstoß der Bundesregierung, den deutschen Griff zur Bombe als Option wieder hoffähig zu machen, steht in der Tradition vergangener Bundesregierungen unter Adenauer und Erhard.

So hatte ich die Bundesregierung 1960 mit der Forderung der Bundeswehrführung nach atomarer Bewaffnung der Bundeswehr ausdrücklich einverstanden erklärt (vgl. Bulletin der Bundesregierung vom 20. und 30.8.1960).

Von besonderer Bedeutung ist der Fragenkomplex 3.6-3.9. Während auf der einen Seite über die US-Atomwaffen in der Bundesrepublik ausgesagt wird, daß sie *auch im Verteidigungsfall in der ausschließlichen Verfügungsgewalt der Gewahrsmacht, d.h. den US-Streitkräften*" bleiben, wird andererseits seitens der Bundesregierung erstmals öffentlich bestätigt, daß im sog. „Verteidigungsfall" für die BRD der Atomwaffensperrvertrag automatisch außer Kraft gesetzt wird. Noch deutlicher als die diesbezüglich von der Bundesregierung zitierte US-Garantie ist die britische Erklärung vom 8.7.1968 zum Nichtverbreitungsvertrag (veröffentlicht in Bundestagsdrucksache 7/994, S. 35). Darin heißt es, der Sperrvertrag würde „*bestehende zweiseitige Übereinkünfte zur Dislozierung von Kernwaffen in alliiertem Hoheitsgebiet nicht behindern, da diese die Weitergabe von Sprengköpfen oder von Verfügungsgewalt über sie nicht vorsehen bis zu dem Zeitpunkt, in dem eine Entscheidung Krieg zu führen, getroffen wird. Der Nichtverbreitungsvertrag würde für eine solche Entscheidung nicht erheblich sein und würde nicht wirksam sein, wenn sie einmal getroffen wäre.*"

Die Bundesrepublik könnte also im Falle eines Krieges (auch ohne formale Kriegserklärungen) den Atomwaffensperrvertrag zu den Akten legen und sich nuklear bewaffnen, wobei die USA offenkundig wenig interessiert sind, ihre Potentiale an Bundeswehrgenerale zu überlassen. Um so interessanter also der Aufbau einer nationalen Trägerstaffel und einer nationalen großtechnischen Plutoniumproduktion wie derzeit in Hanau und Wackersdorf bzw. Gronau (in Sachen Urananreicherung vorgesehen!

ms, Bonn



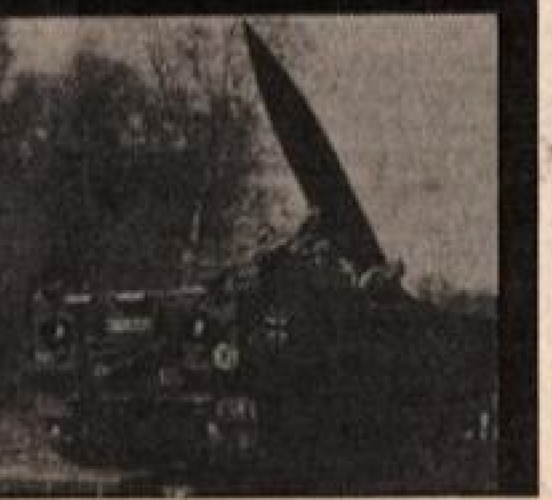
Bei jedem der vier »Starfighter«-Geschwader der Bundesluftwaffe sind 18 Maschinen für »Starfighter«-Geschwader der Bundesluftwaffe sind 18 Maschinen für den Abwurf von Atombomben ausgerüstet; je zwei Maschinen stehen mit Bombe ständig startbereit



Beim Bundesheer sind 120 Panzerhaubitzen für den Abschuß von Atomgranaten reserviert; ein Teil der Atomartillerie bekommt zur Zeit neue Geschütze



Bei der Luftwaffe sind zwei Geschwader mit »Pershing 1 A«-Mittelstreckenraketen ausgerüstet; je drei Geschosse mit Atomsprengköpfen sind stets startbereit



Beim Heer sind die »Lance«-Kurzstreckenraketen ausschließlich für den Atomeinsatz bestimmt; konventionelle Sprengköpfe hat die Bundeswehr erst gar nicht gekauft

Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Die Bundesregierung antwortet

auf die große Anfrage der Abgeordneten Frau Borgmann, Frau Kelly, Schulte (Menden) und der Fraktion DIE GRÜNEN
— Drucksache 10/3515—

—Auszüge—

Atomwaffensperrvertrag und nukleare Bestrebungen der Bundesrepublik Deutschland

1. Fragen zur „Europäischen Union"

1.1 Ist nach Auffassung der Bundesregierung die Errichtung einer westeuropäischen Atomstreitmacht unter aktiver Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland auf lange Sicht vorteilhaft für die sicherheitspolitische Situation der Bundesrepublik Deutschland?

1.2 Was spricht nach Auffassung der Bundesregierung heute für bzw. gegen die frühere Position des damaligen Abgeordneten Dr. Wörner: „Eine solche europäische Atomstreitmacht wäre ohne jede Frage eine bedeutsame Verstärkung der europäischen Abschreckungslandschaft. Daher ist es legitim und richtig, sie als Endziel europäischer verteidigungspolitischer Einigung anzustreben... Eine französisch-deutsche Verteidigungsunion könnte ein solcher Impuls, ein Anfang, ja ein Durchbruch sein." (zit. nach „Wehrkunde" 4/76, S.175 bis 180)?

Die Bundesregierung verweist auf die Aussage des Staatsministers des Auswärtigen Amtes Möllemann in der Aktuellen Stunde des Deutschen Bundestages am 26. Juni 1985 (Plenarprotokoll 10/148, S. 10996 B), derzufolge die „Bundesregierung nicht die Idee einer europäischen Nuklearstreitmacht vertritt". Sie sieht daher keine Veranlassung, in hypothetische Erwägungen einzutreten.

1.3 Teilt die Bundesregierung die von dem damaligen Abgeordneten Dr. Bangemann vorgetragene Position, wonach eine europäische Atomstreitmacht dem Atomwaffensperrvertrag nicht nur nicht widerspricht, sondern „vielmehr geradezu im Sinne dieses Vertrages" liege, da dieser Schritt zu einer Verminderung der Atomwaffenstaaten führe (vgl. Plenarprotokoll 7/81 S. 5266 vom 20. Februar 1974), und wie bewertet sie diese Position?

Der damalige Abgeordnete Dr. Bangemann wird in der Frage unvollständig zitiert. Dr. Bangemann hatte sich in der erwähnten Rede auch dahingehend geäußert:

„......, daß diese Frage (nach einer möglichen denkbaren atomaren Bewaffnung des zukünftigen europäischen Staates) wohl mehr oder weniger einen theoretisch-rechtlichen Charakter hat, daß sie also im gegenwärtigen Zeitpunkt keine Frage ist, die politisch zu entscheiden wäre oder deren Notwendigkeiten politischer Art sind, „politisch" in einem Bezug zu aktueller Entscheidung gesehen." (Plenarprotokoll 7/81, S. 5265 D).

Die Bundesregierung teilt diese Bewer-

Fortsetzung nächste Seite

Antimilitarismus



Fortsetzung von vorheriger Seite

tung. Die damalige Bundesregierung hat im übrigen in ihrer Note und ihrer Erklärung anläßlich der Unterzeichnung des Vertrages über die Nichtverbreitung von Kernwaffen vom 28. November 1969 sowie in ihrer Erklärung aus Anlaß der Ratifizierung vom 2. Mai 1975 die Voraussetzungen dargelegt, unter denen sie dem Vertrag beigetreten ist. Sie hat u.a. unterstrichen, daß sie davon ausgeht bzw. den Nichtverbreitungsvertrag in der Überzeugung unterzeichnet, daß der Vertrag den Zusammenschluß der europäischen Staaten nicht behindert.
(...)

1.8 Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Koordinatorin für die deutsch-französische Zusammenarbeit, Abgeordnete Frau Dr. Wex, wonach eine „Europäische Union mit einer zentralen Regierung mit Zuständigkeiten für Außen- und Sicherheitspolitik" eine atomare westeuropäische Verteidigung im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages ermöglicht (vgl. Rede der Abgeordneten Frau Dr. Wex vom 15. Oktober 1984 vor dem deutsch-französischen Kreis e.V. im Industrie-Club Düsseldorf)?

Die Abgeornete Frau Dr. Wex wird in der Frage unvollständig zitiert. Das vollständige Zitat, auf desses Grundlage die Frage beantwortet werden muß, lautet:

„Wir müssen den Frieden in Freiheit dauerhaft sichern. Durch engere Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern in Fragen der Sicherheitspolitik wird der deutsch-französische Vertrag von 1963 in diesem Punkt erfüllt.

Diese engere Zusammenarbeit ergänzt unsere Zusammenarbeit im Rahmen des Nordatlantischen Bündnisses, sie ist gegen niemanden gerichtet, sondern erhöht unsere gemeinsame Sicherheit. In diesem Zusammenhang möchte ich auch ein klares Wort sagen zu in letzter Zeit vereinzelt angestellten Spekulationen über eine deutsch-französische Atomgemeinschaft.

Die Bundesrepublik Deutschland hat bereits 1954 auf die Herstellung und den Besitz von Nuklearwaffen sowie die Verfügungsgewalt über solche Waffen verzichtet. Sie hat 1967, ebenso wie andere europäische Staaten, den Nichtverbreitungvertrag unterzeichnet. Voraussetzung für eine atomare europäische Verteidigung durch die Europäer selbst wäre deshalb eine Europäische Union mit einer Zentralregierung mit Zuständigkeiten für Außen- und Sicherheitspolitik. Jede andere Regelung wäre ein Verstoß gegen den nuklearen Nichtverbreitungsvertrag."

Dieses Zitat führt aus, daß „eine Europäische Union mit einer zentralen Regierung mit Zuständigkeiten für Außen- und Sicherpolitik" nicht — wie es die Frage unterstellt — „eine atomare westeuropäische Verteidigung im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages ermöglicht", sondern daß die oben erwähnte Europäische Union „Voraussetzung für eine atomare europäische Verteigung durch die Europäer selbst wäre". Der vollständige und korrekte Wortlaut des Zitats bringt also den hypothetischen Charakter der Aussage von Frau Dr. Wex zum Ausdruck.

(...)
2.3 Wie bewertet die Bundesregierung die Absicht Großbritanniens und Frankreichs, bis zu Beginn der 90er Jahre die Gesamtzahl ihrer nuklearen Sprengköpfe von heute 162 auf insgesamt über 1200 zu erhöhen?

Großbritannien und Frankreich betrachten ihre Nuklearwaffen, die nur einen Bruchteil der Nuklearpotentiale der Sowjetunion und der USA darstellen, als letztes nationales Verteidigungsmittel. Die Absicht zur Modernisierung dieser Nuklearpotentiale entspringt autonomen nationalen Entscheidungen beider Länder, die von der Bundesregierung nicht kommentiert werden.

(...)
2.5 Hat nach Auffassung der Bundesregierung der Rat der Westeuropäischen Union nach dem WEU-Rüstungsprotokoll von 1954 das Recht, die Anzahl der französischen Atomwaffen auf europäischem Boden mit einfacher Stimmenmehrheit festzusetzen?

2.6 Inwieweit hat die WEU bisher von diesem recht Gebrauch gemacht? Ist dieser Teil der WEU-Verträge seitens der französischen und britischen Regierung bisher berücksichtigt worden? Inwieweit, mit welchem Erfolg und mit welcher Zielsetzung ist seitens der Bundesrepublik Deutschland auf die Einhaltung dieses WEU-Abkommens in der Vergangenheit gedrungen worden? Beabsichtigt die Bundesregierung, diesbezüglich Initiativen zu ergreifen, und falls ja, mit welcher Zielsetzung?

Der Rat der WEU hat die in Artikel 3 des Protokolls Nr. III zum WEU-Vertrag von 1954 enthaltene Möglichkeit zu keiner Zeit genutzt. Diese Möglichkeit bestünde nur in Bezug auf das europäische Festland. Frankreich hat die Anwendung dieser Bestimmung stets abgelehnt. Die Bundesregierung beabsichtigt nicht, auf eine Änderung der seit Vertragsabschluß bestehenden Praxis hinzuwirken.

2.7 Teilt die Bundesregierung die Auffassung, wonach sie im Rahmen einer westeuropäischen nuklearen Kooperation bei der Konstruktion und dem Bau von Unterseebooten, atomarer Antriebsraketen, Trägersystemen und den notwendigen Kommando- und Kontrolleinrichtungen (z.B. Satellitenleitsystem) teilhaben kann, ohne bestehende Verträge zu verletzen?

Der Umfang der Einschränkungen, die für die Bundesrepublik Deutschland hinsichtlich der Herstellung von Nuklearwaffen gelten, ergibt sich aus dem WEU-Vertrag und dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen. Die in der Frage genannten Technologien sind durch diese Verträge nicht erfaßt.

2.8 Ist die Bundesregierung bereit, in Hinblick auf Artikel VI des Atomwaffensperrvertrages eine Erklärung abzugeben, wonach sie derartige Tätigkeiten, die der Infrastruktur bestehender westeuropäischer Nuklearasenale zugute kommen, jetzt und in Zukunft ablehnt, und falls nein, was spricht aus Sicht der Bundesregierung gegen eine derartige Erklärung?

Die Bundesregierung sieht keine Veranlassung für derartige Erklärungen. Artikel VI sieht nicht einseitige Erklärungen vor, sondern enthält Verpflichtungen zu Verhandlungen.

2.9 Trifft es zu, daß der Transfer von Plutoniumtechnologie und Plutonium bzw. sonstigen Spaltmaterialien aus bundesdeutschen Atomkraftwerken in Atomwaffenstaaten nach den bestehenden Verträgen auch dann gestattet ist, wenn damit die Atomwaffenarsenale anderer Staaten aufgestockt werden? Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß ein derartiger Transfer „gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages" verstößt (Lauk,a.a.O.,S. 438), und ist sie bereit, eine diesbezügliche Unterlassungserklärung abzugeben?

Nach dem Nichtverbreitungsvertrag unterliegt der Transfer von Nukleargütern oder Nukleartechnologie in Kernwaffenstaaten keinen Beschränkungen. Ein Verstoß „gegen den Geist des Nichtverbreitungsvertrages" könnte im übrigen nur dann vorliegen, wenn unter Ausnutzung einer unbeabsichtigten Vertragslücke gegen Vertragsziele verstoßen würde. Die Tatsache, daß der Transfer von Nukleargütern in Kernwaffenstaaten keinen Beschränkungen unterworfen wird, ist keine derartige Vertragslücke, sondern war den beteiligten Staaten bei der Verhandlung des Vertragstextes vollkommen bewußt. Im übrigen findet ein Austausch von Kernmaterial und sonstigen spaltbaren Stoffen auch mit Kernwaffenstaaten nur im Rahmen der Zusammenarbeit bei der friedlichen Nutzung der Kernenergie statt.

2.10 Ist nach Auffassung der Bundesregierung der Export von bundesdeutschen Plutoniumtechnologien, Plutonium und sonstigen Spaltmaterialien in Atomwaffenstaaten auch dann mit dem bundesdeutschen Atomgesetz vereinbar, wenn der entsprechende Atomwaffenstaat eine militärische Mitverwendung dieser Materialien nicht eindeutig ausschließt?

Regelungsgegenstand des Atomgesetzes („Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren") ist die friedliche Nutzung der Kernenergie im Geltungsbereich des Gesetzes. Hinsichtlich der Ausfuhr stellt das Atomgesetz ausdrücklich auf die Einhaltung der einschlägigen internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik Deutschland ab.

2.11 Ist es zutreffend, daß Frankreich rechtlich gesehen jederzeit die Option hat, die seinem 51%igen Anteil entsprechende Menge Plutonium aus dem Brutmantel des Superphenix dem französischen Atomwaffenprogramm zuzuführen, unter der Voraussetzung, die EURATOM-Behörde bzw. IAEO-Behörde in Kenntnis zu setzen, daß dieser Anteil des oben definierten Plutoniums den EURATOM bzw. IAEO-Kontrollen nicht mehr zugänglich ist?

Entsprechend der in Artikel 84 Abs. 3 des EURATOM-Vertrages enthaltenen Regelung erstreckt sich die Überwachung von Kernmaterial durch EURATOM nicht auf Stoffe, die für die Zwecke der Verteidigung bestimmt sind. Nach den Anwendungsbestimmungen für die EURATOM-Sicherungsmaßnahmen werden für in Frankreich befindliches Kernmaterial, das für Zwecke der Verteidigung bestimmt werden kann, Umfang und Verfahren dieser Sicherungsmaßnahmen von der Kommission im Einvernehmen mit Frankreich festgelegt.

Nach dem Abkommen zwischen Frankreich, EURATOM und IAEO vom 27. Juli 1978 über die Anwendung von Sicherungsmaßnahmen in Frankreich unterliegt nur solches Kernmaterial den IAEO-Sicherungsmaßnahmen, das von Frankreich diesem Abkommen unterstellt wird. Frankreich kann jederzeit ohne Angabe von Gründen die Unterstellung von Material unter dieses Abkommen rückgängig machen.

2.12 Kann die Bundesregierung bestätigen, daß eine derartige Entscheidung Frankreichs, unter den derzeitigen EURATOM- und IAEO-Bestimmungen weder von der französischen Regierung noch von den oben genannten Behörden oder der Regierung eines anderen Staates der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden muß?

Weder IAEO noch EURATOM dürfen Kenntnisse, die sie bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben erlangen, unbefugt der Öffentlichkeit zugänglich machen.

2.13 Ist es zutreffend, daß trotz entsprechender Forderungen die französische Regierung eine explizite Verzichtserklärung bezüglich jeglicher militärischer Nutzung des im Superphenix eingesetzten oder erbrüteten Plutoniums nicht abgegeben hat?

2.14 Ist die Bundesregierung angesichts der bundesdeutschen Beteiligung am Superphenix an einer derartigen Verzichtserklärung der französischen Regierung interessiert?

2.15 Wenn ja, was hat sie unternommen oder gedenkt sie zu unternehmen, um eine diesbezügliche Aussage zu erwirken, und wenn nein, aus welchen Gründen nicht?

2.16 Ist es im Rahmen des „Plutoniumbeistellvertrages" möglich, daß das aus bundesdeutschen Plutoniumbeständen erbrütete waffenfähige Plutonium (97 % PU239) in Frankreich einbehalten und für militärische Zwecke genutzt wird?

Dieser Fragenkomplex ist im Deutschen Bundestag bereits mehrfach ausführlich zur Sprache gekommen. Die Bundesregierung hat dazu erst vor kurzem in ihren umfassenden Antworten zu der Kleinen Anfrage der Fraktion DIE GRÜNEN — Drucksache 10/1448 — und zur Großen Anfrage derselben Fraktion — Drucksache 10/3157 — Stellung genommen. Da die jetzigen Fragen sachlich nichts Neues bringen, verweist die Bundesregierung auf diese früheren Antworten.
(...)

3. Fragen zur westdeutschen Atombewaffnung

In der Januarausgabe 1984 der Zeitschrift „Europäische Wehrkunde" wurde ein Beitrag des Major d.R. R. Koller veröffentlicht, der in der Forderung gipfelte, der Bundesrepublik Deutschland „einen eigenen Finger am atomaren Abzug zu geben. Wohlgemerkt einen eigenen Finger! (...) Einfach ausgedrückt, Cruise Missile oder Pershing II einschließlich Sprengkopf in deutscher Hand". Laut Impressum ist die „Europäische Wehrkunde" das offizielle Organ und Pfichtblatt der „Gesellschaft für Wehrkunde e.V." und erscheint „unter ständiger Mitarbeit von Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr".

3.1 Ist der Bundesregierung der genannte Beitrag bekannt, und wie bewertet sie diesen Beitrag sowie den Umstand, daß diese Position in einem Organ publiziert wird, das der Bundeswehr nahesteht?

3.2. Wie bewertet die Bundesregierung die Auffassung, der 1954 und 1974 ausgesprochene Verzicht auf eigene Atomwaffen ließe sich insofern umgehen, als „gerade im Bereich völkerrechtlicher Regelungen ... die Lehre vom Wegfall der Geschäftsgrundlage (clausula rebus sic stantibus) ein geeignetes und zuverlässiges Mittel (ist), das Recht an gewandelte Verhältnisse anzupassen"?

Der Bundesregierung ist der genannte Beitrag bekannt. Sein Inhalt entspricht nicht den sicherheitspolitischen Zielvorstellungen der Bundesregierung. Die Bundesrepublik Deutschland hat ausdrücklich auf jede Form der Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen verzichtet. Die Bundesregierung führt dabei die Politik aller ihrer Vorgängerinnen fort.

Die Bundesregierung befürwortet und unterstützt grundsätzlich eine breite Diskussion sicherheitspolitischer Fragen. Das Impressum der „Europäischen Wehrkunde" weist aus, daß „mit Namen oder Initialen gekennzeichnete Beiträge nicht unbedingt die Auffassung der Herausgeber, des Beirates, der Redaktion und des Verlages wieder(geben)". Die ständige Mitarbeit von Angehörigen der Führungsakademie der Bundeswehr an der „Europäischen Wehrkunde" bedeutet im gleichen Sinne keine Identifizierung mit dem Inhalt jedes veröffentlichten Beitrags.
(...)

Während der Verhandlungen über den Atomwaffensperrvertrag wurde lt. FAZ vom 2. April 1968 „von deutscher Seite darauf gedrungen, ... daß Klarheit darüber besteht, wie die atomare Bewaffnung beispielsweise der fliegenden Atomträger der Bundesluftwaffe mit Inkrafttreten des Sperrvertrages rechtlich einzuordnen ist ... Soweit Atombomben oder andere Atomvertragswaffen für die Bundeswehr vorgesehen sind, bleiben sie unter amerikanischem Verschluß. Für den Fall, von dem niemand hofft, daß er eintritt, muß aber unanfechtbar festgelegt sein, daß die an deutsche Atomträger zu übergebenden Waffen auch von der Besitzermacht überlassen werden. Von den Amerikanern wird das in mündlichen Verhandlungen als selbstverständlich bezeichnet ...".

3.6 Ist es zutreffend, daß speziell der Bundesrepublik Deutschland ein sofortiges Rücktrittsrecht vom Atomwaffensperrvertrag für den Fall zugestanden wurde, „daß eine Entscheidung getroffen wird, Krieg zu führen, und damit der Zeitpunkt einträte, an dem der Vertrag nicht länger als verbindlich gelten würde" (vgl. Erklärung des US-Außenministers Rusk am 10. Juli 1968 vor dem Auswärtigen Ausschuß des amerikanischen Senats, zitiert aus Drucksache 7/994 S. 17)?

3.7 Ist diese 5. „Interpretation" im Zusammenhang mit dem Atomwaffensperrvertrag nach wie vor völkerrechtlich gültig?

3.8 Kann die Bundesregierung bestätigen oder dementieren, daß durch diese Interpretation die Möglichkeit offengelassen wird, den Atomwaffensperrvertrag auch ohne Kriegserklärung von welcher Seite auch immer, außer Funktion zu setzen?

Die Fragestellung beruht auf einer unzutreffenden Wiedergabe der Ausführungen von US-Außenminister Rusk am 10. Juli 1968 vor dem Auswärtigen Ausschuß des US-Senats. Außenminister Rusk bezog sich bei dieser Gelegenheit auf einen am 2. Juli 1968 dem US-Präsidenten Johnson übermittelten Bericht über den Nichtverbreitungsvertrag, dem Fragen von Verbündeten der Vereinigten Staaten zum Vertrag und die Antworten der Vereinigten Staaten hierauf beigefügt waren. Eine der Fragen und ihre Antwort lauteten wie folgt:

Frage: „Verbietet der Vertragsentwurf Vorkehrungen für die Stationierung von Kernwaffen, die sich im Eigentum oder der Kontrolle der USA befinden, auf dem Territorium nichtnuklearer NATO-Mitglieder?"

Antwort: „Der Vertrag handelt nicht von Vereinbarungen über die Stationierung von nuklearen Waffen auf alliiertem Territorium, da diese keinen Transfer von Nuklearwaffen oder ihrer Kontrolle mit sich bringt, es sei denn, daß eine Entscheidung getroffen würde, Krieg zu führen, und damit der Zeitpunkt eintrete, an dem der Vertrag nicht länger als verbindlich gelten würde."

3.9 Geht die Bundesregierung davon aus, daß im Falle eines Krieges der Bundesrepublik Deutschland Atomwaffen seitens der USA überlassen werden?

Nein. Nuklearwaffen bleiben auch im Verteidigungsfall in der ausschließlichen Verfügungsgewalt der Gewahrsamsmacht, d.h. der US-Streitkräfte. Jeder Nukleareinsatz setzt die Freigabe des amerikanischen Präsidenten voraus. Erst wenn diese Freigabeentscheidung für einen speziellen Einsatz gefällt worden ist, werden die für diesen Einsatz freigegebenen Nuklearwaffen von US-Streitkräften durch nuklearfähige Einsatzmittel der Verbündeten, ggf. auch der Bundeswehr, zum Einsatz gebracht.
(...)

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

4. Fragen über Atomwaffenforschung in der Bundesrepublik Deutschland

Der Atomwaffensperrvertrag schließt eine militärische Verwendung von Kernmaterial nur im Hinblick auf die Produktion kompletter Sprengsätze aus. Ansonsten ist eine militärische Verwendung von Kernmaterial von den Bestimmungen des Nichtverbreitungsvertrages nicht ausdrücklich erfaßt und deshalb auch nicht ausgeschlossen. Damit entfällt auch das Kontrollrecht und die Kontrollpflicht der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) über Kernmaterial, das bei erlaubten militärischen Zwecken (z.B. im Rahmen der Militärforschung) verwendet wird. Aufgrund einer besonderen Vereinbarung zwischen der IAEO und der Europäischen Gemeinschaft (,,Verifikationsabkommen'' Artikel 14) werden in jedem Mitgliedstaat die Mengen an Kernmaterial von jeglicher Sicherheitskontrolle befreit, die für erlaubte militärische Belange verwendet werden. Das ,,Verifikationsabkommen'' einschließlich Artikel 14 (Drucksache 7/995, S. 11) wurde am 20. Februar 1974 vom Deutschen Bundestag einstimmig verabschiedet.

4.1 Ist die Möglichkeit der ,,Verwendung des Kernmaterials bei einer nicht verbotenen militärischen Tätigkeit'' (Artikel 14 des Verifikationsabkommens) vereinbar mit dem Atomgesetz der Bundesrepublik Deutschland, das ausschließlich die zivile Verwendung der Atomenergie zuläßt?

Regelungsgegenstand des Atomgesetzes (,,Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren'') ist die friedliche Nutzung der Kernenergie im Geltungsbereich des Gesetzes. Es enthält keine besonderen Regelungen über eine militärische Verwendung der Kernenergie. Die in Artikel 14 des Verifikationsabkommens angesprochene Regelung für den Fall einer nicht verbotenen militärischen Nutzung der Kernenergie ist in entsprechender Weise in allen Safeguardsabkommen der IAEO mit den Nicht-Kernwaffenstaaten enthalten, die Parteien des Nichtverbreitungsvertrages sind.
(...)

4.5 Gibt es im Bereich der Nuklearzusammenarbeit mit Frankreich eine Bestimmung über Geheimhaltung, wonach ,,die betroffenen Angestellten und Arbeiter sowie alle Lieferanten und Unterlieferanten in bezug auf auszutauschende Kenntnisse (Erfindungen, Patente, Zeichnungen, Daten, Entwürfe, Spezifikationen, Rechenverfahren, Computerprogramme, Versuchsbeschreibungen, Versuchsprotokolle, Auswertungen von Ergebnissen, Know-how, Betriebsabläufe und -erfahrungen) einer Geheimhaltungsverpflichtung'' unterliegen, die ,,auch eine wie immer begründete Beendigung der vertraglichen Bindungen der oben genannten Angestellten und Arbeiter'' überdauert (Zit. aus dem offenen Brief des
haltungsverpflichtung'' unterliegen, die ,,auch eine wie immer begründete Beendigung der vertraglichen Bindungen der oben genannten Angestellten und Arbeiter'' überdauert (Zit. aus dem offenen Brief des
,,Verbandes der Wissenschaftler an Forschungsinstituten'' an Bundeskanzler Schmidt vom 20. Juli 1977)? Falls ja, seit wann bestehen derartige Geheimhaltungsverpflichtungen und wie werden sie im Bereich der Nuklearforschung von der Bundesregierung begründet, falls nein, auf welche Ereignisse nimmt der zitierte ,,Offene Brief'' Bezug, und wie lautet die Antwort der Bundesregierung hierauf?

Die Bundesregierung hat im Bereich der Nuklearzusammenarbeit mit Frankreich keine Bestimmung über Geheimhaltung abgeschlossen. Eine derartige Klausel ist lediglich zwischen den an der Kooperation beteiligten Industriepartnern vereinbart. Sie dient dem Schutz ihrer technischen, industriellen und kommerziellen Interessen.
(...)

4.7 Was veranlaßt die Bundesregierung, Angaben über Menge und Zusammensetzung des in Bundesverwahrung in Hanau gelagerten Plutoniums unter Geheimhaltung zu stellen?

Wie bereits in der schriftlichen Antwort des Staatssekretärs im Bundesministerium des Innern, Kroppenstedt, vom 10. Oktober 1984 auf eine Frage des Abgeordneten Drabiniok Drucksache 10/2112, Fragen 7 und 8) ausgeführt, unterliegen Angaben über Art und Menge der in staatlicher Verwahrung befindlichen Kernbrennstoffe aus Sicherheitsgründen der Geheimhaltung. Unter Sicherung sind hierbei die erforderlichen Maßnahmen gegen Störmaßnahmen Dritter im Sinne des § 5 Abs. 1 Satz 2 AtG (vgl. auch § 7 Abs. 2 Nr. 5 bzw. § 9 Abs. 2 Nr. 5 AtG) zu verstehen.

Atomarer Stoßtrupp oder moderne Vielzweckarmee?

NATO-Strategie, Bundeswehr und die Atomwaffendebatte der 60er Jahre

Atomwaffen für die Bundeswehr — das ist heute der Schlachtruf von Todenhöfer & Co. Andreas von Bülow und andere Sandkastenspieler der SPD dagegen (dagegen?) wollen mehr konventionelle, ,,intelligente'' Waffen, und eigentlich gar keine nuklearen Gefechtsfeldwaffen mehr (bis auf einen Rest, selbstverständlich...). Die Atomwaffendiskussion während des ersten Jahrzehnts des Bestehens der Bundeswehr zeichnet der folgende Artikel nach — und leuchtet damit auch Hintergründe der heutigen Debatten aus.

Die Generalstäbler der Nazi-Wehrmacht, die sich 1950 im Auftrag Adenauers im Eifelkloster Himmerod versammelt hatten, um die Aufstellung der Bundeswehr zu planen (1), hatten einem Hauptfaktor der Nachkriegspolitik kaum Aufmerksamkeit geschenkt: Der Existenz der Atombombe und dem Monopol der USA auf diese Waffe. Ihre Planungen bewegten sich in den militärstrategischen Kategorien des zweiten Weltkriegs — das Kriegsbild blieb bestimmt von konventionellen Panzerschlachten, der in der Denkschrift eingeplante ,,*Einsatz der Atomwaffe*'' galt nicht als kriegsentscheidender Faktor. Den weiteren Planungen des Amtes Blank in den Jahren 1951-54, die auf einer Beteiligung der BRD an einer supranationalen europäischen Armee fußten, lagen dieselben strategischen Gedankengänge zugrunde. (1a)

NATO-Strategie und Aufstellung der Bundeswehr

In den USA setzte sich derweil eine Militärdoktrin durch, die konventionelle Truppen durch Atomwaffen ersetzen wollte. Nach dem Krieg war das US-Heer weitgehend demobilisiert worden, gesetzt wurde auf die Luftstreitkräfte und das strategische Bomberkommando. Die wesentlich von den USA bestimmte NATO-Doktrin spiegelte das wider: Das Grundsatzdokument MC 14/1 (vom 9.12.52) geht immerhin noch von einer Verzögerung des gegnerischen Angriffs durch konventionelle Truppen aus, während die strategischen Atomwaffen eingesetzt werden und den Feind vernichtend treffen. Diese Direktive ist im Zusammenhang zu sehen mit der Lissaboner Streitkräfteplanung vom Februar 1952, die noch die Aufstellung von 50
werden und den Feind vernichtend treffen. Diese Direktive ist im Zusammenhang zu sehen mit der Lissaboner Streitkräfteplanung vom Februar 1952, die noch die Aufstellung von 50
Divisionen in Westeuropa vorsah. Ende 1954 sollten es 96 Divisionen sein, davon 35-40 jederzeit einsatzbereit (der Rest nach einer Mobilisierungszeit von maximal 90 Tagen), sowie 9.000 Kampfflugzeuge. Solche Truppenstärken wurden für die konventionelle Komponente zu einer erfolgreichen Kriegsführung für erforderlich gehalten. ,,*Tatsächlich hat jedoch niemand diese Ziele jemals ernsthaft angestrebt. Im Gegenteil, einige europäische Regierungen wollten absichtlich keine starke lokale Verteidigung aufbauen, um auf diese Weise die Verpflichtung der USA zum nuklearen Gegenschlag uneingeschränkt aufrechterhalten zu können.*'' (2) Die Lissaboner Streitkräfteziele von 1952 — die übrigens den Bonner ,,Wehrbeitrag'' bereits einrechneten — blieben Makulatur.

Vor diesem Hintergrund verstärkte sich in den Jahren 1953/54 die Tendenz in den USA, allein auf ihre Atomwaffen zu setzen. Unter dem Stichwort ,,new look'' wurde die Bedeutung der konventionellen Heere weiter herabgestuft. Die vom NATO-Rat 1954 gutgeheißene ,,Schwert-Schild-Strategie'' maß dem konventionellen ,,Schild'' lediglich die Funktion zu, den Gegner zur Konzentration seiner Kräfte zu zwingen, um ihn mit dem Schwert des umfassenden Atomschlages um so wirksamer treffen zu können. Ein im Juli 1956 bekanntgewordener Plan des Vorsitzenden der Vereinigten Stabchefs der USA, Radford, sah vor, die US-Streitkräfte um 800.000 Mann — insbesondere in Europa — zu reduzieren, um die Kapazitäten auf den Ausbau des amerikanischen Vorsprungs auf dem Gebiet der Atomwaffen zu konzentrieren. Die NATO-Direktive MC 14/2 schließlich (gebilligt am 21.3.57) schrieb den sofortigen und massiven Einsatz sowohl von strategischen als auch von taktischen Atomwaffen gegen jedweden Angriff (gleichgültig, ob konventionell oder atomar) fest. (3)

Auf das Bekanntwerden des Radford-Plans folgten ,,*sofortige Einwände Adenauers gegen die grundsätzliche Umstellung der Strategie auf Kernwaffen*'' (4). ,,*Adenauer unterstützte die ,konventionellen Streitkräfte' und übte in einem kurzen Artikel über die Gefahren der Überbetonung von Kernwaffen gedämpfte Kritik an der amerikanischen Politik.*'' (5) Auf bundesdeutsche Proteste hin (6) distanzierte sich die US-Regierung vom Radford-Plan. Mit der nach wie vor verfolgten NATO-Atomschlagspolitik arrangierte sich die BRD jedoch rasch. ,,*Der kurzlebige deutsche Versuch, gegen den Strom der westlichen Militärpolitik zu schwimmen, wurde aufgegeben, als sich seine Auswirkungen und seine Aussichtslosigkeit bemerkbar machten*''(7), so US-Historiker Richardson.

Die wirklichen Gründe für diesen Schwenk lagen jedoch tiefer. ,,*Adenauer hatte am 21. September 1955 bekannt gegeben, daß geplant sei, bis zum 1. Januar 1959 12 Divisionen voll auszurüsten und auszubilden und bis zum 1. Januar 1960 außerdem die Luftwaffe mit 80.000 Mann und eine Marine mit 20.000 Mann aufzustellen.*'' (8) Entsprechend war die Dauer des Wehrdienstes zunächst auf 18 Monate veranschlagt. Aufgrund des Widerstandes gegen die Remilitarisierung entschied die Bundesregierung im September 1956, die Wehrdienstzeit auf 12 Monate zu verkürzen. ,,*Adenauer erklärte, daß die früheren Zusagen über den Aufbau der Bundeswehr nicht eingehalten werden könnten. Es hatte sich herausgestellt, daß die Aufstellungsanforderungen des Bündnisses trotz stärkster Anstrengungen aus personellen, materiellen und infrastrukturellen Gründen nicht zu verwirklichen waren.*'' (9) Nunmehr sollten 350.000 Mann innerhalb von sechs Jahren aufgestellt werden (was auch gelang — zum Jahresanfang 1962 hatte die Bundeswehr einen Personalbestand von 375.000 Mann). Damit aber mußte es verlockend erscheinen, mit den Atomwaffen der NATO die zeitliche Verzögerung bis zur vollen Einsatzfähigkeit der Bundeswehr quasi zu ,,überbrücken''. Aber das war es nicht allein...

Die Forderung nach einem Finger am Abzug

Die Forderung nach einem Finger am Abzug

Vor allem eröffnete die NATO-Strategie, wie man inzwischen erkannt hatte, die Chance für die BRD, selbst Zugang zu Atomwaffen zu erhalten. Am selben Tag, an dem die Aufstellungsverzögerung bekanntgegeben wurde, ,,*wurde bei einer Kabinettsumbildung der bisherige Minister für Atomfragen, Strauß, zum Verteidigungsminister ernannt. Er erklärte bereits einen Tag später unter anderem, daß der Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung von Atomwaffen volle Gültigkeit behalte, daß dadurch aber nicht die Frage berührt werde, ob den deutschen Streitkräften etwa Atomwaffen aus der Produktion anderer Atlantikpaktstaaten zur Verfügung gestellt würden.*'' (10) Die Ernennung von Strauß war Programm — und sie wurde auch so verstanden: auf die immer wieder vorgetragenen Atomwaffenforderungen von Strauß entwickelte sich die Massenbewegung ,,Kampf dem Atomtod''.

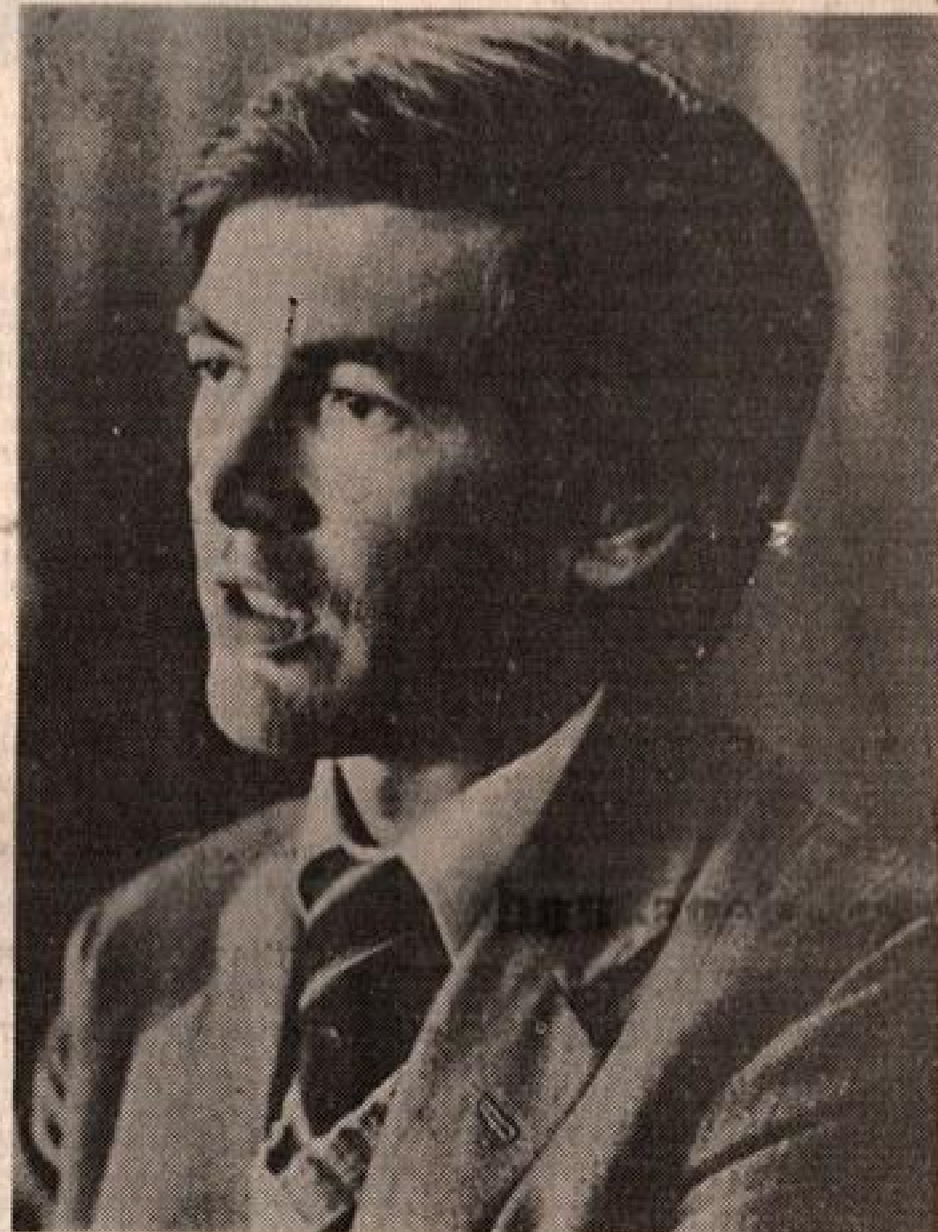
Ein deutscher Finger am Abzugsknopf war für die Bundesregierung in mehrfacher Hinsicht attraktiv: Neben dem allgemeinen Macht- und Prestigezuwachs im westlichen Lager — damals umschrieben mit der Forderung nach ,,*voller Gleichberechtigung der BRD*'' — hätte eine BRD-Verfügung über Atomwaffen eine engere ,,Ankoppelung'' an die USA bedeutet. Als ,,massive retaliation'' nämlich von der NATO verabschiedet wurde, waren die Grundlagen dieses Konzepts schon unterhöhlt. Auch die Sowjetunion verfügte nun über Atomwaffen, und die amerikanische ,,Nukleargarantie'' stand damit zunehmend vor dem Problem der Glaubwürdigkeit. Ob die USA auch bei einem (aus ihrer Sicht begrenzten) Krieg in Europa wirklich bedenkenlos ihr strategisches Atompotential einsetzen und damit unkalkulierbare Zerstörungen im eigenen Land in Kauf nehmen würden, wurde allmählich fragwürdig. ,,*Atomwaffenbesitz kann für politische Schachzüge entscheidend ins Gewicht fallen*'', brachte die FAZ den Sachverhalt auf den Punkt. ,,*Eine atomare Macht hat es im Gegensatz zu einer nichtatomaren in der Hand, nach ihrem eigenen Dafürhalten die Großen auf den Plan zu bringen. Ein atomarer Schlag — oder die Drohung mit ihm — setzt die großen Mächte in Bewegung.*'' (11)

Strauß selber war es, der in der Atomwaffendebatte des Bundestages von 1957 die Verbindung zum revanchistischen bundesdeutschen Anspruch auf ,,Wiedervereinigung'' herstellte: ,,*Diese Politik*'' — nämlich die von ihm vertretene — ,,*ist außerdem die zur Zeit einzig mögliche Voraussetzung, um die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands mit friedlichen Mitteln und in gesicherter Freiheit vorbereiten zu können. Sie allein gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, erstens gleichberechtigt und zweitens unterstützt durch unsere Ver-*
Freiheit vorbereiten zu können. Sie allein gibt der Bundesregierung die Möglichkeit, erstens gleichberechtigt und zweitens unterstützt durch unsere Ver-
bündeten mit der Sowjetunion über dieses Ziel zu verhandeln.'' (12)

Nach heftigen Auseinandersetzungen beschloß der Bundestag am 25.3.58, ,,*die Streitkräfte der Bundesrepublik mit den modernsten Waffen so (auszurüsten), daß sie den von der Bundesrepublik übernommenen Verpflichtungen im Rahmen der NATO zu genügen vermögen.*'' (13) In der Folgezeit erhielt die Bundeswehr von den Amerikanern Trägersysteme für Atomwaffen, nicht aber die Sprengköpfe selbst (die weiter der Freigabe durch den US-Präsidenten unterlagen). Dennoch war die Bundesregierung ihren Zielen damit ein großes Stück näher gerückt.

Während die US-Miltärdoktrin sich bereits wieder auf eine höhere Bewertung der konventionellen Streitkräfte hinbewegte, tat Strauß alles, um die einmal errungene Position auszubauen und die Bundeswehr komplett für die atomare Kampfführung auszurüsten. (14) Die diversen Skandale dieser Zeit — die Äußerung Adenauers etwa, die taktischen Atomwaffen seien ,,*nichts weiter als eine Weiterentwicklung der Artillerie*'', die Einführung des Starfighters, die Spiegelaffaire etc. — bildeten die Begleitmusik zur massiven Aufrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Bis 1966 verfügten ihre Teilstreitkräfte über mehr als 600 Atomwaffenträgermittel. Im Heer beispielsweise wuchs deren Zahl von 48 im Jahre 1960 auf 460 im Jahre 1966 mit Reichweiten zwischen 20 und 160 km und für Detonationsstärken von 1 bis 47 kt TNT. In der Luftwaffe waren es 1966 mindestens 16 Abschußrampen für Pershing 1-Raketen mit einer Reichweite von 800 km (1,5 Megatonnen TNT) und 252 F-104 G Starfighter sowie 144 Abschußrampen für Nike-Herkules-Raketen. Auch die Marine besaß 40 der für den Atomwaffeneinsatz ausgebauten F-104. Mindestens zwei Jagdbombergeschwader der bundesdeutschen Luftwaffe standen im Diensthabenden System der NATO-Luftangriffsstreitkräfte ständig mit Atombomben an Bord startbereit auf ihren Flugplätzen. (15)

Darüber hinaus wurden immer wieder neue Versuche gestartet, selbst einen Finger an den Roten Knopf zu bekommen. Im August 1960 forderte die Bundeswehrführung in einer Denkschrift, die in einer Sonderbeilage der ,,Information für die Truppe'' breit veröffentlicht wurde, ultimativ eigene Atomwaffen: ,,*Die Bundeswehr muß dieselbe wirkungsvolle Bewaffnung haben wie die verbündeten Schildstreitkräfte. ... Die Soldaten der Bundeswehr haben Anspruch auf Waffen, die denen des Gegners mindestens ebenbürtig sind. ... Die Bundeswehr ... kann weder auf die allgemeine Wehrpflicht, noch auf die Zugehörigkeit zur NATO noch auf die atomare Bewaffnung verzichten.*'' (16) 1968 kam der frühere Generalinspekteur Trettner auf das Thema zurück: Auch er plädierte
NATO noch auf die atomare Bewaffnung verzichten.'' (16) 1968 kam der frühere Generalinspekteur Trettner auf das Thema zurück: Auch er plädierte
für den ,,*notwendigen Eigenbesitz*'' der BRD an Atomwaffen. Es sei ,,*nichts anderes möglich, als daß allen Verbündeten grundsätzlich die gleiche Qualität zugebilligt wird*''. Die ,,*hochentwickelten Länder*'' müßten ,,*ein gewisses Übergewicht über die unterentwickelten — zahlenmäßig vielleicht viel größeren - Staaten*'' behalten. Solange nicht ,,*allen zuverlässigen westlichen Staaten Atomwaffen gegeben werden*'', bilde ,,*die Fähigkeit, notfalls Atomwaffen herzustellen, den besten Ersatz für Atomwaffen selbst*''. Daher müßten ,,*die Europäer mehr als bisher danach trachten, für ihre Sicherheit nach Kräften selbst zu sorgen*''. (17)


Todenhöfer

Auch über das Projekt einer ,,*Multilateralen Nuklearflotte*'' wurde versucht, zumindest Mit-Verfügung über Atomwaffen zu erhalten. Nicht nur seitens der Adenauerregierung übrigens, sondern auch aus den Reihen der SPD: Auf deren Karlsruher Parteitag 1964 setzten sich Brandt, Erler und Helmut Schmidt ,,*vorbehaltlos*'' für diese multilaterale Atomstreitmacht ein. (18) Für den Fall des Scheiterns der MLF drohte Außenminister Schröder 1965 in einem Interview mit dem ,,*Erwerb eigener Atomwaffen*'' (19) Ebenso wie der sogenannte Norstad-Plan von 1960 zur Bildung eines gemeinsamen NATO-Kernwaffenpools (20) verschwand jedoch auch die MLF wieder in der Versenkung. Neben dem Massenwiderstand in der BRD selbst war es vor allem das Desinteresse der europäischen NATO-Partner an einer atomar gerüsteten BRD, das alle diese Projekte zum Scheitern verurteilte.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Bundeswehr im Atomtaumel

Die angeführten politischen und strategischen Interessen allein reichen jedoch schwerlich aus, den regelrechten Atomtaumel zu erklären, der die Bundeswehrführung für einige Jahre erfaßte. Man wird hier wohl eher in der traditionellen Begeisterungsfähigkeit deutscher Militärs für Waffen mit „absoluter" Vernichtungskraft und für den „totalen Krieg" nach Gründen suchen müssen. Luftwaffeninspekteur Panitzki etwa war der *„festen Überzeugung, daß jeder Krieg in Mitteleuropa in einen allgemeinen ‚atomaren Orlog' ausmünden würde"*. (21) Seine Aussage steht für viele.

Am besten bringen wohl die *„Führungsgrundsätze des Heeres für die atomare Kriegführung"* von 1961 zum Ausdruck, welche Bedeutung dem Atomwaffeneinsatz auf dem Gefechtsfeld zugemessen wurde: *„Durch ihre gewaltige Wirkung in Verbindung mit ihrer Beweglichkeit sind die Atomwaffen das wichtigste Kampfmittel in der Hand der militärischen Führer. Je mehr Einsatzmittel und Atomsprengkörper zur Verfügung stehen und je bessere Aufklärungsergebnisse vorliegen, desto stärker können diese Waffen die gesamte Gefechtsführung bestimmen. Die Wirkung von Atomsprengkörpern kann Bewegungen ermöglichen oder erleichtern. Andererseits schaffen oft erst Bewegungen die Voraussetzung für einen wirkungsvollen Einsatz der Atomsprengkörper. Atomwaffen stehen daher im Mittelpunkt aller Überlegungen und Maßnahmen; die Gefechtsführung baut auf ihrer Wirkung auf. Durch den Einsatz von Atomwaffen kann das Gefecht entschieden oder die Freiheit des Handelns wiedergewonnen werden. Auch der Unterlegene vermag mit ihrer Hilfe eine schwierige Lage plötzlich und grundlegend zu seinen Gunsten zu ändern, vor allem dann, wenn er die Möglichkeit, den Feind zu überraschen, ausnutzt."* (22)

Besondere Vorteile versprach sich die Bundeswehr vom Einsatz der Atomwaffen im Angriff. Man glaubte, damit nach der Art von Wunderwaffen fehlende konventionelle Überlegenheit ausgleichen zu können. *„Der Angriff fordert den Einsatz stärkster Kampfkraft an entscheidender Stelle. Die atomare Feuerkraft ist der wichtigste Teil der Kampfkraft, das sicherste Mittel, dem Angriff zum Erfolg zu verhelfen. ... Selbst eine der Zahl nach unterlegene Truppe vermag bei richtiger Verwendung von Atomsprengkörpern und rascher Ausnutzung ihrer Wirkung einen erfolgreichen Angriff zu führen. (...) Durch die Verwendung von Atomsprengkörpern kann der Truppenführer Schnelligkeit und Wucht des Angriffs steigern und die Entscheidung erzwingen."* (23)

Als Heeresdienstvorschrift hatte diese Anleitung zum massenhaften Einsatz von Atomwaffen für jeden Truppenführer die rechtliche Qualität eines Befehls. Die Konsequenzen eines solchen bedenkenlosen Herumballerns mit gigantischen Vernichtungsmitteln wurden bagatellisiert: *„Umfang und Schwere der Schäden können von dem, der diese Waffen einsetzt, weitgehend vorher bestimmt und in der Gefechtsführung berücksichtigt werden. Die Auswirkung dieser Waffen auf die Moral dagegen entzieht sich der Berechnung und ist schwer abzuschätzen."* (24)

Man ging nicht nur unter Militärs davon aus, die Atomwaffen nicht etwa als letztes Mittel der Verteidigung, sondern als besonders wirksame Offensivwaffe im Sinne der „Vorwärtsverteidigung" zu benutzen. *„Die NATO muß in der Lage sein"*, so „Verteidigungs"-Minister von Hassel, *„Kernwaffen unter Bedingungen einzusetzen, bei denen der Einsatz nicht Verzweiflung ausdrückt, sondern militärisch und politisch kontrolliert ist."* (25) Und Strauß erklärte zynisch: *„Wir sind trotz der dichten Besiedlung der Bundesrepublik und trotz ihrer exponierten militärgeographischen Lage aus Einsicht in die Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit dieser Maßnahmen bereit, die damit verbundenen Belastungen auf uns zu nehmen und die dabei sich ergebenden Risiken vor unserem eigenen Volke zu vertreten."* (26)

Kritische Stimmen und veränderte Schwerpunktsetzung

Den klügeren unter den bundesdeutschen Militärstrategen konnte auf Dauer nicht verborgen bleiben, daß eine Kriegführungsstrategie, die auf derart massenhaftem Einsatz von taktischen Nuklearwaffen aufbaute, nicht wirklich einsetzbar war. Sie mußte zu Verwüstungen in einem Ausmaß führen, das jeden (imperialistischen) Sinn und Zweck dieser Kriegführung unmittelbar in Frage stellte. Der sozialdemokratische „Wehrexperte" Helmut Schmidt beschrieb diese Schwierigkeiten: *„In der NATO-Übung Carte Blanche im Juni 1955 fielen innerhalb von weniger als drei Tagen 335 nukleare Bomben, davon 268 auf unser Gebiet; man rechnete mit 1,5 bis 1,7 Millionen Toten und 3,5 Millionen Verwundeten ... Bei den Herbstmanövern der NATO in Schleswig-Holstein rechnete man infolge des Einsatzes taktischer nuklearer Waffen nach 48 Stunden mit 300.000 bis 400.000 Toten auf seiten der Zivilbevölkerung."* (27) Aus diesen Feststellungen folgte für Schmidt wohlgemerkt keine grundsätzliche Abkehr von den Atomkriegsplänen der NATO, wohl aber eine deutliche und einflußreiche Kritik an der Einseitigkeit der betriebenen Kriegsrüstung und -planung: *„Wenn die gegenwärtig im Gange befindliche Ausstattung und Ausbildung der in Europa stationierten Heerestruppen der NATO mit den für einen begrenzten nuklearen Krieg bestimmten spezifischen Waffen nur noch ein bis zwei Jahre fortschreitet, so kann ein Punkt erreicht werden, von dem aus eine Rückkehr nicht mehr möglich erscheint. ... Wer seine Armee einmal taktisch-nuklear ausgebildet und ausgerüstet hat, wird enorme Schwierigkeiten haben, sie in einem etwaigen konventionellen Krieg zu einer zweckmäßigen Gefechtsführung zu bringen und sie vom Gebrauch der taktischen Nuklearwaffen abzuhalten."* (28)

Vor diesem Hintergrund forderte Schmidt eine Orientierung auf die Verstärkung der konventionellen Verbände der NATO. *„Die NATO muß umdenken: die bisher so genannten ‚Schild'-Streitkräfte müssen zum entscheidenden Abschreckungsfaktor in Europa werden!"* (29) Damit verbunden war selbstverständlich eine Aufwertung der Bedeutung und des Gewichts der Bundeswehr innerhalb der NATO.

Ein Ende des blinden Vertrauens in die Atomwaffen war auch von der amerikanischen Strategieentwicklung her überfällig. Das atomare Patt hatte 1960/61 zu einer offiziellen Abwendung von der Drohung mit der massiven Vergeltung und zur neuen Doktrin der abgestuften und flexiblen Reaktion geführt. (30) Für Mitteleuropa ergab sich daraus, daß die USA nicht in jedem Falle bereit sein würden, für — aus ihrer Sicht begrenzte — Kriegsziele ihr strategisches Nuklearpotential ins Spiel zu bringen. Diese neue, in Westeuropa mit Besorgnis beobachtete Entwicklung in den USA forcierte die Erkenntnis, daß die atomaren Potentiale sich in der Tendenz gegenseitig neutralisierten, daß also dementsprechend konventionelle Waffen und Truppenverbände wieder entscheidende Bedeutung erlangten. Hatte Helmut Schmidt mit seinen ersten Warnungen noch mehr oder weniger allein auf weiter Flur gestanden, so änderte sich dies im Lauf der 60er Jahre nachhaltig. Die Große Koalition symbolisierte die 1966/67 erreichte weitgehende Vereinheitlichung der militärpolitischen Vorstellungen in der BRD.

Zwei Dinge waren nach diesen Vorstellungen unverzichtbar:

— Zum einen die Aufrechterhaltung der Drohung mit Atomwaffen (und auch deren Ersteinsatz) durch die NATO (31), die massive Ausstattung der Bundeswehr mit atomaren Trägermitteln und die „Ankoppelung" an das strategische Nuklearpotential der USA.

— Zum anderen aber die forcierte Aufrüstung im konventionellen Bereich, die Doppelverwendbarkeit (Bivalenz) der Waffensysteme und eine Struktur, die beiden Formen der Kriegführung angemessen war.

Mit den NATO-Direktiven MC 14/3 (flexible response) vom Dezember 1967 und MC 48/3 (Ersteinsatz taktischer Nuklearwaffen in Europa) vom Dezember 1969 war wieder eine gemeinsame Formulierung der NATO-Strategie gefunden, die den neuen Gegebenheiten Rechnung trug — wenn sie auch die Differenzen zwischen den USA und der BRD und das spezifische bundesdeutsche „Sicherheitsdilemma" nicht aus der Welt zu schaffen vermochte. Seit 1966 konnte die BRD zudem durch ihre Mitarbeit in der Nuklearen Planungsgruppe der NATO ihren Einfluß auf die NATO-Einsatzgrundsätze für Atomwaffen geltend machen. Sie konnte mitreden bei der Wahl von *„Ziel, Mitteln, Umfang und Zeitpunkt des Einsatzes"* von Atomwaffen in einem militärischen Konflikt in Europa. Helmut Schmidt erklärte zufrieden: *„Die Mitsprache der BRD für den möglichen Einsatz strategischer Waffen ist gesichert."* (32)

Es war nur ein vorläufiger Schlußstrich, den Schmidt damit unter die viel weitergehenden, insbesondere von Strauß vorgetragenen bundesdeutschen Atomwaffenforderungen setzte. Man hatte sich mit dem Erreichbaren bescheiden müssen, mehr war angesichts des Widerstandes auch der anderen NATO-Partner nicht durchsetzbar gewesen. Anfang der 80er Jahre sollten die seinerzeitigen Forderungen — auf dem Hintergrund weiter angewachsener politischer, wirtschaftlicher und militärischer Stärke der BRD und besserer Voraussetzungen z.B. durch die Aufhebung der WEU-Rüstungsbeschränkungen — von bundesdeutschen Politikern und Strategen erneut in die öffentliche Diskussion gebracht werden.

Für die folgende Zeit lag der Schwerpunkt der bundesdeutschen Rüstungsanstrengungen wieder eindeutig auf dem konventionellen Sektor. (33) Eine Wehrstrukturreform wurde erarbeitet, eine neue Heeresstruktur konzipiert, Waffen und Gerät „rundumerneuert". Auch in der NATO drängte die BRD an vorderster Stelle auf die Stärkung der konventionellen Kampfkraft. In der Direktive AD-70 (NATO-Rahmenrüstungskonzept für die 70er Jahre bis 1978) und im bis 1986 gültigen NATO-Langzeitprogramm von 1977 schlugen sich diese Anstrengungen unübersehbar nieder.

Die Dominanz vor allem atomar bestimmter Kriegsbilder in der bundesdeutschen Militärdoktrin war damit beendet. Aus der Sicht von 1966/67 läßt sich der unter Strauß inszenierte Atomwaffentaumel der Bundeswehr als ein Zwischenspiel begreifen. Nachdem die Euphorie über die neuen Wunderwaffen einer realistischeren Betrachtung ihres politischen und militärischen Wertes gewichen war, trat die Entwicklung der konventionellen Komponente wieder in den Vordergrund. Man konnte dabei auf die in Himmerod festgehaltene Planung und auf die (ihr zugrundeliegenden) Erfahrungen der Nazi-Wehrmacht zurückgreifen. Darin neu einzubeziehen waren nun aber die Erfordernisse, die eine Eskalation des konventionellen Krieges zum Nuklearkrieg von einem Tag auf den anderen stellen konnte. Für die Bundeswehr bedeutete dies: Ihre Bewaffnung mußte bivalent sein, mußte herkömmliche Munition ebenso wie Atomsprengköpfe verschießen können. Die Gliederung ihrer Verbände mußte nicht nur eine Konzentration der Kräfte zum Angriff erlauben, sondern auch eine rasche Dezentralisierung, um gegnerischen Atomschlägen möglichst wenig lohnende Ziele zu bieten. Der *„erhöhten Wirkung des Feuers"*, wie Generalinspekteur de Maizière es formulierte, *„müsse durch erhöhte Beweglichkeit begegnet werden. Alle Überlegungen seien darauf zu richten, wie die Beweglichkeit verbessert werden könne."* (34) Je schneller es der Bundeswehr gelinge, so die militärische Logik, sich in tiefen Vorstößen mit dem Feind zu „verzahnen", desto schwieriger werde für diesen der Einsatz von Atomwaffen.

Die ab Ende der 60er Jahre einsetzende umfassende Reorganisierung der Bundeswehr versuchte, diesen Zielsetzungen gerecht zu werden. *„Was ich brauche, ist eine Bundeswehr, die auf keinen Fall schwächer sein darf, als sie heute ist"*, so faßte es der bundesdeutsche NATO-General von Kielmansegg zusammen, *„und die hochbewegliche, moderne, mechanisierte Heeresverbände mit organisch eingegliederten Atomwaffenträgern besitzt, befähigt zum konventionellen wie zum nuklearen Kampf."* (35)

Die Diskussion um konventionelle und/oder atomare Bewaffnung der Bundeswehr ist also nicht neu. Die Anknüpfungen und Überschneidungen sind vielfältig: Einmal die Forderung nach e i g e n e n, bundesdeutschen Atomwaffen. Dann die (damals wie heute vor allem von sozialdemokratischen „Wehrexperten" vorgetragenen) Anstrengungen zum Ausbau der konventionellen Kriegsführungsfähigkeit der bundesdeutschen Streitkräfte. Getragen von der Absicht, die Bundeswehr aus einer Abhängigkeit vom frühzeitigen Einsatz von Atomwaffen herauszuführen und zum möglichst universellen Instrument bundesdeutscher Machtpolitik zu machen. Und stets damit einhergehend die unbedingte Bereitschaft, als ultima ratio deutscher „Sicherheitspolitik" alles in Schutt und Asche zu legen. Die aktuellen Bestimmungen der HDv 100/100 (Truppenführung im Gefecht — siehe nebenstehenden Kasten) — in den 70er Jahren unter dem vorgeblichen Atomwaffenkritiker Schmidt eingeführt — beweisen dies hinreichend. Ein atomwaffenfreie Bundeswehr bliebe auch unter einem Kanzler Johannes Rau undenkbar.

J.N.

Anmerkungen

Der Artikel ist Teil einer Untersuchung zu den militärischen Grundlagen der Bundeswehr, die demnächst in der von der Dokumentationsstelle für Friedens- und Sicherheitspolitik e.V. herausgegebenen Broschüre „Die BRD in der NATO" erscheinen wird.

1 Zu den militärstrategischen und operativen Grundlagen der Bundeswehr vgl. AK 263, S. 32-34: Die Bundeswehr und ihr „Verteidigungsauftrag". Die Himmeroder Denkschrift ist abgedruckt in: Klaus von Schubert (Hg.): Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland. Dokumentation 1945 — 1977, Teil 2, Köln 1979

1a Zu den Planungen für die EVG vgl. Kurt Fett: Die Grundlagen der militärischen Planungen, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Aspekte der deutschen Wiederbewaffnung, Boppard 1975, S. 169 ff., sowie: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik, Bd.1, Von der Kapitulation bis zum Pleven-Plan, Freiburg 1982

2 Helmut Schmidt: Verteidigung oder Vergeltung. Ein deutscher Beitrag zum strategischen Problem der Nato, Stuttgart 1961, S.92

3 Vgl. NATO — Strategie und Streitkräfte, Berlin (DDR) 1980, S. 85

4 Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Verteidigung im Bündnis. Planung, Aufbau und Bewährung der Bundeswehr 1950 — 1972, München 1975, S. 83

5 Konrad Adenauer: Lohnt sich der Aufbau der Bundeswehr noch?, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, 21.8.56, zit.n.: James L. Richardson: Deutschland und die NATO. Strategie und Politik im Spannungsfeld zwischen Ost und West, Köln/Opladen 1967, S. 47

6 Adolf Heusinger: Die Bundesrepublik Deutschland — der fünfzehnte Partner, in: Wolfram von Raven (Hg.): Armee gegen den Krieg. Wert und Wirkung der Bundeswehr, Stuttgart 1966, S. 199

7 Richardson, S. 49

8 Verteidigung im Bündnis, S. 83. Eine Denkschrift Blanks vom 6.1.55 hatte noch vorgesehen, innerhalb kürzester Zeit 6.000 Panzer, 8.800 gepanzerte Fahrzeuge, rd. 100.000 Kfz und 1.250 Kampfflugzeuge aufzustellen. Vgl. Johannes Fischer: Militärpolitische Lage und militärische Planung bei Aufstellungsbeginn der Bundeswehr, in: Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.): Militärgeschichte. Stuttgart 1982, S. 452 — 477

9 Verteidigung im Bündnis, S. 83. Erst im März 1962 wurde die Wehrpflicht wieder auf 18 Monate erhöht.

10 Verteidigung im Bündnis, S. 83

11 Zit.n.: Bundeswehr — Armee für den Krieg, Berlin (DDR) 1968, S. 462 (im folgenden: AfdK)

12 Zit.n.: Schubert, S.192

13 zit.n.: Verteidigung im Bündnis, S. 85

14 Zu den Schwierigkeiten der BRD durch *„verspätetes Einschwenken auf die strategischen Grundlinien des ‚Westens'"* meint die bundesdeutsche Militärgeschichtsschreibung etwas beschönigend, aber nicht völlig falsch: *„Tatsächlich sind diese Schwierigkeiten in erster Linie im Zusammenhang zu sehen mit den Bestrebungen der Bundesregierung, das Pendel weder nach der konventionellen noch nach der nuklearen Seite zu stark ausschlagen zu lassen."* (Verteidigung im Bündnis, S. 36)

15 nach: AfdK, S. 455

16 Sonderbeilage zu Information für die Truppe, H. 8/60. Die Denkschrift wurde auf der Grundlage und als Ergebnis von Berichten abgefaßt, die Strauß und Heusinger auf einer Kommandeurstagung der Bundeswehr vom 11. bis zum 13. Juli 1960 in Kiel vorgetragen hatten. An dieser Tagung nahmen 120 Generale und Admirale der Bundeswehr teil. Zu den Mitverfassern gehörten die Generale Kammhuber, Zerbel, Schnez, Trautloft, von Hobe, Kroh, Graf Kielmansegg und Admiral Ruge. Wie aus einem offiziellen Kommunique der Besprechung zwischen Adenauer und Strauß vom 26. August 1960 hervorging, stellte sich die Adenauerregierung voll hinter die ultimativen Forderungen der Generale, indem sie der Bundeswehrführung für die *„geleistete Arbeit"* ihren Dank aussprach. (Bulletin des Presse- und Informationsamtes, Nr. 161/1960, S. 1571). Nicht zufällig erschienen in der Zeit vor und nach der Veröffentlichung der Denkschrift in der westdeutschen Presse zahlreiche Betrachtungen, in denen der Wert der „Polaris"-Mittelstreckenrakete für operativ-strategische Einsätze mit einer damals genannten Reichweite von 2800 Kilometern erwogen wurde. Auch das offizielle „Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung" (Nr. 137/1960, S. 1361) befaßte sich unter dem Titel *„Die neue Strategie"* ausführlich mit der „Polaris"-Rakete... Triumphierend wurde auf die große Reichweite der Polaris hingewiesen und festgestellt, daß *„ihre Nutzlast bei einem Volltreffer genügen (dürfte), um eine Stadt mittlerer Größe völlig zu vernichten: ein mehrfaches der Hiroshima-Bombe"*. (AfdK, S. 249 f.)

17 Heinz Trettner: Der Sperrvertrag dient nicht dem Frieden, in: Rheinischer Merkur, 19.7.68, zit.n.: Schaltzentrum der Aggression. Zur Rolle der Bundeswehrführung im Militär-Industrie-Komplex der BRD, Berlin (DDR) 1971, S. 115 f.

18 A. Ashkenasi: Reformpartei der Außenpolitik, Opladen 1968, S. 19 Nachgedruckt im Bulletin des Presse- und Informationsamtes, 9.7.65

20 Nachgedruckt in: Schubert, Bd. II

21 Interview mit dem Hamburger Abendblatt, 13.10.62, zit.n.: AfdK, S. 311

22 HDv 100/2 „Führungsgrundsätze des Heeres für die atomare Kampfführung" (1961), Ziffer 20. Eine überarbeitete Fassung dieser Grundsätze ist weiter in Kraft.

23 ebd., Ziffer 344. Zum selben Thema Helmut Schmidt: *„Die Behauptung, taktische Nuklearwaffen begünstigten den Verteidiger, hat keine Gültigkeit mehr, seit beide Seiten über eine Fülle taktischer Nuklearwaffen verfügen. Es muß im Gegenteil hervorgehoben werden, daß angreifende Panzerverbände nuklearverseuchte Räume relativ rasch durchstoßen können und dabei weniger gefährdet sind als die an die Verteidigung bestimmter Abschnitte, Punkte oder Sperren örtlich gebundenen Infanterietruppen des Verteidigers. Bei einer statischen Verteidigung, z.B. entlang von Flußabschnitten, liegt der Vorteil einer taktisch-nuklearen Kriegführung vielmehr beim Angreifer. Im Übrigen ist gewiß, daß eine größere Zahl von Typen nuklearer Waffen dann nicht eingesetzt werden kann, wenn die eigenen Truppen eng mit dem Gegner verzahnt sind."* (H. Schmidt: Verteidigung oder Vergeltung, Stuttgart 1961, S. 115)

24 HDv 100/2, Ziffer 19

25 Kai Uwe von Hassel: Verantwortung für die Freiheit, Boppard a.Rh. 1965, S. 71

26 In: Handbuch der NATO, Ergänzungslieferung 2/60, A 12, S. 139, zit.n.: AfdK, S. 223

27 Helmut Schmidt: Verteidigung oder Vergeltung, S. 121 u. 124

28 ebd., S. 112 f.

29 Schmidt: Verteidigung oder Vergeltung, S. 216

30 Ausgeführt in der Botschaft des US-Präsidenten John F. Kennedy an den amerikanischen Kongreß zum Verteidigungsprogramm der Vereinigten Staaten vom 28.3.61, in: Schubert, Bd. 2, S. 125 - 130

31 So forderte etwa „Verteidigungs"minister von Hassel im Frühjahr 1965 auf der Sitzung des NATO-Unterausschusses für nukleare Planung die Bereitschaft zum sofortigen Einsatz von *„Atomminen, atomaren Luftabwehrraketen und anderen atomaren Gefechtsfeldwaffen"* sowie die Verkürzung der Zeitspanne bis zum Einsatz der *„schweren taktischen und strategischen Atomwaffen ... auf das gesamte feindliche Aufmarschgebiet einschließlich des sowjetischen Territoriums"*. (Die Welt, 4.5.65, zit.n.: AfdK, S. 360 f.)

32 Die Welt, 14.11.69, zit.n.: Militärpolitik kontra europäische Sicherheit und Entspannung. Zur Reorganisation der Bundeswehr der BRD, Berlin (DDR) 1975, S. 23

33 Das Rüstungskonzept der Bundeswehr, wie es sich Ende der 60er Jahre herauskristallisierte, sah folgendermaßen aus: *„1. Die Aufklärungsfähigkeit für Frieden, Spannungsfall und Krieg ist so zu erhöhen, daß rechtzeitige und angemessene politische und militärische Reaktionen möglich sind.*
2. Die konventionelle Kampffähigkeit ist zu verbessern und
3. die nukleare Einsatzfähigkeit zu erhalten.
4. Die konventionelle Feuerkraft ist zu erhöhen.
5. Die Beweglichkeit der Kräfte ist so zu steigern, daß dem Kriegsbild entsprechend schnelle Schwerpunktbildung und -verlagerung möglich sind, und
6. die Waffensysteme sind weitgehend zu modernisieren..."
(H. Büchs: Die Konzeption der deutschen Landesverteidigung und ihre Auswirkungen auf die Bewaffnung und Ausrüstung der deutschen Streitkräfte, in: Wehrtechnische Monatshefte, H. 5/68, S. 169)

34 de Maizière: Heer im Atomzeitalter, in: Raven, S. 228

35 von Kielmansegg in: Christ und Welt, 14.7.67, zit.n.: AfdK,

Die »C-Waffen-Freie Zone« — ein Bluff der SPD!

Am 19. Juni 1985 präsentierte die SPD in Bonn einen Vertragsentwurf mit der SED, der die Schaffung einer Chemiewaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorsieht. Ziel dieses Vorhabens ist es, so Karsten Voigt, „*ein Modell auszuarbeiten, das zeigt, daß mit dem Konzept der Sicherheitspartnerschaft und der Entspannung eine Lösung bislang kontroverser sicherheitspolitischer Fragen prinzipiell möglich ist*''. Vollmundig wird angekündigt, daß diese Vereinbarung „*zum Programm einer künftigen von der SPD geführten Regierung gehören*''(1) werde.

Wir wollen in diesem Artikel aufzeigen,
— daß es sehr zweifelhaft ist, ob dieser Vertrag jemals tatsächlich von einer SPD-Bundesregierung abgeschlossen würde;
— daß — diesen Vertragsabschluß vorausgesetzt — die Einhaltung einer solchen C-Waffen—freien Zone kaum kontrolliert werden könnte;
— daß — selbst bei einer „wasserdicht'' kontrollierten C-Waffen-freien Zone — dies nichts zur Kriegsverhinderung beiträgt.
— daß sich die C-Waffen-Politik der SPD r e c h t s von den Vorstellungen der jetzigen Bundesregierung bewegt.

Wird der Vertrag von einem SPD-Bundeskanzler überhaupt abgeschlossen?

Schon auf dem SPD-Parteitag 1982 wurde (gleichzeitig mit der Bestätigung der „Nach''-rüstung) beschlossen, die Produktion und Lagerung von chemischen Waffen in der BRD abzulehnen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, sich für beiderseitige Abschaffung solcher Waffen in Europa einzusetzen und auch die weitere Lagerung zu verbieten. Geschehen ist bekanntlich nichts — trotz (?) eines SPD-Kanzlers. Auch bei dem neuen Vertragsentwurf ist sehr unsicher, ob er überhaupt jemals offizielle SPD-Regierungspolitik werden wird. Die selbst auferlegten Verpflichtungen innerhalb des Vertrages stellen die SPD nämlich vor das Problem, nur nach Absprache mit ihrem obersten Verbündeten USA wirksam werden zu können. Die USA sollen veranlaßt werden, ihre C-Waffen abzuziehen (Pkt. 5 ff des Vertrages), ohne gleichzeitig das von der SPD immer so betonte NATO-Bündnis zu gefährden (Pkt. 13 des Vertrages).

Die augenblickliche US-Administration aber ist dafür mehrheitlich nicht zu haben. Zwar gibt es hier auch andere Meinungen wie z.B. General Rogers (dazu s. unten), aber selbst diese Position unterstützt einen Abzug von C-Waffen erst mittelfristig.

Dazu kommt, daß die USA bei den Genfer Verhandlungen über ein weltweites Verbot von C-Waffen immer am Punkt der Überprüfbarkeit solcher Verträge Streit vom Zaun gebrochen haben und die Gespräche hieran nicht weiterkamen (2). Genau dieser Punkt ist aber auch im Vertragsentwurf der SPD/SED sehr vage gehalten: Einzelheiten der internationalen Kontrolle — so Pkt. 12d — seien „in Verhandlungen festzulegen''. Hier gibt es also genug Möglichkeiten für die USA, diese Verifikations-Verhandlungen durch unzumutbare Forderungen an die Adresse der SU zu torpedieren und so den Vertragsabschluß in alle Ewigkeit hinzuziehen.

Will man die Ernsthaftigkeit des SPD-Engagements in Sachen C-Waffen beurteilen, so kommt mensch an der jüngsten Vergangenheit nicht vorbei. Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre gab es in der BRD erste Proteste wegen amerikanischer C-Waffen. Die SPD reagierte ebenso kraftmeierisch wie heute: Willy Brandt versprach auf dem Gewerkschaftstag der IG Chemie im September 1969, sich für den Abzug der C-Waffen einzusetzen. Die neue Regierung Brandt/Scheel bekundete dann auch öffentlich, mit den Amerikanern über die Entfernung zu verhandeln.

Verhandelt wurde auch — aber nicht über den A b z u g der C-Waffen, sondern über strikte Geheimhaltung ihrer Stationierungsorte:

„Die Verpflichtung zur Geheimhaltung von Informationen über die Lage-

die Entfernung zu verhandeln.
Verhandelt wurde auch — aber nicht über den A b z u g der C-Waffen, sondern über strikte Geheimhaltung ihrer Stationierungsorte:
„Die Verpflichtung zur Geheimhaltung von Informationen über die Lage-

rung chemischer Kampfstoffe der US-Streitkräfte in der Bundesrepublik Deutschland ist damals zwischen dem damaligen Bundeskanzler Brandt und dem damaligen Präsidenten der Vereinigten Staaten, Nixon, schriftlich festgelegt worden'' (Bundestagsdrucksache 9/2356 am 15.12.82) (3)

Eine neue Schlitzohrigkeit?

Auch aktuell bastelt die SPD schon wieder an Hintertürchen. In der SPD-Zeitung „Vorwärts'' setzt sich ein Hans Kopp am 19. August 1985 — also 2 Monate nach Abschluß der SPD/SED-Gespräche — ganz anders mit der Materie auseinander. Er ist der Meinung, daß die neue Generation chemischer Waffensystem („binäre Systeme'') im Frieden sicherer sind als die bisher hier stationierten C-Waffen („unitäre Systeme''). Diese seien zwar scharf bewacht, aber lagerten in rostenden, leckenden Behältnissen und stellten somit ein schleichendes Umweltproblem dar. Kopp verweist auf das Gesetzesvorhaben der US-Regierung, diese „chemischen Altwaffen'' gegen die „moderne, sichere binäre Munition'' auszutauschen.

Alte chemische Waffen sollten aber nur abgezogen werden, „insoweit sie durch neuen binäre Waffen ersetzt worden sind.'' Er schlußfolgert:

„*Damit verlagert sich der Schwerpunkt der Debatte vom Kriegsrisiko der neuen Waffen auf das Friedensrisiko der alten Waffen.*'' Und: „*Kann und darf sich die Bundesrepublik der Stationierung der neuen Generation chemischer Waffen verweigern, wenn die Verweigerung zur Folge hat, daß auf deutschem Boden chemische Zeitbomben nicht entschäft werden können?*''

Diese Beispiele machen deutlich, daß noch nicht einmal sicher ist, ob die SPD diesen Vertragsentwurf wenigstens formal umsetzen würde, wenn sie wieder in Regierungsverantwortung kommt. Nehmen wir aber für einen Augenblick an, daß es doch zu einem formalen Vertragsabschluß über die Bildung einer C-Waffen-freien Zone kommt. Was würde das verändern?

Die Schlupflöcher des Vertrages

Die Vereinbarung ist in 3 Punkten leicht zu unterlaufen:

1. Abgezogene C-Waffen werden wieder zurückgebracht

Der bürgerliche Politologe Seidelmann schreibt dazu (4):

„*Dieses Kardinalproblem aller zonalen Ansätze ist in diesem Fall nicht nur ein praktisches Problem — so müßte man z.B. an den äußeren Grenzen der Zone Artilleriemunition und Bomben auf ihren Inhalt prüfen können. Es ist ebenso ein grundsätzliches politisches Problem, wenn ausländische Streitkräfte in der Zone gegen den Willen oder ohne das Wissen des Stationierungslandes C-Waffen retransferieren — etwa im Spannungsfall.*'' An dieser Stelle sei an die im Frühjahr 85 enttarnten Rucksack-Atom-Minen der US-Army erinnert, die offiziell auch längst vom BRD-Gebiet hätten abgezogen sein müssen. Seidelmann weiter:„*Man selle sich z.B. vor, daß die französischen Truppen in Südwestdeutschland mit C-Waffen ausgestattet werden sollten und ein DDR-Inspektor wolle dies verhindern.*''

Hinzu kommt, daß ein mitteleuropäisches Schlachtfeld natürlich auch von außerhalb einer C-waffen-freien Zone massiv mit C-Waffen bombardiert werden kann; beispielsweise könnten diese von Cruise missiles, Bombern oder Raketen von den Rand-

Hinzu kommt, daß ein mitteleuropäisches Schlachtfeld natürlich auch von außerhalb einer C-waffen-freien Zone massiv mit C-Waffen bombardiert werden kann; beispielsweise könnten diese von Cruise missiles, Bombern oder Raketen von den Rand-

staaten oder Randmeeren aus in diese Zone hineingebracht werden.

Seidelmann bemängelt, daß „*die Vereinbarungspunkte 6 und 7, wo es insbesondere um das Verhalten der Randstaaten zu den Zonenmitgliedern geht, verhältnismäßig vage sind.*'' Insbesondere fehle ein Hinweis im Vertrag, daß Mittelstreckenraketen auch außerhalb der Zone nicht C-waffenfähig gemacht werden dürfen bzw. daß C-waffenfähige Mittelstreckenraketen auch außerhalb dieser Zone verschwinden müssen.

2. Die Produktion von C-Waffen kann auch innerhalb der Zone nicht verhindert werden

In der öffentlichen Diskussion wird der Vertrag v.a. mit dem Abzug der von Drittmächten (d.h. vor allem USA und UdSSR) *stationierten* C-Waffen in Verbindung gebracht. Aber nicht gesehen wird die Gefahr, daß die BRD *selbst* eine C-Waffen-Produktion aufbauen könnte, weil der Vertrag keinerlei Hinweis auf die Überwachung der militärisch relevanten chemischen Industrie enthält. Auch die Tatsache, daß die C-Waffen-Forschung in der BRD offiziell abgestritten, aber dennoch unter dem Deckmantel der Forschung nach Abwehr- und Entgiftungsmaterialien betrieben wird, ist in dem Vertrag nicht problematisiert (s. Kasten).

3. Die Produktion binärer C-Waffen ist generell kaum kontrollierbar

Selbst wenn der Wille erkennbar wäre, Schlupfloch Nr. 2 zu verstopfen, ist doch sehr fraglich, ob es dazu überhaupt die Möglichkeit gibt. Bei der neuen Generation der C-Waffen, den sog. Binärwaffen, werden nämlich keine „an sich'' hochgiftigen Substanzen produziert, sondern zwei „an sich'' relativ harmlose Chemikalien, die erst im Falle ihrer Vermischung (z.B. bei Detonation) Vernichtungswirkung entfalten. Der „Infodienst für Frieden und Abrüstung'' bilanziert (2):

„*Die neuen binären Waffen ... lassen das Dilemma der chemischen Waffe endgültig unlösbar erscheinen: Wie ließe sich dem militärischen Mißbrauch von kommerziellen Chemikalien Einhalt gebieten? ... Auch ein wasserdichter BC-Vertrag ist keine absolute Problemlösung ... Im Falle einer Krise ist eine hochentwickelte chemische Industrie prinzipiell imstande, beträchtliche Kampfstoffmengen innerhalb von Monaten neu zu erzeugen.*''

NATO-Generäle: Bessere Kriegführung OHNE C-Waffen?

Der Abzug von C-Waffen aus Mitteleuropa wird inzwischen neben der SPD auch von starken Kräften innerhalb der NATO-Generalität gefordert — und zwar nicht aus Friedensliebe, sondern weil C-Waffen für die Kriegführung so unpraktikabel sind.

„*Sie besitzen eine erhebliche, aber nur schwer eingrenzbare militärische Wirkung. Ihr Einsatzwert ist daher auch unter Militärs umstritten*'', so Seidelmann (4).

Egon Bahr erwähnte gegenüber dem „Spiegel'' (nicht näher benannte) Militärexperten der Bundesregierung, die das SPD-Konzept eines beiderseitigen C-Waffen-Abzugs mitunterstützen, weil

„*natürlich die Verteidigungsfähigkeit der Bundeswehr reduziert würde, wenn sie sich auf einen chemischen Angriff einzustellen hätte.*'' (5)

Auch NATO-Oberbefehlshaber Rogers meint, lt. „FR'' (6), die Amerikaner könnten „*in absehbarer Zeit auf die Stationierung chemischer Waffen in Westeuropa verzichten und die bisher hier, vor allem in der Bundesrepublik gelagerten Bestände, abziehen. Voraussetzung sei allerdings, daß der US-Kongreß die Produktion neuer binärer chemischer Waffen genehmige. Diese binären C-Waffen sollten in Friedenszeiten in den USA stationiert, also nicht in Europa gelagert werden.*''

Und in einem Interview äußerte Rogers:

Wenn es aus Abschreckungsgründen, z.B. in Krisenzeiten oder bei einer Konfrontation, notwendig sein sollte, würden wir dann unsere Verbündeten konsultieren, ob wir sie nach Europa bringen oder nicht.'' (6)

Rogers formuliert hier einen Vorschlag, der voll mit der SPD-SED-Vereinbarung deckungsgleich ist und sich eines Schlupfloches dieses Vertrages — Retransfer im Spannungsfall — geschickt bedient! Im Grundsatz derselben Meinung wie Rogers ist die CDU-Fraktion, die sich durch ihren Rechtsaußen Todenhöfer in der Bundestagsdebatte entsprechend äußerte. Schon früher hatten sich Todenhöfer und Dregger im Kern für die SPD-Vorschläge ausgesprochen, ohne allerdings auf Verbalattacken gegen den SPD/SED-Vertragsentwurf verzichten zu wollen. Karsten Voigt entlarvt diesen Schmu sehr schön, wenn er die Bundesregierung mit folgenden Worten umwirbt:„*Will sie den Wünschen des US- Repräsentatenhauses folgen und neue chemische Waffen in der Bundesrepublik stationieren? Oder plädiert sie mit Alfred Dregger für den einseitigen Abzug der chemischen Waffen aus der Bundesrepublik?*'' (1) Alfred Dregger — ein Pazifist? Aber hallo!



SPD überholt CDU rechts!

Es gibt allerdings einen wichtigen Unterschied zwischen SPD und CDU: Die Spezialdemokraten wollen einen C-Waffen-Abzug „hüben und drüben'', während die CDU — zumindest auf dem diplomatischen Parkett — einen einseitigen Abzug der US-Waffen befürwortet. Ganz nationalistisch profilierte sich z.B. Bahr im „Spiegel'':

Wenn die CDU/CSU oder die Bundesregierung die Auffassung vertritt, die Amerikaner könnten ihre veralteten Waffen einseitig abziehen, dann ist doch unser Modell, wo der Abzug auf beiden Seiten erfolgt, in der Tat besser.'' (5)

Der CDU wirft er vor:

„*Ich finde das grotesk, daß man einseitig bereit ist, diese Waffen wegzugeben, aber nicht darauf besteht, daß sie auch im Osten abgezogen werden.*'' (5)

Die SPD will absahnen

Der oben schon zitierte Politologe Seidelmann nennt folgende Motive für das Vorgehen der SPD (4):

— „*Die Oppositionsstrategie des linken Patriotismus ... hat in den C-Waffen ein öffentlichkeitswirksames, emotional besetztes und wählermobilisierendes Thema gefunden.*''

— „*Hinzu kommt, daß man dies nicht allein besetzt, sondern darüberhinaus gleich ein Übereinkommen mit der SED präsentiert. Damit stellt sich die SPD nicht nur als problemsensibel, sondern auch als problemlösungsfähig dar.*''

—„*Diese Initiative hat innerparteilich integrierende und mobilisierende Funktion. Sie führt Gegner und Befürworter der Nachrüstung in der SPD zu einer neuen Einigkeit, setzt dem eigenen Klientel ein konkretes, unkontroverses und politisch unmittelbar einleuchtendes Ziel und monopolisiert werbewirksam das C-Waffen-Thema gegenüber den noch vorhandenen Friedensgruppen.*'— Die SPD „*überwindet den in den Jahren 1979-1982 im Zusammenhang mit dem NATO-Doppelbeschluß erlittenen rüstungskontrollpolitischen Glaubwürdigkeitsverlust.*''

Wird die Friedensbewegung interessiert sein, auch hierauf hereinzufallen?

Zwei Genossen vom KB Baden-Württemberg

Anmerkungen:
(1) Karsten Voigt in DEUTSCHLAND-ARCHIV Nr. 10/85
(2) Informationen nach: Infodienst Frieden und Wissenschaft, 4/84
(3) s. dazu ausführlich AK 230, S.8

Anmerkungen:
(1) Karsten Voigt in DEUTSCHLAND-ARCHIV Nr. 10/85
(2) Informationen nach: Infodienst Frieden und Wissenschaft, 4/84
(3) s. dazu ausführlich AK 230, S.8

(4) Seidelmann in DEUTSCHLAND-ARCHIV Nr. 10/85
(5) SPIEGEL, 21.10.85
(6) Artikel und Interview in FR, 4.11.85

Wofür braucht die NATO chemische Waffen?

Die Streitkräfte der NATO müssen „*fähig sein, chemische Kampfstoffe* **zur Vergeltung** *in begrenztem Umfang einzusetzen. (...) wird ein Teil der C-Kampfstoffe in der Bundesrepublik Deutschland eingelagert.*'' (alle Hervorhebungen AK) So steht es im Verteidigungsweißbuch der BRD (von 1983). Ab und zu, wenn die NATO mit ihren C-Waffen Neuerungen vorhat, wird zur Untermauerung behauptet, daß der Warschauer Pakt sogar 700.000 Tonnen chemischer Kampfstoffe und das nahe zum Westen überall horten würde, während die USA erst jetzt, nach 18 Jahren, wieder neue chemische Waffen produzierten.

In der Friedensbewegung ist bekannt, daß die neue Air-Land-Battle-Doktrin vorschreibt, jederzeit auf dem Schlachtfeld chemische Waffen mitzuschleppen und von vorneherein ständig mögliche Ziele für diese Waffen auszusuchen. Dies wird dann häufig damit verwechselt, daß die NATO auf jeden Fall von Anfang an den Einsatz dieser Waffen vorsehe.

Wie es um die C-Waffen bestellt ist, erläuterte Bundeswehrleutnant Klaus Nissen folgendermaßen:

„*Das Besondere der chemischen Kampfstoffe ist aber, daß der gut für eine C-Abwehr ausgestattete Soldat sich gegen sie schützen kann, besser jedenfalls als gegen die Mehrzahl sonstiger Kampfmittel.*'' („Europäische Wehrkunde'' Nr. 1/84) Das kann man — zu Recht — anzweifeln, entscheidend im Kriegsfalle ist aber, was die Bundeswehr glaubt. Der interessante Aspekt ist folgender:

„*Das bringt demjenigen einen entscheidenden Vorteil, der chemische Kampfstoffe entgegen dem Kriegs-Völkerrecht als* **erster** *und in großen Mengen* **überraschend** *einsetzt. (...) Die* **Vergeltung** *mit C-Kampfstoffen ist dagegen* **kaum wirksam**, *denn die Überraschung bliebe aus, mit einem Einsatz wäre zu rechnen, die Fähigkeit zur C-Abwehr könnte voll zur Wirkung gebracht werden.*

Damit es jeder versteht, wiederholt der Oberstleutnant noch einmal ganz langsam:

„*Für denjenigen also, der chemische Kampfstoffe ausdrücklich* **nur zur** *Vergeltung gegen einen Gegner verwenden wird, der seinerseits chemische Kampfstoffe bereits eingesetzt hat, sind diese rein militärisch betrachtet* **von geringem Nutzen...**''

Also ist die im Weißbuch angestrebte „Vergeltung'' mit C-Waffen völlig nutzlos? Nein, denn:

„*Die Wirksamkeit der Vergeltungsmittel erhöht sich allerdings in dem Augenblick, wo der Gegner unsicher ist, ob die nach Deklaration als Repressalie bereitgehaltene C-Kampfstoffe* **nicht dennoch** *völkerrechtswidrig als* **erste eingesetzt würden. Eine derartige militärische oder politische Absicht besteht selbstverständlich im Westen nicht.**''

Klar, wer wollte bezweifeln, daß die NATO sich nicht ans Völkerrecht hält. Aber wie kriegt der Oberstleutnant dann die Kurve zur erhöhten Wirksamkeit, die nur beim völkerrechtswidrigem Ersteinsatz gegeben ist? So:

„*Die Frage ist nur ob der WP darauf* (daß die NATO nicht die Absicht zum Ersteinsatz hat — AK) *vertraut; vermutlich nicht.*''

Ein Schlauberger der Oberstleutnant. Also entweder befürchtet der Warschauer Pakt den möglichen Ersteinsatz chemischer Waffen durch die NATO (diese Drohung soll nach der Airland-Battle-Doktrin damit glaubhaft unterstrichen werden, daß überall auf dem Schlachtfeld solche Waffen mitherumgeschleppt werden und Spezialoffiziere ständig denkbare Ziellisten führen), dann muß er alle Soldaten mit teuren C-Abwehr-Ausrüstungen (wie Spezialanzüge oder Gasmasken) versehen und im Ernstfalle mit diesen extrem hinderlichen Kampfanzügen in den Einsatz schicken, oder diese Truppen böten ein entsprechend ideales Ziel für einen massiven Angriff mit chemischen Waffen durch die NATO. Aber das hatten wir ja schon, das plant natürlich niemand.

,,Die Freiheit der Meere ist das Herzblut unserer Nation''

— Militäraufmarsch im Pazifik —

,,Wußten Sie schon, so sollte man den ,gebildeten' Westeuropäer fragen, daß
— die größte Schiffswerft der Welt am Pazifik liegt;
— das größte Stahlwerk der Welt sich nur wenige Kilometer davon entfernt, auch in Süd-Korea befindet;
— Honkong der zweitgrößte Container-Hafen der Welt (...) ist;
— Tokio, Hongkong und Singapur die größten Finanzplätze der Welt nach New York, London und Frankfurt sind;
— Australien die größten bekannten Vorkommen in der Welt an Bauxit und Uran, China neben der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten die größten Kohlevorkommen der Welt besitzt;
— die wichtigsten Zentren der Welt für Entwicklung und Produktion von Mikroelektronik am Pazifik — in Kalifornien und Japan — angesiedelt sind;
— die Handelsfoltte der Pazifik-Anrainer ungefähr ebenso groß ist wie die der EG ...? (1)

Diese Fragen des außenpolitischen Beraters der Bundesregierung, Eberhard Rhein, an die Leserschaft des ,,Europa-Archivs'' signalisieren die Bedeutung, die das westdeutsche und westeuropäische Kapital der Pazifik-Region zumißt. Der Pazifik-Raum, *,,einer der dominierenden Zonen der Weltwirtschaft im 21. Jahrhundert''*, biete mit seinem großen Menschenpotential (zwei Milliarden) nicht nur einen kaufkräftigen Markt, sondern die dort lebenden Menschen gehören auch ,,zum wirtschaftlich aktivsten, lernfähigsten und erfindungsreichsten Teil der Menschheit'' (1a). Desweiteren ist der Pazifik-Raum einer der resourcenreichsten Gegenden der Erde (Kohle, Bauxit, Zinn, Mangan, Wolfram), auch bezüglich pflanzlicher und tierischer Produkte. Begünstigt werden die Pazifik-Anrainer zudem durch die günstige Verkehrsverbindung via Schiff. Auch wenn die Kassandra-Rufe europäischer Politiker und Wirtschaftsstrategen oft dazu benutzt werden, um innen- und sozialpolitische Forderungen durchsetzen zu können, so ist die Pazifik-Region in der Tat — abgesehen von den Golf-Staaten — ganz zentrale Region kapitalistischer Wachstumsschübe; und so sieht sich das westeuropäische Kapital demzufolge gezwungen, bei der innerimperialistischen Konkurrenz im Pazifik mitzumischen.

Eine derart bedeutende wirtschaftspolitische Region ist selbstverständlich ein ,,Sicherheitsproblem'' und ein militärisches Aufmarschgebiet ersten Ranges. Die immer wieder beschworene ,,wachsende Bedrohung'' Ostasiens und des Pazifiks kommt selbstverständlich nicht aus den imperialistischen Herrschaftsansprüchen, sondern natürlich von ,,außen''. Solange China und die Sowjetunion zu einem gemeinsamen ,,sozialistischen Lager'' zählten, galt dies als ein möglicher zentraler Weltkriegsschauplatz, nach deren Spaltung und Chinas Annäherung an die USA und nach dem Vietnam-Krieg gilt diese Region immer noch als ein denkbarer Schauplatz für einen ,,halben'' (Welt-)Krieg. Heute ist es die Sowjetunion allein, die mit ihrer wachsenden Flotte, ihrem Einfluß in Vietnam und Kambodscha und nichtzuletzt wegen ihres Einmarsches in Afghanistan die ganze Region in Angst und Schrecken versetzen soll. Das Ringen der ,,Supermächte'' ist allgemein in der bürgerlichen Darstellung und ,,Analyse'' für den gewaltigen imperialistischen Militäraufmarsch in dieser Region verantwortlich, dessen Funktion, Art und Hintergrund hier zusammenfassend dargestellt wird.

Das pazifische Bündnisgeflecht

Das pazifische Bündnisgeflecht

Im Gegensatz zum nordatlantischen Raum existiert im Pazifik keine einheitliche militärische Organisation der kapitalistischen Staaten. Zur Zeit gibt es in der Pazifik-Region vielmehr sechs verschiedene ,,Verteidigungsabkommen'':

1. Das gegenseitige Verteidigungsabkommen zwischen **den USA und den Philippinen** (abgeschlossen 1952), dessen Kern die verschiedenen Stützpunkte auf den Philippinen bilden.
2. Der **ANZUS-Pakt** zwischen Australien, Neuseeland und den USA (1952), der momentan die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit besonders durch die Divergenzen in der Frage der Atom(waffen)politik auf sich zieht.
3. Der **amerikanisch-japanische Sicherheitsvertrag** (1952, abgeändert 1961), der in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewann.
4. Das gegenseitige Verteidigungsabkommen **zwischen Südkorea und den USA** (1954);
5. das **amerikanisch-thailändische Bündnis** als ein Relikt der Southeast Asian Treaty Organisation (Seato) von 1954;
6. das weithin unbekannte Verteidigungsabkommen zwischen **Singapore, Malaysia, Australien, Neuseeland und Großbritannien** (1971).

Dieses Geflecht an ,,Sicherheitsverträgen'' und ,,Verteidigungsabkommen'' verdeutlicht die militärische und bündnispolitische Struktur der Pazifik-Region. Eine bündnis*ähnliche* Abstimmung wird durch die Führung der USA wahrgenommen.

Japan: Torwächter vor Wladiwostok

Im Nordpazifik hat Japan in den letzten Jahren seine sog. Selbstverteidigungsstreitkräfte (SDF) zunehmend ausgebaut. Die derzeitige Diskussion um die Ausweitung des Rüstungshaushaltes über die imaginäre Einprozent-Grenze des Bruttosozialprodukts (in der BRD macht der ,,Verteidigungshaushalt'' ca. 3,5% des BSP aus) verschleiert bis heute die eigentliche Potenz der japanischen Armee, wenn man bedenkt, daß das BSP Japans ca. 10% des weltweit erwirtschafteten BSP ausmacht. Mit einem Etat von 12,5 Mrd. Dollar (1984) und mit modernsten Waffen ausgerüsteten Streitkräften (280.000 Mann) gelten die japanischen ,,Selbstverteidigungskräfte'' als die achtstärkste Armee der Welt (3). Daß allein die Existenz der SDF in eklatanter Weise gegen Artikel 9 der Verfassung verstößt, wird mittlerweile von keiner der staatstragenden Parteien, von den ,,Sozialisten'' bis zu den Nationalliberalen, kritisiert (4).

Die militärische Bedeutung Japans für die USA wuchs Ende der 60er/Anfang der 70er Jahre aufgrund der geänderten Militärkonzeption der USA. Gleichzeitig mit der Bildung des ersten japanisch-amerikanischen ,,Verteidigungsausschusses'', der die Aufgabe eines integrierten Generalstabes übernehmen sollte, nahm die japani-

ersten japanisch-amerikanischen ,,Verteidigungsausschusses'', der die Aufgabe eines integrierten Generalstabes übernehmen sollte, nahm die japani-

sche Regierung 1976 auch ein ,,nationales Verteidigungsprogramm'' an, das die Modernisierung der japanischen Streitkräfte mit der **Betonung auf die Luft,,verteidigung''** und **Anti-U-Boot-Kriegsführung** vorsah (5). 1978 beschlossen die USA und Japan gemeinsame Richtlinien und Planungen zur ,,Verteidigung''.

Zwei Jahre später folgte dann die Teilnahme der japanischen ,,Selbstverteidigungsstreitkräfte'' an den RIMPAC-Manövern zusammen mit den USA, Kanada, Australien und Neuseeland. Damit überquerten japanische Einheiten erstmals seit Ende des 2. Weltkrieges den 20. Breitengrad in südlicher Richtung. Im Mai 1981 kündigte der damalige Premierminister Suzuki vor dem National Press Club in Washington an, Japan würde die militärische Aufgabe übernehmen, sowohl sein eigenes Territorium als auch den See- und Luftraum innerhalb einer 1.000-Meilen-Zone zu ,,verteidigen,,.

Man bedenke bei dieser Ankündigung, daß die sowjetische Insel Sachalin keine 100 km vor der japanischen Insel Hokkaido und die amerikanische Militärbasis Misawa nur 720 km südöstlich von Wladiwostok liegt, wo der Großteil der sowjetischen Pazifik-Flotte stationiert ist. Die auf Misawa stationierten F-16-Jagdbomber ,,decken'' mit einer Reichweite von 925 km nicht nur Wladiwostok, sondern auch Ziele auf der Halbinsel Sachalin ab (6).

Im Januar 1983 wies der japanische Regierungschef Nakasone auf die eigentliche militärische Aufgabe Japans hin: als unversenkbarer Flugzeugträger die sowjetische Marine und Luftwaffe zu einem frühestmöglichen Zeitpunkt mit Unterstützung der USA in einem Konfliktfall auszuschalten. Dazu gehört auch die Sperrung der fünf Seestraßen, die für die sowjetische Flotte den Zugang zum Pazifik bilden. Die wichtigsten Basen der sowjetischen Pazifikflotte, Wladiwostok und auch Sowjetsk Gawan liegen am Japanischen Meer und haben keinen unmittelbaren Zugang zum Pazifik. Im Konfliktfalle sollen alle fünf Meerstraßen, die aus dem Japanischen Meer in den Pazifik führen, durch die US-Flotte und Japan vermint werden. Die so eingeschlossene sowjetische Flotte würde dann zum Ziel der taktischen Luftwaffe der USA. Diese taktische Luftwaffe wurde erst kürzlich durch 36 F-16-Jagdbomber in Südkorea und 48 F-16 in Japan verstärkt. Wie provokativ die USA im Nordwestpazifik ihre Macht demonstrieren, zeigt sich u.a. an den Manövern im Japanischen Meer und vor allem im Ochotskischen Meer zwischen Sachalin und den Kurilen, bekannt durch den Abschuß des südkoreanischen Jumbo-Flugzeuges auf seinem ,,Irrflug''.

Die japanische Außenpolitik stellt neben wirtschaftlichen Interessen auch die militärische Zusammenarbeit in Rechnung. 1972 nahm Tokio diplomatische Beziehungen zu Peking auf und intensivierte diese Beziehungen nach dem Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages im Jahre 1978, dessen Antihegemonialklausel sich of-

intensivierte diese Beziehungen nach dem Abschluß eines Friedens- und Freundschaftsvertrages im Jahre 1978, dessen Antihegemonialklausel sich of-

fensichtlich gegen die SU richtete. Ein freundlich gesinntes China gehört zu den Eckpfeilern der japanischen Außenpolitik.

Neben den ASEAN-Staaten (Indonesien, Malaysia, Philippinen, Brunei, Singapore und Thailand) leistet Japan auch — in Absprache mit den NATO-,,Partnern'' — strategische Wirtschaftshilfe an Pakistan, Oman, Ägypten, Türkei und Mittelamerika (7). Ökonomische Potenz, aber auch die geographische Lage machen Japan zum wichtigsten Verbündeten der USA in der Pazifik-Region. Die US-Streitkräfte verfügen über 120 Einrichtungen in Japan: u.a. liegt in Yokosuka das Hauptquartier der 7. US-Flotte, und ist die 3. Division des US-Marinekorps, der einzige amphibische (Interventions-)Verband im Westpazifik, in Okinawa stationiert; 45.000 US-Soldaten befinden sich in Japan, für die die japanische Regierung jährlich ca. 1 Mrd. Dollar ,,Beihilfe'' zahlt (8).

Auch die ,,Aussöhnung'' mit dem ehemaligen Gegner Südkorea ist ein strategisch-vorrangiges Ziel japanischer Außenpolitik, bildet doch das (ungleiche) Dreieck USA-Japan-Südkorea eine strategische Einheit im Nordwestpazifik. Für den japanischen Politikwissenschaftler Nakagawa sind die ,,Sicherheitsinteressen'' Japans und Südkoreas so identisch, daß die beiden Staaten fast als eine Nation begriffen werden können, ,,etwa so wie die nördliche und südliche Hälfte Westdeutschlands'' (9).

Südkorea: der ostasiatische Frontstaat

Die militärisch wichtige und von den USA erwartete ,,Aussöhnung'' Japans und Südkoreas wurde 1965 mit einem Normalisierungsabkommen zwischen den beiden Staaten eingeleitet. Die Schwierigkeiten einer solchen Normalisierung lassen sich nur vor dem Hintergrund der jahrzehntelangen, kolonialistischen Ausbeutung Koreas durch Japan verstehen. Nach dem Sieg im russisch-japanischen Krieg (1905) hatte Japan in Korea eine ausgesprochene Apartheidspolitik betrieben, die 1942 in dem Verbot der koreanischen Sprache gipfelte. (10). Als mit dem Ende des 2. Weltkrieges das japanische Kolonialreich im Pazifik zusammenbrach, hatte dies auch entscheidende Konsequenzen für das koreanisch-japanische Verhältnis, so daß es 20 Jahre dauerte, bis vorsichtige politische Schritte für eine ,,Normalisierung'' eingeleitet werden konnten. Mit dem Besuch des südkoreanischen Staatschefs Chun Doo Hwan im September 1984 in Tokio, dem 1983 Nakasones Visite in Seoul vorausgegangen war, scheint auf staatlicher Ebene der Prozeß der ,,Normalisierung'' die Öffentlichkeit nicht mehr scheuen zu müssen.

Südkorea, dessen Staatshaushalt nach dem Korea-Krieg in den 50er Jahren zeitweise zur Hälfte mit US-Geldern finanziert wurde, dessen Militärdiktator Park 50.000 südkoreanische Soldaten in den Vietnam-Krieg schickte und dafür von den USA 1 Mrd. Dollar kassierte, dieses Südkorea wurde seit 1950 permanent zum ,,Frontstaat der westlichen Welt'' in Ostasien ausgebaut. So ist auch — konsequenterweise — der Komman-

wurde seit 1950 permanent zum ,,Frontstaat der westlichen Welt'' in Ostasien ausgebaut. So ist auch — konsequenterweise — der Komman-

dant der südkoreanischen Armee ein US-General. Die 40.000 in Südkorea stationierten GIs sind natürlich auch mit nuklearen Waffen ausgerüstet. Die Stationierung von Pershing und Cruise Missile in Südkorea wird derzeit noch diskutiert.

Die „chinesische Karte"

Nach den Grenzkriegen am Ussuri waren in den 60er Jahren rund 50 sowjetische Divisionen an der 10.000 km langen Grenze zu China aufgezogen. US-Politologen beschuldigten die US-Regierung bis Anfang der 70er Jahre einer ,,unglaublichen'' Fehleinschätzung, weil sie nicht in der Lage sei, diesen Konflikt zu nutzen (11). Kissingers Annäherungspolitik und die Unterzeichnung des Shanghai-Kommuniqués (1972) wurde dann entsprechend als ,,neue Ära der Weltpolitik'' gefeiert. Aller Euphorie zum Trotz blieb die wirtschaftlich, aber vor allem die militärische Kooperation bislang begrenzt. Immerhin unterhalten die USA zwölf Aufklärungsstationen in China, die mit der Begründung installiert wurden, das Geschehen in Afghanistan auszuwerten (12).

Die kurz hintereinander erfolgten Besuche von Reagan, Weinberger, Marineminister Lehman, dem Vorsitzenden der vereinigten Stabschefs, General Vessey und dem Oberbefehlshaber der amerikanischen Luftwaffe, General Gabriel in China signalisieren den Wunsch der USA nach einer verstärkten Annäherung. General Gabriel wurde von seinem chinesischen Amtskollegen als ein ,,alter Freund'' begrüßt, und inoffiziell werden die USA und auch Japan von der chinesischen Führung als ,,Alliierte'' bezeichnet (13).

Momentan konzentriert sich die gemeinsame chinesisch-amerikanische Politik auf die Destabilisierung Vietnams und Kambodschas, wobei es aber noch als offen gilt, wie lange die heterogene Koalition hält. Konfliktpunkt ist nach wie vor Taiwan, aber auch Mittelamerika, das südliche Afrika, der Nahe Osten wie auch die Raketenstationierung in Europa. China ist derzeit kein kalkulierbarer Faktor für die NATO und Japan (14).

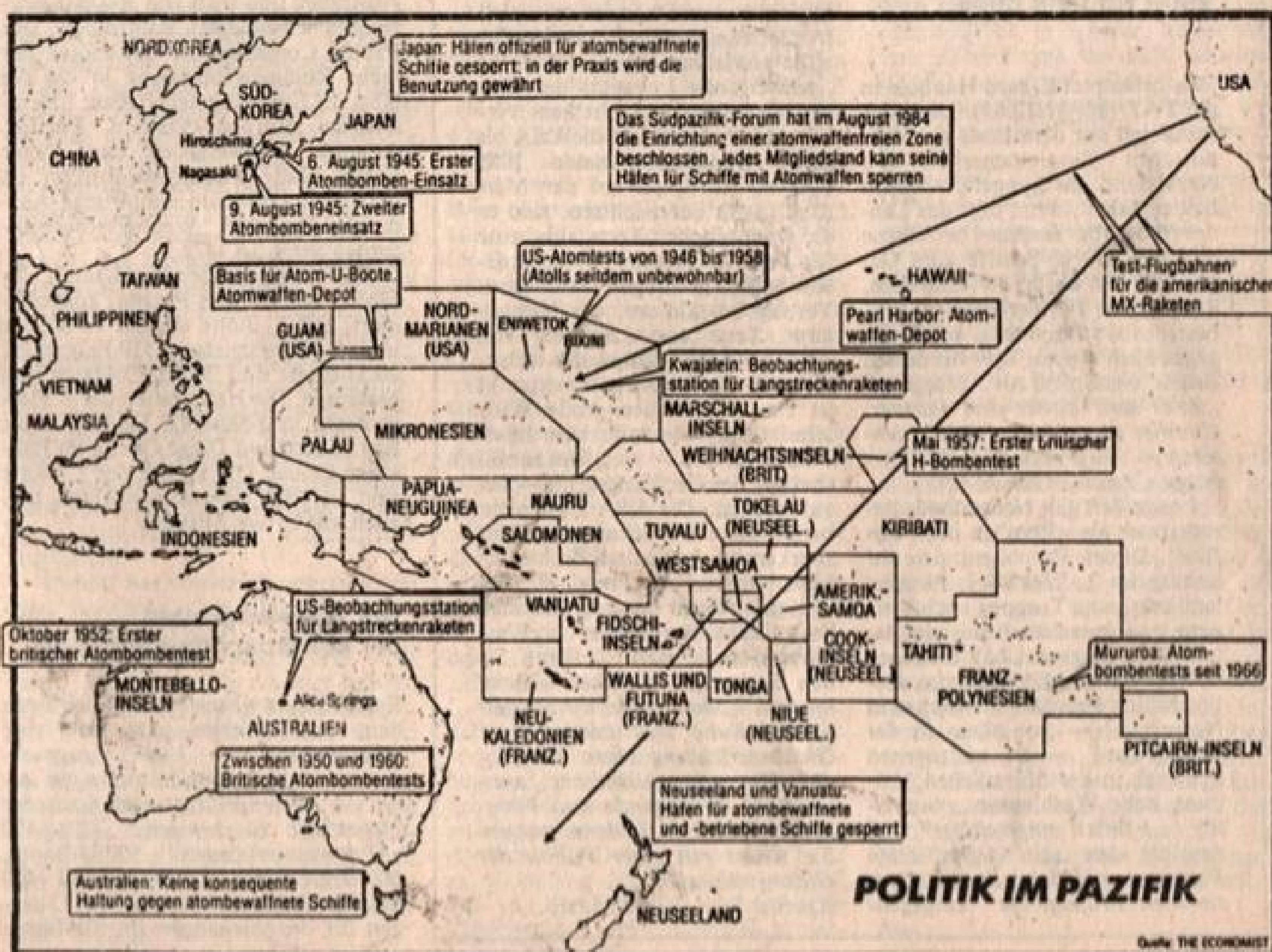
Ein wackeliger Eckpfeiler

Die militärische Bedeutung der ASEAN-Staaten konzentriert sich zunächst einmal besonders auf die Aufstandsbekämpfung in dieser Region. Unter militärstrategischen Gesichtspunkten sind aber auch die Philippinen von großem Interesse für die USA, wo zwei der wichtigsten US-Stützpunkte im Pazifik liegen: Subic Bay als größte logistische Nachschubbasis der US-Marine im Westpazifik und Clark Air Base als der größte Luftwaffenstützpunkt in Ostasien. Die strategische Bedeutung dieser Stützpunkte liegt vor allem in ihrer günstigen geographischen Lage, im Schnittpunkt zwischen dem Nordwest-Pazifik (Japan/Korea) und dem Indischen Ozean/Ostafrika. Auf den Philippinen sind zwar keine strategischen Atom-Waffen stationiert (dafür allerdings taktische), dennoch sind die Nachrichtenstationen und Kommando-Einrichtungen auf den Philippinen von entscheidender Bedeutung für die nuklear-strategische Kriegsführung wie auch für die

Kommando-Einrichtungen auf den Philippinen von entscheidender Bedeutung für die nuklear-strategische Kriegsführung wie auch für die

U-Boot-Bekämpfung. Doch die Philippinen gelten den USA nicht mehr als sicherer Kantonist, nachdem das Ende des Marcos-Regimes absehbar ist. Auch wenn das Pentagon noch zur Zeit die Basen für 1,3 Mrd. Dollar auszubauen gedenkt, so hat der stellvertretende US-,Verteidigungsminister' Armitage bereits erklärt, daß sich die USA für die 90er Jahre nach einer Alternative umsehen würde. Hier wird gegenwärtig Guam oder Tinian in Betracht gezogen (15).

Fortsetzung nächste Seite



Militarismus

Fortsetzung von vorheriger Seite

Auch Thailand besitzt auf Grund seiner geographischen Lage als ,,Frontstaat'' gegen Laos und Kambodscha eine militärisch wichtige Funktion für die USA, was in den letzten Jahren verstärkt durch gemeinsame Manöver dokumentiert wurde. In dem diesjährigen Manöver ,,Cobra Gold'' wurden Interventionsoperationen trainiert: ,,Zum ersten Mal seit 1975 wurden über eine Luftbrücke von Hawaii und Okinawa ein Bataillion Infanterie samt Ausrüstung und eine Spezialtruppe von 130 ,Green Barets' eingeflogen. Sie sollten einen Monat lang üben, sich auf thailändischem Boden zu halten. Höhepunkt waren dann die beiden Landemanöver ... von Einheiten der 7. US-Flotte'' (16).

Die ANZUS-Querulanten

Die sozialdemokratischen Regierungen von Neuseeland und mit einigen Abstrichen auch von Australien haben einige Bedenken gegenüber der US-Atom(waffen)politik zur Geltung gebracht. Allerdings beschränkt sich Neuseeland auf ein Veto gegen den Besuch von US-Schiffen mit Nuklearantrieb oder Nuklearbewaffnung, wobei im Durchschnitt nur alle 18 Monate ein US-Schiff mit Atomwaffen neuseeländische Häfen anläuft (17). Im Gegensatz zu Neuseeland ist die strategische Bedeutung Australiens schon von größerer Bedeutung für die USA. Die Nachrichtenstation in Pine Gap hat einen zentralen Stellenwert in der strategischen Atomkriegsführung der USA, da es mit dem Ende der 70er Jahre installierten OMEGA-System in Verbindung mit weiteren Navigationssystemen in North Dakota, auf Hawaii, in Norwegen, Liberia, Japan, Argentinien und auf der Insel Reunion den US-U-Booten ermöglicht wird, ihre Position bis zu einer Tiefe von 30 Metern zu überprüfen, ohne auftauchen und sich so der Satellitenbeobachtung aussetzen zu müssen. Mit diesem System können die amerikanischen U-Boote also ferngeleitet in Schußposition gebracht werden, ohne daß sie von sowjetischen Satelliten entdeckt werden können.

Neben dieser ,,nachrichtendienstlichen'' Funktion haben Australien und Neuseeland innerhalb der US-Strategie besonders die Aufgabe der U-Boot-überwachung und -kriegsführung übernommen. In diesem Zusammenhang steht auch die Teilnahme Neuseelands und Australiens an den RIMPAC-Manövern im Westpazifik; die Flotte Australiens beteiligt sich darüberhinaus auch an ,,Patrouillen'' im Indischen Ozean. Während aber im Nordpazifik die ,,sowjetische Aufrüstung'' als Legitimation der eigenen Aufrüstung funktionalisiert werden kann, mußte selbst der australische Parlamentsausschuß für Auswärtige Angelegenheiten im Oktober 1984 feststellen: ,,Die Planung und Entwicklung unserer Streitkräftestruktur wird dadurch kompliziert, daß es derzeit keine klar definierte Bedrohung der nationalen Sicherheit gibt'' (18). Dennoch stieg 1983 und 1984 der australische Verteidigungshaushalt um real 4%.



Mururoa-Atoll mit Flugplatz, Hafen und Atomtest-Einrichtungen

Bei diesem scheinbaren Widerspruch kommt selbst der Autor des offiziösen Europa-Archivs zu dem Schluß:

,,Der vielleicht interessanteste Aspekt in der Einstellung der beiden Regierungen ist, daß sie keine Bedrohung ihrer Sicherheit erfinden, wo es keine gibt. Dennoch haben sie nicht die logische Folgerung daraus gezogen, sie haben keine Schritte unternommen, ihre Verteidigungsanstrengungen zu vermindern, sich auf ihre strategische Bedeutungslosigkeit zu verlassen und sich von den unbequemen Sicherheitsinteressen der USA abzukoppeln'' (19).

Von Bikini zu SDI

Die Position der USA auf den mitten im Pazifik gelegenen Inseln stützt sich teilweise auf ihr — nach 1945 erworbenes — Recht der ,,Treuhandschaft''. Das US-Treuhandgebiet erstreckt sich auf die meisten Inseln Mikronesiens wie Belau, die Staatenföderation von Mikronesien, die Nordmarianen, die Marshall-Inseln und Guam. Traurige Berühmtheit erhielten die Marshall-Inseln durch die menschenverachtende und rassistisch-mörderische Praxis der amerikanischen Atomwaffentests seit den 50er Jahren im Bikini-Atoll (20). Noch heute testen die USA ihr gesamtes Potential an Trägersystemen in dieser Region. Die strategischen Raketen, die vom kalifornischen Luftwaffenstützpunkt Vandenberg abgefeuert werden, schlagen in der Lagune des Kwajalein-Atolls ein. Hier wurden sämtliche amerikanischen Trägersysteme wie Minuteman, Poseidon, Polaris und die MX-Raketen getestet. Daneben unterhalten die USA auf Kwajalein auch ihre einzige Einrichtung zum Test von Raketenabwehrraketen (ABM).

Zu Beginn der Entwicklung interkontinentaler Raketen wurden die pazifischen Inseln wichtigster Bestandteil des Frühwarnsystems der USA, wurden aber danach, als das Frühwarnsystem in den Weltraum verlegt wurde, zu Satellitenempfängerstationen ausgebaut. Kwajalein gilt als ein Knotenpunkt für strategische Kommandoeinrichtungen, die ausschlaggebend für die moderne Kriegsführung sind.

Seit 1981 ist Roi Namur auf Kwajalein zu einem Horchposten für das ,,Pacific-Barrier-Anti-Satellite''-System geworden, als dort das ,,Altair''-Radarsystem installiert wurde. Dieses System setzt sich zusammen aus einem Netz von Radarstationen auf Guam, den Philippinen und eben Kwajalein. Dieses Altair-Satelliten-System kann aus einer Höhe von 40.000 km noch ein 5 qm großes Objekt erfassen. Die Informationen werden mit Mikrowellen über Kwajalein zum North American Defense Command (NORAD) in Colorado übermittelt. NORAD ist die amerikanische Operationszentrale für die nukleare Kriegsführung. Diese Informations- und Kontrolleinrichtungen sind für die Kriegsführung genauso wichtig wie die Trägersysteme und die Nuklearraketen selbst. Ohne derartige Satelliten sind nukleare Waffen ,,blind, taub und stumm'' (21).

Der Stützpunkt Guam ist der einzige Stützpunkt außerhalb der USA, auf dem Teile der strategischen, atomaren Bomberflotte stationiert sind. Die Bomber, die auf Guam sind, wurden kürzlich mit Cruise Missile-ähnlichen Flugkörpern ausgerüstet, den sog. Short Range Attack Missile (SRAM). Jeder Sprengkopf dieser SRAM hat eine ähnlich große Sprengkraft wie die Interkontinentalrakete Minuteman (über 170 kt). Jeder B-52-G-Bomber kann 20 SRAM befördern, die sich nach dem Abschuß mit dreifacher Schallgeschwindigkeit dem Ziel nähern, und die schwieriger abzufangen sind als Cruise Missiles (die sog. Bummelraketen). Vorrangiges Ziel dieser Flugkörper ist die sowjetische Flotte im Nordpazifik.

Guam beherbergt aber auch das größte Munitionsdepot des Pazifik, ist Heimathafen für Nuklear-U-Boote mit Trident-I-Raketen. Auf Guam sind ca. 10.000 GIs stationiert.

Im US-Bundesstaat Hawaii sitzt das Hauptquartier des US-Pacific Command (Pacom), das militärische Kommando eines 180 Mio. qkm großen Gebietes (ca. 50% der Erdoberfläche). Dieses Gebiet reicht von der Ostküste Afrikas bis zur Westküste des amerikanischen Kontinents, von Alaska bis Australien und wird von 360.000 amerikanischen Soldaten kontrolliert. Das Pacific Command ist Bestandteil der sechs Kommandobereiche in die die USA die Erde aufgeteilt haben: Lateinamerika, Europa (Eucom), Pazifik, Atlantik, Südwestasien und Naher Osten. Diese Kommandostruktur ist der offensichtlichste militärische Ausdruck für den Weltherrschaftsanspruch der USA (22).

Von Hawaii aus wird auch die 7. US-Flotte, ein Teil des Pacom, kommandiert. Die 7. Flotte umfaßt 90 Schiffe inkl. 3 Flugzeugträger, 550 Flugzeuge, 20 U-Boote und 70.000 Soldaten und Matrosen. Die Hauptbasen der 7. Flotte liegen in Yokosaka, Sasebo, Subic Bay, Guam und Diego Garcia im Indischen Ozean. Die Schiffe der 7. Flotte sind zu 70% atomar bewaffnet, u.a. auch mit Cruise Missiles.

Die Schwierigkeiten der sowjetischen Bedrohung

Kalte Krieger wissen es schon seit Iwan dem Schrecklichen, daß sich eine ,,*kontinuierliche Linie russisch-sowjetischer Expansion aufzeigen lasse, um Küstengebiete unter russischer Herrschaft zu bringen.*'' (23) 450 ,,Überwassereinheiten'', 100 U-Boote, 40 strategische U-Schiffe und 400 Marine-Flugzeuge gibt die NATO derzeit für die sowjetische Pazifik-Flotte an. Mit dem vietnamesischen Hafen Cam Ranh und dem Tiefseehafen Kambong Som in Kambodscha besitze die Rote Flotte nun eine Stützpunktverbindung bis hin nach Afrika, nach Äthiopien und Jemen. (24) Die trotzdem mißliche Lage der sowjetischen Flotte ist aber auch dem oben zitierten Kaltefleiter vom Kieler Institut für Sicherheitspolitik nicht verborgen geblieben: Die Häfen der SU sind logistisch schlecht gelegen und nicht eisfrei, zudem ohne weiteres an den Meerengen einschließbar. Die ,,Frankfurter Allgemeine'' meint dazu: ,,*Solche (militärische) Proportionen machen es den Informationsoffizieren (der 7. Flotte) und nicht nur ihnen einigermaßen schwer, die Linie von der wachsenden sowjetischen Bedrohnung glaubhaft darzustellen*''. (25)

Die zunehmende Aufrüstung Japans und der Schwenk Chinas zu den USA hin brachte den ehemaligen US-,,Verteidigungsminister'' Brown ins Schwärmen: ,,*Fast 30 Jahre nach Ende des Korea-Krieges und 10 Jahre nach Ende des Vietnam-Krieges erscheint die politisch-militärische Situation im Pazifik günstiger für die US-Interessen als je zuvor seit der chinesischen Revolution 1949 (...) Das Bündnis USA-Japan-China repräsentiert für die Sowjetunion: 1. die führende und feindliche Supermacht, 2. den Konkurrenten der Sowjetunion um die Position als zweitgrößte Industriemacht und 3. das bevölkerungsreichste Land der Welt, das an unterbevölkerte, aber rohstoffreiche Gebiete der Sowjetunion grenzt. Die Aussicht auf eine solche Allianz muß wirklich ein Alptraum für die Sowjets sein.*'' (26)

In den 60er Jahren gingen die USA davon aus, für zweieinhalb Kriegsschauplätze gleichzeitig gerüstet zu sein. Neben Europa war Asien der zweite denkbare (Welt-)Kriegsschauplatz (als ,,halber'' Krieg galten dann Interventionen wie in Vietnam oder anderswo). Gerade die Konfrontation zwischen China und der Sowjetunion hat hier global eine entscheidende Änderung geschaffen. Nach Beendigung des Vietnam-Krieges gilt Asien nicht mehr als ein denbarer ,,ganzer'' Kriegsschauplatz. Inzwischen gilt die Ölregion im Nahen und Mittleren Osten als der zweite zentrale Konfliktpunkt. (27) (28)

Der nach wie vor gigantische Flottenaufmarsch der USA im Pazifik hat nach Marine-Minister Lehmann folgendes Ziel: ,,*Das strategische Ziel der US-Marine ist die Ausschaltung der russischen Marine, um die Sowjetunion zu einer isolierten Insel zu machen,*'' (29) US-Präsident Reagan betont: ,,*Die Freiheit der Meere ist das Herzblut unserer Nation. Aus diesem Grunde ist unsere Marine darauf ausgerichtet, die Seewege in der ganzen Welt offenzuhalten (...) Überlegenheit zur See ist für uns eine Notwendigkeit. Wir müssen im Ernstfall uns hinauswagen können, und den Luftraum und das Meer über und unter dem Wasser beherrschen, um den Zugang zu allen Weltmeeren zu garantieren.*'' (30) Die ,,strategischen Grenzen der USA'' seien an der ,,Ostküste des asiatischen Kontinents'' gelegen. (31)

Im Pazifik kreuzt und taucht außerdem ein Teil der strategischen Atomflotte der USA. Ein Potential von 4.500 strategischen Atomsprengköpfen wird derzeit auf punktgenaue Zielwaffen umgerüstet, die sich damit zu atomaren Überraschungsangriffen eignen. Hinzu kommt die Ausrüstung der Flotte mit mehreren tausend Cruise Missiles und den auf Flugzeugträgern stationierten atomar ausgerüsteten Bomberstaffeln mit großer Reichweite. (32) Diese Ausrüstung soll der US-Flotte die Möglichkeit geben, ,,*den Krieg direkt an die sowjetische Flanke zu tragen*'' — so Admiral Thunan (33).

Alles unter Kontrolle?

Nach dem Vietnam-Krieg und dem Sturz des Schah sind die USA weltweit und auch in Ostasien davon abgerückt, sich auf spezielle Stellvertreter-Regime als Hauptstützen zu verlassen. Heute wird eine flexiblere Interventionspolitik betrieben und die schnelle Verlagerung von Truppen als Maxime vertreten. Sichtbarster Ausdruck ist der Aufbau der ,,Schnellen Eingreiftruppen'' der USA. Seit Vietnam haben die USA versucht, sich unmittelbar aus dem dreckigen Geschäft der Aufstandsbekämpfung herauszuhalten und die asiatischen Partner selbst zur effektiven Aufstandsbekämpfung auszurüsten versucht. Das funktioniert allerdings nur solange, wie sich die Konflikte entsprechend ,,eingrenzen'' lassen.

Anmerkungen

1. Eberhard Rhein, Die pazifische Herausforderung: Gefahren und Chancen für Europa, in: Europa-Archiv, 4/1984, S. 101
1a. ebenda, S. 102
2. So auch Rhein: „Der Staat — nationale Regierungen bzw. die EG — muß die Rahmenbedingungen für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit setzen bzw. verbessern. Das heißt vor allem: erstens den europäischen homogenen Binnenmarkt (...) herauszustellen (Zollformalitäten, einheitliche technische Normen für ganz Europa, europaweite staatliche Beschaffungspolitik, vor allem bei Rüstung, Telekommunikation, Energie, Verkehr). Ein ganz trauriges Kapitel europäischen Partikularismus. Zweitens den Wettbewerb im europäischen und weltweiten — statt im nationalen — Rahmen zu kontrollieren und zu fördern. Am ökonomischen Weltblick nationaler Kartellämter sind manchmal Zweifel angebracht. Drittens Anpassungs- statt Erhaltungssubventionen bzw. -schutz zu gewähren (...). Viertens, stärker gestaltenden Einfluß auf die Entwicklung — technisch wie wirtschaftlich — gewisser strategischer Sektoren zu nehmen..." a.a.O., S. 107
3. Vgl. David McEachron, Japan und die Vereinigten Staaten: Ihre wirtschafts- und sicherheitspolitischen Beziehungen, in: EA, 17/1984
4. Der Artikel 9 war übrigens vom Hauptquartier der amerikanischen Besatzungstruppen unter General McArthur entworfen worden, um einen neuen japanischen Militarismus zu unterbinden. Artikel 9 der japanischen Verfassung lautet: „In aufrichtigem Streben nach einem auf Gerechtigkeit und Ordnung gegründeten internationalen Frieden verzichtet das japanische Volk für alle Zeiten auf den Krieg als souveränes Recht der Nation und auf die Androhung oder Ausübung von Gewalt als Mittel zur Beilegung internationaler Streitigkeiten. Um das Ziel des vorhergegangenen Absatzes zu erreichen, werden keine Land-, See- und Luftstreitkräfte oder sonstige Kriegsmittel unterhalten. Ein Recht des Staates zur Kriegsführung wird nicht anerkannt." — Diese aus der Nachkriegszeit herrührende Verfassungsbestimmung wurde schon von Richard Nixon als Kardinalfehler der amerikanischen Politik bezeichnet und wird heute in Washington als lästige Fessel empfunden.
5. Vgl. Yukio Satoh, The Evolution of Japanese Security Policy, in: Adelphi Papers, Nr. 178, Okt. 1982
6. Vgl. Europäische Wehrkunde 1/1983; FR, 3.4.1985
7. Masashi Nishihara, Die Rolle Japans im pazifischen Raum, in: EA 7/1984
8. Vgl. Satoh, a.a.O.
9. Yatsuhiro Nakagawa, The WEPTO Option: Japan' s new role in East Asia/Pacific Collective Security, in: Asian Survey, Aug. 1982
10. Vgl. Hans Ulrich Luther, Südkorea — (k)ein Modell für die Dritte Welt? Frankfurt 1981
11. Peter Burten, Direction and Analysis of US-Foreign Policy, in: James Hsiung, Asia and US Foreign Policy
12. Vgl. South, Aug./1985: Stepping Stone to a new Age, S. 18
13. John K. Emmerson, Old Ally in new Enviroment, in: Hsiung, a.a.O.
14. Vgl. Werner Kaltefleiter, Entlastung für Europa? Die asiatischen Nachbarn, in: EWK, 8/1985, S. 454-62
15. agphi, Nr. 25, Dez. 1985
16. Südostasien Informationen, 3/1985, S. 25
17. Vgl. Michael Pugh, Australien und Neuseeland: Neue Wege in der Sicherheitspolitik, EA, 6/1985, S. 175
18. ebenda, S. 180
19. ebenda, S. 184
20. Für die folgenden Ausführungen siehe: Pacific Command: The Structure of the US-Military in the Pacific, Nautilus Research, July 1983
21. Lenny Siegel nach: Pacific Command, a.a.O., S. 130
22. Vgl. Rolf Hallerbach, Das System der Unified Commands: Keine „weißen Flecke" für Amerikas Globalstrategie, in: EWK, 5/1985, S. 278 ff
23. Kaltefleiter, a.a.O., S. 454
24. Ulrich Weißer, Kapitän zur See in Rheinischer Merkur, 19.10.1985
25. FAZ, 27.2.1985
26. nach Pacific Command, a.a.O., S. 54
27. Vgl. William M. Arkin, David Chapell, Forward Offensive Strategy: Raising the Stakes in the Pacific, in: Word Policy Journal, Sommer 1985, S. 482
28. Vgl. Michael Klare, Jederzeit, überall, mit allen Waffen, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 5/1982, S. 531 ff
29. nach Pacific Command, S. 65
30. nach John F. Lehman, Die amerikanische Sicherheitspolitik und ihre Bedeutung für Europa, in: EWK 3/1983, S. 119
31. Nach Annette Groth, Militarisierung im Pazifik, in: blätter des iz3w, 2/1985
32. Vgl. Wolfgang Schwarz, Die Rolle der Seestreitkräfte in den offensiven Kriegsführungskonzepten der USA, in: IPW, 6/1985, S. 9-15
33. nach Arkin/Chapall, a.a.O., S. 481

(redaktionell gekürzt und bearbeitet / HH)

Miho, Antimil.-Kom., KB Göttingen

„Das ANZUS-Bündnis steht vor dem Ende"

Dies behauptet Erhard Haubold in der FAZ (am 31.12.85). Die USA rechneten mit dem Ende der militärischen Zusammenarbeit mit Neuseeland in ,,ungefähr einem halben Jahr'', wenn dort das Landeverbot für atomar betriebene und bewaffnete Schiffe zum Gesetz erhoben werde. In Australien, dem dritten Partner des seit 1951 bestehenden Bündnises, seien hingegen nach wie vor 70% für dessen Erhalt, ein Grund zur Aufregung? ,,*Zwei statt bisher drei Partner, überdies die wirtschaftlich potenteren — muß man sich da überhaupt Gedanken machen?*''

Lange Zeit galt Neuseelands Berufsarmee als ,,Preußen des Pazifiks''. Diesen Ruf begründete ihr Beitrag im 2. Weltkrieg. Neuseeland entsandte Truppen nach Vietnam und unterhält heute ein Bataillion in Singapur, hält Übungen in Malaysia ab und bildet das dortige Militär aus. Den inzwischen in Neuseeland — vor allem in der Atomfrage — vollzogenen Schwenk in der öffentlichen Meinung habe Washington ,,*zweifellos (...) falsch eingeschätzt*'' und zuwenig den ,,*gut organisierten Protesten und der zuweilen emotionalen Propaganda*'' entgegengesetzt. Befürchtet wird vor allem, daß sich der neuseeländische ,,Eskapismus und Isolationismus'' (Außenminister Shultz) in den Pazifik ausdehnen könne. Auf die ,,schweigende Loyalität der kleinen Inselstaaten (...) ist kein Verlaß mehr''. Nachdem die USA bis zum Atomtestabkommen 1963 über 60 Atomtests auf den Marshall-Inseln durchführten, sind es die französischen Tests, die heute für Proteste sorgen. 13 Inselstaaten haben in diesem Jahr einen Vertrag beschlossen, der Herstellung, Tests und Lagerung von Atomwaffen im Südpazifik verbieten soll. Ein weiterer Streitpunkt ist eine 200 Meilen große Wirtschaftszone, die zahlreiche Inselstaaten für sich — vor allem zur Sicherung der Fischfangrechte — beanspruchen. Die USA sind nicht bereit, diese Wirtschaftszonen anzuerkennen. In Kiribati fischen die USA umsonst, während die Sowjetunion dafür bezahlt. Der neue australische Botschafter in Washington sagte dazu: ,,*Wenn Sie den Südpazifik zu einer Gegend machen wollen, in der die Sowjetunion, Kuba und andere ihrer Glaubensrichtung einen Nährboden für antiamerikanische, antiwestliche Propaganda und Tätigkeiten finden (...), dann machen Sie weiter mit einer Politik der Gleichgültigkeit ...*''
(Quelle: FAZ, 31.12.85, s.o.)

Niederlande:

Spaltung der Pazifistisch-Sozialistischen Partei

Die niederländische Pacifistisch-Socialistische Partij (PSP) hat jüngst eine Spaltung erfahren, die allem Anschein nach für die weitere Entwicklung dieser Partei einschneidende Folgen haben wird.

Die PSP entstand 1957 — zur Zeit des kalten Krieges — als Reaktion auf die Kriegsgefahr und in Abgrenzung zur sozialdemokratischen Partij van de Arbeid, die der NATO-Politik keinen Widerstand entgegensetzte. Die PSP propagierte einen ,,Sozialismus ohne Atombombe'' und ist seit 1959 im niederländischen Parlament vertreten. Sowohl in der Anti-Atombomben-Bewegung der 60er Jahre wie in der Friedensbewegung in der ersten Hälfte der 80er Jahre war die PSP sehr engagiert. Im Parlament war die PSP die konsequenteste Vertreterin der Forderungen der Friedensbewegung und des Antimilitarismus.

In der PSP der Anfangsjahre hatten sich Vertreter eines ,,Dritten Weges'' zusammengeschlossen mit Sozialdemokraten, die in ihrer Partei keinen Raum für ihr pazifistisches Selbstverständnis fanden, und mit aus der Communistische Partij Nederland Ausgetretenen und Ausgeschlossenen. Tatsächlichen Anschluß an die Arbeiterbewegung oder auch nur ein tieferes Verständnis für die Belange Werktätiger hat die PSP in ihrem bisherigen neunundzwanzigjährigen Bestehen nicht gefunden.

Die Distanz zur Arbeiterbewegung wie der im Ernstfall antagonistische Widerspruch zwischen Pazifismus und Sozialismus, die beide zugleich die PSP zu vertreten beansprucht, hatte sie bereits mehreren Spaltungen ausgesetzt. 1972 bildete sich eine linke Opposition insbesondere an der Frage des Verhältnisses der Partei zu den Werktätigen heraus, die, da sie der Aufforderung zur Auflösung ihrer Gruppierung ,,Proletaries links'' nicht nachkam, ausgeschlossen wurde; 1974 ging hieraus der Internationale Kommunistenbond (Sektion der IV. Internationale) hervor. 1973 trat erstmals der Widerspruch in der Partei auf, der auch jetzt — zumindest vordergründig — die entscheidende Rolle spielt: eine personenstarke Gruppierung trat für die Zusammenarbeit mit anderen linken Parteien und den Sozialdemokraten ein. Rund 500 (= 10% der damaligen Mitgliedschaft) verließen die PSP, als sie mit
menarbeit mit anderen linken Parteien und den Sozialdemokraten ein. Rund 500 (= 10% der damaligen Mitgliedschaft) verließen die PSP, als sie mit
ihrer Forderung erfolglos blieben. 1977 kam es dann zu einer Abspaltung von Radikal-Pazifisten, die sich mit ihrer Forderung nach bedingungsloser Ablehnung von Gewalt — also auch der Gewalt in Befreiungskämpfen — nicht durchsetzen konnten.

Durchweg und zugespitzt seit Beginn der 80er Jahre wurde die Forderung nach Wahlbündnissen, Übernahme von Regierungsverantwortung und ,,strukturelle Zusammenarbeit'' mit dem Ziel der Fusion mit den beiden anderen kleinen linken Parteien debattiert. Es handelt sich hier um die Politieke Partij Radikalen, die insgesamt rechts von der PSP steht, und die Communistische Partij Nederland, die in den letzten Jahren zu einer ,,Partei der Sozialarbeiter'' verkommen ist. (Beide Parteien lehnten im Parlament den PSP-Antrag auf Austritt der Niederlande aus der NATO ab).

Gegner nicht punktueller Bündnisse, sehr wohl aber dieser ,,strukturellen Zusammenarbeit'' waren 1980 noch rund 80% der Parteimitglieder, da sie hierin der Gefahr einer Verwässerung der Parteipositionen sahen. Für Fred van der Spek, Mitbegründer der Partei und ihr parlamentarischer Vertreter in rund zwanzig Jahren, war die Entscheidung dieser Frage ausschlaggebend für seinen Verbleib in der PSP.

Mit dem Niedergang der niederländischen Linken — die PSP z.B. verlor in den letzten zwei Jahren rund 40% ihrer Mitglieder —, den Niederlagen im Kampf gegen die Stationierung wie überhaupt der immer deutlicher werdenden Schwere und Langwierigkeit der Arbeit für relevante gesellschaftliche Veränderungen wurde zunehmend in einer ,,Vergrößerung'', in einer ,,Einigung'' mit den anderen beiden linken Parteien im Parlament ein Ausweg aus der Krise gesucht — ohne daß dies in dieser Weise der großen Mehrheit der Fürsprecher einer ,,strukturellen Zusammenarbeit'' bewußt gewesen sein wird.

Das Fortschreiten des Umschwungs in der PSP wurde schon im Juni 1985 deutlich, als die ,,Spekkianer'' (wie die Gegner/innen des Aufgehens in anderen Parteien nach dem prominentesten Vertreter dieser Linie, Van der Spek, genannt werden) auf einem PSP-Kongreß mit der hauchdünnen Mehrheit von 50,3% der Delegiertenstimmen abschnitten, die gegnerische Position auf rund 45% kam.

Die Stunde der Wahrheit sollte bei der Wahl des Spitzenkandidaten der PSP für die diesjährigen Parlamentswahlen schlagen. Andrée van Es, Fraktionskollegin Van der Speks und Gegnerin seiner Position, ließ schon Monate vor dem Kongreß im Dezember wissen, die etwaige Wahl des ,,Schreiers' (wie sie Van der Spek in einem Interview qualifizierte) zum Spitzenkandidaten wäre eine Entscheidung für die ,,alten Dogmen''. Bei dem Kongreß seien die Delgierten vor die Wahl gestellt ,,Fred oder ich''. Eine konservative Zeitung erkannte nach einer Debatte zwischen Fred van der Spek und Andrée van Es, es habe sich um einen Zusammenstoß von ,,unbeugsamer Linker und realistischer Linker'' gehandelt.

Auf dem PSP-Wahlkongreß im Dezember 1985 fiel die Entscheidung für Andrée van Es und damit für die ,,strukturelle Zusammenarbeit'' zwar mit 53,3% sehr knapp aus, Fred van der Spek war aber mit 29,6% weit abgeschlagen auf den zweiten Listenplatz verwiesen worden (eine Kompromißkandidatin, Titia Bos, erhielt 15,1% der Stimmen). Van der Spek — nach eigener Auffassung ,,schon jahrelang am Rande der Partei'' — erklärte noch auf dem Kongreß seinen Austritt aus der Partei. ,,Die Partei hat abgedankt, abgedankt als Instrument für den Pazifismus und den Sozialismus. (...) Es gibt in dieser Partei keine Bereitschaft mehr, die bestehende Ordnung zu verändern.''

Ebenfalls noch auf dem Kongreß wurde die Bildung einer Partij voor Socialisme en Ontwapening (PSO, Partei für Sozialismus und Abrüstung) angekündigt, da die Mehrheit der Kongreßdelegierten mit der Wahl von Andrée van Es und der damit einhergehenden Entscheidung für ,,strukturelle Zusammenarbeit'' den bisherigen Kurs der PSP verlassen und ,,in parlamentaristische und sozialdemokratische Rich-
Entscheidung für ,,strukturelle Zusammenarbeit'' den bisherigen Kurs der PSP verlassen und ,,in parlamentaristische und sozialdemokratische Rich-
tung umgebogen'' hätten. Fred van der Spek hatte die PSO als ,,chancenreiche Initiative'' bezeichnet und den Aufruf — ohne sich sonst näher zu seiner etwaigen Mitarbeit zu äußern — mitunterzeichnet. Noch im Dezember meldeten rund 500, z.T. ehemalige PSP-Mitglieder ihr Interesse an der PSO an. (Der Gründungskongreß soll Mitte Januar stattfinden).

Kühleren Mutes und ohne die übergroße Schärfe, mit der Van der Spek auf dem Wahlkongreß argumentiert hatte, erläuterte er in einem Interview seine prinzipielle Position: ,,Ich habe nichts gegen das Schließen von Kompromissen auf Teilgebieten, wo man sich nur quantitativ unterscheidet. Aber die PSP ist in zwei Punkten maximalistisch. Wir sagen nicht: ,Wir werden ein paar Betriebe nationalisieren, oder achtzig Prozent sozialisieren.' Wir sagen auch nicht: ,Wir werden ein paar Atomwaffen abschaffen und den Rest nicht.' Nein, schaffen und den Rest nicht.' Nein, wir sagen: *Abrüsten!* Bei solchen Punkten kann man keine Kompromissvollständig abrüsten und ein bißchen abrüsten ist teilweise abrüsten. Und teilweise abrüsten bedeutet, daß man eventuell in einer Regierung sitzt und daß man dann vielleicht Krieg zu führen beginnt. Die PSP geht Kriegführen! Das ist doch hier?! Der Kompromiß zwischen Sozialismus und gemischter Wirtschaft ist gemischte Wirtschaft. Dafür sollten wir dann stehen! Das ist doch absurd?! Wir können nicht regieren in einer solchen Situation. Wir können nur regieren, wenn es vorbei ist mit dem Militarismus — und dann dauert es noch ein paar Jahre, bis alle Militärs zu Bauarbeitern umgeschult sind.''

K., Niederlande-Kommission

(Nach div. Ausg. v. „de Volkskrant", Trouw", „NRC Handelsblad", „De Groene Amsterdammer")



Nordirland nach dem Abkommen von Hillsborough

Wenige Wochen nach seiner Ratifizierung zeitigt das historische Abkommen von Hillsborough seine ersten Folgen: Massenverhaftungen, Verstärkung der britischen Armeepräsenz in Nordirland, Straßenschlachten des loyalistischen Mobs und Brandreden ihrer reaktionären politischen Führer prägten den Jahreswechsel in Westeuropas Unruheherd Nummer 1. Daneben auch ein wenig Symbolik: Die Eröffnung des englisch-irischen Sekretariats in Belfast und die erste Ernennung eines Katholiken zum Richter am nordirischen High Court seit 14 Jahren.

Verhaftungen

Am 28. Dezember führte die nordirische Polizei eine Reihe von Hausdurchsuchungen durch. Ausgenommen von dieser Großaktion blieb Belfast, das man sich offensichtlich — wie Sinn Féin Präsident Gerry Adams lakonisch bemerkte — für einen günstigeren Zeitpunkten aufbewahrte. Unter den 18 Verhafteten befanden sich eine Reihe von Sinn Féin-Abgeordneten, Mitglieder der Kommunalparlaments oder des nordirischen Regionalparlaments. Zu den prominentesten Verhafteten zählen Martin McGuiness, Abgeordneter des Stadtrates von Derry, Mitglied des nordirischen Parlamentes und mutmaßlicher Chef des IRA-,,army council'' sowie Owen Carron, wie McGuiness Mitglied der nordirischen ,,assembly'' und ehemaliger Abgeordneter des britischen Unterhauses. Carron wurde der Besitz von Munition, eines Gewehres und von ,,für Terroristen nützlichen Information'' vorgeworfen. Die Mehrheit der am 28.12.1985 Verhafteten befindet sich mittlerweile wieder auf freiem Fuß. In einer ersten Stellungnahme von Gerry Adams, in Vertretung der Sinn Féin-Parteiführung, zu den Hausdurchsuchungen und Verhaftungen hieß es u.a.: *,,Die Verhaftungen zeigen, daß sich nichts seit dem Hillsborough-Abkommen geändert hat, wie es die SDLP, die Dubliner Regierung und die britische Labour Party versprochen hatten: (...) Der Hungerstreik in Long Kesh* (von drei INLA-Gefangenen gegen die Verwendung von bezahlten Kronzeugen in nordirischen ,,Anti-Terror''-Prozessen, Anm. dsm), *die ,plastic bullets' die die RUC (Polizei) über Weihnachten in Armagh verschossen, diese Verhaftungen und die Schüsse des Ulster Defence Regiments (Parapolizei) in Fermanagh, das alles zeigt, daß sich nichts verändert hat. Dublin, weit davon entfernt, den Alptraum der Nationalisten zu beenden,*
(Parapolizei) in Fermanagh, das alles zeigt, daß sich nichts verändert hat. Dublin, weit davon entfernt, den Alptraum der Nationalisten zu beenden,
ist selbst Bestandteil dieses Alptraums geworden. Unsere eigenen Verhaftungen werden bald folgen. Man wird — wie ich bereits schon aus Anlaß der Unterzeichnung des Hillsborough-Abkommens gewarnt habe — Zeuge einer konzertierten Aktion gegen Sinn Féin werden'' (,,Observer'' v. 29.12.1985).

Gar nicht so glücklich über die spektakulären Verhaftungen waren Dublin und SDLP, weil die Verhaftungen zu einem absolut unpassenden Zeitpunkt, nämlich noch vor den demnächst in einigen Gegenden anstehenden Nachwahlen, geschahen und allzu deutlich werden lassen könnten, daß sich am undemokratischen Charakter der politischen Zustände in Nordirland wenig geändert hat. Die SDLP hegt die Hoffnung, aus diesen Nachwahlen, die durch den demonstrativen Rücktritt loyalistischer Abgeordneter möglich wurden, als strahlender Sieger auf Seiten der nationalistischen ,,communitie'' hervorzugehen bzw. an Sinn Féin in den letzten Jahren verlorenen Boden wieder gut zu machen. Ein bißchen loyalistische Rebellion, die suggeriert, es habe sich tatsächlich was zu Gunsten der Minorität verändert, und ein wenig Zurückhaltung seitens der ,,Sicherheitskräfte'' sollen ihr dabei helfen.

Dublin war wiederum seinerseits etwas verstimmt, weil die nordirischen ,,Sicherheitskräfte'' — dem ,,Geist von Hillsborough'' zum Trotze — es nicht für notwendig erachtet hatten, Polizei und Regierung in der ,,Republik'' vorab über die geplante Aktion in Kenntnis zu setzen. Die Polizei gab ihrerseits als Motiv für die Verhaftungen von Sinn Féin-Politikern an, man habe sich davon erhofft, eine Verbindung zwischen der Mitgliedschaft in der legalen politischen Partei Sinn Féin und der illegalen Untergrundarmee IRA aufzeigen zu können.

Verstärkung der Truppenpräsenz

In den Wochen seit Unterzeichnung des Abkommens hatte die IRA wiederholt Polizeistationen in den Regionen nahe der Grenze zur Republik angegriffen. Zudem behinderte die IRA den Wiederaufbau der zerstörten Polizeistationen und den Aufzug weiterer ,,Sicherheitseinrichtungen'' entlang der Grenze, in dem sie Firmenchefs, die diesbezüglich Bauaufträge annahmen, mit Konsequenzen drohte. Eine Baufirma nach der anderen sagte daraufhin ab, dazu kommt noch, daß sich ein nicht unerheblicher Teil des nordirischen Baugewerbes in den Händen der IRA bzw. von IRA-,,Strohmännern'' befindet. London sah sich genötigt, Bautrupps von der britischen Insel einzufliegen, um zumindest den Wiederaufbau von Polizeistationen zu gewährleisten. Nach einem weiteren Mörserangriff auf eine RUC-Station und nachdem in Armagh 2 Polizisten durch eine IRA-Bombe getötet worden waren und die Moral der RUC offensichtlich Schaden erlitten hatte und ein Ende der Behinderungen der Bauarbeiten nicht in Aussicht stand, entschloß sich London, zusätzliche Truppenkontingente in den ,,Norden'' zu entsenden. Die letzten dieser Kontingente trafen am ersten Januar-Wochenende in Nordirland ein. Sie werden in den grenznahen Regionen der Grafschaften Derry, Tyrone, Fermanagh und Down stationiert, mit der Aufgabe, grenzüberschreitende Operationen der IRA zu unterbinden und den Wiederaufbau der mittlerweile 6 zerstörten Polizeistationen zu decken.

Die militärische Kampagne gegen die RUC nahm ihren Anfang im März 1985, als die IRA mit Granatwerfern eine RUC-Station in Newry zerstörte und dabei neun RUC-Beamte tötete. Mit Unterzeichnung des Abkommens von Hillsborough wurde diese Kampagne intensiviert.

Flitterwochen mit Problem

Die neuen — von ihrer Art her ,,einzigartigen'' (Fitzgerald) — Beziehungen zwischen London und Dublin gestalten sich also nicht ganz problemlos. Die erste Peinlichkeit ereignete sich anläßlich des Brüsseler EG-Gipfels. Der britische Nordirlandminister nahm hier vor erlauchter Runde kein Blatt vor den Mund und erklärte, mit dem Abkommen von Hillsborough habe Dublin zum erstenmal die Existenz des nordiri-
lauchter Runde kein Blatt vor den Mund und erklärte, mit dem Abkommen von Hillsborough habe Dublin zum erstenmal die Existenz des nordiri-
schen Separatstaates anerkannt. Diese Behauptung ist zwar völlig richtig (siehe AK 265), darf jedoch so nicht gesagt werden. Denn im eigenen Land versucht die Dubliner Regierung der Bevölkerung zu verkaufen, durch das Abkommen habe sie sich ein Mitspracherecht in Sachen Nordirland ergattert. so kam es zu einer leichten Verstimmung zwischen den neuen Partnern, die jedoch einen Tag später wieder bereinigt wurde. King ,,korrigierte'' sich, in dem er erklärte, Dublin habe ,,lediglich'' anerkannt, daß gegen den Willen der loyalistischen Mehrheit am Status Quo des nordirischen Staates nicht gerüttelt werden dürfe. Tatsächlich hat die Dubliner Regierung nicht mehr und nicht weniger zugestanden, nur bedeutet dies bei näherer Betrachtung überhaupt nichts anderes als die Anerkennung des Status Quo. Denn so lange den Loyalisten irgendwelche Garantien erklärt werden, gibt es für diese überhaupt keinen Anlaß, über eine Änderung des Status Quo und ein pragmatisches Auskommen mit der nationalistischen Minorität nachzudenken.

Gewisse Spannungen prägen auch die Verhandlungen zwischen der RUC und der südirischen Polizei (,,Garda''). Zwar haben die Chefs der beiden Polizeikräfte gegenüber der Öffentlichkeit ihren Willen zur engen Kooperation entlang der irisch-irischen Grenze betont, doch vermißt die RUC bislang diesbezüglich bei ihren Kollegen aus der ,,Republik'' den notwendigen ,,Enthusiasmus''.

Augenzeugen berichten allerdings, daß seit Hillsborough die Aktivitäten von südirischer Polizei und Armee entlang und im Vorfeld der Grenze erheblich verstärkt worden seien. So erwartet einen nun schon wenige Kilometer nördlich von Dublin (immerhin noch ca. 90 km von der Grenze und ca. 180 km von Belfast entfernt) der erste ,,checkpoint'' von Polizei und Armee.

Der Vorgang wiederholt sich bis zur inneririschen Grenze 3 bis 4 mal.

In diesen Tagen wird mit Michael Nicholson der dritte Katholik zum Richter am Belfaster High Court berufen. Dort wird er dann die Richterbank gemeinsam mit zwei weiteren Katholiken und sieben Protestanten drücken. Nicholson ist seit 14 Jahren der erste Katholik, der für dieses Amt ausgesucht wurde. Die Ernennung Nicholsons ist vor dem Hintergrund von Hillsborough zu sehen. Von seiner Ernennung erwartet man eine Beschleunigung der bei den Gerichten in Nordirland anhängigen Verfahren sowie eine stärkere Einbindung gemäßigter Katholiken und der Dubliner Regierung in das umstrittene juristische System Nordirlands. Das Abkommen von Hillsborough sieht eine Angleichung der skandalösen juristischen Systeme von ,,Republik'' (das zweitrepressivste in Westeuropa) und Nordirland (das repressivste schlechthin) vor. In London und Belfast zeigt man sich allerdings ungehalten darüber, mit welcher ,,Penetranz'' Dublin in den gemeinsamen Unterredungen und gegenüber der Öffentlichkeit die Problematik der ,,supergrass''-Prozesse (,,Supergrass'': ,,umgedrehte'' ehemalige IRA-Mitglieder, die gegenüber Gericht und vor der Polizei gegen ihre ehemaligen Kampfgefährten aussagen und dafür als Lohn ein geringeres Strafmaß, eine neue Identität und Existenz sowie die Ausreise in ein anderes Land erhalten), den jüngsten Hungerstreik von INLA-Gefangenen (die aufgrund derartiger Prozesse einsitzen) und die Konstruktion des juristischen Systems im ,,Norden'' überhaupt thematisiert. Dublin erblickt in der Beschaffenheit des juristischen Systems Nordirlands einen der Hauptgründe für die Unzufriedenheit und Entfremdung der nordirischen Minorität gegenüber dem dortigen Staatswesen. Will Dublin gegenüber der Minorität nicht das Gesicht verlieren und sich auch in Zukunft als Verwalter der Interessen der Minorität profilieren (als Alternative zur IRA), muß die Regierung auf ein gewisses Maß an Reformen insistieren. Ein begrenzeter Konflikt mit London ist von daher nicht zu vermeiden. Andererseits könnte sich schon recht bald im Rahmen eines derartigen begrenzten Konfliktes die Unreformierbarkeit des nordirischen Staatswesens zeigen, was von Dublin wiederum verlangt, etwas vorzugaukeln, was real nicht existiert.

Straßenschlachten der Loyalisten

Straßenschlachten der Loyalisten

Am 11. Dezember 1985 versuchten 5.000 Loyalisten, zumeist Werftarbeiter des großen protestantischen/loyalistischen Unternehmens ,,Harland & Wolf'', in Belfast das Gebäude zu stürmen, in dem das irische-britische Sekretariat tagte. 38 Polizisten erlitten dabei Verletzungen. Am 4. Januar wiederholten einige hundert loyalistische Jugendliche — im Anschluß eines Protestmarsches der Loyalisten von Derry nach Belfast — diesen Versuch. Ganz offensichtlich bringt das Abkommen von Hillsborough die RUC in einen Konflikt mit einem Teil der Loyalisten, die in dem Abkommen ,,Verrat'' und den ,,Ausverkauf'' ihrer Interessen sehen.

Der RUC dürften derartige begrenzte Auseinandersetzungen durchaus gelegen kommen, tragen sie doch mit dazu bei, sie als ,,unparteiische'' Kraft im öffentlichen Bild erscheinen zu lassen, so wie es das Abkommen von Hillsborough anstrebt. Offensichtlich ist es dem Londoner Nordirlandministerium gelungen, die RUC relativ erfolgreich in seine Strategie einzubinden.

Die Mehrzahl der etablierten loyalistischen Politiker, insbesondere aus den Reihen der ,,Official Unionist Party'' (die ,,gemäßigtere'' und etabliertere der beiden großen unionistischen Parteien) distanzierte sich von den Ausschreitungen des ,,Mobs''. Ganz offensichtlich will man es sich mit den ,,eigenen Sicherheitskräften'' nicht vorzeitig verderben bzw. die Freisetzung einer Dynamik im Verhältnis loyalistische Basis — loyalistischer Staat verhindern, deren Entwicklungsrichtungen man am Ende nicht mehr kontrollieren kann. So lassen sich vor dem Hintergrund des Abkommens von Hillsborough durchaus Spannungen im loyalistischen Lager konstatieren.

dsm

Peru:

Ein halbes Jahr unter populistischer Regierung

Peru hat seit den Parlamentswahlen im April 1985 eine populistische Regierung, die Ende Juli vorigen Jahres die Geschäfte übernahm. Viele Menschen hatten auf einen Wahlsieg der Vereinigten Linken (Izquierda Unida — IU) gehofft. Die Ursachen für die Niederlage der Vereinigten Linken und die ersten Erfahrungen mit der Politik der populistischen Regierung werden von einem Mitglied der Peru-Solidarität dargestellt.

Die Wahl im April 1985

Die APRA* gewann unter Führung des jung-dynamischen Alàn Garcia für viele Beteiligte und Interessierte unerwartet deutlich. Dabei überraschte die Eindeutigkeit des Wahlsieges der APRA, denn zumindest eine Stichwahl zwischen dem Kandidaten der IU und dem der APRA war erwartet worden. Manch einer hatte sogar im Stillen mit einem Sieg der IU gerechnet. Nach der Niederlage verzichtete die IU auf einen zweiten Wahlgang, um einer möglicherweise noch deutlicheren Niederlage gegenüber den Sozialdemokraten zu entgehen.

Nun kurz die Ergebnisse der Wahl: APRA 45,74 % (3,5 Mill. Stimmen); IU 21,26% (1,6 Mill. Stimmen); CODE* 10,23% (0,77 Mill. Stimmen). Die vormalige Regierungspartei AP mit dem Präsidentschaftskandidaten F. Belaunde Terry erhielt lediglich 6,25% und damit weniger als 0,5 Mill. Stimmen. Alle anderen Parteien lagen um ein Prozent oder darunter. Bemerkenswert bei dieser Wahl war, daß die Wahlenthaltung im Vergleich zu den Kommunalwahlen 1983 von 35% auf 8,8% gesunken ist. Die Zahl der ungültig oder ,,weiß'' abgegebenen Stimmen verringerte sich von 18% auf 14%, wobei der Anteil der ,,weißen'' Stimmzettel im April 1985 rund 6,5% betrug. Da in Peru Wahlzwang gilt, ist der ,,weiße'' Stimmzettel die einzige Form des Wahlboykotts, der keine Repression nach sich zieht.

Absolut konnte die IU rund 0,5 Mill. Stimmen gegenüber den Kommunalwahlen 1983 dazugewinnen, jedoch schlug sich dieser Zugewinn aufgrund der starken Zunahme an Wahlberechtigten insgesamt nicht positiv nieder. Innerhalb des Bündnisses IU verteilen sich die Parlamentssitze auf die beteiligten Organisationen folgendermaßen: UNIR* 17 Sitze, PUM* 16 Sitze, PCP* 10 Sitze, PSR* 5 Sitze, Rest di-
der starken Zunahme an Wahlberechtigten insgesamt nicht positiv nieder. Innerhalb des Bündnisses IU verteilen sich die Parlamentssitze auf die beteiligten Organisationen folgendermaßen: UNIR* 17 Sitze, PUM* 16 Sitze, PCP* 10 Sitze, PSR* 5 Sitze, Rest di-
verse Splittergruppen.

Die IU konnte ihre Position besonders in den Andendepartements verbessern, wo der Anteil der Minenarbeiter und Kleinbauern vergleichsweise hoch ist. Die APRA legte in städtischen Gebieten besonders zu und konnte in Lima nicht nur große Teile der Mittelschicht, sondern auch die jugendlichen Erstwähler in den ,,pueblos jovenes'' (Elendsviertel) gewinnen. Die Masse der Arbeiter, kleinen Angestellten und Beamten, Teile der unteren Mittelschicht und die älteren Elendsviertelbewohner blieben bei der IU.

Nach der Wahl: Diskussion in der IU

Entsprechend der heterogenen Zusammensetzung der IU sind die Analysen sehr vielfältig. Als Gründe werden u.a. die schlechten Wahlkampfbedingungen angeführt (Finanzen, Infrastruktur, Repression). Die APRA war finanziell sehr gut ausgestattet, stand unter Führung des jung-dynamischen Alàn Garcia und sie war mit Versöhnungsparolen wie ,,Ein Peru für Alle'' aufgetreten. Die Angst vor einer stärkeren Repression oder gar einem Putsch gegen eine IU-Regierung ließ viele Menschen die APRA wählen. Weiterhin wurde aus der IU heraus die mangelhafte Arbeit der IU-Parlamentarier und IU-Bürgermeister, der sichtbare Wille vieler IU-Kandidaten, die Wahlen nicht zu gewinnen (darunter auch der Spitzenkandidat A. Barrantes), und das Auftreten A. Barrantes scharf kritisiert. A. Barrantes wurde vorgeworfen, nicht das IU-Programm, sondern seichte, reformistische Propaganda betrieben zu haben, wodurch die Grenzen zur APRA vollkommen verwischt wurden.

Somit wird das schlechte Ergebnis zum größten Teil auf Fehlleistungen in der Wahlkampfphase zurückgeführt. Dies läßt aber nur den Schluß zu, daß vor dieser Zeit wenig seitens der IU unternommen wurde, um die Massen zu organisieren und zu politisieren, schlicht das Programm der IU bekannt zu machen. Dies war ja erklärtes Ziel und bisherige Begründung für die Teilnahme an Wahlen überhaupt. Die IU hat ihre parlamentarische und kommunale Beteiligung kaum genutzt, um die Arbeiterklasse und ihre strategischen Verbündeten, die Bauern und Bewohner der Elendsviertel, zu politisieren, d.h. ihnen sozialistische Inhalte und revolutionäre Zielsetzungen zu vermitteln, die über die allgemeinen Parolen und üblichen Verflachungen des Marxismus hinausgehen. Dadurch konnten die oft noch ökonomistisch orientierten Kämpfe der Arbeiter und Angestellten nicht auf eine revolutionäre, sozialistische Ebene gebracht werden.

Ein Großteil der Politik der IU war vor der Wahl auf parlamentarische und kommunale Notwendigkeiten orientiert, eine Propaganda zur Anhebung des politischen Bewußtseins fehlte gänzlich. Nur die zur revolutionären Linken zählenden Bürgermeister und Abgeordneten der UNIR, PUM und der parteilose IU-Bürgermeister von Cuzco haben die Bevölkerung zur aktiven Teilnahme am politischen Geschehen aufgefordert.

Auch in der Menschenrechtsfrage wurde die Schwäche der IU deutlich: Vor lauter Angst, mit Sendero Luminoso identifiziert zu werden, und um nicht die Militärs zu provozieren, schwieg sie vorwiegend angesichts der brutalen Repression.

Die IU konfrontiert mit der APRA

Die APRA hatte inzwischen die Menschenrechtsverletzungen zu ihrem Thema gemacht und trat immer stärker propagandistisch für die Erhaltung dieser Rechte ein. Schon in einem Gespräch 1982 gab Alàn Garcia eine treffende Einschätzung der IU ab: ,,*Wir müssen uns von der Linken distanzieren und die breiten Massen, die sie unterstützen, mitreißen. ‚Sendero Luminoso' hat die Linke gebrochen, und dies sieht man deutlich an ihrer Ausdrucksweise, die zwischen reformistischer oder wie sie auch sagen ‚APRA nahen sozialdemokratischen' und einer radikalen Sprache schwanken. Letztere kann aber so radikal nicht sein, denn sie haben die Pflicht, sich von ‚Sendero Luminoso' zu differenzieren. Die*
dies sieht man deutlich an ihrer Ausdrucksweise, die zwischen reformistischer oder wie sie auch sagen ‚APRA nahen sozialdemokratischen' und einer radikalen Sprache schwanken. Letztere kann aber so radikal nicht sein, denn sie haben die Pflicht, sich von ‚Sendero Luminoso' zu differenzieren. Die
Linke ist kein Problem, die Rechte ja. Dies ist der Gegner, den wir bevorzugt angehen müssen, und in diesem Kampf wird uns die Linke folgen müssen.'' (Quehacer, Nr. 21)

Worin liegen die Gründe für die Schwäche großer Teile der IU, die sich in ihrer oberflächlichen Propaganda, ihrer Parlamentarismusorientierung, ihrem Zurückweichen vor APRA und dem Militär ausdrückt? Weite Teile der IU-Führung und viele leitende Kader entstammen dem Kleinbürgertum, der Mittelschicht oder gar der Oberschicht. Sie neigen dazu, versöhnlerisch auf Zugeständnisse seitens der Regierung und des Staates zu reagieren. Diese Zugeständnisse drücken sich darin aus, als Partei oder Bündnis Anerkennung zu finden, in der Wahlbeteiligung, parlamentarischer Immunität und Einbindung in die Parlamentsarbeit überhaupt. Zudem bietet die Anerkennung der Linken als Oppositions,,partner'' gute Möglichkeiten, sich als IU-Führer finanziell abzusichern. Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Krise muß dies sehr verlockend sein. Die teilweise Mitverwaltung im Staat führt zu einer stärkeren Identifizierung mit diesem und einer Verstärkung der nationalistischen Tendenzen in der Linken — und damit zu einer Überbewertung bürgerlich demokratischer Möglichkeiten auf Kosten des Klassenkampfes.

Die zweite Erklärung für die mangelhafte Durchsetzungsfähigkeit der IU ist eine grundsätzliche Kritik. Die de facto Unterbewertung des Klassenkampfes, die kleinbürgerlichen, caudillistischen Ambitionen und das nachwievor stark ausgeprägte Sektierertum spaltet konstant die Arbeiterbewegung und verhindert die Entstehung einer großen, vom Proletariat geführten Partei. Die daraus folgende ständige organistorische und ideologische Schwäche der IU bedingt wiederum eine noch stärkere Anlehnung an die ,,Stärkeren'', jetzt nach der Wahl an die APRA. Schon gleich nach der Wahl haben einige IU-Führer, darunter A. Barrantes, der APRA in Fragen gemeinsamen Interesses ihre Unterstützung zugesagt.

Die weitere Haltung der IU als Bündnis insgesamt ist noch unklar. Während sich die IU-Führung in mehreren Sitzungen noch nicht auf eine einheitliche Stoßrichtung festlegen konnte, hat sich UNIR auf ihrem Kongress Anfang November klar gegen die APRA-Politik ausgesprochen. Man will weiterhin der revolutionären Linie des IU-Programms folgen.

Die APRA an der Regierung

Seit ihrem Regierungsantritt haben Alàn Garcia und sein neuer Premier Luis Alca Castro (Wirtschafts-, Finanz- und Handelsminister) eine Reihe spektakulär klingender Erklärungen abgegeben und einige ökonomische und politische Anordnungen getroffen: Der Kurs des Sol wurde gegenüber dem Dollar auf drei Monate eingefroren, ebenso die Grundnahrungsmittelpreise. Die Zinsen wurden von 120 auf 30% gesenkt, um vor allem Kredite für Investitionen im Landwirtschafts- und Industriesektor erschwinglich zu machen. Die staatliche Vermarktungsgesellschaft EPSA soll wieder flottgemacht werden. Nur 10% der Exporteinnahmen sollen für die Zahlung der Auslandsschuld verwendet werden — die vorherige Regierung hat zuletzt auch nicht mehr als 11% zahlen können! Die Verträge mit den Ölmultis wurden gekündigt, da diese nicht verfassungskonform waren. Die Ölmultis sollen Steuern nachzahlen.

Im innenpoltischen Bereich zielen die ersten Maßnahmen auf die Eindämmung der Korruption und die Verbesserung der Menschenrechtssituation. Die Gerichtsverfahren sollen beschleunigt werden, da von den 21.000 Gefangenen 75% seit Jahren ohne Gerichtsurteil in den Gefängnissen vermodern. 26 korrupte Polizeigeneräle wurden in den Ruhestand versetzt, 3.000 PIPs (Untersuchungspolizisten) sollen entlassen werden, ihnen wird Beteiligung am Drogenhandel vorgeworfen.

Demgegenüber hat die APRA-Regierung den Ausnahmezustand in den unter Militärverwaltung stehenden Departements und Provinzen verlängert. Nach den bisherigen Erfahrungen ist dies als Freibrief für weitere Morde, Folterungen, Plünderungen und ,,Ver-
Demgegenüber hat die APRA-Regierung den Ausnahmezustand in den unter Militärverwaltung stehenden Departements und Provinzen verlängert. Nach den bisherigen Erfahrungen ist dies als Freibrief für weitere Morde, Folterungen, Plünderungen und ,,Ver-
schwindenlassen'' zu werten. Auch unter der APRA-Regierung setzt sich die Politik der Gewalt und Unterdrückung fort. Mehrere Massaker an Bauern fanden in den letzten Monaten statt, belegt durch Funde von neuen Massengräbern und Zeugenaussagen weniger Überlebender. Nur in einem Fall ordnete A. Garcia eine Untersuchung an, ein Leutnant soll bestraft werden... Am 3. Oktober 1985 wurden in Lima 20.000 Menschen, die in einem neu gegründeten Elendsviertel lebten, rücksichtlos von Kavallerie und Polizei in gepanzerten Fahrzeugen ,,abgeräumt''. Der Innenminister erklärte die Aktion für ,,rechtmäßig'' und warf der IU vor, die Leute aufgehetzt und bewaffnet zu haben. Gleich einen Tag später fand ein Massaker im Gefängnis von Lurigancho statt, bei dem 30 politische Gefangene erschossen und verbrannt wurden. Im November wurden 26 Gefangene im Gefängnis ,,El Sexto'' getötet. Die Polizei beschuldigt die Häftlinge, sich gegenseitig getötet zu haben.

Allein im September kamen 114 Menschen bei Zusammenstößen, Massakern etc. ums Leben (Resumen Semanual, Okt. 1985). Es ist durchaus möglich, daß Teile der Armee und Polizei zeigen wollen, wer Herr im Hause ist, und die APRA-Regierung ist machtlos oder kollaboriert. Demgemäß blieb auch die vesprochene Amnestie aus, und nun erklärt A. Garcia, in Peru gäbe es keine politischen, sondern nur kriminelle Gefangene. Auch die versprochene Korruptionsbekämpfung fällt sehr lasch aus.

Die APRA lehnt grundlegende strukturelle Veränderungen ab. Um die Wirtschaft anzukurbeln, möchte sie ausländisches Kapital ins Land holen, die Landwirtschaft rehabilitieren und den produktiven Bereichen Geld zufließen lassen. Nur legen die Konzerne der Metropolen in diesen weltweiten Krisenzeiten Kapital lieber in ,,stabilen'' Ländern an. Darüberhinaus zeigen die Entwicklungen in Brasilien und Argentinien, daß eine vom Imperialismus abhängige Industrialisierung keine Grundlage für allgemeinen Wohlstand darstellt.

Ob eine Verbesserung im Agrarsektor gelingt, ist zweifelhaft, denn der gegenwärtig zuständige Minister vertritt die Interessen der Reste der Agraroligarchie des Nordens. Die Machtverhältnisse in der APRA sind so verteilt, daß der ,,linke'' Flügel diesen Landwirtschaftsminister nicht verhindern konnte. Es ist zu befürchten, daß eine Modernisierung der Landwirtschaft weltbankgemäß dem Export und einigen wenigen Reichen dienen wird. Die tatsächlichen Schwerpunkte der Wirtschaftspolitik zeigt die Verteilung der Mittel im Staatshaushalt: 49% für Wirtschaft und Finanzen, 24% für Polizei, Armee und Inneres, 11% für Erziehung, 7% für Gesundheit, 4% Transport und Verkehr, 2 % für Landwirtschaft und 0,09% für den Wohnungsbau! Kein Raum für sozialistische Experimente.

Auch die Regierung Garcia wird nicht davon verschont bleiben, die eigene Wahlkampfpropaganda durch Weltbank- und IWF-Forderungen in der Praxis realpolitisch wenden zu müssen. Die Entwicklung in Argentinien unter der Regierung von Alfonsin
Auch die Regierung Garcia wird nicht davon verschont bleiben, die eigene Wahlkampfpropaganda durch Weltbank- und IWF-Forderungen in der Praxis realpolitisch wenden zu müssen. Die Entwicklung in Argentinien unter der Regierung von Alfonsin
ist ein Beispiel dafür. Mittlerweile mußte Garcia schon zugeben, daß die Preisfestlegungen und Zinssenkungen nicht durchhaltbar sind. Der Nothilfeplan für die Landwirtschaft soll schon am 31. Dez. 1985 eingestellt worden sein. Die APRA selbst rechnet deshalb mit baldigen Konfrontationen, und versucht die Gewerkschaften zu infiltrieren oder zu kaufen. Wo dies nicht gelingt, wird sie eigene, gelbe Gewerkschaften und Verbände aufbauen. Ein solcher Versuch wurde gerade mit der großen Zückerrohrarbeitergewerkschaft FTAP unternommen. Die APRA führte einen ,,nationalen Gewerkschaftskongreß'' im November durch, obwohl der Kongreß der Gewerkschaft gerade im Oktober stattgefunden hatte.

Erste Konfrontationen auf der Straße

Trotz der gravierenden Differenzen innerhalb der IU-Führung haben IU-Basis, ihr nahestehende Gewerkschaftsverbände und einzelne Abgeordnete der IU eine erste Offensive gegen die neue Regierungspolitik eingeleitet. Am 21. November 1985 fand eine große Demonstration in Lima gegen Repression und zur Verteidigung von ,,Leben und Frieden'' statt, an der sich über 150.000 Menschen beteiligten. Aufgerufen hatte die ,,Nationale Koordination der Menschenrechtsorganisationen'' gemeinsam mit IU-Abgeordneten, Barrantes als Bürgermeister von Lima, Universitätsorganisationen, Kirchenvertretern, Basiskomitees und Gewerkschaften. Zentrale Forderungen der Demonstranten waren die Aufklärung über das Schicksal der Tausenden von Verschwundenen, die Auflösung der paramilitärischen Milizen, Amnestie für die des Terrorismus Verdächtigen, Abschaffung des Anti-Terrorgesetzes, Bestrafung von in Mord und Folter verwickelten Beamten, Schluß mit Folter und Wiederherstellung der Zivilordnung in den von der Armee kontrollierten Gebieten, und Reorganisation der Gefängnisverwaltung. Sendero Luminoso wurde aufgefordert, die bewaffneten Aktionen einzustellen. Der Demonstrationszug wurde von der APRA-orientierten Universität ,,Federico Villareal'' aus mit Steinen angegriffen.

Am 21. November kündigte die kämpferische IU-nahe Lehrergewerkschaft SUTEP (Größte Einzelgewerkschaft Perus) einen unbefristeten Generalstreik an, sollten die Forderungen der Lehrer nicht endlich erfüllt werden. ,,Den schönen Reden (der Regierung) sollen endlich Taten folgen'', erklärte der Generalsekretär dieser Gewerkschaft, Carlos Salazar Pasache. Ein 24stündiger Warnstreik legte am gleichen Tag das Schulleben lahm. In Lima und den Provinzen wurde der Streikaufruf zu 90% befolgt. 6.000 Lehrer marschierten in Lima zum Erziehungsministerium. Von der Gewerkschaftszentrale CGTP und der Metall und Minenarbeiter Gewerkschaft wurde die negative Haltung der Regierung gegenüber den Vorschlägen der Minenarbeiter von Minas Canarias und Ataluga, die Produktion dieser Minen aufrecht zu erhalten, scharf kritisiert. Der Kampf der Minenarbeiter und ihrer Familien hat bisher 98 Tote
schaft wurde die negative Haltung der Regierung gegenüber den Vorschlägen der Minenarbeiter von Minas Canarias und Ataluga, die Produktion dieser Minen aufrecht zu erhalten, scharf kritisiert. Der Kampf der Minenarbeiter und ihrer Familien hat bisher 98 Tote
(Arbeiter, Frauen und Kinder) gekostet. Am 20. November marschierten Bewohner von 120 Elendsvierteln aus Lima zum Wohnungsbauministerium, um die Verbesserung ihrer Wohnbedingungen zu fordern.

a.b.



Bei der Räumung des Elendsviertels Garagay (Lima) im Herbst 1985 wurden die Hütten niedergebrannt, die Bewohner flüchteten in einem unvorstellbaren Chaos. Viele Menschen waren nach der Räumung ,,verschwunden'', oder tot und Hunderte verletzt.

* **Die beteiligten Parteien:**

PCP: Partido Comunista Peruano (Peruanische Kommunistische Partei), „moskauorientiert"; IU-Mitglied

PSR: Partido Socialista Revolutionario (Revolutionäre Sozialistische Partei), gebildet von Anhängern der „1. Phase der peruanischen Revolution" unter General Velasco 1968; IU-Mitglied

UNIR: Union de Izquierdas Revolutionarias (Vereinigung Revolutionärer Linke), kommt aus der maoistischen Bewegung, eine Massenfront unter maßgeblicher Beteiligung der PCdelP, unabhängig (dieser Begriff wird im Folgenden in dem Sinne gebraucht, daß die entsprechenden Gruppierungen sich an keinem real existierenden Gesellschaftsmodell orientieren, ohne ein „sozialistisches Vaterland" sind); IU-Mitglied

PCdelP: Partido Comunista del Peru/Patria Roja (Kommunistische Partei Perus/Rotes Vaterland), marxistisch-leninistisch; setzt die Mariategui-Tradition der Kommunistischen Partei fort; unabhängig in UNIR und IU-Mitglied

PUM: Partido Unificado Mariateguista (Vereinigte Mariategui Partei), ML, unabhängig; IU-Mitglied

CODE: Convergencia Democratica (Demokratischer Zusammenschluß), Bündnis aus PPC (Partido Popular Cristiano) und Bases Haquistas (Haya Basen). PPC ist ultra rechts, vertritt imp. Handels- und Großbourgeoisie; Haya Basen sind ein von der APRA abgespaltener faschistischer Flügel

AP: Acción Popular (Volksaktion), konservativ-proimperialistisch; diese Partei stellte unter F. Belaunde Terry die Regierung von 1980 bis 1985; schon einmal Regierungspartei von 1963 bis 1968

APRA: Alianza Popular Revolutionaria de America (Revolutionäre Volksallianz von Amerika), populistisch - sozialdemokratisch; in Peru auch PAP (Peruanisch apristische Partei) genannt.

Der Machismo und die versuchsweise Zerschlagung des gordischen Knotens

Die Diskussion über die Integration von Marxismus und Feminismus ist im KB seit Jahren sanft entschlafen. Nachdem die weiland hitzigen Debatten ihren aktuellen Anlaß (Stichwort: „Z"-Spaltung) verloren hatten, verpuffte auch unter den Frauen der Elan, sich weiter um eine zeitgemäße Theorie von sozialistischer Frauenbefreiung zu bemühen. Schlagartig bewußt wurde mir dieses Manko beim Lesen des Artikels über Frauen in Nicaragua im letzten AK („Gibt der Imperialismus den nicaraguanischen Frauen die Möglichkeit zur Befreiung vom Machismo?"). Korrespondent und Korrespondentin aus Nicaragua beantworten diese Frage, wenn auch eingeschränkt, mit „ja": Kriegswirtschaft und Arbeitskräftemangel böten den Frauen die historische Chance der Befreiung, denn ihre gesellschaftliche Integration sei nun ein Erfordernis der konkreten, geschichtlichen Situation, sprich: des wirtschaftlichen Überlebens Nicaraguas. Zwar ist diese ökonomische Notwendigkeit auch nach Ansicht der Autoren ein widersprüchlich Ding — verhindert doch die Mangelwirtschaft auch den nötigen Ausbau sozialer Einrichtungen, um die Frauen z.B. von der Kinderbetreuung zu entlasten. Trotzden folgern die Korrespondenten auf der theoretischen Ebene: „*Die ökonomische Notwendigkeit gerät in Widerspruch zu der traditionellen Rolle der Frau in der nicaraguanischen Gesellschaft. Damit wird der Machismo, der ideologisch noch nicht allgemein von der Revolution angegriffen wird, zu einem objektiv reaktionären Element*". Hoppla, ist das endlich die Lösung, die wir in unseren entschlafenen Debatten nie gefunden haben? Die Zerschlagung des gordischen Knotens von Haupt- und Nebenwiderspruch? Krieg und Mangel müssen her, und die Frauen, die sich bisher vergebens auf der Schattenseite des „Subjektiven" abgearbeitet haben, kommen endlich auf die „objektive" Tagesordnung der Geschichte?

Ich will den Autoren nicht unrecht tun: Im überwiegenden Teil ihres Artikels (der außerdem redaktionell gekürzt wurde) stellen sie die schwierige Situation der nicaraguanischen Frauen dar und die Bemühungen der Frauenorganisation AMNLE, die Benachteilungen auf der *politischen* Ebene zu bekämpfen. Den Eindruck, daß die Frauenfrage mit einem Federstrich ökonomistisch „gelöst" wird, erwecken nur die oben zitierten theoretischen Verallgemeinerungen, nicht der Fakten-Teil des Artikels.

Trotzdem: So geht's nicht! Zunächst einmal ist es ja nichts Besonderes, daß sich Kriegswirtschaften auf die Frauen als Arbeitskräfte-Reservoir besinnen; erinnert sei nur an die Einbeziehung der Frauen in die Rüstungsproduktion des deutschen Faschismus, die ebenfalls objektiv nowendig war für den faschistischen Staat. Der Ausgang ist bekannt: die heimkehrenden Männer (und das Ende der objektiven Notwendigkeit) drängten die Frauen wieder an Heim und Herd, nicht ohne individuellen Widerstand und Leid der einzelnen Frau („Deutschland, bleiche Mutter"). Was wird in Nicaragua passieren, wenn — wie wir doch alle hoffen — der imperialistische Druck zurückgedrängt werden kann und ein Teil der Nica-Armee nach Hause geschickt werden kann? Ist dann der Machismo kein „objektiv reaktionäres Element" mehr, der Kampf der Frauen nur noch ein subjektives Anliegen? Ebenso in den anderen Ländern dieser Region: Ist der Machismo in Kolumbien, Bolivien oder Chile nicht objektiv reaktionär, und wie war's unter Somoza? Meines Erachtens gilt für die lateinamerikanischen Länder auch in sogenannten Friedenszeiten, also ohne Krieg von außen: Der Machismo ist ein Hemmschuh für die Entwicklung und gesellschaftliche Befreiung, weil er das Volk in zwei Kasten spaltet, weil er die Hauptlast des Elends auf die Schultern derjenigen abwälzt, die sich v.a. wegen ihrer Verantwortung für die Kinder am wenigsten wehren können, und weil er sowohl nationalen Unterdrückern als auch dem Imperialismus besondere Mittel für Ausbeutung und Repression an die Hand gibt. Das klingt nun so allgemein wie platt, und ich würde mich freuen, wenn sich Kundigere als ich nun der genaueren Analyse des Machismo annehmen würden. Denn ganz so leicht können wir es uns mit unseren theoretischen Lücken nun doch nicht machen.

Ch.

Philippinen:

Wende, Wahl und Weißwäsche Marcos-Regime auf dem Prüfstand

von Rainer Werning

„Die Philippinen", so hatte der aus dem US-Bundesstaat Indiana stammende Senator Beveridge am 9. Januar 1900 erklärt, „sind für immer unser. Hinter den Philippinen befinden sich geradewegs die unbegrenzten Märkte Chinas. Wir werden weder auf die einen noch auf die anderen verzichten. Wir werden vor den Möglichkeiten, die sich uns im Osten eröffnen, nicht zurückweichen. Wir versagen uns nicht dem Geschick unserer Rasse, die Gott dazu bestimmt hat, die Welt zu zivilisieren."

86 Jahre nach Beveridges Diktum ist Washington sich seiner Sache unsicherer denn je. Sein engster Verbündeter in Ostasien, das seit 20 Jahren herrschende Marcos-Regime, ist durch eine tiefgreifende sozialpolitische und wirtschaftliche Krise und einen in Stadt wie Land gewachsenen — auch bewaffneten — Widerstand isoliert. Eingeengt ist damit der Aktionsradius der USA, eine in ihrem Sinne geordnete Nach-Marcos-Ära einzuläuten.

Verstärkte Interventionen

Besorgt darüber, daß ein Fortdauern der Marcos-Diktatur ein „radikalisiertes Philippinen" — so die im Januar 1985 von Präsident Reagan unterzeichnete Nationale Sicherheitsdirektive — bedeutet und dies seine Position im Pazifik potentiell schwächt, hat Washington seit Sommer 1985 ein Wechselspiel aus Druck und Drohungen betrieben. Manila, so das Kalkül, sollte auf eine „demokratische Öffnung" eingeschworen werden. Zuallererst wurde darunter die Abhaltung vorgezogener Präsidentschaftswahlen verstanden, auf die CIA-Chef William Casey und Reagans Sonderbeauftragter, Senator Paul Laxalt, anläßlich ihrer Philippinen-Reisen im Mai bzw. Oktober drängten. Furore machte schließlich die Anfang November veröffentlichte Studie des Geheimdienstausschusses des US-Senats unter Vorsitz von Senator David Durenburger. Ihr Fazit: die von ausländischer Hilfe abgeschnittene Guerilla der Neuen Volksarmee (NPA) verzeichnet einen dermaßen dramatischen Zulauf, daß sie innerhalb von drei Jahren das strategische Patt herzustellen vermag, sollte in Manila in gewohnter Manier regiert werden.

Als wirtschaftliches Druckmittel besann man sich auf die Rückhaltung von über 400 Mio. Dollar, die im Rahmen des Ende 1984 vereinbarten 650 Mio. US-Dollar-Kredits des Internationalen Währungsfonds sowie des im Mai 1985 unterzeichneten Hilfspakets privater Banken in Höhe von 925 Mio. US-Dollar eingeräumt worden waren. Ist die Hälfte dieser Gelder ohnehin für die seit Herbst 1983 ins Stocken geratene Rückzahlung der Zins- und Tilgungslasten bestimmt, so wird der Rest erst fällig, wenn die Abwertung des Pesos beschleunigt, Sozialausgaben gestrichen, Importlockerungen verfügt und Löhne weiterhin gedrückt werden. Die Durchsetzung all dieser Maßnahmen aber ist nur um den „Preis" einer Krisenvertiefung denkbar. Firmenzusammenbrüche, Kapitalabflüsse, Proteststreiks und bewaffnete Kampfhandlungen zwischen Regierungstruppen und NPA-Verbänden erreichten 1985 Rekordhöhe. Amerikanische Finanzexperten geben sich skeptisch: 900
1985 Rekordhöhe. Amerikanische Finanzexperten geben sich skeptisch: 900
der landesweit 940 operierenden Landbanken sind vom Bankrott bedroht, und die Inseln werden auch innerhalb der nächsten fünf Jahre das ökonomische Schlußlicht der Region bilden. Stephen Solarz, Vorsitzender des Unterausschusses des US-Repräsentantenhauses für Asiatische und Pazifische Angelegenheiten, hat bereits mehrfach einer Art Marshall-Plan an Manila eine Lanze gebrochen.



General Ver (r.), einer der Hauptleute der Marcos-Clique. Trotz seiner Beteiligung an der Ermordung J. Aquinos jüngst auf höchste Weisung hin freigesprochen.

Die aufgestockten Spezialeinheiten (SOF) in den US-Stützpunkten Clark und Subic und die Vorliebe der Amerikaner für den West Point-Absolventen Fidel Ramos anstelle des Marcos-Intimus Fabian C. Ver als Generalstabschef der philippinischen Streitkräfte komplettierten die Politik des sanften Knüppels. In Ermangelung einer personalen Alternative war Marcos Taktiker genug, seine Trumpfkarten geschickt auszureizen. Gegen vorgezogene Wahlen, so ließ er im November verlauten, habe er selbstredend nichts einzuwenden.

Parlament der Straße oder Parlament der Berge?

Kurz nachdem der 7. Februar 1986 als Wahltermin bekanntgegeben wurde, streifte die philippinische Justitia am 2. Dezember 1985 endgültig ihre Augenbinde ab und besiegelte die Ramboisierung des Rechtswesens. Der Aquino-Mordprozeß endete mit einer totalen Weißwäsche; sämtliche 25 angeklagten Militärs wurden freigesprochen. Das Gericht wischte qua Federstrich das Untersuchungsergebnis einer unabhängigen Kommission beiseite, wonach Aquino Opfer einer Verschwörung des Militärs war.

Wahlen mit und unter Marcos hat es schon häufig gegeben. Täuschungen, Schwindel und Terror zeichneten sie aus. Stets bewahrheitete sich das philippinische Bonmot — „Die Toten wählen einmal, die Lebenden gar mehr als zweimal, und selbst die Schmetterlinge auf Mindanao geben ihre Stimmzettel ab." Snap elections — vorgezogene Präsidentschaftswahlen — dürften da kaum eine Ausnahme bilden; Marcos kann sich auf Armee und Polizei, seine legislativen Sondervollmachten und auf ein seinem Ebenbild nachempfundenes „Parlament" stützen. Rasch kursierten denn auch neuerliche Spöttereien — im Volksmund steht „snap" für „sigurado na ang panalo" („der Sieg ist gewiß") oder „siya na ang pangulo" („er bleibt Präsident").

Das nach dem Aquino-Mord (August 1983) entstandene sog. Parlament der Straße, ein aus sämtlichen Klassen und Schichten gespeistes Protestpotential, ist seiner historischen Funktion als politisch mobilisierende Kraft entwachsen. Über die Beseitigung der Marcos-Diktatur hinaus erschallt aus seinen Reihen der Schlachtruf nach „Beseitigung des US-Imperialismus". Selbst in Manilas Straßen macht immer häufiger das Wort vom Parlament der Berge die Runde — eine Anspielung auf die NPA. Zumindest ist damit die Schwierigkeit der momentan aus acht regionalen politischen Seilschaften zusammengefügten bürgerlichen Vereinigten Nationalistischen Demokratischen Organisation (UNIDO) auf den Punkt gebracht, für ihre Position eine manövrierfähige soziale Basis zu finden. Und die nun erschöpft sich wesentlich in einer gegen die Person Marcos gerichteten Kritik. Wirtschaftspolitisch hält die UNIDO laut ihren — wie wohl spärlich gesäten — programmatischen Aussagen am Kurs der exportorientierten Entwicklungsstrategie fest, propagiert das Fortbestehen der US-Basen und spekuliert auf aktive US-Schützenhilfe.

Salvadort „Doy" Laurel, Führer der UNIDO und deren Vize-Präsidentschaftskandidat, ist keine politische Alternative. Er ist Sproß eines ebenso
Alternative. Er ist Sproß eines ebenso
alteingesessenen wie begüterten Clans aus der südlich von Manila gelegenen Provinz Batangas, darin gewieft, mal mit den amerikanischen, mal mit den japanischen und wiederum mit den amerikanischen Kolonialherren anzubändeln. Kollaboration hat Tradition im Hause Laurel — und warf aufgrund stetiger Nähe zu den Herrschenden stattliche Pfründe ab. Doys Vater war unter der japanischen Okkupation (Beginn der 40er Jahre) gar Präsident von Tokios Gnaden. Doy selbst war bis zur Verhängung des Kriegsrechts im Herbst 1972 Senator und wie Marcos Mitglied der Nationalistischen Partei. Seine Familie zählt nach wie vor zu den einflußreichsten des Landes, zumal er zur First Lady Imelda freundschaftliche Bande unterhält. Sein peinigender Ehrgeiz und eine poseurhafte Eitelkeit, gepaart mit theatralischer Rhetorik, werden nur noch von Marcos übertroffen.

Die Dritte im zugelassenen Wahlbunde ist mit Corazon „Cory" Aquino ein Mitglied der mächtigsten Großgrundbesitzer- und Industriellenfamilie. Cory ist eine geborene Cojuangco, und Eduardo Cojuangco ist als Koprazar, Geschäftsmann und Boß einer stattlichen Privatarmee glühender Marcos-Verehrer. „Blut(sverwandschaft)", so ein philippinisches Sprichwort, „ist halt dicker als Wasser."

Möglicher Pyrrhussieg

So verachtet und diskreditiert ist das Marcos-Regime, daß ein Sieg des Laurel-Aquino-Gespanns denkbar ist. Bedeutsamer als ein einmaliger — auch sauberer — Wahlvorgang ist die Überwindung von Elend, Militarisierung, systematischer Menschenrechtsverletzungen und (von außen diktierter) Fremdbestimmung. Das freilich ist nur ohne Marcos, nicht aber unbedingt mit Cory Aquino und Doy Laurel durchsetzbar. Ausgegrenzt und illegalisiert bleibt nach wie vor ein Gutteil der Bevölkerung. Für sie wäre — wie immer auch das Wahlergebnis aussehen mag — die Beendigung oder „nur Abschwächung" staatlichen Mords ein erster Schritt auf dem holprigen Weg der Befreiung. Nicht wenig — unter den aktuellen Bedingungen.

Geil! Notstand verhängt!

Irgendwo habe ich mal von irgendwelchen durchgeknallten Militärstrategen gelesen, die US-Regierung sollte einen „Enthauptungsschlag" gegen die Sowjetunion vorbereiten. Die Henker sprachen dann, jetzt als Medizinmänner, von einem „chirurgischen Schlag" gegen die politische und militärische Führung der SU.

Diese Worte haben — wenn auch nur kurz — Millionen Menschen aufgerüttelt. Neulich habe ich die Metapher vom „chirurgischen Schlag" wieder gelesen: im ARBEITERKAMPF, November 85, S. 36. U.+U. haben sich dort, Tomas Borge und die ‚Barricada' zitierend, ihre Gedanken zum Notstand in Nicaragua gemacht.

Ihre Schlußfolgerung lautet: „*Der erweiterte Notstand ist ein chirurgischer Schlag gegen d i e Opposition im Lande, die sich politisch mit der Contra verbunden hat und mehr oder weniger offen am Aufbau einer sogenannten ‚inneren Front' arbeitet.*" Man wünscht sich die nicaraguanischen Zensurbestimmungen für den AK, damit ein solcher Satz — ich folge U.+U.'s Gedankengang: — ausgemerzt werden kann.

Diese Metzgerphantasie ist nur der Höhepunkt in einem durch und durch apologetischen Artikel, dessen Autoren offenbar Berichterstattung und Analyse mit — zudem noch einfältiger — Propaganda für besonders Dumme verwechseln.

Für wen sonst sind Sätze bestimmt wie:

— „*Weder auf politischer Ebene, noch was die Arbeit der Massenorganisationen, der Gewerkschaften oder der Kirche angeht, noch das öffentliche und gewerbliche Leben sind in irgendeiner Weise vom Notstand betroffen.*"

Das ist nicht nur grammatisch ein Witz, sondern auch sonst nicht zum Lachen, wird dem verblüfften Leser doch die Erklärung eines Gegenstandes angeboten, der gar nicht existiert!

— „*Aktuell macht die Ankündigung dieser Maßnahmen Sinn, wenn man in Rechnung stellt, daß die Contra angekündigt hat, die unmittelbar bevorstehende Kaffeernte massiv zu stören.*"

Welch eine scharfe Waffe ist doch das Versammlungsverbot gegen marodierende Contras!

— „*Die in den gesellschaftlichen Prozeß integrierten Parteien PCD, PLI, PSN halten den Notstand für notwendig.*"

Ein Quellenbeleg für diese Behauptung wird nicht geliefert. Sie ist im übrigen falsch: Sämtliche Parteien — mit Ausnahme der FSLN — haben den erweiterten Notstand sofort scharf verurteilt.

— „*Wirklich zu befürchten haben nur diejenigen etwas, die für die Contra konspirieren.*" Alle anderen können nach Herzenslust demonstrieren, Flugblätter verteilen, streiken, Versammlungen abhalten ...

— „*Daß gleichzeitig mit der Verkündung des Notstandes in der Arbeiterschaft begonnen wird, massiv für die Verteidigung und für die Kaffeernte zu mobilisieren, ist ein Ausdruck dafür, daß die sandinistische Regierung und das nicaraguanische Volk an einem Strang ziehen: Bekämpfung der Contra und Erhalt der revolutionären Macht!*"

Abgesehen davon, daß der Beginn einer massiven Mobilisierung schlecht als Beweis für ihr erfolgreiches Ergebnis taugt, hört man in diesem Satz unangenehm deutlich die schmetternden Fanfaren der Hofmusikanten, die den glanzvollen Auftritt des Königs ankündigen. Und tatsächlich! Es folgen Auszüge aus einer Rede von Tomas Borge ...

Der „nationale Notstand", 1982 erstmals verhängt, 1984 im Rahmen der Wahlkampagne wesentlich gelockert, hebt verschiedene allgemeine demokratische Rechte und Garantien auf, die nach dem Sieg der Revolution im „Statut der Rechte und Garantien der Nicaraguaner" festgelegt worden waren. Betroffen sind:

— Schutzgarantien bei Verhaftungen (z.B. das Recht auf Haftprüfung durch die Judikative)
— das Recht auf Unverletzlichkeit der Wohnung;
— das Recht auf Freizügigkeit;
— Informationsfreiheit;
— Versammlungsfreiheit;
— Organisationsfreiheit;
— Streikrecht;
— das Recht, sich vor staatlicher Willkür durch die Anrufung des Obersten Gerichtshofes zu schützen.

Die Nationalversammlung hob die letztgenannte Einschränkung mehrheitlich wieder auf und legte fest, daß das Recht auf Haftprüfung bestehen bleibt, außer „*in Fällen, die die nationale Sicherheit betreffen*".

Trotz dieser Korrekturen bleibt das Gesetz knallhart. Es räumt der exekutiven Gewalt weitgehende Handlungsvollmachten ein, macht oppositionelle politische Betätigung genehmigungspflichtig und droht jeder Opposition mit den Zwangsmitteln des Staates. Der beruhigende Hinweis, daß die Möglichkeiten, die das Gesetz der Staatsgewalt auf dem Papier einräumt, in der Praxis nur selten, in Ausnahmefällen und nur gegen ganz bestimmte Kräfte ausgeschöpft werden, ändert an dem repressiven Charakter des verschärften Notstandes wenig.

Wie bei (fast) jeder Notstandsregelung reagiert der Staat nicht auf eine akute Not, sondern versucht, ihr Eintreten zu verhindern. Nicht anders bei der Verschärfung des Notstandes in Nicaragua: da abzusehen ist, daß die katastrophale ökonomische Situation des Landes vor allem in den Städten zu permanenter Unzufriedenheit, zu Ungerechtigkeiten und zu latentem Protest führen muß, versuchen die Sandinisten, den legalen politischen Parteien und der Kirche als der weitaus gefährlichsten innenpolitischen Kraft die Möglichkeit zur Artikulation und Organisierung dieses Unmuts zu verbauen.

Das ist eine ganz andere Innenpolitik als die, die die Sandinisten noch 1984, dem Jahr der größten militärischen Erfolge der Contra, verfolgten. Damals luden sie ihre rechten und linken Gegner zum ideologischen Kampf ein. Heute bisweilen ins Polizeipräsidium.

Das mag zur Verteidigung der Revolution zweckmäßig sein, ist aber noch lange kein Grund, es als ihre neueste Errungenschaft hinzustellen.

Kl., Gö.

Notiz über etwas, was es nicht gibt?

Replik zur „Teilfaschisierung"

Immer noch im Gang und wohl noch lange nicht abgeschlossen ist die Debatte um die Faschisierungsthese des KB aus der ersten Hälfte der siebziger Jahre. Autor F. kam in einer Artikel-Serie (AK 256-259; „Was ist los mit der Faschisierung?") zur Schlußfolgerung, die BRD-Zustände seien mit dem Begriff des präventiven Sicherheitsstaates besser beschrieben. Rudolf aus Frankfurt konterte in AK 263, die Alternative Faschisierung oder präventiver Sicherheitsstaat sei irreführend; nicht alles, was der KB seinerzeit verzapft hatte, sei heute zu verwerfen — einige Verallgemeinerungen seien aber falsch gewesen. Darauf entgegnete jb in AK 264, eine Teilfaschisierung könne es nicht geben. Dadurch fühlt sich Rudolf mißverstanden und herausgefordert, seine Ideen im Folgenden zu präzisieren.



Unter dem kategorischen Titel „*Es gibt keine Teilfaschisierung*" hat jb auf meine Kritik an der Artikelserie von F. zur Faschisierungthese des KB geantwortet. Da der Genosse verschiedene meiner Positionen lediglich polemisch wertet, ohne sich im geringsten damit auseinanderzusetzen, will ich einige Positionen klarstellen.

Mein eigener Beitrag zur Weiterentwicklung der Faschisierungsthese — dies war die Konsequenz, die ich aus den Ausführungen von F. gezogen habe — beschränkt sich bisher auf folgenden Ansatz: Meine Kritik richtet sich gegen das Denken der Wirklichkeit in Kategorien der Totalität, d.h. daß die realen Widersprüche und Gegensätze unter eine einheitliche, begriffliche Totalität subsumiert werden. Hierauf basierte meine Kritik an der Artikelserie von F., der m.M. die widersprüchliche Entwicklung jeweils entweder unter dem Begriff der Faschisierung oder des präventiven Sicherheitsstaates einordnete. In einer solchen Sichtweise wird ein Begriff als Totalität der Beschreibung der Wirklichkeit verstanden und sogar die ent-

Totalität der Beschreibung der Wirklichkeit verstanden und sogar die ent-

gegengesetzten Entwicklungen unter diese eine Totalität eingeordnet. Wenn F. in seiner Artikelserie davon spricht, daß sich in der BRD in Bezug auf die präventive Aufrüstung des Staatsapparates Strukturen herausbilden würden, die zwar nicht in einen Faschismus auslaufen m ü ß t e n, aber von einem solchen genutzt werden k ö n n e n, ist dies zunächst nicht einfach ein Widerspruch, sondern logische Konsequenz aus dem Eintreffen zumindest eines der „Essentials" der von F. überprüften Faschisierungsthese. Anstatt diese Entwicklung in einem Teilbereich des Staates unter den Aspekt des „präventiven Sicherheitsstaates" einzuordnen, habe ich diese dem „präventiven Sicherheitsstaat" e n t g e g e n g e s e t z t e Entwicklung als Indiz für eine Faschisierung in Teilbereichen von Staat und Gesellschaft verwendet.

In der Kritik eines Denkens der Wirklichkeit in Kategorien der Totalität versuche ich somit, diese Wirklichkeit *in ihren Teilen und den Gegensätzen dieser Teile* zu begreifen. Diesen methodischen Ansatz meiner Kritik unterschlägt (übersieht?) jb vollständig, sodaß er meine Begriffsbildung der Faschisierung in Teilbereichen von Staat und Gesellschaft auf zweierlei Art und Weise verändert:

— einmal in Richtung auf eine „teilweise" oder „Teilfaschisierung", wodurch eine Assoziation zur ursprünglichen „schrittweisen Faschisierung" erfolgt;

— zum zweiten in der tendenziellen Gleichsetzung meiner Begriffsbildung mit der Faschisierung selbst. So argumentiert jb in Bezug auf die Entwicklung in West-Europa, daß von einer Faschisierung keine Rede sein könne, sondern von einer Durchsetzung der republikanischen Staatsform und verwendet dies als Indiz gegen meine Position. Nur konnte ich diese Entwicklung schon deshalb nicht „ignorieren", weil ich gerade diese Problematik zum Ausgangspunkt meiner Begriffsbildung einer Faschisierung in Teilbereichen gemacht habe. In meinem dritten Abschnitt hatte ich Ansätze zur Überwindung der Reduktion der Faschisierungsproblematik auf die Staatsformn diskutiert, indem ich diesen in Entgegensetzung nicht allein gegenüber dem bürgerlichen Staat, sondern auch gegenüber dem „normalen Imperialismus" skizzierte.

Bleiben wir zunächst beim Staat: Da es jb beliebt, Poulantzas für seine Zwecke in Anspruch zu nehmen, weil dieser „kohärenter und kritischer" als ich sei, möchte ich denselben dann doch etwas ausführlicher zitieren. Zum Verhältnis von autoritärem Etatismus und einem neuen Faschismus argumentiert Poulantzas wie folgt: Auf der einen Seite könne das Auftreten des autoritären Etatismus weder mit einem neuen Faschismus noch mit einem Faschisierungsprozeß gleichgesetzt werden. „*Dieser Staat ist weder die neue Form eines echten Ausnahmestaates, noch ist er selbst die Übergangsform zu einem solchen Staat: er repräsentiert die neue ‚demokratische' Form der bürgerlichen Republik*". Poulantzas fährt in diesem Zusammenhang allerdings fort: „*Das soll jedoch nicht heißen, daß in Europa ein solcher Ausnahmestaat (in Form des Faschismus, der Militärdiktatur oder eines verstärkten Bonapartismus) in Zukunft wäre.*" Dies führt ihn zum zweiten Teil der Frage nach dem Verhältnis von autoritärem Etatismus und dem von ihm so bezeichneten „Totalitarismus": „*Dieser Teil betrifft nicht bloß die Grenzen der repräsentativen Demokratie und der Freiheiten, die der gegenwärtige Staat selbst in seiner regulären ‚demokratischen' Ordnung zieht, sondern ganz besonders die Faschisierungselemente jedes kapitalistischen Staates. Gegenüber denjenigen, die einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den verschiedenen demokratischen Formen ... und dem Totalitarismus sehen, meine ich, daß beide, als kapitalistische Staaten, bestimmte gemeinsame Merkmale besitzen*" ... „*Jede kapitalistische demokratische Staatsform enthält totalitäre Tendenzen.*" (Poulantzas, 1978, S. 191f) Zu betonen ist, daß eine solche Staatsform infolge ihres **kapitalistischen** *Charakters „faschistische" Tendenzen beinhaltet, um nicht die Grenzen zur Demokratie zu verwischen. Ich interpretiere diese Aussage in dem Sinn, daß jeder kapitalistische Staat in bestimmten* **Teilbereichen** faschistische Tendenzen beinhaltet, auch wenn bestimmte **andere Teilbereiche** einen demokratischen Charakter besitzen.

Poulantzas: „*Den gegenwärtigen Staat kennzeichnet eine bestimmte Besonderheit. In einer demokratischen Staatsform während einer Phase der strukturellen Verschärfung der generischen Elemente* (kapitalismus-immanente Elemente — Anm. R.) *dieser Krise ... treten die faschisierenden Elemente oder Tendenzen weitaus deutlicher als vorher zu Tage. Der autoritäre Etatismus besteht auch darin, daß man angesichts zunehmender Volkskämpfe und der Gefahr, die sie für die Hegemonie darstellen, ein institutionelles Präventiv-Dispositiv aufbaut.*"

„*Dieses effektive Arsenal, das nicht bloß Teil der juristischen-verfassungsmäßigen Ordnung ist, wird nicht immer an vorderster Front der Machtausübung eingesetzt. (...) Aber auch wenn dieses Arsenal unter Verschluß gehalten wird, steht es der Republik jederzeit für einen Faschisierungsprozeß zur Verfügung. Vielleicht zum ersten Mal in der Geschichte der demokratischen Staaten enthält der gegenwärtige Staat nicht nur vereinzelte und verstreute Elemente des Totalitarismus.*" Der folgende Satz ist hervorzuheben: „***Er bildet diese Elemente organisch aus einem permanenten Dispositiv neben dem offiziellen Staat.***" In diesem Sinn hatte ich in Bezug auf die Strukturen des Apparats der inneren Sicherheit formuliert, daß der Staat in der BRD zwar kein faschistischer ist, daß in ihm aber gleichzeitig die Strukturen für eine faschistische Krisenlösung als Option des Imperialismus geschaffen wurden.

Poulantzas meint: „*Diese Verdoppelung des Staates, die ein strukturellen Merkmal des autoritären Etatismus zu sein scheint, stellt jedoch keine reale Abdichtung oder Dissoziation zwischen dem offiziellen Staat und dem bewußten Dispositiv dar, sondern dessen funktionale Überlagerung und ständige Osmose.*" Deshalb werde im Fall eines neuen Faschisierungsprozesses dieser nicht die gleiche Form annehmen wie früher. Aber statt um eine Infiltration von außen oder um eine Beschlagnahme des Staates werde es sich um einen Bruch im Inneren des Staates an Nahtlinien handeln, die in dessen gegenwärtiger Konfiguration längst vorgezeichnet seien (alle Zitate ebd. S. 191/92). jb scheint nicht sehr gut darüber informiert zu sein, wen er da als Kronzeugen für sich beansprucht.

Kommen wir zu zwei anderen Punkten. Meine Aussage zur Wirtschaftskrise war wohl nicht eindeutig genug, um eine oberflächliche Interpretation wie diejenige von jb auszuschließen. Während F. wenigstens noch eine Relativierung der gesicherten „langfristigen Perspektive des Imperialismus" vornahm, spricht jb nur noch von der „ungeheure(n) Stabilität und Stärke" des Staates und daß das Kapital nur so „vor Zuversicht, Optimismus etc." strotze. Gegenüber beiden Einschätzungen bestehe ich auf der krisenhaften Entwicklung der Weltwirtschaft; eine „Zusammenbruchstheorie" hingegen habe ich nicht aufgestellt. Während ich nun aber explizit aus der Gegensätzlichkeit der Auffassungen in diesem Punkt die Schlußfolgerung ziehe, daß eine gesonderte Behandlung der weltwirtschaftlichen Entwicklung zu einer differenzierteren Betrachtung der von F. aufgestellten Alternative Faschisierung versus „präventiver Sicherheitsstaat" führen würde, unterstellt jb mir die These, „jetzt komme die (langersehnte?) ganz große Krise".

Meine Einschätzung, daß die gegenwärtige Entwicklung in der BRD durch eine Arbeitsteilung von autoritärem Etatismus und autoritärem Populismus gekennzeichnet ist, ist jb lediglich Anzeichen dafür, daß bei mir „nun doch etwas durcheinander" geraten sei. Erkennbar war im Text, daß beide Begriffe nicht von mir stammen, daß ich vielmehr zwei relative ausgearbeitete Begriffsbildungen (von Poulantzas und von Stuart Hall) auf diese Weise miteinander verknüpft habe. (Belehrungen über den Gebrauch des Populismus-Begriffes sind deswegen auch an Hall selbst zu richten). Beide Begriffe bezeichnen im Gegensatz zur Annahme von jb nicht einfach Strukturen auf der einen Seite und Ideologien auf der anderen, sondern in der Verwendung bei Poulantzas und Hall unterschiedliche politische Strategien. Wird im ersten Fall der Begriff in Zusammenhang mit einer Struktur artikuliert, im zweiten Fall mit einer bestimmten Ideologie, so macht dies die Unterschiedlichkeit der beiden Strategien mit aus. (Anzumerken bleibt, daß Poulantzas sowohl Strategie als auch Struktur des autoritären Etatismus begrifflich nicht immer deutlich unterscheidet, eine Problematik, die ich schon bei dem Begriff des präventiven Sicherheitsstaates von F. kritisiert habe).

Inhaltlich ist mir der Arbeitsteilung von autoritärem Etatismus und autoritärem Populismus gemeint die begriffliche Verdeutlichung einer in sich gegensätzlichen Strategie: die fortschreitende Staatszentrierung und Vergesellschaftung durch den Staat auf der einen Seite und die gleichzeitige Entstaatlichung gesellschaftlicher Prozesse, ihre Rückverlagerung in die außerstaatliche Sphäre gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse auf der anderen. Da in einer kapitalistischen Gesellschaft demokratische Entscheidungsprozesse auf die Staatsebene beschränkt sind, bedeutet eine Ent-Staatlichungs-Strategie bzw. eine antistaatliche Ideologie tendenziell immer einen Ent-Demokratisierungsprozeß.

Diese Arbeitsteilung. Kombination
einen Ent-Demokratisierungsprozeß.

Diese Arbeitsteilung, Kombination von zwei unterschiedlichen, ja gegensätzlichen Strategien in einer einzigen, die Kombination von Staatszentriertheit mit Entstaatlichung, macht einen wesentlichen Aspekt der „Wende" aus. (Meiner Auffassung nach wäre dies exemplarisch an der Auseinandersetzung um §116 Arbeitsförderungsgesetz abzulesen).

jb ist es zu verdanken, daß er die Auseinandersetzung um die Faschisierungsproblematik sehr eng an diejenige der Demokratie anbindet, ein Zusammenhang, der mir in dieser Direktheit zunächst nicht klar war. Der Genosse versteht Demokratie offenbar als Beschreibung der (staatlichen u n d gesellschaftlichen?) Totalität der Wirklichkeit. Indem er ohne allzu große Mühe zahlreiche empirische Belege in einer kapitalistischen Gesellschaft anführen könnte, die gegen den *Anspruch* der Demokratie verstoßen, kann er zu der Aussage kommen, daß für Marxisten klar sein sollte, daß die Wirklichkeit und nicht der Anspruch „die Wahrheit ist". So argumentiert jb, daß die bürgerliche Demokratie „*allein **formale** Freiheit, **formale** Rechtsstaatlichkeit ist*" (Hervorhebung im Original).

„*Und die Form ist der Gehalt in letzter Instanz*" (Haug, Camera obscura, AS 70, S. 88). Gegenüber jb bin ich der Auffassung, daß die bürgerliche Demokratie nicht allein „formale" Freiheit beinhaltet, sondern auch reale. Die Auseinandersetzung um die *Entwicklungs*-Form der Demokratie ist keineswegs um den Widerspruch von Form und Inhalt zu führen, sondern um die Begrenzung und Reduktion dieser demokratischen Form auf bestimmte gesellschaftliche Teilbereiche.

Wenn wir in bestimmten Teilbereichen von Staat und Gesellschaft demokratische Formen der Willensbildung und Entscheidungsfindung antreffen, in anderen aber das genaue Gegenteil hiervon, sind die ersteren nicht einfach „Form" ohne demokratischen Inhalt. In diesen Teilbereichen können sie sehr real sein. Meiner Auffassung nach besteht die analytische Problematik darin, den Zusammenhang von real entgegengesetzten Teilbereichen von Staat und Gesellschaft und ihre Koexistenz in einer kapitalistischen Gesellschaft zu erkennen, anstatt alle realen Widersprüche unter eine einzelne Begriffsbildung zu subsumieren. Wenn jb beispielsweise argumentiert, daß es „keine quasi natürliche Grenze der demokratischen Repression" gebe, solange diese nicht die konstitutiven Elemente der bürgerlichen Demokratie aufhebt, so fehlen in seiner Aufzählung dieser konstitutiven Elemente nicht zufällig die „bürgerlichen Freiheitsrechte". Wenn wir diesen Aspekt in unsere Überlegungen einbeziehen, gibt es in der Absolutheit der Begriffe Demokratie und Repression überhaupt keine „demokratische Repression", beides sind antagonistische Begriffe. In der Wirklichkeit existiert logischerweise eine Verknüpfung von demokratischen Teilbereichen mit anderen repressiven Teilbereichen. Dieser *Zusammenhang* ist zu analysieren, zu kritisieren und „aufzuheben", Demokratie und Repression bleiben unaufhebbare Gegensätze. Wenn wir den von jb aufgestellten Maßstab an Marxisten von Anspruch und Wirklichkeit ernstnehmen, können wir behaupten, daß bürgerliche Demokratie mit Repression vereinbar ist. Wir können aber genauso argumentieren, daß es sich in den betreffenden Teilbereichen von Staat und Gesellschaft entgegen dem bürgerlichen Anspruch gar nicht mehr um Demokratie handelt. Wir können und müssen m.E. argumentieren, daß wir gegen die bürgerliche Reduktion von Demokratie deren Totalität in allen gesellschaftlichen Bereichen anstreben. Nachdem wir bis zu diesem Punkt gelangt sind, können wir eine Arbeitshypothese des Verständnisses von Faschismus und Faschisierung sowie zur Faschisierung in Teilbereichen von Staat und Gesellschaft formulieren.

Schon in meiner letzten Stellungnahme hatte ich in Bezug auf den **Faschismus**begriff formuliert, daß dieser Sachverhalt in Bezug auf Staatsform, Ideologie, Massenvernichtung von Menschen und die Schaffung eines einheitlichen, in sich widersprüchlichen Wirtschaftsraumes kennzeichnet, die auf der einen Seite nicht vollständig voneinander determiniert sind, auf der anderen Seite jeweils für sich einen qualitativen Sprung gegenüber dem „normalen" Imperialismus darstellen. Ohne daß ich hiermit eine umfassende Definition des Faschismus gegeben habe, war die Absicht erkennbar, die Reduktion von Faschismus auf die Entgegensetzung von bürgerlichem und faschistischem Staat zu überwinden. Diese Entgegensetzung ist für sich genommen unbestritten richtig, allerdings nur ein Teilaspekt der umfassenden Faschismusproblematik, nicht mehr aber auch nicht weniger. Klar ist auch, daß

ich die genannten Teilbereiche in der
auch nicht weniger. Klar ist auch, daß

ich die genannten Teilbereiche in der weiteren Arbeit erweitern und konkretisieren muß. Trotz dieser Problematik will ich meine derzeitige Arbeitshypothese auf den Punkt bringen, um die Diskussion voranzutreiben. Unter **Faschismus** verstehe ich die erfolgte „Verdichtung" oder Symbiose der genannten Teilbereiche zu einem einheitlichen Ganzen, einer einheitlichen Totalität, wobei das vereinheitlichende Zentrum dieser Totalität eine faschistische Partei sein kann (muß?). Unter **Faschisierung** ist dann logischerweise der Prozeß der Verschmelzung oder Verdichtung dieser Teilbereiche zu einem solchen Ganzen zu verstehen. **Die Faschisierung in Teilbereichen von Staat und Gesellschaft** bezeichnet einen qualitativen Sprung in diesen Teilen gegenüber dem Zustand des „normalen" Imperialismus, ohne daß es zu einer Verschmelzung oder Verdichtung kommen muß — wenn auch die Faschisierung in Teilbereichen Voraussetzung für einen Faschisierungsprozeß sein dürfte.

Mir ist nicht besonders wohl in der Annahme eines „normalen Imperialismus". Möglicherweise werden wir uns eher im Einzelfall über die Tatsache eines qualitativen Sprunges einigen, denn über die Bestimmung eines „normalen" Imperialismus. Aus diesem Grund möchte ich einen Schritt weiter gehen. Faschismus ist Kapitalismus „sans phrase", die Aufhebung der Artikulation von kapitalistischem Entwicklungsweg und bürgerlicher Gesellschaft, Faschismus ist Kapitalismus „pur". Aus dieser Begriffsbestimmung ergibt sich dann die Konsequenz, daß der Faschismus tatsächlich das logische, nicht ungedingt historische Endstadium des Kapitalismus ist in dem Sinne, daß dieser Entwicklungsweg sich von der Artikulation mit der bürgerlichen Gesellschaft vollkommen gelöst hat. Da der Begriff der bürgerlichen Gesellschaft wiederum scheinbar eine bestimmte Totalität beinhaltet, die er realiter nicht besitzt, muß ich hier differenzieren: Gemeint ist hiermit der Teilbereich von bürgerlicher Gesellschaft, wie er sich im Kampf der Volksmassen gegen feudale und andere Herrschaftsverhältnisse in der historischen Entwicklung herausgebildet hat. Faschismus beinhaltet dann auf allen gesellschaftlichen Teilbereichen die Überwindung aller der durch diesen Kampf der Volksmassen bedingten Grenzen der Verwertung und Akkumulation von Kapital und ist in diesem Sinn das „Spiel ohne Grenzen" des Kapitalismus.

Rudolf, Frankfurt

Die heutigen ,,nationalrevolutionären'' Strömungen um die Zeitschriften ,,Aufbruch'', ,,Neue Zeit'' und ,,wir selbst'' berufen sich zum großen Teil auf eine gleichnamige politische Strömung in der Weimarer Zeit und dessen maßgeblichen politischen Kopf: Ernst Niekisch.

Was ist 'nationalrevolutionär'?

Zum 'Chefideologen' Ernst Niekisch

Stellvertretend für die positiven Bezugnahmen aus der ,,nationalrevolutionären'' Szene sei der ,,wir selbst''-Autor Sebastian Haffner zitiert: ,,*So unwahrscheinlich es klingen mag: der wahre Theoretiker der Weltrevolution, die heute im Gange ist, ist nicht Marx und nicht einmal Lenin. Es ist Niekisch*'' (1). Genau so gut läßt sich auch der Neo-Nazi und heutige ,,Nationalrevolutionär'' Sven-Thomas Frank zitieren, Sprecher der ,,Nationalrevolutionären Aufbau-Organisation — Sache des Volkes'': ,,*Die nationalrevolutionäre Theorie hat in Deutschland eine lange Tradition. Mit ihr ist der Name Ernst Niekisch an vorderster Stelle verbunden. Seine Rückkehr ins politische Bewußtsein ahnungsvoller Deutscher macht ja gute Fortschritte ...*'' (2).

Und auch der ,,wir selbst''-Redakteur und Mitglied der Alternativen Liste Westberlin, Roland W e h l nimmt zu Ernst Niekisch Stellung, weil er es wichtig findet, ,,*Hintergründe zur Kenntnis zu nehmen, bevor man einen Begriff denunziert*'' (gemeint ist der Begriff ,,nationalrevolutionär''). In einer Stellungnahme stellt Roland Wehl den Ideologen Niekisch als einen Antifaschisten, einen Kämpfer gegen den Nationalsozialismus, dar, der für seinen Widerstand von den Nazis 1939 zu einer lebenslangen Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Je mehr er, Roland Wehl, Niekisch gelesen habe, um so größer seien ihm Bedenken gegen Niekisch gekommen: Niekisch sei ,,*viel zu sehr Preuße*'' gewesen, ,,*sein Staatsverständnis scheint mir recht autoritär gewesen zu sein*'' (3).

Es muß betont werden, daß sich die heutigen ,,Nationalrevolutionäre'' n i c h t auf den Niekisch nach 1933 oder gar nach 1945 berufen, wo er seine Weltanschauungen teilweise revidiert hat; nein, die heutige Niekisch-Renaissance bezieht sich auf die Schriften von Niekisch v o r 1933 — und hier kann schon vorab gesagt werden: Niekisch war zwar erklärter Gegner von Hitler und Mussolini, aber alles andere als ein ,,Antifaschist''. Niekisch war eher Wegbereiter und Opfer des Faschismus zugleich, seine ,,nationalrevolutionären'' Theorien waren eine spezielle Variante zur faschistischen Ideologie — und genau diese Varianten besitzen für die heutigen ,,Nationalrevolutionäre'' eine besondere Attraktivität.

Ernst Niekisch

Niekisch trat 1917 in die SPD ein und wurde im November 1918 (Deutsche Novemberrevolution) Vorsitzender des Zentralrats der bayerischen Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sowie Vorsitzender des Augsburger Arbeiter- und Soldatenrats. Im März 1919 war er Mitglied im rechtssozialdemokratischen Kabinett Hoffmann Bayerns, im April 1919 trat er aus dem erwähnten Zentralrat aus, weil Gustav Landauer die bayerische Räterepublik ausrief. Nach der Niederwerfung der bayerischen Räterepublik saß Niekisch eine zweijährige Haft ab und trat in die USPD ein. Danach war er als Gewerkschafter im Berliner Textilarbeiterverband tätig sowie bei den Jungsozialisten. Im Jahre 1923 war Niekisch Mitglied des ,,Hofgeismarer Kreises'' der Jusos der stark nationalistisch orientiert war. Dem schematischen Internationalismus und dem marxschen Sozialismus gegenüber bekannte sich der ,,Hofgeismarer Kreis'' zu einem ,,*innerlichen Ja eines Großdeutschen Nationalstaats*'', Ziel war eine ,,*europäische sozialistische Föderation zwischen dem bolschewistischen Osten ... und dem kapitalistischen Westen*''. Der linke Juso-Flügel distanzierte sich 1924 vom ,,Hofgeismarer Kreis'', der immer mehr völkisches, faschistoides Gedankengut pflegte, so etwa die Forderung nach einem Großdeutschen Reich als Ständestaat, ausgestattet mit Werten wie Zucht und Disziplin. Aus Protest gegen den Locarno-Vertrag von 1925 (4) trat Niekisch aus der SPD aus (er war zwischenzeitlich wieder von der USPD in die SPD übergetreten).

Zusammen mit den Resten des ,,Hofgeismarer Kreises'' gründete Niekisch am 1.7.26 die Zeitschrift ,,Widerstand — Blätter für sozialistische und nationalrevolutionäre Politik''; ab Jahrgang 1928 war die Bezeichnung ,,sozialistisch'' gestrichen.

Im ersten programmatischen Artikel in der Zeitschrift ,,Widerstand'' hatte Niekisch u.a. ausgeführt, daß ,,*deutsche Politik ... kein anderes Ziel haben* (kann) *als die Zurückeroberung einer großen, einflußreichen Weltstellung*''. Die Lebensbedürfnisse des deutschen Arbeiters würden mit den Lebensnotwendigkeiten der ganzen deutschen Nation zusammenfallen, die Freiheit des Arbeiters wäre identisch mit dem Befreiungskampf der deutschen Nation, erst die Ausdehnung des durch den Versailler Vertrag geschmälerten deutschen Lebensraumes würde dazu führen, daß es auch den Arbeitern besser gehe.

Über die Zeitschrift ,,Widerstand'' bekam Niekisch zwar keinen Zuspruch von den Arbeitern, jedoch zu Führungskreisen und Zirkeln der Reichswehr, so u.a. zum Konterrevolutions-Kapitän Ehrhardt oder dem Reichswehr-Zirkel ,,Bund Oberland''. Verhandlungen Niekischs mit wehrverbandsähnlichen Organisationen wie dem ,,Stahlhelm'' oder dem ,,Wehrwolf'' zwecks Einbeziehung in die ,,Widerstands-Bewegung'' scheiterten. Im Dezember 1930 kam es dann zu Spaltungen im ,,Bund Oberland'', den die Faschisten in Österreich übernahmen. Die deutschen Mitgliedsgruppen konstituierten sich zunächst als ,,Oberlandkameradschaft'', ein Hauptteil von ihnen schloß sich 1931 zunächst der ,,Kampfgemeinschaft Revolutionärer Nationalsozialisten'' und dann der ,,Schwarzen Front'' Otto Strassers an. Ein kleinerer Teil unter Führung von Joseph E. Drexel schloß sich dann dem ,,Widerstands''-Kreis an, aus dem 1931 die ,,Widerstands-Bewegung'' entstand. Im Oktober 1932 erschien neben der Zeitschrift ,,Widerstand'' noch ein weiteres ,,nationalrevolutionäres'' Organ namens ,,Entscheidung''.

Niekisch, Drexel und Tröger (um nur die wichtigsten Träger der ,,Widerstands-Bewegung'' zu nennen) verstanden sich als eine neue Front, die q u e r zu allen Parteien und Verbänden stand. Niekisch 1929: ,,*Gleich Goldadern im Gestein liegt heute noch die nationalistische Minderheit in den vielfältigsten Organisationen verstreut: man findet sie unter den Nationalsozialisten, unter bündischen Menschen, sogar ... in den Parteien; man findet sie aber auch unter Rotfrontkämpfern, die wehrwillige Arbeiter sind und die sich mit Trotz von der pazifistischen Feigheit ihrer sozialdemokratischen Genossen gelöst haben*'' (5).

Diese grundlegende Weltanschauung Niekischs stammt historisch von den faschistoiden ,,Solidaristen'' von Vereinigungen aus der Reichswehr und den Freikorps-Verbänden, die nach dem ersten Weltkrieg einen speziellen ,,Deutschen Sozialismus'' forderten. Merkmal dieser Solidaristen war es, eine nationale Bewegung zu mobilisieren, die quer zu den bestehenden Parteien verläuft. D i e s e Ideologie ist auch Bestandteil der heutigen ,,Nationalrevolutionäre'', die zum großen Teil aus faschistischer und neofaschistischer Tradition stammen und ganz bewußt in die ,,neuen sozialen Bewegungen'' und die Grün-Alternativen sowohl programmatisch als auch personell einwirken, um eine neue, ,,nationrevolutionäre'', parteienübergreifende ,,Bewegung'' zu schaffen.

Feindbilder

Doch nun zu den Weltanschauungen Niekischs, die heutzutage in ,,nationalrevolutionären'' Kreisen zu neuer Blüte gelangt sind. Die ganze Theorie und Programmatik hat Niekisch vor allem in den beiden Aufsätzen ,,Gedanken über deutsche Politik'' (1929) und ,,Entscheidung'' (1930) dargelegt, auf die ich mich im folgenden beziehen werde.

Leitmotiv für Niekisch ist die Berufung auf das Preußische, sowie das Völkisch-Germanische, die Beziehung auf vor-kapitalistische Verhältnisse. Daraus ergibt sich für ihn ein Widerspruch zwischen Stadt und Land: Land steht für ihn für Bodenständigkeit, für das Kämpferische, das Heroische, während Niekisch die Stadt und ebenso die städtischen Bürger für Feiglinge, verweichlichte Subjekte hält, die zum Kämpfen nicht mehr fähig seien. Ausdrücklich ausgenommen von den ,,verweichlichten'' städtischen Bürgern sind die Unternehmer, die er als ,,kämpferisch'' und ,,tapfer'' bezeichnet und die die Wirtschaft in Gang gesetzt hätten.

Als zweites Gegensatzpaar führt Niekisch das ,,Germanisch-Heidische'' gegenüber dem den ,,*Bazillus der Aufklärung in sich tragenden Christentum*'' an. Die ,,Verheidung'' des deutschen Volkes sei daher Bestandteil des ,,Freiheitskampfes''.

Daraus leitet Niekisch diverse Feindbilder ab. Verhaßt ist ihm:

* der **Pazifismus**, den er verachtet als Angst vor dem Kampf, die Lebenskampf-Scheu des Städters/Bürgers.
* die **,,Ver-Liberalisierung''**, die Ablehnung des auitoritären, vorbildlichen preußischen Staates durch die ,,feigen'' Bürger, die immer nach Kompromiß strebten und nicht nach Kampf
* der **Marxismus**, der das Preußentum bekämpft habe. Marx, dieser ,,*rachsüchtige jüdische Emigrant*'' habe keine stolze Geschichte des deutschen Volkes, sondern nur ein wirtschaftliches Werk geschrieben. Sowohl die ,,verweichlichten'' Bürger als auch der Marxismus seien die **,,Todfeinde''** der ,,Nationalrevolutionäre''
* der **,,verstädterte'' deutsche Industriearbeiter**; auch er sei feige, internationalistisch, ein Feind Preußens. Aber im Kern, gewissermaßen versteckt, besitze der deutsche Industriearbeiter den alten deutschen Kampfgeist, die Bereitschaft, zu kämpfen und zu sterben — siehe Weltkrieg I
* der Weimarer **,,Wohlfahrtsstaat''**, der nur zur ,,Verweichlichung'' führe. Die staatliche ,,Wohlfahrtspflege'' wurde zum ,,*eiternden Geschwür*'', das den deutschen Staat ,,*zernagte und zerfraß*''
* die **,,weibische Sentimentalität''** gegenüber der **,,männlich-kämpferischen Kampferprobung''**; ,,Verweiberung'' wird von Niekisch als synonym verwendet für Feigheit-Stadt-Bürger usw. Für Deutschland sei der **,,Feminismus ... der politische Krebs''**, der von Niekisch verhaßte Wohlfahrtsstaat ein Geschöpf der femininen bürgerlichen Gesellschaft
* die bürgerliche Demokratie, der **Gleichheits- oder Egalitätsgedanke** der bürgerlichen Revolution. Niekisch zieht daher vor allem gegen die französische Revolution von 1789 zu Felde, gegen die ,,Gleichmacherei'', die Demokratie sei ,,kulturlos'', fördere die ,,seelische Verödung'' usw.

Abschließend noch ein Niekisch-Zitat aus seinem Programm ,,Die Politik des Deutschen Widerstands'' (April 1930), um seine faschistoide Ideologie, seine klare Absage an jegliche Emanzipationsgedanken nochmals zu belegen:

,,*7 g. Die Absage an die Idee der Humanität. Bejahung auch des Barbarischsten, wenn es um des nationalen Aufstiegs willen notwendig ist*''. Oder: ,,*7 h. Bekenntnis zum Autoritären und zu einem harten Dasein in Zucht und Pflichten; Schaffung von Zwangslagen, die den städtischen Menschen keinen anderen Ausweg lassen als den, sich in diesen Lebensstil hineinzuschicken*''.

Weltherrschaftspläne

Die ganzen Identitätsverluste der an sich kämpferischen, ländlichen und männlich-heroischen Deutschen mit preußisch-germanischem Ursprung kommen natürlich nicht aus den Deutschen selbst heraus. Die Feindbilder-Synonyme Stadt-Bürger-das ,,Weibische''-bürgerliche Egalität-Marxismus-Wohlfahrtsstaat usw. kämen von a u - ß e n : der Feind bei Niekisch heißt **,,Romanismus''**. Rom sei der ursprüngliche Feind der germanischen Völker gewesen und mit Rom auch der Katholizismus, der die Germanen ,,kolonisiert'' habe. Der Kampf Roms gegen die Germanen sei ,,universell'' und ,,nicht-völkisch'' gewesen. Das frühere Machtzentrum Rom sei dann 1789 durch das Machtzentrum Paris und die französische Revolution abgelöst worden. Frankreich habe die ,,universalistische'' Aufklärung, die Gleichheitsidee der bürgerlichen Revolution nach Deutschland und ins deutsche Volk getragen. So wird denn nun auch verständlich, wie Niekisch den ,,verweichlichten'' städtischen Bürger definiert: ,,*Der Bürger ist die Daseinsform, in die der Deutsche hinüberwechselt, sobald er sich dem Einfluß romanischen Wesens beugt*''.

Den Ersten Weltkrieg betrachtet Niekisch als physischen Triumph gegen die ,,Selbstbehauptung'' Deutschlands; der militärischen Niederlage folgte dann die ,,geistige'' Eroberung des Deutschen Reiches durch die Siegermächte, wie sie in der dem Preußisch-Germanischen wesensfremden Weimarer Verfassung zum Ausdruck komme; denn die Weimarer Verfassung sei ,,liberal'', ,,egalistisch'', dem deutschen Wesen fremd, kurz: Weimar ist Ausdruck der geistigen Fremdherrschaft der Siegermächte, deren Ziel es sei, das ,,Deutsche Sein'' auszulöschen. Gegen diese ,,Fremdherrschaft'' propagiert Niekisch den ,,nationalrevolutionären Widerstand'': ,,*Deutsche Widerstandspolitik ist die Pflege des Abwehrgefühles gegen alles, was dem Weltimperium entstammt, seien es Verfassungsnormen, kulturelle Lebenserscheinungen, sei es überhaupt die Gesamtnatur ihrer Geistigkeit*''. Und: ,,*Widerstandshaltung ist: Quellen aufzuspüren, aus denen dem nationalen Selbstgefühl unerschöpfliche Nahrung gespendet werden kann, ... an Konstellationen zu glauben, die Deutschland wieder zu stolzer Höhe emportragen sollen*''. Der Unterschied zwischen der faschistischen, nationalsozialistischen Ideologie und der eines Ernst Niekisch besteht also darin, daß die Faschisten das Grundübel in einer Veschwörung des Bolschewismus und des ,,Weltjudentums'' sahen, während Niekisch kein Antisemit war. Er war im Grunde noch extremer, indem er alles germanisch-völkisch Fremde (das Christentum, bürgerliche Revolution, Bürger, Frauen usw.) als Feinde ansah, und dagegen nur der ,,nationalrevolutionäre Widerstand'' helfe. In der Konsequenz hätte Niekisch zig-Millionen ,,verweichlichter'' und ,,feiger'' Deutscher in Lager stecken müssen. Nun konnte Niekisch in der Weimarer Zeit nicht bei den Feindbildern Romanismus und später der französischen Revolution stehenbleiben und so aktualisierte er sein Feindbild: das ganze Übel war nun ,,der W e s t e n'', allen voran die USA und Großbritannien. Gerade die USA waren für Niekisch eine Ausgeburt von Demokratie, was für ihn eine bloße, gleichmacherische ,,Vermassung'' bedeutete; er geißelte die ,,Standardisierung der Kultur'', Demokratie sei ein Prozeß der ,,Wertezerstörung'' und ,,Flachwerdung''. Gegen den bösen ,,Westen'' empfiehlt Niekisch eine Radikalkur: der ,,bürgerlich-liberale'' Mensch wird zum Hauptfeind erklärt, den es ,,auszurotten'' gelte.

,,*An Stelle der westlichen Zentralisations- und gleichmacherischen Einnehmungstendenzen tritt das organisch-irrationale ... Ordnungsprinzip, das nicht die logisch-vernunftgemäße unpersönliche Schablone, sondern den persönlichen Führer und Gebieter als höchste Autorität setzt ...*''. Widerstand gegen ,,den Westen'' hieß für Niekisch gleichwohl das Aufhetzen zum Opfern und zum Sterben. Der Tod für die deutsche Sache sei ein ,,*Anhauch des Göttlichen*'' — Niekisch propagierte also konsequent die Blut- und Boden-Ideologie.



Niekisch jedoch forderte alles andere als eine Verteidigung und Bewahrung des germanisch-preußisch-völkischen, sondern meldete deutsche Weltherrschaft an. Mitteleuropa war Niekisch als deutscher Lebensraum zu klein, die Deutschen hätten eine ,,*weltumformende Aufgabe*''. Seine Expansionspläne befanden sich jedoch im Widerspruch sowohl zu Hitler und Heß als auch zu Strasser: Niekisch lehnte eine Mitteleuropa-Konzeption Strassers ab, der eine deutsche Expansion im Bündnis mit Frankreich befürwortete; und er polemisierte gegen Hitler, weil dieser bei seinen Expansionsplänen auf ein Bündnis mit Großbritannien setzte. In sich völlig schlüssig und konsequent konnte für Niekisch keinerlei Bündnis mit den feindlichen Staaten des ,,Westens'' in Frage kommen, sondern nur mit Rußland bzw. den slawischen Völkern. Niekisch forderte ein ,,*mächtiges germanisch-slawisches Weltreich*'' unter preußischer Führung gegen den ,,Romanismus'' und den verhaßten ,,Westen''. Daß Niekisch auf ein Bündnis mit den slawischen Völkern setzte, also der damaligen Sowjetunion, hatte mehrere Gründe. Zum einen sah er die Tatsache, daß die Sowjetunion vom Westen her eingekreist und auf Bündnispartner angewiesen war, um wirtschaftlich zu überleben. Für Niekisch war dies das Deutsche Reich. Die Slawen paßten auch ideologisch ganz gut in sein Konzept, denn die Slawen waren nicht städtisch und verweichlicht, sondern überwiegend ländlich-kämpferisch; Niekisch lobte zudem den slawischen Despotismus gegenüber der westlichen Egalität. Rein völkisch-kulturell also waren die Slawen der ,,natürliche'' Bündnispartner gegen ,,den Westen''.

Allerdings hatte Niekisch noch ein wichtiges Problem zu lösen, denn schließlich war die Sowjetunion ein in seinen Augen sozialistischer Staat mit marxistischer und leninistischer Ideologie — und Sozialismus/Kommunismus waren ja Inbegriff der von Niekisch so verhaßten Gleichmacherei. Niekisch löste dieses Problem einfach dadurch, daß er beispielsweise die russische Oktoberrevolution selbst in den Bestandteilen lobte, wo es sich um den revolutionären Willen, den Kampf des sowjetischen Volkes handelte und diesen als Vorbild für seine ,,nationalrevolutionäre'' Sache pries; er konnte die russische Revolution deshalb loben, weil er sie deren marxistischen Inhalt e n t k l e i d e t e und beraubte: der Marxismus in Rußland sei eine ,,*begriffliche Torheit*'', eine bloße ,,*Maske*''. Diese marxistische Maske sollte nach Niekisch dann fallen, wenn die Deutschen ihre nationale ,,Revolution'' gegen ,,den Westen'' vollenden, um sich dann der ,,geistigen Führung'' der Sowjetunion durch Preußen zu bemächtigen. Preußische ,,Willensmacht'' habe dann in Rußland einzukehren. Der ganze ,,Nationalbolschwismus'', wie die ,,Nationalrevolutionäre'' damals auch genannt wurden, bestand also darin, ein Bündnis Preußens mit der Sowjetunion gegen ,,den Westen'' einzugehen, um nach einer erfolgreichen deutschen Revolution den ,,Bolschewismus'' in Rußland selbst niederzuwerfen.

Innenpolitisch hatte diese außenpolitische, expansive Bündniskonzeption Niekischs mit der Sowjetunion zur Folge, daß er auch die KPD lobte: er bescheinigte den deutschen Kommunisten ,,*kriegerische Lust*'', das ,,*Bekenntnis zur Diktatur*'' und den gewollten Verfall des Kapitalismus; die KPD gebe für die ,,Nationalrevolutionäre'' eine ,,*fruchtbare Humuserde*'' ab, wobei Niekisch wiederum mit einem Kunstgriff KPD und Marxismus trennt. Niekisch lobte an den Kommunisten nur deren ,,kämpferischen Elemente''; sie würden den ,,Nationalrevolutionären'' politisch näher stehen als das ,,verweichlichte Bürgertum''.

Hitler

Noch 1932 gab Niekisch die Schrift ,,Politik des deutschen Widerstandes'' heraus, die wiederum alles andere war als Widerstand gegen Hitler; da wird die ,,germanische Substanz'', die ,,preußische Rasse'', ,,Blut und Boden'', ,,totaler Staat'' beschworen; das ,,Erbe des Westens'. auf deutschem Boden müsse ,,in Feuer verbrannt und in Blut erstickt'' werden. Eher solle

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Was ist „nationalrevolutionär"?

„die Welt zugrunde gehen, als daß sich das deutsche Volk freiwillig in seine Fesseln schicken" werde. Der „kriegerische Wille des deutschen Menschen", sein „gesundes, barbarisches Wesen" sollten „den Westen" und dessen Werte hinwegfegen, der deutsche Staat müsse zur permanenten „Kriegsorganisation" werden. Ohne Übertreibung kann nach Durchsicht von Niekischs wichtigsten programmatischen Texten gesagt werden, daß er die Faschisten und deren Ideologien sogar noch übertraf und von d a h e r in Widerspruch zu Hitler geriet und schließlich auch sein Opfer wurde. Niekisch legte seinen „Antifaschismus" gleichfalls 1932 in einem Artikel „Hitler — ein deutsches Verhängnis" dar. Darin bezeichnete er die NS-Bewegung u.a. als eine *„trotzige Auflehnung des deutschen Lebenswillens"*. Hitler jedoch sei ein „Verhängnis", weil er zu „pazifistisch'. und „zu legalistisch" sei; Hitler verzichte auf die „schöpferische Zerstörungskraft".

Zuwider an Hitler war Niekisch vor allem sein „romanisches, katholisches" Wesen, sein Bündnis mit der ihm verhaßten „Mittelmeerkultur". Während die oppositionelle — aber ebenso keineswegs linke — „Schwarze Front" eines Otto Strasser schon frühzeitig von den Nazis verboten wurde, konnte Niekischs „Widerstand" noch bis zum Verbot 1934 erscheinen.

Niekisch heute

Die heutige Niekisch-Renaisance im

Niekisch heute

Die heutige Niekisch-Renaisance im „nationalrevolutionären" Lager knüpft an die Weltlage nach 1945 an. War es Niekisch, der nach 1918 über Versailles und die „Fremdherrschaft" der damaligen Siegermächte über das „kolonisierte" Deutsche Reich zürnte und dabei zu Schlußfolgerungen gelangte, die selbst die Nazi-Ideologie noch übertrafen, so waren es nach dem Zweiten Weltkrieg die USA und die Sowjetunion, die die europäischen Völker und insbesondere das ehemalige Deutsche Reich vollkommen „kolonisiert" hätten. So wettern die heutigen „Nationalrevolutionäre" gegen die kulturelle und politische „Fremdherrschaft", gegen die „kolonisierten" National- und Regionalkulturen Europas, wobei im Zentrum natürlich die „Fremdherrschaft" über die beiden deutschen Staaten steht. Wen wundert es da, wenn diese „Nationalrevolutionäre" die „Entkolonialisierung" Europas und vor allem Deutschlands fordern und die nationale Selbstbestimmung des deutschen Volkes, einschließlich übrigens Österreichs?

Im Unterschied noch zu Niekisch wettern die „Nationalrevolutionäre" nicht nur gegen „den Westen", sondern — und vor allem — gegen die Sowjetunion. Und wen wundert es, wenn der „Wodka-Cola-Kultur" (Henning Eichberg) die wahre Identität nationaler bzw. regionaler deutscher Kulturen entgegengesetzt wird, verbunden auch mit manchen heidnischen und urgermanischen Feiern und Ritualen? Aktuell wendet sich die „nationalrevolutionäre" Demagogie vor allem gegen die beiden Supermächte und deren „Fremdherrschaft". Anderen europäischen Völkern und Kulturen wird — im Unterschied zu Niekisch — gegenüber den Supermächten gleichfalls der Widerstandswille, die eigene rassische und kulturelle Identität usw. bescheinigt.

Und wer diesen Niekisch heutzutage als „wahren Revolutionär" anpreist, der kann nur auf die Dummheit der Leute bauen. Man sollte nie vergessen, daß Leute wie Niekisch nicht nur zu den Opfern des Nationalsozialismus zählten, sondern gleichfalls geistige Wegbereiter faschistischer Gewaltherrschaft waren.

D./WBln

Anmerkungen:
1. Sebastian Haffner, zitiert nach Roland Wehl im DR-Info, 28.11.84
2. Interview mit Sven-Thomas Frank in Nationalrevolutionären Gesprächen in: „wir selbst" 1/1981, S. 31
3. Stellungnahme Roland Wehls im DR-Info vom 28.11.84
4. Im Locarnovertrag von 1925 verzichtete das Deutsche Reich auf eine Revision der Westgrenzen, nicht jedoch auf eine friedliche Revision der Ostgrenzen.
5. Ernst Niekisch, „Gedanken über deutsche Politik", Widerstands-Verlag, Dresden 1929



Frank Wolff, eher aus anderen Zusammenhängen bekannt, und Anne Bärenz zersägen die Nationalhymne (Foto: H.W./AK)

Kinderhaus Solidaritätskonzert

Nach vier Jahren nahm das Hamburger Kinderhaus die Tradition der Solidaritätskonzerte wieder auf. Der Mut zu dieser Initiative hat sich gelohnt — der Abend war ein voller Erfolg. Bis zu 2.000 begeisterte Besucher verfolgten ein in seiner Vielfalt einzigartiges siebenstündiges Musikprogramm. Politisches Lied, Rock und Ethno-Rock, Jazz, Kabarett, Liedermacher und überschäumende Musik-Clownerie. Dabei waren Franz Josef und Kai Degenhardt mit Steve Baker, die Dissidenten, Elephant, das Frankfurter Kurorchester, Jaspr van't Hof + Özay, Hanns Dieter Hüsch, Manfred Maurenbrecher + Herwig Mitteregger, Rudko vom „Duo Z" (der seine Abschiedsvorstellung gab), das Sagmeister-Trio, Michael Naura und Wolfgang Schlüter, die südafrikanische Gruppe Sasinda, ein Chor von Kinderhaus-Kindern und in einer abschließenden Session gegen ein Uhr nachts Abi Wallenstein mit Band, Vince Weber, Rainer Baumann und Udo Lindenberg.

Hieß es Ende der 70er noch „Alle spielen fürs Kinderhaus", um der vom Hamburger Senat diskriminierten Initiative das Überleben zu ermöglichen, war diesmal *„Eine Zukunft ohne Rassismus für Südafrikas Kinder"* das Motto. Nach der Solidarität, die damals das Kinderhaus erfuhr, „war es für uns selbstverständlich, auch unsererseits dort zu helfen, wo wir es können — nicht zuletzt auch deshalb, weil wir nicht nur wollen, daß es unseren 70 Kindern gut geht." Wolf Geisler von der Anti-Apartheids-Bewegung und ein Sprecher des ANC informierten über die Situation in Südafrika. Veranstaltungserlös und eine Spendensammlung erbrachten über 50.000 DM, die dem *Solomon Mahlangu Freedom College*, einer Einrichtung des African National Congress (ANC) in Tanzania zu Gute kommen sollen. Dort werden Kinder und Jugendliche betreut und ausgebildet, die nach 1976 den Rassistenstaat verlassen mußten und — nach dem absehbaren Ende des Apartheid-Regimes — an der Neugestaltung ihres Landes teilnehmen werden.

Henning Venske, der die Veranstaltung glänzend moderierte, kündigte an, man werde sich wohl bald beim nächsten Kinderhaus-Konzert für Südafrikas Kinder wiedersehen. Es ist zu wünschen. Das Kinderhaus setzt inzwischen seine Spendensammlung fort:

Spendenkonto: Kinderhaus e.V.
in der Heinrichstraße
Kennwort: Eine Zukunft ohne Rassismus für Südafrikas Kinder
Konto-Nummer: 33/77 777
bei Vereins- und Westbank
Hamburg (BLZ 200 300 00)

Informationsmaterial zur Spendenkampagne gibts beim Kinderhaus, Heinrichstraße 14a, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040 / 43 39 49

Trust in Allah, but watch your camels

„Auf den Spuren der Verschwindenden dieser Welt rumpelt unser Bus voller Musikinstrumente durch verschwiegene Wege den geheimen Plätzen Eingeweihter entgegen. (...) ‚Was besseres als den Tod finden wir immer!' — meinten die Bremer Stadtmusikanten, als wir sie neulich auf einer Autobahnraststätte trafen. Wir suchen die Musik, die auf der Straße sitzt; mit den Opfern des goldenen Zeitalters wärmen wir uns am Feuer in der Sackgasse. Eine uralte Flöte flüstert (...), mit ihrem Tod verbrennt endgültig das Wissen der alten Papyrus-Bibliothek von Kairo, bleiben Geheimnisse der Pyramiden unentschlüsselt. Bedroht sind die verborgenen Brutplätze jener seltenen Vögel, die durch Träume fliegen können. (...) Tanzt! Tanzt! Tanzt!"

Zweifellos: bei dem vom Hamburger Kinderhaus veranstalteten Solidaritätskonzert „Eine Zukunft ohne Rassismus für Südafrikas Kinder" gab es sämtlich nur highlights, eines der strahlendsten aber waren die Dissidenten. Licht, Sonne, Traum und Märchen, angenehme Besoffenheit, Wärme in ihrer Musik. Die Wüste lebt — wie eines ihrer Stücke heißt. Die Wüste, in der es nach einem Regenfall allüberall sprießt und grünt. Auch: Fata Morgana.

Die „Dissidenten": Der algerische Sänger Hamid Baroudi könnte bei nur flüchtigem Hinsehen für einen arabischen Mick Jagger gehalten werden. Baroudi aber, so sehr er sich seines strahlenden Äußeren bewußt sein mag, führt keine aggressiven Befruchtungstänze auf, läßt nicht, wie Jagger zuweilen, seinen Schwanz gleichsam in die vorderen Zuschauerreihen ragen. Baroudi tanzt, jagt in hohen Sprüngen über die Bühne, lacht, ist voller Lebenslust. Im Hintergrund der Derwisch aus Niedernjesa, Rest-Germoney, Friedo Josch. Ganz arabisch mit Sonnenbrille, weiten Pluderhosen und rotem Fez spielt er die Querflöte in mal höchst subtiler, mal sehr aufrührerischer Weise. Und lenkt dabei nicht die Flöte, folgt ihr vielmehr mit den skurilsten Verrenkungen. Erst hochgereckt Allah preisend, dann, nur noch mit einem Fuße die Verbindung zur Erde haltend, steigt er fast in die (unterm Bühnenboden) gelegenen Abgründe hinab, als gelte es, kraft seiner Flöte die dort hausenden bösen Geister zu bannen. Mitgebracht zum Kinderhaus-Konzert hatten die „Dissidenten", zu denen außer den Genannten El Houssaine Kili aus Marokko, und aus der BRD Uve Müllrich, Marlon Klein und Dr. Hose Sauerbruch gehören, zwei Bauchtänzerinnen (wenn das Jutta Weinhold hätte erleben dürfen ...).

*

Hervorgegangen sind die Dissidenten aus der Jazz-Rockband Embryo, die sich 1980 nach einer einjährigen Indien-Tournee spaltete. Drei der späteren Dissidenten (Friedo Josch, Uve Müllrich und der mittlerweile ausgeschiedene Michael Wehmeyer) zogen mit dem Karnataka College of Percussions (einer Schule für klassische indische Musik) durch Indien und Europa. 1983 arbeiteten sie mit der National Dance Company of Zimbabwe zusammen. Ebenfals 1983 traten das Karnataka College und die Dissidenten in fünfzig westdeutschen Städten auf. Nach dieser Tournee wurde, wie der Musikkritiker Hollow Skai formuliert, „der Kunstanspruch, demzufolge die Musik möglichst schwierig zu (begreifen) sein müsse, ad acta gelegt."

Einzelne Dissidenten waren nämlich 1980 immer mal wieder in Marokko gewesen und hatten die dortige Volksmusik kennengelernt. 1983 kam es zu den ersten gemeinsamen Aufnahmen mit arabischen Musikern, u.a. mit Lem Chaheb, die im arabischen Raum eine den Beatles oder Stones in Europa vergleichbare Bedeutung haben.

Zusammen mit Lem Chaheb nahmen die Dissidenten 1984 die LP „Sahara Electric" auf. Die arabische Musik wird hier nicht etwa europäischen Ohren angepaßt oder mit westlichem Rock vermatscht. Aus der Zusammenarbeit von Musikern zweier nicht nur musikalisch sehr verschiedener Kulturen ist hier ein eigenständiges neues Drittes entstanden.

Hierzulande errang die Gruppe vorerst nur einen Achtungserfolg. Die „Hannoversche Allgemeine" hob zwar das „bruchlose Ineinanderfügen zweier musikhistorischer Elemente" hervor, der „FAZ" waren „die Spieler (...) überzeugende Botschafter in Sachen ‚Weltmusik' ", die „Hannoversche Zeitung" weiß von „begeisterten Ovationen" des Publikums zu berichten, und die „AZ" Nürnberg sah in den Dissidenten (treffend) eine „Alternative zur deutschen Eiszeit". Dennoch ist das „ethno-musikalische Forscherteam" (Dissidenten über Dissidenten) in der BRD noch eher ein „Geheimtip", während ihre Platte „Sahara Electric" von der „Sounds"-Redaktion zu den zwanzig wichtigsten LPs 1984 gezählt wurde, in den arabischen Ländern rund 100.000 Raubkopien kursieren und ein Großhändler in Bahrein 15.000 mal „Sahara Electric" orderte. In Spanien konnten die Dissidenten jüngst einen rauschenden Erfolg feiern, und die spanischen Kids — ihre Vorfahren nicht verleugnend — sangen die Refrains der arabischen Texte mit.

*

Ja, *was* singen die Dissidenten da eigentlich? Ich rufe den EfA-(Energie für Alle-)Vertrieb an, unter dessen EXIL-Label die Dissidenten verlegt werden und habe am Telefon Friedo Josch, der, nachdem ich mich mit dem Namen dieser Zeitung gemeldet habe, staunt: „Den Arbeiterkampf gibt's noch?!" Was ich bestätigen konnte und ihn ansonsten um eine Übersetzung der arabischen Texte bat. Die, bedauerte Friedo, gäbe es (noch) nicht, lägen so zwischen Bob Marley und den Scherben, seien auch nicht so wichtig.

Huch, macht der Alt-Linke in mir, die Texte sind *nicht wichtig*? Wozu bitte, beginnt besagter Alt-Linker ein Grundsatz-Referat über Kultur, ist denn die Musik ... Aber da hatte sich schon der Plattenarm gesenkt, die Wüste begann zu leben, und einen Textteil verstehe ich jetzt: Trust in Marxism-Leninism, but use your own head.

K., Hamburg

— Dissidenten und Karnataka College of Percussion, Germanistan (1982)
— Dissidenten & Lem Chaheb, Sahara Electric, EXIL 08-5501 im EfA-Vertrieb (je nach Laden zwischen DM 16.90 und 19.80) (1984)
— Dissidenten, Cassablanca, Maxi 3-Track, EXIL 5504 im EfA-Vertrieb (1985)
— in Vorbereitung ist die neue LP „Mata Hari"



Zwei der Dissidenten: Hamid Baroudi, Algerien, und Friedo Josch, BRD (Foto: H.W./AK)

Das Almosen und die 'Humanität' des Kapitals

Fortsetzung von Seite 1

Friedrich Wilhelm Christians, Boß eines Finanzinstituts, welches wie kein anderes durch „Arisierung", also Raub und Mord, zum Imperium wurde, antwortete knapp, dies sei ein „*Problem des Herrn Flick, wenn man überhaupt von einem Problem reden kann*" (das Zitat wurde vierzehn Tage später in einem durchschaubaren Manöver der Pressestelle der Bank zugeschrieben).

Wie es sich mit dem „Problem" aus der Sicht des Kapitals verhält, erläuterte das Zentralorgan „Frankfurter Allgemeine Zeitung" (9.1.86): Die Unternehmer hätten sich gar nicht aus eigenem Willen an den entsprechenden Programmen der Nazis beteiligt.

— Zwangsarbeit spiele sich im Krieg in den verschiedensten Formen ab.

— Die Kriegswirtschaft sei darauf angewiesen gewesen, von der Dienstverpflichtung Deutscher über die verschleppten „Ostarbeiter" als zahlenmäßig stärkster Gruppe bis zu den KZ-Arbeitslagern.

— Die Regie aller Lager habe beim Staat gelegen.

— Die Unternehmen hätten die Häftlinge „zugewiesen" bekommen.

— Profite seien den Unternehmen durch die Kriegswirtschaft nicht zugeflossen.



— Die SS habe die Aufsicht über die arbeitenden Gefangenen ausgeübt.

— Ein Einsatz zu ihren Gunsten hätte Konflikte mit der SS zur Folge gehabt.

— Auch habe ein Teil der Häftlinge nur deshalb überlebt, weil sie zur Zwangsarbeit herangezogen worden seien.

— Die Unternehmen hätten mit Planung, Ausarbeitung und Exekution des Zwangsarbeitsprogramms nicht zu tun gehabt. Es sei aber unvermeidlich gewesen, damit in Berührung zu kommen.

— Da es nicht nur um die großen Unternehmen, sondern um die gesamte Kriegswirtschaft gehe und auf der Opferseite nicht nur um die KZ-Häftlinge, sondern um alle anderen Zwangsarbeiter, würden sich die Firmen gegen Entschädigungsansprüche wehren, um keine Präzedenzfälle zu schaffen.

— Es gehe nicht an, auf einzelne Firmen eine Schuld abzuwälzen, für die das Deutsche Reich bzw. seine faktischen Nachfolger einzustehen hätten. Wenn die Frage schon erneut aufgegriffen werde, dann seien Bonn, Ostberlin „*und wohl auch Wien*" die richtigen Adressen.

In diesem Sinn haben alle Unternehmen, die jemals Zahlungen an die Opfer geleistet haben (das waren bisher 13 Millionen Dollar für 15 000 Menschen; insgesamt gab es jedoch 7,5 bis 10 Millionen Zwangsarbeiter/innen!) strikt darauf geachtet, auf dem Wege von Vergleichen vorzugehen und keinen Rechtsanspruch entstehen zu lassen. Siemens drückte es so aus: Man zahle ohne Anerkennung „*einer rechtlichen oder moralischen Verpflichtung*". Der Konzern lasse sich von „*moralischen Überlegungen, aber nicht von moralischen Verpflichtungen*" leiten („Lohn des Grauens", Benjamin B. Ferencz; Campus, S. 157f).

Was die „FAZ" heute so verständnisvoll an Rechtfertigungen zusammenklaubt, entspricht genau der Verteidigungslinie der angeklagten Kapitalisten im Nürnberger Prozeß: „*Der Verteidiger Otto Kranzbühler trug die schwere Last der Verteidigung gegen die Anklage der Beschäftigung von Zwangsarbeitern. Er argumentierte dahingehend, daß die Angeklagten nicht über das hinausgegangen seien, was andere in ihrer Position zur Vaterlandsverteidigung getan hätten. Er stellte die Handlungen der deutschen Industriellen als militärische und wirtschaftliche Notwendigkeiten dar, um sich gegen die ‚rote Flut' zu wehren. Die Beschäftigung von Zwangsarbeitern in einer Gesellschaft mit staatlicher Planwirtschaft, die von der SS überwacht wurde, lag nach Kranzbühlers Interpretation außerhalb der Kontrollmöglichkeiten der Angeklagten. Wer die Produktionsziele nicht erreichte oder zugewiesene Arbeiten ablehnte, riskierte Gefängnis oder Tod ...*" („Lohn des Grauens", S.197f)

Der Verteidiger behauptete, die Deportation von Fremdarbeitern hätte der Selbstverteidigung der Deutschen gedient und die Massendeportationen von Zivilisten seien mit internationalem Recht zu vereinbaren gewesen. Seine Beredsamkeit scheitert freilich schon bei der Aufgabe, einen einzigen Anlaß nachzuweisen, den es für die Nazis gegeben hätte, die angeblichen „Drohungen" gegen Unternehmer in wenigstens einem Fall wahrzumachen.

Kranzbühler wurde als Verteidiger von NS-Angeklagten (Dönitz, Krupp, Flick) besonders bekannt. Seine Linie wurde im späteren IG Farben-Verfahren im wesentlichen übernommen. Er ist bis heute bei seinen Anschauungen geblieben. In einer Fernsehsendung von Lea Rosh im Januar dieses Jahres behauptete er kaltschnäuzig, die Zwangsarbeit habe die Häftlinge vor den Gaskammern bewahrt.

In den sechziger Jahren hat dieser Mann dem Regisseur Max Ophüls in dessen filmischer Dokumentation des Nürnberger Prozesses ein aufschlußreiches Interview gegeben. **Er wisse ja um die Vorwürfe der jüngeren Generation gegen ihre Väter, sagte Kranzbühler in die Kamera. Nach zahlreichen Gesprächen sei ihm dazu die folgende Argumentation eingefallen: Wenn man die Kritik konsequent zuende denke, müsse er entweder ein durch und durch niederträchtiger Mensch oder aber ein hundertprozentiger Dummkopf sein. Da beides nicht zutreffe, versicherte er treuherzig, sei die Kritik eben falsch.**

Aber nicht doch: Weil die Kritik richtig ist, trifft beides zu! Die Akteure des jüngsten Skandals, Flick, Christians, Minenhund Fellner und das Echo, das sie beim reaktionären Abschaum dieser Gesellschaft zweifellos finden, stellen erneut unter Beweis, daß sich daran nichts geändert hat.

bj., de.



„Zur ‚Endlösung' gehörte die Zusammenfassung von Juden aus allen deutschbesetzten Teilen Europas in Konzentrationslagern. Ihr Gesundheitszustand war der Prüfstein für Leben oder Tod.
Alle Arbeitsfähigen wurden als Zwangsarbeiter in den Konzentrationslagern verwendet, alle arbeitsunfähigen Personen wurden in Gaskammern vernichtet und ihre Leichen verbrannt."
(Aus dem Urteil des Internationalen Militärgerichtshofes, Nürnberg, 1. Oktober 1946.)

Optimismus 1986:

Optimismus 1986:

Aufschlag für Aufschwung

Was bringt das Jahr 1986? Vielleicht einen Krieg im Nahen Osten und darüber hinaus. Auf jeden Fall die Cruise Missile. Mehr Arbeitslose. Weniger soziale Leistungen. Mehr Ausländerhetze. Einen großen Schritt hin zur WAA. Mehr Tote in Südafrika. Gute deutsche Geschäfte ebenda. Mehr Geld (aber immer noch zu wenig) für die Deutsche Bank. Kaum Steuern (aber immer noch zu viel) für Flick. Und so weiter.

Vor allem aber: Optimismus. Kohl ist optimistisch, weil Noelle-Neumann optimistisch ist. Noelle-Neumann ist optimistisch, weil Kohl das braucht. Kohl wiederum braucht Optimismus, weil er das von Reagan weiß. Der weiß zwar nicht viel, aber es soll ihm genützt haben. Blüm freut sich auf den Karneval. Bangemann ist optimistisch wg. Weihnachtsspende. Weizsäcker ist optimistisch, weil immer mehr ihn für den Kaiser halten und Monarchie in ist. Brandt ist optimistisch, weil erst 1987 gewählt wird. Rau ist optimistisch, weil er so anständig ist. Das BKA ist optimistisch, daß Abu Nidal auch dieses Jahr erhalten bleibt. Fischer ist optimistisch, weil auch 1986 alles nach Recht und Gesetz zugehen wird. Cohn-Bendit ist optimistisch, Rudolf Heß im PFLASTERSTRAND zu interviewen, bevor der in Freiheit sterben kann. Die RAF ist optimistisch, weil die Zahl der Schweine zunehmen wird. Die Grünen sind optimistisch, weil in diesem Jahr nur drei Landtage neu gewählt werden. Der KB ist optimistisch, weil's mit den Grünen abwärts geht. Alle sind optimistisch, weil die Klinik bleibt, auch wenn der Schwarzwald stirbt. Und B...?

B wie Beckenbauer? Der hat's versucht, aber es gelang ihm partout nicht, optimistisch zu sein. Daß wir bei der WM in die Röhre gucken, ist sicher. Hochdramatische Spiele wie das gegen Österreich bei der letzten WM in Spanien können wir dieses Jahr nicht erwarten, selbst wenn noch das Freundschaftsspiel gegen den Vatikan gewonnen werden könnte. Man kann nicht alles haben. Das muß jeder vernünftige Bürger einsehen. Und tut es auch, wegen B...

B wie BORIS. Und A wie Aufschlag und Aufschwung. Blond, blauäugig, leistungsstark, kreditwürdig, naiv, unverdorben. Der Typ, der Taz-Frauen schwach macht. Die deutsche Dampfwalze, die der Iwan fürchtet, und zwar nicht nur der Moldau-Lendl. Unsere Geheimwaffe. SDI ade, Eureka vergiß es, McEnroe go home. German Bumm Bumm trifft immer: fifftien:laff, szörtie:laff, fortie:laff, As, gäiim ower, Schampus, Petra.

Petra? Verdammt. Finger weg von Boris. Eine Nacht hat sie mit ihm verbracht, die Petra (nicht doch die Kelly), nicht mal die Pille hat sie genommen. Man stelle sich mal vor, da kommt 'n kleiner Boris oder 'ne kleine Borisa! Nicht auszudenken, in was für persönliche Krisen das unsere Geheimwaffe stürzen könnte! Der Aufschwung ist zwar da, aber er ist eben noch labil. Was haben wir 1985 nicht alles gehabt. Die Pershings, Ulf Merbold, Flick, Lambsdorff, Bernhard Langer, den Nobelpreis — nicht den für diesen „Friedens"-Russen — den für Physik, die niedrigste Preissteigerung, die höchste Arbeitslosigkeit, Daimler-Benz, die Deutsche Bank, Furrer und Messerschmidt — unsere beiden deutschen Männer im All usw. Alles schon vergessen? Eben, aber nicht Boris. Er muß siegen, für uns, für Deutschland und für Helmut Kohl.

Kohl? Der ist längst nicht so beliebt wie Boris. Man kann ja auch nicht Äpfel mit Birne vergleichen, hat Kohl dazu gesagt. Und Leistung, hat er gesagt, muß sich wieder lohnen, was ja bei Boris stimmt. Aber, hat Kohl gesagt, das darf nicht nur für den Sport gelten, sondern Spitzenleistungen brauchen wir auch in der Wirtschaft. Von der Politik hat er nicht gesprochen, der Schelm. Wegen Äpfel und Birne. — Zurück zu Petra. Wollte sie vielleicht an sein Geld ran, so wie weiland die „Tochter" von Paul McCartney. Irrtum! Alles war echt. Petra ist nämlich von den Jusos aus Schleimen. Und die haben sie auf Boris gehetzt, damit Schluß ist mit Optimismus und Kohl 1987 die Wahlen verliert. BILD hat die Intrige aufgedeckt, sechsundzwanzig Tage nach besagter Nacht von Petra mit Boris ohne Pille. Und BILD hat prompt gehandelt. Der Petra hat sie die Abtreibung bezahlt. Höffner hat versprochen, diesmal das Maul zu halten. Die Kirche müsse, ließ er in kleinem Kreis verlauten, flexibel mit Prinzipien wie Lebensschutz umgehen, wenn wie in diesem Falle der Drang zum Höchsten erkennbar sei. Das habe Tradition in der deutschen katholischen Kirche. Damit Boris weiter siegen kann!

Und Noelle-Neumann hat einen Tag später ermittelt: Bis auf ein paar Nörgler und Türken bleiben wir 1986 alle optimistisch, wir Deutschen.



Korrektur

Im Anmerkungsapparat zu dem Interview mit dem Knesset-Abgeordneten Schewach Weiss „Das Recht zu schreien" (AK 265) wird verschiedentlich als Quelle angegeben die Enzyclopedia Hebraica. Diese Angabe ist falsch, die entsprechend zitierten Texte stammen aus der Enzyclopedia Judaica, Jerusalem.

K.

Spendenaufruf

5.000 neue Leser oder 40.000 Mark brauchen wir für das kommende Jahr, um die Existenz dieser Zeitung ein weiteres Jahr zu gewährleisten. Deshalb müssen wir uns auch in diesem Jahr wieder an unsere Leserinnen und Leser wenden mit der Bitte, durch eine Spende aus dem hoffentlich vorhandenen Weihnachtsgeld unsere notorische Finanznot zu lindern. Wie jedes linke Zeitungsprojekt in der BRD kann sich auch der AK nicht aus den Erlösen tragen, sondern wird von den Herausgebern, d.h. den Mitgliedern des KB regelmäßig bezuschußt. Diese Finanzmittel sind beschränkt, denn leider ist der Staat nicht gegenüber allen Organisationen und Parteien so großzügig wie gegenüber den staatstragenden. Soll heißen, daß eine Zeitung wie der ARBEITERKAMPF **allein** auf die Hilfe der Leser und Leserinnen angewiesen ist. Wenn wir nun zunächst um Spenden bitten, so soll dabei nicht übersehen werden, daß das eigentlich drückende Problem die zu geringe Leserzahl ist. 3.500 Exemplare werden monatlich verkauft, das ist wenig, und es stimmt uns auch nur bedingt tröstlich, daß alle anderen linken Zeitungsprojekte noch unter dieser Zahl liegen. Neben Spenden wäre es für uns deshalb die beste Unterstützung, wenn die Leser und Leserinnen selbst überlegen könnten, wie diese Zeitung eine größere Verbreitung finden könnte.

Vor uns selbst wird die Aufgabe stehen, ein weiteres Absinken der Auflage zu verhindern, was auch die Frage nach dem Konzept und der Aufmachung berühren wird. Auch zu dieser Diskussion laden wir alle Leserinnen und Leser herzlich ein. Wer Vorschläge hat, wie die Zeitung besser, interessanter und wirkungsvoller gemacht werden kann, rüber mit den Ideen.

Also: Bei den Weihnachtsturbulenzen daran denken, daß etwas für diese einzigartige Zeitung auf dem westdeutschen Pressemarkt übrig bleibt!

Spenden bitte nur auf folgendes Konto:
Heinrich Eckhoff
Dresdner Bank

Bankleitzahl 200 800 00
Kontonummer 4 806 104 00

Arbeiterkampf

An die
Hamburger Satz- und Verlagskooperative
Lindenallee 4
Postfach 7685
2000 Hamburg 19

Absender: ....

....

....

bitte mit der Schreibmaschine ausfüllen

Ich/wir wollen den ARBEITERKAMPF im Abonnement beziehen.

○ Halbjahresabo DM 33,— ○ Förderabo DM 50,—
○ Jahresabo DM 60,— ○ Förderabo DM 100,—
○ Ich überweise das Geld auf das Konto der Hamburger Satz- und Verlagskooperative Postscheckamt Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto 27 175-203
○ Ich will das Geld abbuchen lassen (Einzugsermächtigung)

Das Abonnement ist jederzeit schriftlich kündbar

....
Ort, Datum Unterschrift

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige(n) ich/wir* die Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative, Hamburg, den von mir/uns* zu entrichtenden Abonnementspreis für die Zeitung Arbeiterkampf bei Fälligkeit zu Lasten meines/unseres* Girokontos.

*Nichtzutreffendes bitte streichen

Kto. Nr.
Kto.-Inhaber
bei der BLZ
mittels Lastschrift einzuziehen

.... den............ ....
(Unterschrift)

Das Ergebnis der Spendensammlung bis zum 10.1.86

K. NL-Kommission	50,-
KB/Gruppe Bremen	1.500,-
Hz, Hamburg	300,-
H&C, Hamburg	4.000,-
„Überschuß"	61,05
Irene, Hamburg	100,-
Jörn, Hamburg	50,-
Ba., Hamburg	50,-
M.H. Westberlin	1.000,-
Rü.K., Hamburg	100,-
Heidelberg	140,-
B. Altona	300,-
S. Antirep	250,-
Gesundheitsbereich	800,-
Cl. Ki-Bereich	300,-
Wahlzelle/Barmbek	1.550,-
Volker, Hamburg	500,-
Ch., Hamburg, 13.Beitrag	200,-
Th., Metall-Stud.	150,-
Hr., Hamburg	200,-
M. Antimil	110,-
Wo., Interkomm.	200,-
Hj., Antimil	1.501,-
Christel, Hamburg	50,-
H.J.K., Heidelberg	50,-
Barmbek	200,-
„beim Konzert"	53,-
Ga.E., Hamburg	500,-
Th.R., Soest	200,-
H.B. Bielefeld	400,-
Robi	1.500,-
Ba-Wü/Rh-Pf	430,-
Stuttgart	1.200,-
P.Th., Hamburg	200,-
U., Bochum	100,-
Bonn	1.700,-
Th.H., Hamburg	130,-
Kersten St.-M.	20,-
O.P. Metall	300,-
Detlef F.	20,-
Heidelberg	100,-
Hans-Peter M.	15,-
J.S., Herne	40,-
Rolf H.	50,-
Beate O.	100,-
N.M., Elmshorn	100,-
B.L., Bremen	100,-
Volker Sch-K.	400,-
A.A./J.W., Hamburg	700,-
Ph.R. Hamburg	40,-
G.H. Würzburg	250,-
Gruppe Würzburg	300,-
J.K.	300,-
Gruppe Trier	200,-
U.K., Westberlin	150,-
N.K., Nürnberg	100,-
J.G., Emden	150,-
U. Antimil	500,-
M., Hamburg	100,-
A., Hamburg	100,-
Renate, Hamburg	50,-
KE, Nl-Kommission	100,-
G.W., Hamburg	300,-
K.Zb., Hamburg	250,-
O., Frankfurt	100,-
218-Gruppe, Hamburg	100,-
R.K., Heidelberg	100,-
hg, Göttingen	200,-
M.F., Philadelphia, USA	50,-
SUMME (10.1.86)	**25.610,05**

Inhalt